



In Verbindung mit Hans Herzfeld, Rudolf Hillebrecht,
Friedrich Mielke und Alexander Mitscherlich
herausgegeben von Otto Borst

Fritz Blaich, Regensburg
Reichsstädte als Arbeitgeber

Peter Kriedte, Göttingen
Die Stadt in der Proto-Industrialisierung

Karl Litz, Zürich
Theorie einer Raumgeschichte

Manfred Bütemann, Lehrte
Altstadtsanierung: zum Beispiel Wolfenbüttel

9. Jahrgang

1/82

Kohlhammer

Fritz Blaich

Die oberdeutsche Reichsstadt als Arbeitgeber vom 13. bis zum 18. Jahrhundert

I.

Von den meisten Reichsstädten sei bekannt, urteilte 1772 der berühmte Staats- und Völkerrechtslehrer Johann Jacob Moser, daß sie bis über die Ohren in Schulden steckten.¹ Neuere Forschungen über die Finanzpolitik oberdeutscher Reichsstädte im 17. und 18. Jahrhundert bestätigten dieses Urteil. Bei der Suche nach den Ursachen der drückenden Schuldenlast verwiesen ihre Autoren jedoch entschiedener und eindeutiger als Moser, der kriegerischen Verwicklungen einen erheblichen Anteil an der Finanzmisere zugeschoben hatte, auf den übertriebenen Verwaltungsaufwand der Städte, der sich insbesondere in vergleichsweise hohen Personalausgaben niedergeschlagen habe.²

Überblickt man die Aufwendungen des reichsstädtischen Haushalts für Dienstleistungen, so kann man in dieser Epoche zwei große Gruppen unterscheiden. Zunächst erhielten alle Mitglieder des Stadtrats, welche neben ihrem Beruf Aufgaben der inneren Verwaltung und der Vertretung der Reichsstadt in auswärtigen Angelegenheiten übernahmen, aus den städtischen Kassen eine Aufwandsentschädigung. Daneben aber beschäftigte der Stadtrat »Bediente«, die hauptberuflich verschiedene Arbeiten verrichteten und dafür als Entgelt einen »Lohn« erhielten. Freilich ist der Anteil der Personalkosten an den Einnahmen und Ausgaben des reichsstädtischen Haushalts quantitativ kaum zu ermitteln. Da der Grundsatz der fiskalischen Kasseneinheit unbekannt war, beruhte die städtische Geldwirtschaft auf einer Anzahl von Haupt-, Neben-, Unter- und Sonderkassen, die von Ratsherren eigenständig verwaltet wurden.³ Noch im 18. Jahrhundert unterhielt z. B. die Reichsstadt Nördlingen, die 5000–6000 Einwohner zählte, nicht weniger als zwölf selbständige Verrechnungsstellen.⁴

¹ J. J. Moser, Von der Reichs-Städtischen Regiments-Verfassung. Frankfurt – Leipzig 1772, S. 294.

² Siehe hierzu R. Hildebrandt, Zur Frage der reichsstädt. Finanzen und Haushaltspolitik seit dem Westfälischen Frieden, in: E. Maschke u. a. (Hrsg.), Städt. Haushalts- und Rechnungswesen. Sigmaringen 1977, S. 91–107, und die dort angegebene Literatur. Ferner K. Rothe, Überblick über das städt. Haushaltswesen der Reichsstadt Ulm im 18. Jh., ebda., S. 114f.; W. Bühler, Die Entwicklung des Finanzwesens in der freien Reichsstadt Überlingen bis 1800, ebda., S. 164.

³ Vgl. H. Mauersberg, Wirtschafts- und Sozialgesch. zentraleuropäischer Städte in neuerer Zeit. Dargestellt an den Beispielen von Basel, Frankfurt a.M., Hamburg, Hannover und München. Göttingen 1960, S. 437f.; K. Häuser, Abriß der geschichtl. Entwicklung der öffentl. Finanzwirtschaft, in: Hdb. der Finanzwissenschaft, Bd. 1. Tübingen ³1975, S. 41f.

⁴ W. Fr. Lettenmeyer, Der Niedergang der reichsstädt. Finanzwirtschaft Nördlingens und die Tätigkeit der Kaiserlichen Subdelegationskommission (XVIII. Jh.). Diss. München 1937, S. 14f.

Doch selbst wenn es gelänge, aus dem Gewirr der Sonderverwaltungen mit ihrer getrennten Kassenführung die Geldeinkünfte eines städtischen Bediensteten zusammenzuzählen oder die monetäre Entschädigung eines Ratsherrn zu errechnen, so würde das Ergebnis noch nichts über die Höhe der Personalkosten aussagen. Einige Bedienstete, namentlich die Zöllner und die Steuereinnahmer, besaßen nämlich das Recht, einen Teil der erhobenen Gebühren und Steuern unmittelbar als Entgelt einzubehalten, ohne daß diese Beträge über eine Kasse verbucht worden wären.⁵ Da diese Art der Entlohnung die Einnahmen der Reichsstadt minderte, wirkte sie sich als eine versteckte Aufwendung für Dienstleistungen aus. Außerdem erhielten die mit Verwaltungsaufgaben betrauten Ratsherren und fast alle angestellten Arbeitskräfte einen Teil ihrer Besoldung in Form von Naturalleistungen, deren Marktpreise nur schwer zu schätzen sind. Manchmal stellte die Stadt eine mietfreie Wohnung zur Verfügung, oft lieferte sie kostenlos Brennholz aus dem Stadtwald, Getreide aus ihrem »Kornhaus« und Wein aus ihrem »Weinstadel«. In denjenigen Fällen freilich, wo – wenn auch nur für kurze Zeitabschnitte – ein Einblick in die gesamten Nebeneinkünfte möglich ist, zeigt sich, daß die Ausgaben für Personal im Hinblick auf die Einnahmen durchaus als übersetzt anzusehen sind.⁶

Da noch im Spätmittelalter in den meisten oberdeutschen Reichsstädten die Mitglieder des Rates Verwaltungsaufgaben ehrenamtlich ausgeführt hatten, könnte man folgern, daß die Aufblähung der Personalkosten durch die Vermehrung und die bessere Besoldung der »Ratsämter« herbeigeführt worden sei. Einzelne Beispiele belegen in der Tat das Bestreben mancher Ratsherren, möglichst viele Ämter in ihrer Hand zu vereinigen und damit entsprechend viele Nebeneinkünfte auf sich zu ziehen.⁷ Das Ratsamt darf indessen nicht

⁵ Vgl. U. Dirlmeier, Untersuchungen zu Einkommensverhältnissen und Lebenshaltungskosten in oberd. Städten des Spätmittelalters (Mitte 14. bis Anfang 16. Jh.). Heidelberg 1978, S. 83 f.

⁶ Vgl. z. B. A. Weichhardt, Die Entwicklung der wirtschaftl. Verhältnisse der fr. Reichsstadt Biberach im 18. Jh. Diss. Frankfurt/M. 1931, S. 45; H. Gehring, Buchau a. F., Leutkirch und Wangen i. A. am Ende des alten Reiches. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte dreier schwäbischer Reichsstädte. Diss. Tübingen Ms. 1954, S. 177 f.; H. Speth, Die Reichsstadt Isny am Ende des alten Reiches (1775–1806). Untersuchungen über Verfassungs-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialgesch. der Stadt im Vergleich mit Wangen i. A. und Leutkirch. Stuttgart 1973, S. 149, 160; R. Hildebrandt, Reichsstädt. Finanzen (s. A 2), S. 98. Eine Ausnahme bildete die Reichsstadt Nürnberg, die über ein bedeutendes Metallgewerbe und weitreichende Handelsverbindungen verfügte. In ihrem Haushalt überstiegen die Aufwendungen für die »bewaffnete Macht« und für »auswärtige Dienste« die Kosten der inneren Verwaltung bei weitem: W. Schwemmer, Die Schulden der Reichsstadt Nürnberg und ihre Übernahme durch den bayerischen Staat. Nürnberg 1967, S. 10.

⁷ Siehe hierzu Fr. Bothe, Geschichte der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt/M. 1929, S. 401; E. Schell, Die Reichsstädte beim Übergang an Baden. Heidelberg 1929, S. 69; H. W. Dirian, Das Schweinfurter Stadtre Regiment während der Reichsstadtzeit. Schweinfurt 1954, S. 118 f.; H. Gehring, Buchau (s. A 6), S. 56 f.; A. Laufs, Die Verfassung und Verwaltung der Stadt Rottweil 1650–1806. Stuttgart 1963, S. 95; H.-D. Hüttmann, Unters. zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Sozialgesch. der fr. und Reichsstadt Worms 1659–1789. Worms 1970, S. 62 f., 137; A. Dreher, Geschichte der Reichsstadt Ravensburg und ihrer Landschaft von den Anfängen bis zur Mediatisierung 1802, Bd. 2. Weißenhorn – Ravensburg 1972, S. 632 f.

mit einer modernen Behörde gleichgesetzt werden. So galten z. B. in Augsburg im 18. Jahrhundert als Ratsämter sowohl die »Aufsicht über das gesamte Bauwesen«, die zahlreiche Verwaltungsstellen unter sich vereinigte und mitunter mehrere Hundert Arbeitskräfte beschäftigte, als auch die »Deputation zur Sturmglocke«, deren Amtsbefugnis sich darin erschöpfte, daß ein Ratsherr den Schlüssel zu der Glockenstube aufbewahrte. Die reine Anzahl der Ämter erlaubt es daher nicht, ohne weiteres auf eine besonders aufwendige Verwaltung zu schließen.⁸ Außerdem aber zeigen die Ausgabenlisten der städtischen Haushalte, daß sich langfristig die Zahl der Ratsämter kaum vermehrte, sondern daß vielmehr die Gruppe der »Bedienten« stark anwuchs.⁹

Diesem Personenkreis, dem die Reichsstadt als Arbeitgeber gegenübertrat, sind die folgenden Ausführungen gewidmet. Im Mittelpunkt der Untersuchung sollen dabei zwei Fragen stehen:

- (1) Auf welche Ursachen ist die Erscheinung zurückzuführen, daß die Reichsstädte immer mehr »Lohnabhängige« für Aufgaben heranzogen, welche ursprünglich von den Ratsherren ehrenamtlich oder von Bürgern und Einwohnern freiwillig ausgeführt wurden?¹⁰
- (2) Wurden den angestellten Arbeitskräften sinnvolle Beschäftigungen zugewiesen? Oder mußten sie – wie es in der Literatur manchmal anklingt¹¹ – Arbeiten verrichten, für welche bereits Ratsherren ein Entgelt bezogen?

II.

Noch um die Mitte des 13. Jahrhunderts reichte in den meisten Reichsstädten eine einzige qualifizierte Arbeitskraft, der »Stadtschreiber«, aus, um die Verwaltungsgeschäfte zu

⁸ I. Batori, Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jh. Verfassung, Finanzen und Reformversuche. Göttingen 1969, S. 58 f.

⁹ Vgl. z. B. Dirian, Schweinfurter Stadtre Regiment (s. A 7), S. 119 f.; Laufs, Rottweil (s. A 7), S. 98 f.; Hüttmann, Worms (s. A 7), S. 133 f.; Speth, Isny (s. A 6), S. 16 f.

¹⁰ Zu den Pflichten der Bürger zählte ursprünglich auch die Verteidigung der Stadt auf den Mauern und beim »Auszug«. Der Anbruch des »Pulverzeitalters« zwang die Städte jedoch, ihre Wehrbereitschaft auf die Anwerbung ausgebildeter Söldner zu stützen. Hinzu kam der allmählich schwindende Gemeinsinn ihrer Bürger: K. Th. Eheberg, Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschafts-gesch. der Stadt Straßburg bis 1681, Bd. 1. Straßburg 1899, S. 352; P. Sander, Die reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs. Dargestellt auf Grund ihres Zustandes von 1431 bis 1440, Bd. 1. Leipzig 1902, S. 142; Fr. Bothe, Beitr. zur Wirtschafts- und Sozialgesch. der Reichsstadt Frankfurt. Altenburg 1906, S. 15; C. Dittmar, Die Einnehmerrechnungen der fr. Reichsstadt Schweinfurt (1554–1802). Schweinfurt 1961, S. 198, 203; J. Leist, Reichsstadt Rottweil. Studien zur Stadt- und Gerichtsverfassung bis zum Jahr 1546. Rottweil 1962, S. 218 f.

¹¹ Siehe z. B. U. Crämer, Die Verfassung und Verwaltung Straßburgs von der Reformationszeit bis zum Fall der Reichsstadt (1521–1681). Frankfurt/M. 1931, S. 41; H. Gehring, Buchau (s. A 6), S. 92 f.; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 160. Für Augsburg vgl. die kritische Entgegnung bei I. Batori (s. A 8), S. 58 f. und die dort angegebene Lit.

führen. Umfassend gebildet und in Rechtsfragen erfahren, diente der Stadtschreiber nicht allein als Protokollführer bei Ratsversammlungen und als Sekretär bei Gerichtsverhandlungen, ihm oblag vielmehr vor allem die juristische Beratung des Ratskollegiums in allen inneren und auswärtigen Angelegenheiten reichsstädtischer Politik. Da die Besetzung der einzelnen Ratsämter ständig wechselte – in Ulm z. B. blieb selbst der Bürgermeister nur 1 Jahr im Amt und seine Wiederwahl konnte erst nach 3 Jahren erfolgen –, sorgte der Stadtschreiber obendrein für die Kontinuität der Verwaltungstätigkeit.¹²

Als man im Verlauf des 13. Jahrhunderts auch in Oberdeutschland begann, den Wert des geschriebenen Wortes höher zu achten als den des gesprochenen,¹³ stürzte eine Flut zusätzlicher Aufgaben über die Kanzlei des Stadtschreibers herein. Sowohl das städtische Recht wie auch einzelne Rechtsakte, die bisher von Generation zu Generation mündlich überliefert worden waren, mußten jetzt schriftlich festgehalten werden. Die gleiche Entwicklung vollzog sich im Bereich der Rechtsprechung, die ein wichtiges Vorrecht der Reichsstadt bildete. Nach einem Rechtsstreit verlangten die Parteien jetzt immer häufiger, daß das mündlich ergangene Urteil schriftlich festgehalten werde. Bald darauf war es üblich, Klagen, Antworten, Rede und Gegenrede nebst Kundschaft und Urteil in ausführlicher Breite niederzuschreiben. Den Schlußstrich unter diese Entwicklung setzte dann die Einführung des Notariats nach italienischem Vorbild: in der städtischen »Kontraktstube« konnten künftig die Bürger alle Verträge, insbesondere Schuldverschreibungen, in schriftlicher Form abschließen.¹⁴

Die Einführung der Schriftform in der städtischen Verwaltung erforderte die Einstellung zusätzlicher Bediensteter. An die Seite des Stadtschreibers, der weiterhin die Kanzlei leitete, traten nun besondere Rats- und Gerichtsschreiber. Auch wichtige Ratsämter, namentlich die mit der Einhebung der verschiedenen Steuern betrauten Ratsherren, erhielten eigene

¹² H. Stenger, Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Donauwörth (1193–1607). Donauwörth 1909, S. 48 f.; U. Crämer, Verfassung und Verwaltung Straßburgs (s. A 11), S. 47 f.; G. Burger, Die südwestdt. Stadtschreiber im Mittelalter. Böblingen 1960, S. 7 f.; J. U. Ohlau, Der Haushalt der Reichsstadt Rothenburg o. T. in seiner Abhängigkeit von Bevölkerungsstruktur, Verwaltung und Territorienbildung (1350–1450). Diss. Erlangen-Nürnberg 1965, S. 94; G. Gänsslen, Die Ratsadvokaten und Ratskonsulenten der Fr. Reichsstadt Ulm, insbes. ihr Wirken in den Bürgerprozessen am Ende des 18. Jhs. Ulm 1966, S. 19 f.; G. Geiger, Die Reichsstadt Ulm vor der Reformation. Städt. und kirchl. Leben am Ausgang des Mittelalters. Ulm 1971, S. 53 f.; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 633 f.

¹³ In Norddeutschland setzte diese Entwicklung bereits zu Anfang des 12. Jhs. ein: Die Acht-, Verbots- und Fehdebücher Nürnbergs von 1285–1400. Nürnberg 1960, S. 110*.

¹⁴ P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 118, 207; P. Hertner, Stadtwirtschaft zwischen Reich und Frankreich. Wirtschaft und Gesellschaft Straßburgs 1650–1714. Köln – Wien 1973, S. 53; Acht-, Verbots- und Fehdebücher Nürnbergs (s. A 13), S. 110*; H. Nordhoff-Behne, Gerichtsbarkeit und Strafrechtspflege in der Reichsstadt Schwäbisch Hall seit dem 15. Jh. Schwäbisch Hall 1971, S. 77 f.; U. Künzel, Die Schweinfurter Stadtschreiber und Ratsadvokaten von 1337 bis 1803. Diss. Würzburg 1974, S. 37 f.; M. J. Schmied, Die Ratsschreiber der Reichsstadt Nürnberg. Nürnberg 1979, S. 76 f.

Schreiberstellen, die durchweg mit fähigen, juristisch geschulten und entsprechend gut bezahlten Arbeitskräften besetzt wurden.¹⁵ Die alltäglich anfallende Kanzleiarbeit, etwa die Reinschrift und der Versand von Berichten und Erlassen, verrichteten künftig »gewöhnliche« Schreiber, die auch »Kanzleiverwandte«, »Kanzlisten«, »Akzessisten« oder »Substituten« genannt wurden.¹⁶ Die schriftliche Form der Verwaltung hinterließ ihre Spuren bald in einem Berg von Akten, welche geordnet und verwahrt werden mußten. Bereits gegen Ende des 16. Jahrhunderts war eine so bedeutende Reichsstadt wie Straßburg gezwungen, für die Ordnung des Schriftgutes in der Kanzlei einen »Registrator« und für die Verwaltung des im Archiv eingelagerten Aktenmaterials einen »Registrator archivi« zu beschäftigen, wobei beide Ämter mit Juristen besetzt wurden. Die kleineren Reichsstädte begnügten sich damit, beide Aufgaben von einem einzigen Registrator durchführen zu lassen.¹⁷

Eine weitere, für den städtischen Haushalt ins Gewicht fallende Vermehrung der Bediensteten löste die Übernahme des Römischen Rechts in das gesamte Verwaltungs- und Justizwesen aus, die im 16. Jahrhundert abgeschlossen wurde. Vor allem die großen Handelsstädte sahen sich nun in schwierige Rechtsfälle verwickelt, die nur noch von Fachleuten bearbeitet und gelöst werden konnten. Auch die Regelung auswärtiger Angelegenheiten sowie die Vertretung der Stadt am Kaiserhof, auf den Reichstagen und beim Reichskammergericht erforderten nun nicht mehr allein diplomatisches Geschick, sondern vor allem gediegene juristische Kenntnisse. Als Antwort auf die wachsende Bedeutung einer zuverlässigen Rechtsberatung begann eine Reichsstadt nach der anderen, aus dem Bereich der allgemeinen Verwaltung die Rechtsangelegenheiten abzutrennen, mit deren Bearbeitung sodann ausgebildete Juristen beauftragt wurden, die als Ratsadvokaten, -consiliarii, -konsulenten oder -syndici bezeichnet wurden.¹⁸

¹⁵ P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 118; D. Kreil, Der Stadthaushalt von Schwäbisch Hall im 15./16. Jh. Eine finanzgeschichtl. Untersuchung. Schwäbisch Hall 1967, S. 62, ferner A 45. In Nürnberg bleibt der Titel »Ratsschreiber« dem Kanzleibediensteten mit dem höchsten Gehalt vorbehalten: M. J. Schmied, Ratsschreiber (s. A 14) S. 3.

¹⁶ P. Payer, Die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd zu Ende des 18. Jhs. und ihr Übergang an Württemberg. Diss. Tübingen Ms. 1957, S. 46 f.; Cl. Dittmar, Einnahmerechnungen (s. A 10), S. 226; Kreil, Stadthaushalt (s. A 15), S. 62; H. Nordhoff-Behne, Gerichtsbarkeit (s. A 14), S. 80 f.

¹⁷ E. Schell, Reichsstädte (s. A 7), S. 36; H. Gebring, Buchau (s. A 6), S. 89; Cl. Dittmar, Einnahmerechnungen (s. A 10), S. 226; A. Laufs, Rottweil (s. A 7), S. 144; D. Kreil, Stadthaushalt (s. A 15), S. 62; P. Hertner, Stadtwirtschaft (s. A 14), S. 53.

¹⁸ Zu diesem Vorgang siehe P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 115 f.; H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 50; R. W. v. Bezold, Die Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber (1172–1803). Diss. Würzburg 1915, S. 61; Fr. Bothe, Frankfurt (s. A 7), S. 277 f.; E. Schell, Reichsstädte (s. A 7), S. 69, 107, 137; M. Jung, Wirtschaftsverfassung und Verwaltung der Fr. Reichsstadt Speyer am Rhein im 17. und 18. Jh. Diss. Frankfurt/M. 1930, S. 83; U. Crämer, Verfassung (s. A 11), S. 49; W. Fürnrohr, Das Patriziat der Freien Reichsstadt Regensburg zur Zeit des Immerwährenden Reichstags, in: Verh. des Hist. Vereins für Oberpfalz und Regensburg 93 (1952), S. 168; H. Gebring, Buchau (s. A 6), S. 83; K. Lübke, Die

An seine juristischen Berater stellte der reichsstädtische Arbeitgeber hohe Anforderungen. In der Regel verlangte er, daß ein Bewerber um dieses Amt ein Universitätsstudium der Rechtswissenschaft mit dem Doktorat oder dem Lizentiat abgeschlossen hatte.¹⁹ Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts blieben diese juristischen Ratgeber die »wahren Herren der Reichsstadt«.²⁰ Ihrer beruflichen Qualifikation und ihrem politischen Einfluß entsprach die Höhe ihres Einkommens. Die aus verschiedenen Städten und aus unterschiedlichen Zeiträumen überlieferten Angaben über ihre Geld- und Naturalbesoldungen zeigen übereinstimmend, daß unter den städtischen Bediensteten der Ratsadvokat bei weitem den höchsten Lohn erhielt. Überdies durfte er gegen Entgelt private Rechtsauskünfte erteilen und Rechtsgutachten anfertigen.²¹ Entsprechend hoch war sein gesellschaftliches Ansehen innerhalb der Stadtmauern. Sein Amt galt als Stufe auf dem Weg zur Nobilitierung und wurde deswegen auch von den Söhnen reicher Kaufmannsfamilien begehrt.²²

III.

Auswirkungen auf die Stellung der Reichsstadt als Arbeitgeber zeitigte ferner die ebenfalls im 13. Jahrhundert einsetzende Bürokratisierung des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens, welche durch die »Verbürgerlichung« und »Kommunalisierung« der kirchlich-bruder-

Verfassung der fr. Reichsstadt Ulm am Ende des alten Reiches. Diss. Tübingen Ms. 1955, S. 140 f.; Cl. Dittmar, Einnahmerrechnungen (s. A 10), S. 217; W. Trusen, Anfänge des gelehrten Rechts in Deutschland. Ein Beitrag zur Geschichte der Frührezeption. Wiesbaden 1962, S. 222 f.; G. Gänslen, Ratsadvokaten (s. A 12), S. 22 f., 44 f.; D. Kreil, Stadthaushalt (s. A 15), S. 61; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 638 f.; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 137 f. Die hier genannten Amtsbezeichnungen der Stadtjuristen wurden in den einzelnen Städten unterschiedlich gebraucht. In manchen Städten – so z. B. in Regensburg – übernahm der Syndikus den Titel »Stadtschreiber«. In kleinen Reichsstädten – wie z. B. in Pfullendorf – war der Ratskonsulent gleichzeitig Kanzleiverwalter.

¹⁹ R. W. v. Bezold, Rothenburg (s. A 18), S. 61; K. Lübke, Ulm (s. A 18), S. 142; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 638 f.; U. Künzel, Schweinfurter Stadtschreiber (s. A 14), S. 194 f. Die Schweinfurter Ratsadvokaten haben z. B. folgende Universitäten besucht: Lic. M. Stamler: mehrere italienische und deutsche Universitäten, unter anderen Tübingen; Dr. G. Brunner sen.: Leipzig, Wittenberg, Ingolstadt, Tübingen, Padua; Dr. G. Ruprecht sen.: Köln, Dôle (Burgund); Dr. P. Prückner: Wittenberg, Jena, Ingolstadt, Padua, Basel; Dr. G. Ruprecht jun.: Altdorf; Dr. D. Schmuck: Altdorf; Dr. J. Hoefel: Gießen, Jena, Straßburg; Dr. J. Heuber: Wittenberg, Basel; Dr. J. G. Ley: Marburg, Altdorf, Jena, Straßburg; Lic. J. Ph. Melchior: Gießen; J. Ph. Fehr: Jena.

²⁰ U. Crämer, Straßburg (s. A 11), S. 50.

²¹ Beispiele für die Einkünfte städt. Juristen werden aufgeführt bei: H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 50; W. Fürnrohr, Partriziat (s. A 18), S. 168 f.; P. Payer, Schwäbisch Gmünd (s. A 16), S. 40; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 18; U. Künzel, Schweinfurter Stadtschreiber (s. A 14), S. 239 f.

²² H. Greuner, Rangverhältnisse im städtischen Bürgertum der Barockzeit unter bes. Berücksichtigung der Fr. Reichsstadt Frankfurt am Main. Diss. Frankfurt/M. 1957, S. 13; H. Kellenbenz, Bürgertum und Wirtschaft in der Reichsstadt Regensburg, in: Bl. f. dt. Landesgesch. 98 (1962), S. 118; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 636.

schaftlichen Spitäler ausgelöst wurde. Drei Beweggründe veranlaßten die Reichsstädte, die kirchlichen Organisationen, deren karitative Tätigkeit ihnen bisher entsprechende soziale Aufwendungen erspart hatte, aus dem Wohlfahrtswesen zu verdrängen. Im Vordergrund stand zweifellos das politische Erstarken der »freien« Reichsstadt, das nach einer schrittweisen Befreiung vom Regiment der Kirche verlangte. Hinter diesem Streben verbargen sich aber auch wirtschaftliche Interessen. Das Spital verfügte meist über einen umfangreichen, landwirtschaftlich genutzten Grundbesitz, dessen Erträge dem städtischen Haushalt ebenso willkommen waren wie der Versorgungspolitik des Rates, deren Ziel darin bestand, Bürger und Einwohner ausreichend und preiswert mit den Grundnahrungsmitteln zu beliefern.²³ Schließlich zwangen die verheerenden Pestepidemien, die seit der Mitte des 14. Jahrhunderts wüteten, manchen Stadtrat, die überlieferte Form der kirchlichen Caritas aufzugeben und den Weg der Sozialpolitik einzuschlagen. Der Seuchentod nämlich zerstörte die Fürsorge der Familiengemeinschaft und hinterließ eine große Anzahl unverstorbener Witwen, alleinstehender Witwer und Waisen. Der Lebensunterhalt der Hinterbliebenen konnte nur gesichert werden, wenn es dem Rat gelang, den Grad der Bedürftigkeit und die Dauer der Versorgungsleistungen zu ermitteln, um die Verteilung sozialer Aufwendungen nach diesen Kriterien vornehmen zu können.²⁴

Nach der »Verbürgerlichung«, welche im oberdeutschen Wirtschaftsraum mit wenigen Ausnahmen im 14. Jahrhundert abgeschlossen wurde,²⁵ ernannte der Rat zwei Ratsherren zu »Spitalpflegern«, welche jeweils für eine kurze Amtsdauer den Betrieb des Spitals überwachten. Angesichts der Fülle der zu bewältigenden sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben ging die Verwaltung des Spitals bald in die Hände des »Spitalmeisters« oder »-schaffners« über. Das umfangreiche Rechnungswesen wurde dem »Spitalschreiber« übertragen, der meist mit Hilfskräften ausgestattet wurde, z. B. mit einem »einfachen« Schreiber und mit einem Boten. Die wichtige Aufgabe der Vorratshaltung übernahm der »Keller«. Die Ausdehnung der Spitalwirtschaft führte vielfach bald zu einer Aufspaltung

²³ J. N. Denkinge, Das Hospital des hl. Geistes in der früheren Reichsstadt Schwäb. Gmünd 1269–1802, in: A. Wörner (Hrsg.), Das Städt. Hospital zum Hl. Geist in Schwäb. Gmünd in Vergangenheit und Gegenwart. Tübingen 1905, S. 139; B. Zeller, Das Heilig-Geist-Spital zu Lindau im Bodensee von seinen Anfängen bis zum Ausgang des 16. Jhs. Lindau 1952, S. 50; G. Fischer, Die fr. Reichsstadt Reutlingen. Die Verfassung ab 1500 und das Strafrecht. Diss. Tübingen Ms. 1959, S. 167; Chr. Heimpel, Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Heiliggeistspitals zu Biberach an der Riß im Zeitalter der Preisrevolution von 1500 bis 1630. Stuttgart 1966, S. 16.

²⁴ Siehe hierzu I. Bog, Über Arme und Armenfürsorge in Oberdeutschland und in der Eidgenossenschaft im 15. und 16. Jh., in: Jb. f. fränk. Landesforschung 34/35 (1974/75), S. 985 f.

²⁵ Zwei Ausnahmen seien erwähnt: Dem Rat der Stadt Regensburg gelang es nicht, die Vogtei über die innerhalb der Stadtmauer befindlichen Stiftungen zu erlangen: B. Sahlinger, Verfassung und Verwaltung des St. Katharinenospitals in Regensburg. Diss. Erlangen 1956, S. 14. Der Rat der Stadt Heilbronn entschloß sich 1306, selbst ein Spital zu gründen: W. Steinhilber, Das Gesundheitswesen im alten Heilbronn 1281–1871. Heilbronn 1956, S. 235.

dieses Amtes in einen »Weinkeller« und einen »Brotkeller«, denen ebenfalls Hilfskräfte unterstanden.²⁶ Seine große Nachfrage nach handwerklichen Dienstleistungen deckte das Spital zunächst wenigstens teilweise auf dem Markt. Bis 1530 z. B. ließ die Stadt Straßburg das Brot für die Spitalsbewohner bei vier Bäckern in verschiedenen Stadtvierteln backen. Als sie aber immer wieder Lieferungen beanstanden mußte, errichtete sie kurzerhand eine eigene Bäckerei im Spital.²⁷ Auch in anderen Städten verstärkte das Spital die Neigung, sich Eigenbetriebe zuzulegen. Deshalb folgten dem Spitalbäcker rasch der Spitalmetzger, -schuhmacher, -schneider, -bauer, -müller, -zimmermann, die alle je nach dem Umfang der anfallenden Arbeiten Gesellen und Handlanger benötigten. Die allmähliche Verdrängung der Kirche aus dem Feld der sozialen Fürsorge führte aber insbesondere dazu, daß für alle mit der Versorgung der Kranken, Alten und Armen zusammenhängenden Arbeiten, die früher von Laienbrüdern verrichtet worden waren, nunmehr »Spitalmägde« und »-knechte« angeworben werden mußten.²⁸

Ebenfalls im Zuge der Bürokratisierung des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens trat in der spätmittelalterlichen Reichsstadt der »Stadtknecht« oder »Stadtknecht« auf. Die Zahl der angestellten Ärzte stieg mit zunehmender Bevölkerungszahl, sie wurde ferner kurzfristig erhöht, wenn eine Seuche die Stadt heimsuchte. Im 18. Jahrhundert schließlich besaßen bedeutende Wirtschaftszentren wie Frankfurt und Nürnberg ein »Collegium medicum«, dem jeweils vier fest besoldete Ärzte angehörten. Mittelgroße Städte kamen mit zwei »Physici« aus, während die vielen kleinen Reichsstädte Oberdeutschlands nicht darauf verzichten konnten, wenigstens einen einzigen Stadtknecht zu beschäftigen.²⁹

²⁶ J. N. Denking, Hospital Schwäb. Gmünd (s. A 23), S. 142; O. Winckelmann, Das Fürsorgewesen der Stadt Straßburg vor und nach der Reformation bis zum Ausgang des 16. Jhs. Leipzig 1922, S. 15 f.; H. Hauck, Rechtsgesch. des Heilig-Geist-Spitals zu Rothenburg ob der Tauber. Diss. Erlangen Ms. 1950, S. 56 f.; B. Zeller, Lindau (s. A 23), S. 132; W. Steinhilber, Heilbronn (s. A 25), S. 245 f.; A. Semler, Geschichte des Heilig-Geist-Spitals in Überlingen am Bodensee. Überlingen 1957, S. 37; H. Muschel, Das Spital der Reichen Siechen zu St. Katharina in Ulm. Eine rechtsgeschichtl. Untersuchung zur Inkorporation von Wohlfahrtsanstalten durch die Reichsstadt im ausgehenden Mittelalter. Ulm 1965, S. 104; Chr. Heimpel, Biberach (s. A 23), S. 11 f.; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 783.

²⁷ O. Winckelmann, Fürsorgewesen (s. A 26), S. 93 f.

²⁸ ebda., S. 90 f.; B. Zeller, Lindau (s. A 23), S. 131 f.; A. Laufs, Rottweil (s. A 7), S. 105; Chr. Heimpel, Biberach (s. A 23), S. 12.

²⁹ P. Sander, Reichsstadt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 225; H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 111 f.; H. Bingold, Die reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs während und nach dem siebenjährigen Krieg (1756–1778). Diss. Erlangen 1911, S. 24; Fr. Bothe, Frankfurt (s. A 7), S. 235; E. Schell, Reichsstädte (s. A 7), S. 50; Th. Eberhard, Die Verwaltung der fr. Reichsstadt Biberach in der Zeit von 1556–1615. Diss. Freiburg/Brsg. Ms. 1954, S. 37 f.; W. Steinhilber, Gesundheitswesen (s. A 25), S. 114; Cl. Dittmar, Einnehmerrechnungen (s. A 10), S. 227; A. Laufs, Rottweil (s. A 7), S. 99; G. Geiger, Ulm (s. A 12), S. 53 f.; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 668; G. Gensthaler, Das Medizinalwesen der Fr. Reichsstadt Augsburg bis zum 16. Jh. mit Berücksichtigung der ersten Pharmakopöe von 1564 und ihrer weiteren Ausgaben. Augsburg 1973, S. 42 f.

Die Aufgaben, welche diese akademisch ausgebildeten Ärzte wahrnahmen, stimmten indessen in allen Städten überein: der Stadtknecht beriet den Rat in allen Angelegenheiten des Gesundheitswesens. Vor Gericht trat er als medizinischer Sachverständiger auf. Er überwachte die ärztliche Betreuung im Spital und in den Armen- und Waisenhäusern der Stadt, er überprüfte die Apotheken durch regelmäßige Visitationen. Außerdem kümmerte er sich um die Ausbildung der Hebammen und der zünftig organisierten, in ihrem sozialen Rang dem Handwerkerstand zuzurechnenden Heilkundigen, die unter den Bezeichnungen Wundarzt, Chirurg, Bader, Barbier oder Steinschneider für die medizinische Versorgung der Bevölkerung unentbehrlich waren. Schließlich sollte er Kurfuscher und Quacksalber entlarven.³⁰

Solange es in Deutschland noch keine Universitäten gab, blieb das Angebot an »studierten« Ärzten knapp. Noch im 14. und 15. Jahrhundert waren einzelne Städte gezwungen, Mediziner aus Italien anzuwerben.³¹ Daher konnte der städtische Physikus bei seiner Anstellung eine vergleichsweise hohe Besoldung sowie die Freistellung von einigen Abgaben und Diensten durchsetzen. Vielfach behielt er sich auch das Recht vor, private Patienten zu behandeln. Entsprechend hoch war sein gesellschaftliches Ansehen, das auch im 17. und 18. Jahrhundert nur wenig hinter dem der Ratsadvokaten zurückstand.³²

Im Spätmittelalter waren die Städte ferner darauf angewiesen, Apotheker in ihre Dienste zu nehmen, wenn sie die Versorgung ihrer Bewohner mit Arzneimitteln nicht gefährden wollten. Ein allmählich stärker werdender Zugang zum Beruf des Apothekers und der dadurch ausgelöste Wettbewerb sorgten im Laufe des 16. Jahrhunderts allerdings dafür, daß in manchen oberdeutschen Reichsstädten der Stadtknecht buchstäblich ausstarb. Der Stadtknecht besetzte die Stelle nach dem Tod des letzten Amtsinhabers nicht mehr, sondern überließ den Markt für Arzneimittel künftig der privaten Initiative.³³

Auch das Zurückdrängen kirchlicher Institutionen aus dem Bereich des Bildungswesens bescherte der Reichsstadt neue Aufgaben als Arbeitgeber. Die Reformation, der in Oberdeutschland die Reichsstädte den Weg bereitet hatten, beseitigte schließlich die Reste des Bildungsmonopols der mittelalterlichen Kirche.³⁴ Im Gegensatz zur einheitlichen, auf

³⁰ Fr. Bothe, Frankfurt (s. A 7), S. 39 f.; U. Crämer, Straßburg (s. A 11), S. 40; B. Zeller, Lindau (s. A 23), S. 39 f.; H. W. Dirian, Schweinfurter Stadtknecht (s. A 7), S. 122 f.; W. Steinhilber, Gesundheitswesen (s. A 25), S. 110 f., 151; G. Fischer, Reutlingen (s. A 23), S. 193 f.; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 22 f.

³¹ A. Fischer, Gesch. des deutschen Gesundheitswesens, Bd. 1. Berlin 1933, S. 79.

³² H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 112; B. Zeller, Lindau (s. A 23), S. 40; H. Greuner, Rangverhältnisse (s. A 22), S. 14; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 22 f.

³³ W. Steinhilber, Gesundheitswesen (s. A 25), S. 177 f.; G. Gensthaler, Medizinalwesen (s. A 29), S. 57.

³⁴ In Oberdeutschland waren nur fünf winzige Reichsstädte – Buchau am Federsee, Pfullendorf, Zell am Harmersbach, Rosheim, Turkheim – von der Reformation völlig unberührt geblieben: B. Moeller, Reichsstadt und Reformation. Gütersloh 1962, S. 9.

den Besitz und den Betrieb des Spitals gestützten Sozialpolitik wies die Bildungspolitik der einzelnen Städte jedoch erhebliche Unterschiede auf.

Reichsstädtischer Humanismus und reichsstädtische Reformation schufen in Straßburg wie in Nürnberg das Fundament für den Bau einer Hochschule. In ihrer Blütezeit brauchten die Universität Straßburg mit 19 ordentlichen Professoren und die Universität Altdorf mit einer Ausstattung von 18 hauptamtlichen Lehrkräften den Vergleich mit keiner anderen deutschen Universität zu scheuen.³⁵ Augsburg, Frankfurt und Ulm, die für die Gründung einer Hochschule ähnlich günstige wirtschaftliche und politische Voraussetzungen aufwiesen, begnügten sich hingegen mit »gymnasia illustra«.³⁶ Die Professoren, die an solchen Schulen lehrten, waren aber zum Teil schon auf Nebentätigkeiten angewiesen. Am »Gymnasium academicum« in Ulm waren die Theologieprofessoren häufig – was ihre Einkünfte anbelangte sogar hauptberuflich – Münsterprediger. Die Professoren für die naturwissenschaftlichen Fächer stellte der Kreis der Stadtärzte, und ein Ratskonsulent lehrte Geschichte.³⁷

Kleinere Reichsstädte unterhielten entweder ebenfalls ein Gymnasium wie Regensburg oder sie gründeten Lateinschulen, deren Präzeptoren sie ein bescheidenes Gehalt bezahlten. Lag das Stadttregiment ganz oder zum Teil in den Händen der Patrizier, so war das Interesse an der Finanzierung solcher Schulen freilich gering. Vornehme und wohlhabende Bürger ließen ihre Kinder nämlich durch Hauslehrer unterrichten.³⁸

Erbärmlich schlecht war in fast allen Städten die Besoldung jener Lehrkräfte, die in den Grundschulen das Elementarwissen vermittelten. Oft mußte der »Schulmeister« einen Nebenerwerb ergreifen, um sich und seine Familie ernähren zu können: Er erteilte Musikunterricht, organisierte Leichenbegängnisse, las Korrektur bei den Buchdruckern und übernahm das Abfassen von Briefen sowie das Abschreiben von Dokumenten. Der schlechten Besoldung entsprach der niedrige Bildungsstand der Schulmeister. Wer lesen und schreiben konnte und die einfachsten Formen des Rechnens beherrschte, daneben vielleicht noch über eine schöne Handschrift und einige musikalische Fähigkeiten verfügte, galt für dieses Amt als qualifiziert. Da die Städte sich nicht bereit zeigten, die Besoldung

³⁵ H. Kl. Recktenwald, Aufstieg und Niedergang der Universität Altdorf, in: Zeitschr. f. bayer. Landesgesch. 30 (1967), S. 255; A. Schindling, Humanistische Hochschule und freie Reichsstadt. Gymnasium und Akademie in Straßburg 1538–1621. Wiesbaden 1977, S. 383.

³⁶ H. E. Specker, Das Gymnasium academicum in seiner Bedeutung für die Reichsstadt Ulm, in: E. Maschke u. a. (Hrsg.), Stadt und Universität im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Sigmaringen 1977, S. 148f.; A. Schindling, Straßburg und Altdorf – Zwei humanistische Hochschulgründungen von evangelischen freien Reichsstädten, in: P. Baumgart u. a. (Hrsg.), Beitr. zu Universitätsgründungen der frühen Neuzeit. Nendeln/Liechtenstein 1978, S. 149f.

³⁷ H. E. Specker, Gymnasium academicum (s. A 36), S. 152.

³⁸ Fr. Bothe, Frankfurt (s. A 7), S. 497; D. Kreil, Stadthaushalt (s. A 15), S. 95; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 25; E. Neubauer, Das geistig-kulturelle Leben der Reichsstadt Regensburg (1750–1806). München 1979, S. 58.

der Lehrer anzuheben und ihre Zahl zu vermehren, eröffneten sie auf dem Gebiet der Ausbildung privaten Unternehmern Gewinnchancen. Kenntnisse im Lesen, Schreiben, Rechnen und in lebenden Fremdsprachen, die etwa für eine Anstellung in einer Fernhandels-gesellschaft unerlässlich waren, vermittelten gegen entsprechendes Entgelt die Inhaber von »Winkelschulen«.³⁹ Wie gering man noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts Investitionen im Bildungswesen einschätzte, geht aus dem Urteil einer Kommission des Schwäbischen Reichskreises hervor, die 1775 den Schuletat der Reichsstadt Isny beanstandete. Mit einem Rektor und drei Präzeptoren, die an einer lateinischen und zwei deutschen Knabenschulen unterrichteten, so meinte die Kommission, sei »das Städtchen ... offenbahrlich überbesetzt«.⁴⁰

IV.

Eine weitere Ursache der stetigen Vermehrung der städtischen Bediensteten entsprang der Steuerhoheit der Reichsstädte. Im Gegensatz zu den Territorialstaaten, die erst im Zeitalter des Merkantilismus den endgültigen Übergang von der Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft des Fürsten zur Finanzwirtschaft des Staates vollzogen, entwickelten die Reichsstädte bereits im Mittelalter ein Steuer- und Haushaltswesen, das an den gemeinsamen öffentlichen Interessen ausgerichtet war. Die unter den Bewohnern der Stadt auftretenden Wohlstandsunterschiede und Leistungsgefälle zwangen den Stadtrat, die Besteuerung an die Ergiebigkeit der Steuerquellen und an die Leistungsfähigkeit der Bürger, Einwohner und Besucher anzupassen. Um die Steuerbemessung gerechter und objektiver zu gestalten, ersetzte er die anfänglich durchgeführte Selbsteinschätzung oder Taxation bald durch eine ständige Steuerverwaltung, die Steuerregister und -kataster anlegte.⁴¹

Die »leistungsadäquate direkte Besteuerung« in Form der Vermögen- oder Schoßsteuern erforderte natürlich einen wesentlich höheren Personalaufwand als die Einhebung einer primitiven Kopf- oder Gebäudesteuer. Zur Führung der Steuerverwaltung und des Kassenwesens wählte der Rat aus seinen Reihen meist zwei »Kämmerer«, deren Bezeichnungen freilich von Stadt zu Stadt verschieden waren.⁴² Die Tätigkeit des Kämmerers erforderte

³⁹ Fr. Bothe, Frankfurt (s. A 7), S. 402, 470; H. W. Dirian, Schweinfurter Stadttregiment (s. A 7), S. 124f.; W. Steinhilber, Gesundheitswesen (s. A 25), S. 78, 204; H. Greumer, Rangverhältnisse (s. A 22), S. 16; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 768f., 771; H. E. Specker, Gymnasium academicum (s. A 36), S. 145; E. Neubauer, Regensburg (s. A 38), S. 48.

⁴⁰ H. Speth, Isny (s. A 6), S. 25. Isny hatte damals zwar nur knapp 1600 Einwohner, doch dürfte die lateinische Schule auch auswärtige Schüler gehabt haben.

⁴¹ K. Häuser, Abriß (s. A 3), S. 38.

⁴² In Nürnberg hießen die städt. »Steuerbeamten« »Losunger«, in Schwäbisch Hall »Ausgeber«, in Schweinfurt »Einnehmer«, in Schwäbisch Gmünd »Stättmeister«, in Ravensburg »Stadtrechner«, in Worms »Rechenräte«, in Eßlingen, Konstanz, Donauwörth und Rothenburg »Steuerherren« oder »Steuerer«: J. Müller, Die Finanzpolitik des Nürnberger Rates in der 2. H. des 16. Jhs., in:

Kenntnisse der Rechentechnik und der wirtschaftlichen Zusammenhänge, Geschick im Umgang mit Steuerpflichtigen sowie ein erhebliches Maß an Verantwortungsbewußtsein. Da vor allem Kaufleute diese Eigenschaften und Fähigkeiten vorweisen konnten, wurden sie vom Rat vorzugsweise in dieses Amt gewählt. Die Dauer der Steuereinhebung – in Konstanz wurde z. B. im 14. Jahrhundert an über 25 Tagen des Jahres Rechnung gehalten – hinderte freilich gerade den als Steuerherrschaften tätigen Kaufmann, sich in dieser Zeit seinen Handelsunternehmen zu widmen. Die Entschädigung, die er für diese Tätigkeit erhielt, stellte deshalb keinen vollen Ausgleich für die Dienste dar, welche er seiner Vaterstadt erbrachte.⁴³ Daher erstaunt es nicht, daß spätestens im 16. Jahrhundert zur Bewältigung der anfallenden Arbeiten auch in mittelgroßen Reichsstädten bereits ein dritter Steuerherr ernannt wurde.⁴⁴

Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Hilfskräften, welche den Steuerherren beigegeben wurden. Hatte anfangs noch der Stadtschreiber bei der Steuerverwaltung geholfen, so wurde bald ein eigener Steuerschreiber benötigt, der schnell zum eigentlichen Träger der Steuereinhebung wurde. Der Steuerschreiber übertrug deswegen einfache Schreib- und Rechenarbeiten an Substituten, und er beschäftigte eine Anzahl Stadtknechte oder »Bütel«, welche Steuerbeiträge einzogen.⁴⁵

Der im 14. Jahrhundert erfolgende Ausbau des städtischen Finanzsystems in Gestalt der Einführung indirekter Abgaben führte dann zu einem sprunghaften Anwachsen der Nachfrage nach Arbeitskräften. Diese indirekten Steuern umfaßten neben den »Torzöllen« unter den Bezeichnungen »Akzise« und »Ungeld« ein Bündel besonderer Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Bevorzugte Gegenstände der Besteuerung bildeten der damalige gehobene Lebensaufwand, z. B. Tuche, Gewürze und Honig, aber auch Lebensmittel und vor allem die Getränke Wein und Bier. Selbst der lebensnotwendige Konsum wurde meist durch Mahl-, Schlacht- oder Viehungeld belastet.⁴⁶ Mit der Einhebung der Torzölle, die von allen in die Stadt gelangenden Waren erhoben wurden, beauftragte der Rat meistens

die Torwächter oder -sperrer, deren Zahl er dann freilich vermehren mußte. Manche Städte übertrugen diese Aufgabe allerdings auch eigenen »Torschreibern«.⁴⁷

Die ergiebige Besteuerung des Verbrauchs verursachte besonders hohe Verwaltungskosten. Zusätzlich zu den bereits im Amt befindlichen Steuerbeauftragten ernannte der Rat in allen größeren Reichsstädten zwei »Ungeltes«, welche für diese besondere Steuerart verantwortlich waren. Da gerade bei der Veranlagung und der Vereinnahmung der Getränkesteuern die Gefahr der Steuerverkürzung oder -hinterziehung drohte, verfügten die Ungeltes von Anfang an über einen Stab von Hilfskräften. Die umfangreichen Rechenarbeiten erledigten ein oder zwei Ungeldschreiber mit ihren Gehilfen. Mehrere »Visierer« überprüften und eichten die Gefäße, in denen Getränke aufbewahrt und verkauft wurden. Wenn sich ein Bürger einen Weinkeller anlegen wollte, so mußte er das Einlagern der Fässer dem »Weinschröter« überlassen, der den dabei anfallenden Steuerbetrag berechnete und einkassierte. Außerdem wurden sämtliche irgendwie am Weinhandel beteiligten Personen, also Weinverlauber, -rufer, -ansticher, -schenker, -zieher nebst ihren Knechten unter Eid verpflichtet, Steuerfälle umgehend anzuzeigen. Auch bei der Veranschlagung der anderen Verbrauchs- und Verkehrssteuern bemühte sich der Stadtrat, seine mit der Gewerbeaufsicht beschäftigten Bediensteten, also den »Hausherrn« des Kaufhauses, den Waagenmeister, die Marktmeister oder die verschiedenen Salz-, Korn- und Leinwandmesser, als vereidigte Helfer der Steuerverwaltung heranzuziehen. Gewissermaßen als Anreiz zur vollständigen Erfassung der Steuerfälle durften die Hilfskräfte der Ungeltes einen Teil der einkassierten Geldbeträge behalten.⁴⁸

Die wichtigste Stütze des reichsstädtischen Fiskus bildeten jedoch die »Unterkäufer«, deren Dienste als vereidigte und amtlich bestellte Makler für den Warenaustausch auf den Märkten in der Regel vom Käufer wie vom Verkäufer in Anspruch genommen werden mußten.⁴⁹

Vierteljahrschr. f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. 7 (1909), S. 11 f.; H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 106; P. Payer, Schwäbisch Gmünd (s. A 16), S. 120; B. Kirchgässner, Das Steuerwesen der Reichsstadt Konstanz 1418–1460. Aus der Wirtschafts- und Sozialgesch. einer oberdt. Handelsstadt am Ausgang des Mittelalters. Konstanz 1960, S. 28 f.; D. Strebe, Der Rat der freien Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber. Diss. Würzburg Ms. 1960, S. 56; Cl. Dittmar, Einnahmerechnungen (s. A 10), S. 42 f.; B. Kirchgässner, Wirtschaft und Bevölkerung der Reichsstadt Eßlingen im Spätmittelalter. Nach den Steuerbüchern 1360–1460. Eßlingen 1964, S. 46 f.; D. Kreil, Stadthaushalt (s. A 15), S. 30 f.; H.-D. Hüttmann, Worms (s. A 7), S. 134; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 687 f.

⁴³ B. Kirchgässner, Konstanz (s. A 42), S. 28; ders., Wirtschaft und Bevölkerung (s. A 42), S. 48 f.; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 689.

⁴⁴ D. Strebe, Rothenburg (s. A 42), S. 56; Cl. Dittmar, Einnahmerechnungen (s. A 10), S. 43 f.

⁴⁵ P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 122; P. Payer, Schwäbisch Gmünd (s. A 16), S. 120; Cl. Dittmar, Einnahmerechnungen (s. A 10), S. 44.

⁴⁶ K. Häuser, Abriß (s. A 3), S. 39.

⁴⁷ H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 51; H. Bingold, Haushaltung Nürnbergs (s. A 29), S. 41; D. Kreil, Stadthaushalt von Schwäbisch Hall (s. A 15), S. 68; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 661.

⁴⁸ K. Th. Eheberg, Straßburg (s. A 10), S. 33 f.; P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 240 f.; J. Müller, Finanzpolitik des Nürnberger Rates (s. A 42), S. 13; H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 52 f.; M. Jung, Speyer (s. A 18), S. 85; P. Payer, Schwäbisch Gmünd (s. A 16), S. 120 f.; G. Fischer, Reutlingen (s. A 23), S. 161 f., 200; H. Mauersberg, Wirtschafts- und Sozialgesch. (s. A 3), S. 383; W. Steinhilber, Gesundheitswesen (s. A 25), S. 62; J. U. Ohlau, Rothenburg (s. A 12), S. 85 f.; D. Kreil, Stadthaushalt von Schwäbisch Hall (s. A 15), S. 36 f.; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 20.

⁴⁹ K. Th. Eheberg, Straßburg (s. A 10), S. 301 f.; M. Mayer, Die Lebensmittel-Politik der Reichsstadt Schlettstadt bis zum Beginn der frz. Herrschaft. Diss. Freiburg/Br. 1907, S. 27 f.; A. Herzog, Die Lebensmittelpolitik der Stadt Straßburg im Mittelalter. Diss. Freiburg/Br. 1909, S. 8; E. Salzmann, Weinbau und Weinhandel in der Reichsstadt Eßlingen bis zu deren Übergang an Württemberg 1802. Stuttgart 1930, S. 139; W. Wetzstein, Die Entwicklung des Veterinärwesens in der Fr. Reichsstadt Regensburg. Diss. München 1958, S. 15 f.; H. Schubert, Unterkauf und Unterkäufer in

Das allmähliche Vordringen der Reichsstädte in den Bereich der indirekten Steuern und die fallweise Einführung neuer Aufgaben wie z. B. der »Türkenschatzungen« führte schließlich zum Aufbau eines hierarchisch gegliederten Behördensystems. In Augsburg stand im 18. Jahrhundert an der Spitze des städtischen Kameralwesens das Einnehmeramt, welches die »Stadthauptrechnung« durchführte. Ihm unterstand unmittelbar das Steueramt, das für die Besteuerung des Vermögens zuständig war, ferner das Ungeldamt, welches die Verbrauchs- und Verkehrssteuern einhob, sowie alle anderen, »Stadtgefälle« einnehmenden Ämter wie das Hallamt, das Getreideaufschlagamt und das Taxieramt.⁵⁰

V.

Der Erhöhung der Ausgaben für die Steuerverwaltung folgte eine Ausweitung des Personalaufwandes für marktordnende und -regulierende Maßnahmen, die durch die langfristige konjunkturelle Entwicklung im oberdeutschen Wirtschaftsraum beschleunigt und verstärkt wurde. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts stand eine stark anwachsende Bevölkerung einer fast konstanten Bodenfläche gegenüber, die überdies im herkömmlichen Arbeitsverfahren bebaut wurde. Als Folge stiegen die Preise der Agrarprodukte. Da die Konsumenten für die relativ unelastisch nachgefragten Nahrungsmittel nun einen größeren Teil ihres Einkommens aufwenden mußten, entfiel eine verhältnismäßig geringere Kaufkraft auf die Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen. Dem zukünftigen Handwerk fehlte die Beweglichkeit, um sich schnell an die veränderte Marktlage anzupassen. Findige Kaufleute kamen ihm zuvor und begannen, billigere Güter, namentlich Textil-, Leder- und Metallwaren, im Rahmen einer neuen Betriebsform, des Verlags, auf dem Land zu produzieren.⁵¹ So mußten z. B. die Reichsstädte Ulm, Rothenburg, Weißenburg, Dinkelsbühl, Bopfingen und Donauwörth zusehen, wie in ihrer nächsten Nachbarschaft ein Augsburger Unternehmer, freilich gestützt auf ein Nachfragemonopol für Wolle in der Grafschaft Oettingen, mit Hilfe des Verlagssystems die ländliche Weberei in einen gefährlichen Konkurrenten des städtischen Textilgewerbes verwandelte. Die Weber der Reichsstadt Isny versuchten um 1580 vergeblich, die steigende Einfuhr preiswerter ostmitteleuropäischer Leinwand in ihren traditionellen Absatzraum zu verhindern.⁵²

Frankfurt am Main im Mittelalter. Ein Beitrag zur Gesch. des Maklerrechts. Diss. Frankfurt/M. 1962, S. 56f. In Konstanz traten die Unterkäufer manchmal als stadtmittelbare »Beamte« mit festem Sold, manchmal auch als Pächter des Amtes auf.

⁵⁰ I. Batori, Augsburg (s. A 8), S. 63.

⁵¹ Siehe hierzu I. Bog, Wachstumsprobleme der oberdt. Wirtschaft 1540–1618, in: Jbb. f. Nationalökonomie u. Statistik 179 (1966), S. 495f.

⁵² Fr. Blaich, Die Wirtschaftspolitik des Reichstags im Heiligen Römischen Reich. Ein Beitrag zur Problemgesch. wirtschaftlichen Gestaltens. Stuttgart 1970, S. 77.

Überdies beraubte der Vormarsch der türkischen Heere in Ungarn um 1540 das bedeutende Textilgewerbe der Reichsstädte Nürnberg, Nördlingen, Dinkelsbühl und Windsheim seines wohl wichtigsten ausländischen Absatzmarktes. Ein Ausweichen auf andere Märkte erwies sich für das reichsstädtische Gewerbe als äußerst schwierig, weil die Preise der Produktionsgüter und der Lebensmittel rasch anstiegen, allein in Nürnberg zwischen 1530 und 1540 um ungefähr 100%. Ein Überwälzen der gestiegenen Produktionskosten auf den Kunden in Form erhöhter Verkaufspreise verwehrten jedoch die allgemein gestiegenen Kosten der Lebenshaltung. Der Landhandwerker hingegen erzeugte seine Lebensmittel meistens selbst, und er konnte sich oft auch einige Rohstoffe wie Wolle und Holz billiger beschaffen als der zünftige Meister.⁵³

Das Schrumpfen der Nachfrage veranlaßte viele Zünfte, unter ihren Mitgliedern kartellartige Absprachen über die Höhe der Verkaufspreise, die Beschaffenheit der Produkte und die Produktionsmenge herbeizuführen. Sie bestimmten die Anzahl der Gesellen und Lehrlinge, die der Meister beschäftigen durfte, und sie legten die Technik des Produktionsverfahrens unverrückbar fest. Auf die Lähmung des Wettbewerbs und die Ausschaltung des technischen Fortschritts, welche sich nach dem Dreißigjährigen Krieg fortsetzten, antworteten die Städte mit einer Erhöhung ihrer wirtschaftspolitischen Aktivität. Auf der einen Seite trachteten sie danach, die Versorgung der städtischen Bevölkerung in ausreichender Qualität und Quantität zu einem annehmbaren Preis sicherzustellen. Auf der anderen versuchten sie jedoch, den Fortbestand des städtischen Gewerbes gegenüber den kostengünstiger produzierenden auswärtigen Konkurrenten zu gewährleisten. Diese Bestrebungen mündeten in einer Flut von Erlassen zur Ordnung und Regulierung aller Warenmärkte innerhalb der Stadtmauern. Der Stadtrat setzte Höchstpreise für Lebensmittel fest, gleichzeitig aber auch Mindestpreise für diejenigen gewerblichen Produkte, bei denen das zünftige Handwerk mit auswärtigen Herstellern konkurrierte. Er erhöhte die Qualitätsanforderungen, und er verschärfte die Überwachung von Maß und Gewicht. Er ordnete die Auszeichnung der Preise und die Bekanntgabe der Qualität der angebotenen Waren an. Er untersagte Marktabsprachen zu Lasten der Bewohner und drohte mit der Zulassung von Landbäckern und -metzgern zum städtischen Markt, um die »politischen Preise« für Brot und Fleisch niedrig zu halten. Gleichzeitig behinderte oder sperrte er den Marktzugang für auswärtige Anbieter, die den Absatz des städtischen Textil- oder Metallgewerbes gefährden konnten.⁵⁴

Wenn diese Maßnahmen wirksam werden sollten, mußte die bereits vorhandene Marktaufsicht erheblich ergänzt und verstärkt werden. Die Qualitätskontrolle durch die

⁵³ I. Bog, Wachstumsprobleme (s. A 51), S. 523f.

⁵⁴ Vgl. Fr. Blaich, Die Reichsmonopolgesetzgebung im Zeitalter Karls V. Ihre ordnungspolitische Problematik. Stuttgart 1967, S. 89f., 130f.; I. Bog, Wirtschaft und Gesellsch. Nürnbergs im Zeitalter des Merkantilismus (1648–1806). Eine methodologische Fallstudie, in: Vierteljahrsschr. f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. 57 (1970), S. 305f.

»Schau« konnte nicht länger ausschließlich oder auch nur vorwiegend ehrenamtlich tätigen Zunftmeistern überlassen werden. Vielmehr wählte der Rat aus den Reihen seiner Mitglieder besondere Marktbeauftragte und Marktdeputationen, die für ihre Tätigkeit der Überwachung des Warenaustauschs besoldet wurden. Außerdem benötigten sie eine Reihe von Helfern, angefangen vom unentbehrlichen Schreiber über die für die einzelnen Warenmärkte bestellten »Kieser« und »Messer« bis hinab zu den Stadtknechten oder Bütteln, welche bei Verstößen gegen die reichsstädtische Wirtschaftsgesetzgebung einschritten.⁵⁵

VI.

Mit dem Aufbau einer nahezu lückenlosen obrigkeitlichen Marktüberwachung war die Auffächerung der reichsstädtischen Verwaltungstätigkeit in verschiedene Aufgabenbereiche, welche im 13. Jahrhundert begonnen hatte, im 16. Jahrhundert nahezu abgeschlossen. Daß es den Städten im 17. und 18. Jahrhundert dann nicht mehr gelang, die Personalausgaben rasch an veränderte wirtschaftliche Daten anzupassen, darf jedoch keineswegs der Unbeweglichkeit und dem Streben zur Selbsterhaltung einer verknöcherten Bürokratie zugeschrieben werden. Eine Reichsstadt, deren Bevölkerungszahl als Folge eines wirtschaftlichen Strukturwandels von 5000 auf 2500 Einwohner gesunken war und deren Steueraufkommen erheblich geschrumpft war, konnte weder die Ämter des Stadtarztes, des Ratsschreibers oder des Ratssyndikus noch die Stellen des Türmers, des Torwächters oder des Abdeckers einfach halbieren oder gar aufheben. Auch in der Zeit der drückenden Finanznot des Dreißigjährigen Krieges führten Sparmaßnahmen der Reichsstadt Eßlingen lediglich zur Abschaffung des »Einspennungsknechtes« und des »Bettelvogtes«.⁵⁶ Der Rat der Stadt Nürnberg ließ zwar wegen seiner Finanzmisere gegen Ende des 18. Jahrhunderts an seiner Universität Altdorf Lehrstühle unbesetzt, und er vereinigte mehrere Lehrfächer in der Hand eines einzigen Professors.⁵⁷ Diese Einsparung minderte aber andererseits die Anziehungskraft der Hochschule auf Studierwillige, deren Geldausgaben zumindest für die lokale Wirtschaft Altdorfs bedeutend waren.

⁵⁵ Siehe hierzu C. L. Sachs, Metzgergewerbe und Fleischversorgung der Reichsstadt Nürnberg bis zum Ende des 30jährigen Kriegs, in: Mitt. des Vereins f. Gesch. der Stadt Nürnberg 24 (1922), S. 12f.; J. Fettel, Die Getreide- und Brotversorgung der fr. Reichsstadt Eßlingen von 1350–1802. Stuttgart 1930, S. 33; A. Jegel, Ernährungsfürsorge des Altnürnberger Rates, in: Mitt. des Vereins f. Gesch. der Stadt Nürnberg 36 (1940), S. 169f.; P. Schneider, »Nürnbergisch gerecht geschaut Gut«, Nürnberger Schauanstalten im Spätmittelalter. Diss. Nürnberg 1940, S. 26f.; K. Lübke, Ulm (s. A 18), S. 135; W. Wetzstein, Veterinärwesen Regensburgs (s. A 49), S. 13f.; E. Wiest, Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806. Stuttgart 1968, S. 64f.

⁵⁶ E. Blaich, Finanzgesch. der fr. Reichsstadt Eßlingen im Dreißigjährigen Krieg. Stuttgart 1934, S. 56.

⁵⁷ H. Kl. Recktenwald, Universität Altdorf (s. A 35), S. 255.

Der Versuch, die Ausgabenseite des städtischen Haushalts durch Lohnkürzungen zu entlasten, erwies sich im Kampf gegen die zunehmende Verschuldung als zweischneidiges Schwert. Qualifizierte Arbeitskräfte wie die Ärzte, die Ratskonsulenten oder die Stadtschreiber konnten nämlich durch die Schmälerung ihres Einkommens veranlaßt werden, sich nach einem neuen Wirkungskreis in einer anderen Reichsstadt oder in einem fürstlichen Territorium umzusehen. Den Ärzten und den Juristen bot sich obendrein die Möglichkeit, eine private Praxis oder Kanzlei zu eröffnen. Auf der unteren und der mittleren Ebene des städtischen Dienstes lähmte eine zu karge Besoldung hingegen nicht allein den Leistungswillen der Betroffenen, sie lockte obendrein Personen an, denen es schwerfiel, auf dem »privaten« Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. So bezahlte der Nürnberger Rat Einsparungen im Bereich der inneren Sicherheit mit »dem lächerlichen Aufzug der größtenteils invaliden, völlig heruntergekommenen Polizeibeamten«, die obendrein Bestechungsgeldern zugänglich waren.⁵⁸

Bei einer Wertung der städtischen Finanzpolitik darf man aber vor allem die Rolle nicht übersehen, welche der Stadtrat als Arbeitgeber innerhalb des Gefüges der Stadtwirtschaft spielte. Bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts beschäftigte der Rat der Stadt Rothenburg ungefähr 65 Personen in den folgenden Berufen und Ämtern: Bader, Büchsenmeister, Fischer, Flurherr, Förster, Hausknecht, Holzwart, Karrenknecht, Schütze, Söldner, Stadtläufer, Stadtpfeifer, Stadtschreiber, Steinmetz, Torwart, Totengräber, Türmer, Kuhhirte, Kundschafter, Nachrichten, Offenschreiber (= Notar), Pferdeknacht, Pflastermeister, Platzwart, Privetfeger, Sauhirte, Schafhirte, Waagenmeister, Wagenknecht, Weinrufer, Weinschröter, Weinunterkeufel, Weinverlauber, Zimmermann, Zöllner. Da viele dieser Amtsträger und Stelleninhaber Handlanger und Knechte beschäftigten, kann man davon ausgehen, daß allein auf der unteren und mittleren Besoldungsstufe – vom Stadtschreiber und vom Notar einmal abgesehen – mindestens 100 Personen ununterbrochen im Dienste der Stadt standen. Hinzu trat eine nicht zu ermittelnde Anzahl von »Fürgriffen« und »Grabenflickern«, die das Bauamt der Stadt als Arbeiter beschäftigte. Je nach Bedarf stellten der »Baumeister«, der für das öffentliche Bauwesen zuständige Ratsherr, und der »Kornmeister«, das für die Lebensmittelversorgung und die Vorratshaltung verantwortliche Magistratsmitglied, zusätzliche Knechte und Tagelöhner ein. Vergegenwärtigt man sich, daß zu dieser Zeit Rothenburg ungefähr 7300 Einwohner zählte, so geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung seinen Lebensunterhalt unmittelbar vom städtischen Arbeitgeber bezog.⁵⁹ Aus dem Besoldungsplan, den die Stadt Rottweil im August 1783 aufstellte, geht hervor, daß der Stadtrat nicht allein 31 Ratsämter besoldete, sondern daß er an 103 Personen Geld- und Naturallöhne ausbezahlte. Dieser Beschäftigtenzahl kam zweifellos wirtschaftliches Gewicht zu, zählte doch die Stadt damals nur etwa 4000 Bewohner.⁶⁰

⁵⁸ E. Wiest, Nürnberger Gewerbe (s. A 55), S. 64.

⁵⁹ Vgl. J. U. Ohlau, Rothenburg (s. A 12), S. 6, 96f.

⁶⁰ A. Laufs, Rottweil (s. A 7), S. 112, 143f.

Die monetären Einkommen der städtischen Bediensteten verwandelten sich zum größten Teil unmittelbar in kaufkräftige Nachfrage nach den Waren und Dienstleistungen ortsansässiger Produzenten und Händler. Aber auch die Naturalentlohnung – man denke an die Lieferung von Getreide oder die Überlassung von Dienstkleidung – schlug sich überwiegend in Aufträgen für die Kaufleute und Handwerker der Stadt nieder. Natürlich wäre die Behauptung vermessen, die oberdeutschen Reichsstädte hätten ihre Personalausgaben nur deshalb vermehrt, um im Sinne der »General Theory« des John Maynard Keynes die Beschäftigung der städtischen Wirtschaft anzukurbeln und einer drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Indessen waren den Zeitgenossen Einsichten in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, namentlich in den Kreislauf der Einkommen, nicht fremd, wie die folgenden Beispiele belegen.

Wenn zu Beginn des 16. Jahrhunderts in Nürnberg die Maurergesellen und die Steinmetzen, welche von der Stadt angestellt worden waren, wegen der ungünstigen Witterung ihre Arbeiten nicht ausführen konnten, erhielten sie vom Baumeister die Weisung, »an Steinen Fürgriff zu hauen«, also Steine auf Vorrat zu brechen und aufzuarbeiten. Diese Tätigkeit sorgte nicht allein dafür, daß beim Fortgang der Bauarbeiten genügend Baumaterial zur Verfügung stand. Sie vermied überdies Lohninbußen der reichsstädtischen Arbeiterschaft, denn im Winterhalbjahr konnten immerhin zwischen 50 und 100 Bauarbeiter über 60 Arbeitstage hinweg mit »fürgrifflicher Arbeit« beschäftigt werden. Der Rat zögerte aber auch nicht, im Falle des Arbeitsmangels seine Handwerker zu fachfremden Verrichtungen heranzuziehen. So fertigten die Tüncher zeitweise Feuerleitern an, die Decker führten Instandsetzungsarbeiten am Dutzendteich und an den städtischen Brunnen durch, während die Pflasterer allgemeine Aufräumungsarbeiten vornahmen.⁶¹

Diese Form der »Notstandsarbeiten«, die sich auch in Straßburg nachweisen lassen,⁶² hielt der Stadtrat offenbar für nützlicher als die Entlassung seiner Arbeiter während der kalten Jahreszeit, die ihm womöglich erhöhte Sozialausgaben aufgebürdet hätte, durch die aber ganz sicher die Umsätze des städtischen Handels und Handwerks vermindert worden wären.

⁶¹ C. L. Sachs, Das Nürnberger Bauamt am Ausgang des Mittelalters. München 1915, S. 40f.; ders., Nürnbergs reichsstädt. Arbeiterschaft während der Amtszeit des Baumeisters Michel Beheim VII. (1503–1511). Nürnberg 1915, S. 29.

⁶² Vgl. U. Crämer, Straßburg (s. A 11), S. 42. Die Einrichtung des »Fürgriffs« bzw. »Füdings« verdiente eine eingehende Untersuchung, die womöglich zu dem Ergebnis führen könnte, daß auch andere oberdeutsche Reichsstädte diese Form der Beschäftigungspolitik betrieben haben.

Peter Kriedte

Die Stadt im Prozeß der europäischen Proto-Industrialisierung

1. Die Gewichtsverlagerung zwischen Stadt und Land – 2. Die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion und ihre Ursachen – 3. Der Funktionsverlust der Exportgewerbestädte – 4. Die Entstehung von gewerblichen Agglomerationen – 5. Exportgewerbestädte und Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion – 6. Zusammenfassung

1787 beschrieb C. L. P. Hüpeden in Schlözers Stats-Anzeigen das niederhessische Leinengewerbe mit folgenden Worten: »...der Teil von Niederhessen, welcher die Fulda und Werra einschließt, das ist die ware Werckstatt des Hessischen Linnens. Hier, wo ein geiziger und gebirgichter Erdboden uns von selbst die Erinnerung gibt, uns durch Kunst und Industrie das zu verschaffen, was die Erde versagt, ist fast jede Bauernhütte zugleich eine Linnenfabrik; und jener Engländer, welcher einst mit den gewöhnlichen Vorstellungen von Fabriken über die See kam, um die große Linnenfabrik zu sehen, erstaunte nicht wenig, eine Fabrik zu sehen, die ohne kostbare Gebäude, ohne Aufsichter, ohne Materialien- und Holzmagazine, und ohne den vielen Lärm, welcher mit den gewöhnlichen Fabrikanstalten verbunden ist, so manchen Schiffen seines Vaterlandes Fracht, und so manchem Bewohner der neuen Welt Kleidung und andere Bedürfnisse verschafft. Ohne Zweifel die beste und sicherste Fabrikanstalt, die man sich gedenken kann, die, so lange es nicht an Käufern felt, und unsere Berge nicht zusammenstürzen, weder durch Bankerotte, noch Feuer und Erdbeben zerstört werden kann. Ein großer Teil der Nation besteht also aus Leinewebermeistern, die im Sommer den Pflug führen, und im Winter den Webstuhl treten. In dem einigen Amt Rotenburg, welches 2250 Familien enthält, zählte man im J. 1786, in Stadt und Land 1533 Leinewebermeister und Meisterswitwen; und wenn in dem letzten Americanischen Kriege 13 000 meiner Landsleute ihren Freunden an der Themse zu Hilfe zogen, so können Sie immer rechnen, daß darunter 8 bis 9000 Leinweber mit gefochten haben.«¹

Diesem Bericht ließen sich ähnliche Schilderungen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus weiten Teilen Europas, von Irland bis hin zum zentralen Nichtschwarzerdegebiet in Rußland, an die Seite stellen. Im Verlauf der frühen Neuzeit – hier und da bereits im späten Mittelalter – waren auf dem Lande gewerbliche Zonen entstanden, die für überregionale und internationale Märkte produzierten. Sie waren geradezu zum Signum

¹ C. L. P. Hüpeden, Vom Linnenhandel in Hessen, in: A. L. Schlözer, Stats-Anzeigen 41 (1787), S. 3–12, hier S. 7f.

der Formationsperiode des europäischen Kapitalismus geworden. Regionen, die allein von der Landwirtschaft lebten, verwandelten sich in solche, die ihr Einkommen primär aus der gewerblichen Warenproduktion bezogen. Ihre Erzeugnisse, die auf den Massenabsatz berechnet waren, ermöglichten es dem Handelskapital, die begrenzte Angebotskapazität der städtischen Wirtschaft zu überwinden und seine Expansion fortzusetzen.²

Das Handelskapital konnte beim Ausbau des Landes als eines alternativen Produktionsstandortes besonders bei der Herstellung von Leinwand und Wolltuchen an das ländliche »Hauswerk« (K. Bücher), d. h. an die Produktion von gewerblichen Waren für den Eigenbedarf anknüpfen. Der Übergang zur Marktproduktion war jedoch nur dort möglich, wo es eine Schicht von landarmen und landlosen Agrarproduzenten gab, die auf einen Zuerwerb angewiesen war. Im Jahre 1700 hieß es von dem linksrheinischen Viersen, die Mehrzahl der Bewohner habe nur 2 bis 6 Morgen »ende moeten deswegen de fabriquen ende handwercken mit driven, om te kunnen subsistieren«.³ Eine solche unterbäuerliche Schicht hatte sich überall dort herausgebildet, wo bäuerliche Gemeinde und Grundherrschaft nicht vermocht hatten, den Akkumulations- und Deakkumulationsprozeß unter Kontrolle zu halten, und wo ihn stattdessen einzelne Bauern, mitunter auch der Grundherr selbst, machtvoll vorangetrieben hatten.

Die Marginalisierung großer Teile der bäuerlichen Gesellschaft war in gewisser Weise die Kehrseite des Akkumulationsprozesses; in vielen Fällen – vor allem in Realteilungsgebieten – war sie freilich unabhängig von diesem. Die Produktionslandschaften, welche die Nutzung des ländlichen Arbeitskräftepotentials durch das Handelskapital entstehen ließ, entwickelten sehr schnell ihre eigene Dynamik. Das bisherige demographische Gleichgewichtssystem brach auseinander; an seine Stelle trat ein demographisches Hochdrucksy-

² Hierzu und zum folgenden Absatz *Ch. Tilly and R. Tilly, Agenda for European Economic History in the 1970s*, in: *Journal of Economic History* 31 (1971), S. 184–198; *F. F. Mendels, Proto-industrialization: The First Phase of the Industrialization Process*, in: ebda. 32 (1972), S. 241–261; *ders., Aux origines de la proto-industrialisation*, in: *Bulletin du Centre d'histoire économique et sociale de la région lyonnaise* 1978, 2, S. 1–21; *P. Kriedte / H. Medick / J. Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus. Mit Beiträgen von H. Kisch und F. F. Mendels*, Göttingen 1977; s. dazu u. a. *R. Boch, Die Proto-Industrialisierung: Zur Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande*, in: *Sozialwissenschaftl. Informationen für Unterricht und Studium* 8 (1979), S. 133–136; *H. Linde, Proto-Industrialisierung. Zur Justierung eines neuen Leitbegriffs der sozialgeschichtl. Forschung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 6 (1980), S. 103–124; *E. Schremmer, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Anmerkungen zu einem Konzept der Proto-Industrialisierung*, in: ebda., S. 420–448 und *P. Jeanmin, La protoindustrialisation: développement ou impasse?*, in: *Annales E. S. C.* 35 (1980), S. 52–65, hier S. 63f. kritische Bemerkungen zur »sous-estimation du rôle des villes«, die ich hier aufgreife; ebenso bei *D. Herlihy, Urbanization and Social Change*, in: *M. Flinn* (Hrsg.), *Proceedings of the Seventh International Economic History Congress*, Bd. 1, Edinburgh 1978, S. 55–74, hier S. 59, 72 A 23.

³ *F. W. Lohmann, Gesch. der Stadt Viersen von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart*, Viersen 1913, S. 474.

stem, das Ausdruck der nunmehr äußerst schnell fortschreitenden Proletarisierung der bäuerlichen Bevölkerung war. Das Bevölkerungswachstum, das auf diese Weise in Gang gesetzt wurde, stellte die Elastizität des Arbeitskräfteangebots sicher, deren die vorindustrielle gewerbliche Warenproduktion bedurfte, wenn ihre Expansion nicht rasch ins Stocken geraten sollte. War die gewerbliche Tätigkeit zunächst Zuerwerb, vor allem in den Wintermonaten, und das Gewerbe mehr oder weniger ein Annex der Landwirtschaft, so löste es sich in vielen Regionen allmählich aus deren Umklammerung und wurde zum Haupterwerb. Der »bäuerliche« Weber verwandelte sich in einen »proto-industriellen« Weber. Seiner Organisationsform nach war das Gewerbe, das außerhalb der Städte entstand, Hausindustrie. Sein Kern war der familienwirtschaftlich organisierte, für relativ ferne Märkte produzierende Haushalt kleiner Gewerbetreibender. Die Produktionsverhältnisse, in die er eingebunden war, trugen der Tatsache Rechnung, daß er in mehrfacher Hinsicht vom Handelskapital abhängig war, und zwar nicht nur beim Absatz der fertigen Ware, sondern auch zum Teil beim Bezug der Rohstoffe. Dieses blieb jedoch im allgemeinen, um seine »Versatilität« (W. Sombart)⁴ zu wahren, der Produktionssphäre fern; selbst in den Fällen, in denen es das Kaufsystem aufgab, die kleinen Produzenten im Verlag organisierte und damit in die Produktionssphäre eindrang, leitete es die Produktion weiterhin von der Zirkulationssphäre aus.

1. Die Gewichtsverlagerung zwischen Stadt und Land

Im Verlauf der Proto-Industrialisierung, wie der oben beschriebene Prozeß im Anschluß an Franklin Mendels neuerdings bezeichnet wird, verschob sich das relative Gewicht von Stadt und Land. Das Land gewann an Bedeutung als Produktionsstandort, während die Stadt – wenn im folgenden von Städten die Rede ist, sind immer Exportgewerbestädte gemeint – zunächst zwar ihre absolute, nicht aber ihre relative Bedeutung halten konnte. So saßen, um auf das eingangs erwähnte Beispiel zurückzukommen, 1756/57 im Amt Hessisch Lichtenau von 569 Leinwebnern nur 95 in der kleinen Landstadt gleichen Namens; das sind knapp 17%. 1832 arbeiteten von 4736 Leinwebnern in Kurhessen ganze 3,8% in der Stadt.⁵

In Schlesien standen 1748 nur noch 24% der Leinenstühle in den Städten. »Alle dörfer sind mit webern angefüllt und an den wöchentlichen märkten wimmelt es in den städten Hirschberg, Landshut, Greifenberg, Schmideberg, Waldenburg usw. von leinwebnern, welche ihre rohe gewebe zum verkauf bringen«, berichtete 1785 von Kloeber in seinem

⁴ *W. Sombart, Verlagssystem (Hausindustrie)*, in: *Handwörterbuch der Staatswiss.*, Bd. 8, Jena ³1911, S. 233–261, hier S. 234.

⁵ *Stadtarchiv Hessisch Lichtenau Abt. XXIII Konv. 11 Fasz. 18; Hessisches Staatsarchiv Marburg Bestand 27a II Nr. 120. 1808/09 betrug im Amt Hessisch Lichtenau der Anteil der Stadt bei 441 Leinwebnern 15,9% (Stadtarchiv Hessisch Lichtenau Abt. XXIII Konv. 11 Fasz. 13).*

Buch über Schlesien.⁶ Während die Zahl der Leinenwebstühle im Umland von Gent, der Kastellanei Oudburg, zwischen 1730 und 1792 von 4976 auf 8868 stieg, fiel sie in der Stadt zwischen 1700 und 1780 von 400 auf 300.⁷ Zeuge – man versteht darunter relativ billige, leichte, nicht aus Kammgarn, sondern aus Streichgarn hergestellte, wenig oder gar nicht gewalkte Stoffe – wurden gleichfalls in erster Linie auf dem Lande gewebt. Sie begannen ihren Siegeszug im späten Mittelalter in den südlichen Niederlanden, wo ihr Produktionsort neben kleinen Städten von Anfang an das flache Land war. Der Aufstieg der »nouvelles draperies« war auf das engste mit dem Niedergang des traditionellen Tuchgewerbes in den flandrischen Städten verbunden.⁸ Im Moderationsbezirk der Calwer Zeughandlungskompanie fiel der Anteil der städtischen Zeugmacher an der Gesamtzahl der Zeugmacher zwischen 1663 und 1787 von knapp 70 auf wenig mehr als 35%.⁹ Die Zeugmacherei war auf dem oberen Eichsfeld nahezu ausschließlich eine ländliche Erscheinung. Ihr Ausgangspunkt war das Dorf Groß Bartloff; derjenige, der, wie A. L. Schlözer 1778 schrieb, »den Anfang einer so wichtigen und glücklichen Revolution in diesem Lande machte«, war der hessische Dragoner Valentin Degenhard, der sich 1680, nachdem er Schwierigkeiten mit der Tuchmacherzunft in Eschwege bekommen hatte, ins Eichsfeld wandte. Noch 1802 standen auf dem oberen Eichsfeld von 3031 Wollzeugstühlen nur 1,8% in den Städten Duderstadt, Heiligenstadt und Worbis.¹⁰

Die Leinen- und die Zeugherstellung waren seit jeher eng mit der bäuerlichen Arbeitswelt verbunden. Sie können geradezu als eine »Kommerzialisierung bäuerlicher Fertigkeiten« (D. C. Coleman) gelten.¹¹ Von daher nahmen sie eine gewisse Sonderstellung ein. Aber auch andere Gewerbe, für welche das nicht gilt, wurden von der Standortausweitung

⁶ A. Zimmermann, Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien. Gewerbe- und Handelspolitik dreier Jahrhunderte, Oldenburg usw. ²1892, S. 448–451; [v. Kloeber], Schlesien vor und seit dem Jahre 1740, Bd. 1–2, Freiburg 1785, hier Bd. 1, S. 310. 1805 belief sich der Anteil der städtischen Leineweber auf 21% (Zimmermann, a.a.O.). 1765 saßen im Kreis Hirschberg, dem wichtigsten Zentrum der Leineweberei in Schlesien, von 1805 Webern nur 6,2% in der gleichnamigen Stadt; von 4378 Webstühlen standen hier nur 6,7% (Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Jeleniej Górze: Kaufmanns-Sozietät Nr. 364, S. 65–68).

⁷ F. F. Mendels, Landwirtschaft und bäuerliches Gewerbe in Flandern im 18. Jh., in: Kriedte / Medick / Schlumbohm, Industrialisierung (s. A 2), S. 325–349, hier S. 326.

⁸ D. C. Colemann, An Innovation and its Diffusion: the »New Draperies«, in: Economic History Review 2nd Ser. 22 (1969), S. 417–429; H. van der Wee, Structural Changes and Specialization in the Industry of the Southern Netherlands, 1100–1600, in: ebda. 28 (1965), S. 203–221, hier S. 206, 211 f., 215–217.

⁹ W. Troeltsch, Die Calwer Zeughandlungskompanie und ihre Arbeiter. Studien zur Gewerbe- und Sozialgesch. AltWürttembergs, Jena 1897, S. 107 f.

¹⁰ A. L. Schlözer, Valentin Degenhard, hessischer Dragoner, und Stifter der Wollenmanufacturen auf dem Eichsfelde, seit 1680, in: ders., Briefwechsel meist historischen und statistischen Inhalts 3 (1778), S. 20–27, hier S. 23; H. Godehardt, Zur Lage der Weber, Kämmer und Spinner des Eichsfeldes während der ersten preußischen Herrschaft (1802–1806), in: Eichsfelder Heimathefte 1970, S. 63–75, hier S. 66.

¹¹ D. C. Colemann, Innovation (s. A 8), S. 421–423.

der gewerblichen Warenproduktion erfaßt. Von den 4650 Strumpfwirkerstühlen, die es 1727 in den Midlands gab, standen nur 19,4% in den Städten Nottingham und Leicester. In London, das zunächst das Zentrum der Strumpfwirkerei in England war, ging die Zahl der Stühle von 2500 im Jahre 1727 auf 500 im Jahre 1782 zurück, während sie in den Midlands gleichzeitig auf 17350 stieg.¹² 1751 schrieb dazu ein Zeitgenosse: »...the merchants and hosiers in London, finding they could be fitted from the Country with as good work at a cheaper rate than the London Framework-Knitters could afford; the bulk of that trade has since shifted from thence, and the chief dependence they had left, was upon what is called fashion-work, ... and this also, being by degrees left off, what remains now in London, does hardly deserve the name of trade.«¹³ 1797 lesen wir über die Strumpfwirkerei im Umland von Chemnitz: »Von Anfange an, setzte sie sich auf den Dörfern fest, und Limbach, ein Rittergut, zwei Stunden von Chemnitz, war das erste, welches Strumpfwürker unter seinen Einwohnern zählte. Von hieraus gieng sie auf die benachbarten Dörfer über, und breitete sich nach und nach in die ganze umliegende Gegend ... aus. Ihr Hauptsitz ist denn auch bis jetzt auf den Dörfern. In der Stadt Chemnitz sind nicht mehr denn 80 Meister, 10 Lehrjungen und gegen 50 Gesellen. Im Jahre 1709 waren ihrer nur fünf hier, und in der ganzen umliegenden Gegend noch nicht 20 Stühle. Jetzt sind in einem Flächeninhalt von nicht ganz vier Quadratmeilen um Chemnitz gegen 2500 Stühle gangbar.«¹⁴

Das im 18. Jahrhundert in vielen Regionen überaus schnell expandierende Baumwollgewerbe war gleichfalls sehr stark ländlich geprägt. Das »Committee on Emigration« von 1826/27 schrieb in seinem Bericht, daß in vielen Gebieten, »and more especially in Lancashire, there appear to be among the hand-loom weavers two classes almost wholly distinct from each other; the one, who, though they take in work in their own houses or cellars, are congregated in the large manufacturing towns; and the other, scattered in small hamlets or single houses, in various directions throughout the manufacturing county.«¹⁵

¹² J. D. Chambers, Nottinghamshire in the Eighteenth Century. A Study of Life and Labour under the Squirearchy, London 1932, ²1966, S. 94 f.; s. auch S. D. Chapman, The Genesis of the British Hosiery Industry, 1600–1750, in: Textile History 3 (1972), S. 7–50 und ders., Enterprise and Innovation in the British Hosiery Industry, 1750–1850, in: ebda. 5 (1974), S. 14–37, hier S. 19 Zensus der Strumpfwirkerstühle von 1812.

¹³ Ch. Deering, Nottinghamia vetus et nova or an Historical Account of the Ancient and Present State of the Town of Nottingham, Nottingham 1751, S. 100; auch zit. bei J. D. Chambers, Nottinghamshire (s. A 12), S. 94.

¹⁴ Topographisch-statistische Beschreibung der Stadt Chemnitz, und der Gegend um diese Stadt, in: Neueste Staats-Anzeigen 3 (1797), S. 227–243, hier S. 235 f.

¹⁵ Zit. nach S. J. Chapman, The Lancashire Cotton Industry. A Study in Economic Development, Manchester 1904, Clifton ²1973, S. 11; s. auch G. W. Daniels, The Early English Cotton Industry with Some Unpublished Letters of Samuel Crompton, Manchester 1920, S. 133–142 und A. P. Wadsworth and J. De Lacy Mann, The Cotton Trade and Industrial Lancashire, 1600–1780, Manchester 1931, ²1965, S. 314–323.

In der Ostnormandie wurden 1775 69% der Baumwollstoffe außerhalb von Rouen hergestellt; nur Stoffe aus reiner Baumwolle wurden nahezu ausschließlich in der Stadt gewebt. Die Textilherstellung auf dem Lande nahm einen derartigen Umfang an, daß der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu fehlen begannen.¹⁶

Im Metallgewerbe und insbesondere im Kleiseisengewerbe sah es nicht viel anders aus. So waren in der Grafschaft Mark im Jahre 1800 nur 52,8% der im Metallgewerbe Beschäftigten in den Städten ansässig.¹⁷ In der bergischen Kleiseisenregion war das Gewicht der Stadt von völlig untergeordneter Bedeutung. Nur Solingen hatte Stadtrechte, nicht aber die anderen Siedlungen wie etwa Remscheid und Cronenberg. Der Landrat des Kreises Solingen schrieb 1836 an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz: »Ein vorzügliches Hilfsmittel des ökonomischen Bestehens der Fabrikarbeiter dieser Gegend liegt in dem glücklichen Umstände, daß sie nicht in Städten zusammengedrängt wohnen, sondern ihre Tätigkeit überall auf dem sogenannten platten Land sich mit gesichertem Erfolge ausbreiten und ansiedeln konnte, wo sie stets einen kleinen Grundbesitz mit dem Gewerbe verbinden, der, wenn letzteres nicht immer ausreicht, sie wenigstens gegen physischen Mangel und eigentliche Not vorerst sichert, sodaß zu Greueln, wie sie in großen Fabrikorten aus augenblicklichem Mangel an Verdienst oder aus – leider auch hier nicht fremden wucherlichen Bedrückungen entstehen – in dieser gleichwohl dicht und sonst ausschließlich von Gewerbetreibenden bevölkerten Gegend keine Besorgnis ist...«¹⁸

Bevor wir den Gründen für den geschilderten Prozeß nachgehen, ist eines festzuhalten: Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion kann, muß aber nicht zwingend Standortverlagerung von der Stadt auf das Land bedeuten. Proto-Industrialisierung bedeutet zunächst nicht mehr als Aufwertung des Landes als Produktionsstandort. Die Stadt war davon insoweit betroffen, als damit die Arbeitsteilung zwischen ihr und dem Land, wie sie sich im hohen Mittelalter herausgebildet hatte, in Frage gestellt war. Diese hatte allerdings von Anfang an der exakten Durchführung entbehrt.¹⁹ Metallgewerbe und Kleiseisengewerbe waren sehr stark standortgebunden, da sie Wasserkraft für den Betrieb von

¹⁶ S. Chassagne, La diffusion rurale de l'industrie cotonnière en France (1750–1850), in: Revue du Nord 61 (1979), S. 97–114, hier S. 101; J. Sion, Les paysans de la Normandie orientale. Etude géographique sur les populations rurales du Caux, du Bray, du Vexin normand et de la vallée de la Seine, Paris 1908, S. 187f.

¹⁷ K. H. Kaufhold, Das Metallgewerbe der Grafschaft Mark im 18. und frühen 19. Jh., Dortmund 1976, S. 96; s. auch St. Reekers, Beitr. z. statistischen Darstellung der gewerbl. Wirtschaft Westfalens um 1800. Teil 5: Grafschaft Mark, in: Westf. Forschungen 21 (1968), S. 98–161, hier S. 152–157 und G. Lange, Das ländl. Gewerbe in der Grafschaft Mark am Vorabend der Industrialisierung, Köln 1976, S. 15–19.

¹⁸ Zit. nach G. Adelman (Hrsg.), Der gewerblich-industrielle Zustand der Rheinprovinz im Jahre 1836. Amtl. Übersichten, Bonn 1967, S. 89f.; s. auch G. von Hauer, Statistische Darstellung des Kreises Solingen im Regierungsbezirk Düsseldorf, Köln 1832, S. 113f. – Über Solingen jetzt R. Kaiser, Solingen (Rhein. Städteatlas 5), Köln 1979.

¹⁹ Dazu P. Kriedte, in: Kriedte / Medick / Schlumbohm, Industrialisierung (s. A 2), S. 36–39.

Hammerwerken und Schleifkotten benötigten; sie konnten deshalb auf das Land als Standort der gewerblichen Warenproduktion nicht ohne weiteres verzichten. Das Leinen- und das Wollzeuggewerbe hatten, von wichtigen Ausnahmen wie Oberschwaben abgesehen, in den Städten nicht selten ein Schattendasein geführt, so daß die Herausbildung von Produktionszentren auf dem Lande die gewerbliche Entwicklung der Städte nur wenig berühren konnte.²⁰

Hier wird man allerdings sofort eine wichtige Einschränkung zu machen haben. Der Blick auf ein einzelnes Gewerbe kann dort in die Irre führen, wo dem Ausbau des Landes als eines alternativen Produktionsstandortes Substitutionsprozesse zugrunde lagen. Der Aufstieg des Wollzeuggewerbes vollzog sich nicht in einem beziehungslosen Raum, sondern auf Kosten des traditionellen Tuchgewerbes, das seinen Sitz vornehmlich in der Stadt hatte;²¹ nur England machte eine Ausnahme, da das Wollgewerbe hier bereits am Ausgang des Mittelalters »einen ländlichen Charakter besaß« (E. Carus-Wilson).²² Der Substitutionsprozeß ging also nicht nur zu Lasten eines bestimmten Gewerbes, sondern auch des Produktionsstandortes »Stadt«. Dieses Beispiel läßt erkennen, wie sich unter Umständen die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion zur Standortverlagerung weiterentwickeln konnte. Diese extreme Möglichkeit wurde allerdings im allgemeinen nur dann Wirklichkeit, wenn sich mehrere, der gewerblichen Produktion in der Stadt ungünstige Faktoren miteinander verbanden.

2. Die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion und ihre Ursachen

Die ersten Anstöße für die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion gingen zumeist von der Stadt aus. Die großen Exportgewerbestädte des späten Mittelalters bezogen, wirtschaftlichen Notwendigkeiten gehorchend, ihr Umland in den gewerblichen

²⁰ Zum Leinengewerbe s. R. van Uytven, Die ländl. Industrie während des Spätmittelalters in den südlichen Niederlanden, in: H. Kellenbenz (Hrsg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jh., Stuttgart 1975, S. 57–77, hier S. 72–74; E. Sabbe, De belgische vlasnijverheid 1. De zuidnederlandsche vlasnijverheid tot het verdrag van Utrecht, Brugge 1943, S. 44–171; zu Oberdeutschland und Ostmitteledeutschland, Gebieten, in denen das Leinengewerbe zunächst einen vorwiegend städt. Charakter hatte, s. H. Ammann, Die Anf. der Leinenindustrie des Bodenseegebiets, Alem. Jb. 1953, S. 251–313; E. Schremmer, in: M. Spindler (Hrsg.), Handb. d. bayer. Gesch., Bd. 3, 2, München 1971, S. 1076–1080; H. Aubin und A. Kunze, Leinenerzeugung und Leinenabsatz im östl. Mitteldeutschland zur Zeit der Zunftkäufe. Ein Beitr. zur industriellen Kolonisation des deutschen Ostens, Stuttgart 1940, S. 6–17.

²¹ H. van der Wee, Changes (s. A 8), S. 211–218; E. Coornaert, Draperies rurales, draperies urbaines. L'évolution de l'industrie flamande au moyen âge et au XVIe siècle, in: Revue belge de philologie et d'histoire 28 (1950), S. 59–96, hier S. 82–84, 92f.

²² E. Carus-Wilson, Evidences of Industrial Growth on Some Fifteenth-century Manors, in: Economic History Review 2nd ser. 18 (1965), S. 191–205, hier S. 190.

Produktionsprozeß ein und unterwarfen es damit ihren Reproduktionserfordernissen. Gestützt auf das umlaufende Kapital, über das sie verfügten, machten Kaufleute und Verleger Produzenten von Rohstoffen und gewerblichen Waren im weiteren Umkreis der jeweiligen Stadt von sich abhängig. Sie banden sie damit an die Stadt als das Zentrum der gewerblichen Warenproduktion und zogen sie darüber hinaus in eine von dieser diktierte Arbeitsteilung hinein.²³

Im allgemeinen wird man diesen Prozeß in mehrere Phasen zerlegen können: er reichte von der Rohstoffherzeugung über die Produktion von Halbfertigwaren zu der von Fertigwaren. Im Zusammenhang damit veränderte sich die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land: dort, wo auf dem Land Fertigwaren hergestellt wurden, verblieben der Stadt nur noch die Endverarbeitung und die Veredelung. Wenn diese Stufe erreicht war, geriet das gewerbliche Produktionspotential der Stadt ernstlich in Gefahr. Nun war es nur noch ein Schritt bis zur Emanzipation des Landes von der Stadt als Vorort der gewerblichen Warenproduktion. Zum Teil geboten naturräumliche Notwendigkeiten die Einbeziehung des Landes in den gewerblichen Produktionsprozeß. Das gilt vor allem für die Rohstoffherzeugung und Rohstoffförderung. Flachs, Wolle, Seide und die verschiedenen Metalle hatten ihren Produktionsort auf dem Land. Aber auch die Herstellung von Halbfertigwaren war zum Teil an das Land als Standort gebunden, vor allem dort, wo wie im Eisengewerbe die Verfügbarkeit von Wasserkraft als Energiequelle unabdingbar war.

Eine äußerst typische Erscheinung war die Erschließung des Umlandes von Städten als »Garnland«. So ließen, um ein Beispiel zu nennen, Francesco Datini und Angelo del Rosso 1396/1400 72,3% des Garnes, das in ihrem Tuchverlag verarbeitet wurde, in den Dörfern im Umkreis von Prato spinnen.²⁴ Die ländliche Garnherstellung war Ausfluß der für den

²³ H. Ammann, Vom Lebensraum der mittelalterl. Stadt. Eine Untersuchung an schwäb. Beispielen, in: *Berichte z. dt. Landeskunde* 31 (1963), S. 284–316, hier S. 290–293; F. Irsigler, Stadt und Umland im Spätmittelalter: Zur Zentralitätsfördernden Kraft von Fernhandel und Exportgewerbe, in: E. Meynen (Hrsg.), *Zentralität als Problem der mittelalterl. Stadtgeschichtsforschung*, Köln usw. 1979, S. 1–9, hier S. 4–9; wichtige Regionalstudien für das Spätmittelalter: J. Heers, *Gènes au XVe siècle. Activité économique et problèmes sociaux*, Paris 1961, S. 218–229; Ch. M. de la Roncière, *Florence, centre économique régional au XIVe siècle. Le marché des denrées de première nécessité à Florence et dans sa campagne et les conditions de vie des salariés (1320–1380)*, Bd. 1–5, Aix-en-Provence 1977, hier Bd. 3, S. 800–817, Bd. 4, S. 438–440; H. Ammann, Die wirtschaftl. Stellung der Reichsstadt Nürnberg im Spätmittelalter, Nürnberg 1970, S. 194–224; F. Irsigler, Die wirtschaftl. Stellung der Stadt Köln im 14. und 15. Jh. Strukturanalyse einer spätmittelalterl. Exportgewerbe- und Fernhandelsstadt, Wiesbaden 1979, S. 319–325.

²⁴ F. Melis, *Aspetti della vita economica medievale (Studi nell'archivio Datini di Prato)*, Bd. 1, Siena 1962, S. 465 f., 513–520; zur Garn- und Wepfenproduktion (Wepfen: auf den Kettbaum aufgewickelte Kettfäden) in Oberdeutschland s. E. Nübling, *Ulms Baumwollweberei im Mittelalter. Urkunden und Darstellung. Ein Beitr. zur deutschen Wirtschafts- und Städtegesch.*, Leipzig 1890, S. 170–172; A. Westermann, *Zur Geschichte der Memminger Weberzunft und ihrer Erzeugnisse im 15. und 16. Jh.*, in: *Vierteljahrsschr. für Sozial- und Wirtschaftsgesch.* 12 (1914), S. 385–403, 567–592, hier S. 398–403; R. Kießling, *Herrschaft, Markt, Landbesitz. Aspekte der Zentralität*

Ackerbau charakteristischen saisonalen Arbeitslosigkeit; d. h. sie war Füllarbeit. Insofern war ihr Standort im Gegensatz zu dem des Eisengewerbes sozial vermittelt. Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land bei der gewerblichen Warenproduktion erreichte bereits im späten Mittelalter mitunter beträchtliche Ausmaße. So begnügten sich die Kölner Kesselschmiede im 15. Jahrhundert weitgehend damit, die in großer Zahl aus dem bergischen Land importierten Kessel mit Henkeln und anderen Kleinteilen auszustatten und zu polieren. Von den Schwertfeuern wird Ähnliches berichtet.²⁵

Zuweilen hatte die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion ihren Ursprung nicht in den großen Städten, sondern in kleinen städtischen Siedlungen oder auch auf dem Lande. Zunächst mochten sich die kleinen Gewerbetreibenden wie im Flandern des 14. Jahrhunderts mit der Nachahmung von Waren begnügen, die in der Stadt hergestellt wurden. Größeren Erfolg versprach es, wenn sie den Weg der Produktdiversifizierung beschritten und einfachere und billigere Waren auf den Markt brachten als ihre Konkurrenten in der Stadt. So entstanden zum Beispiel die »nouvelles draperies« in den südlichen Niederlanden. Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, die auf diese Weise zustande kam und die vor allem im Textilgewerbe nicht selten zu beobachten ist, war eine andere als die zuerst genannte.²⁶ Sie beruhte nicht auf einer Aufspaltung des Produktionsprozesses in mehrere Teilbereiche, sondern der Aufspaltung eines Gewerbes in voneinander unabhängige Teilgewerbe; sie war folglich sehr viel lockerer und ermöglichte es dem Land, sich völlig von der Stadt zu emanzipieren.

Die wirklichen Kräfte, welche die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion vorantrieben, sind, sehen wir von den schon erwähnten Standortabhängigkeiten mancher Gewerbeabzweige ab, in folgendem zu sehen:²⁷

1. Die Produktionsmöglichkeiten der Stadt waren der Nachfrage um so weniger gewachsen, je mehr sich diese mit der Installierung eines Welthandelssystems im Verlauf der frühen Neuzeit erweiterte. Die geringe Angebotselastizität der städtischen Wirtschaft war eine Folge der hohen Arbeitsintensität der vorindustriellen gewerblichen Warenproduk-

und der Stadt-Land-Beziehungen spätmittelalterl. Städte an ostschwäb. Beispielen, in: E. Meynen (Hrsg.), *Zentralität* (s. A 23), S. 180–218, hier S. 198–201.

²⁵ F. Irsigler, Köln (s. A 23), S. 140–146, 158–166.

²⁶ Zu Flandern vgl. D. Nicholas, *Town and Countryside: Social, Economic, and Political Tensions in Fourteenth-Century Flanders*, Brugge 1971, S. 76–116, 187–199, 203–221, 343; E. Coornaert, *Draperies* (s. A 21), S. 62–86; H. van der Wee, *Changes* (s. A 8), S. 211–218. In vielen Fällen wird man nicht eindeutig entscheiden können, von wo die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion ihren ersten Anstoß erhielt; zu Flandern s. die Hinweise bei Nicholas, a.a.O., S. 93–96. Zur Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land in dem oben genannten Sinne s. P. Deyon, *La concurrence internationale des manufactures lainières aux XVIe et XVIIe siècles*, in: *Annales E.S.C.* 27 (1972), S. 20–32, hier S. 31; s. auch *ders.*, *Amiens, capitale provinciale. Etude sur la société urbaine au XVIIe siècle*, Paris usw. 1967, S. 214f.

²⁷ Zum folgenden auch P. Kriedte, in: *Kriedte / Medick / Schlumbohm, Industrialisierung* (s. A 2), S. 57–61.

tion, die eine Kehrseite ihrer geringen Kapitalintensität war. Für das englische Tuchgewerbe des 16. und 17. Jahrhunderts wurde der Anteil der Arbeitskosten an den gesamten Produktionskosten auf 55 bis 65% geschätzt.²⁸ Die hohe Arbeitsintensität machte ihrerseits große Ansammlungen von Arbeitskraft notwendig, sobald ein Gewerbe zu expandieren begann. Da das innerstädtische Arbeitskräftepotential mehr oder weniger schnell ausgeschöpft war, wurde es nunmehr notwendig, die auf dem Lande brachliegenden Produktionskapazitäten zu erschließen. Der Ausbau des Landes als Produktionsstandort begann. Die dortige Produktion stand zunächst mehr oder weniger in einem Ergänzungsverhältnis zu der in der Stadt. So wurden einzelne Produktionsgänge wie etwa die Garnherstellung auf das Land verlagert. Das lief meist darauf hinaus, daß das Land Halbfertigwaren herstellte, die in der Stadt weiterverarbeitet wurden. Eine zweite Möglichkeit war die, daß die Stadt die Anfertigung von gröberen und billigeren Waren dem Land überließ, während sie sich die von anspruchsvolleren und teureren Waren vorbehielt. Vom Ergänzungsverhältnis war es oft nur ein Schritt bis zum Konkurrenzverhältnis zwischen Stadt und Land, vor allem dann, wenn das Land immer mehr Produktionsgänge an sich zog oder begann, dieselben Waren wie die Stadt herzustellen.

2. Auf dem Lande wurden erheblich niedrigere Arbeitsentgelte gezahlt als in der Stadt. Sie sollen zum Beispiel im Einzugsbereich von Amiens 1698 um 50 bis 73% unter denjenigen gelegen haben, die in der Stadt üblich waren.²⁹ In Krefeld sprach man von einem »Viersener Lohn«, wenn ein Weber für schlechte Arbeit schlecht bezahlt wurde; dabei nahm man Bezug darauf, daß die Verleger im Umkreis von Krefeld wie zum Beispiel in Viersen geringere Stücklöhne zahlten als in Krefeld selbst.³⁰ 1794 schrieb der Stadtdirektor von Bielefeld, Consbruch, über die Leineweber des Ravensberger Landes: Sie »nähren sich größtenteils von eigenem Zuwachs ihrer Erzeugnisse und können solchergestalt bei der minder kostbaren Beschaffenheit ihres ländlichen Unterhalts die Weberei wohlfeiler beschicken und ihre Fabrikate in niedrigeren Preisen zum Verkauf liefern als die städtischen Weber.«³¹ Consbruch nennt hier eine wesentliche Ursache für die niedrigeren Arbeitskosten auf dem Lande. Die hausindustriell wirtschaftende Familie konnte sich mit relativ geringen Arbeitsentgelten deshalb zufrieden geben, weil sie mit dem kleinen Stück Land, das sie zunächst noch ihr eigen nennen konnte, über eine zweite Quelle zur Deckung ihrer Reproduktionskosten verfügte. Mit dem Stücklohn, den zum Beispiel eine Zeugmacherfamilie auf dem oberen Eichsfeld erzielte, brauchte also nur ein Teil ihrer Reproduktionskosten abgedeckt zu werden. Die ländlichen Gewerbetreibenden konnten ferner nicht zuletzt

²⁸ D. C. Coleman, *The Economy of England, 1450–1750*, Oxford usw. 1977, S. 78.

²⁹ P. Deyon, *Amiens* (s. A 26), S. 209f.

³⁰ J. Wirtz, *Handweber und Handweberei in der Krefelder Mundart*, Krefeld 1938, S. 73.

³¹ Hier zit. nach J. Wilbrand, *Veröff. aus dem Archiv der Stadt Bielefeld*, in: *Jahresbericht des hist. Vereins f. die Grafschaft Ravensberg* 19 (1905), S. 28–62, hier S. 57.

deshalb billiger produzieren, weil die hausindustrielle Produktion im Gegensatz zur städtischen Zunftproduktion die Mitarbeit aller arbeitsfähigen Familienmitglieder implizierte. Sie erlaubte es demnach, mit einem höheren Ausstoß niedrigere Arbeitsentgelte wett zu machen. Erst die Maximalisierung der innerfamilialen Ausbeutungsrate machte die ländlichen Produzenten überhaupt konkurrenzfähig.³² Schließlich ist zu berücksichtigen, daß sie der Willkür der Kaufleute und Verleger weitgehend schutzlos ausgeliefert waren, da sie ohne Rückhalt an einer zunftartigen Organisation waren. Sie mußten ihr Lohndiktat wohl oder übel hinnehmen. Für das Handelskapital bedeutete das, daß »die Ausbeutungs-grenze der Arbeitskraft gegenüber« weit »hinausgeschoben« war (W. Sombart).³³ Die beiden zuletzt genannten Gründe gelten freilich nur dann, wenn die gewerbliche Warenproduktion in der entsprechenden Stadt noch zunftmäßig organisiert war.

3. In Städten, deren Produktionsverhältnisse von Zünften und Korporationen bestimmt wurden, gerieten diese in immer stärkeren Widerspruch zur Verwertung und Akkumulation des Handelskapitals. Die Wirtschaftspolitik der Zünfte war zwar nicht völlig wachstumsfeindlich, aber wenn Wirtschaftswachstum und soziales Gleichgewicht unvereinbar zu werden drohten, gaben sie letzterem den Vorzug. Um dieses zu sichern, legten die Zünfte Produktionskapazität und Angebotsmenge fest, begrenzten den Preis- und Qualitätswettbewerb unter ihren Mitgliedern, behinderten die Einführung neuer Produkte und Produktionsverfahren und die Vertiefung der Arbeitsteilung, kontrollierten den Zugang zum Markt und versuchten, auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten als Monopolisten aufzutreten. Ihr Ziel war es, auf diese Weise gleiche Ausgangsbedingungen für alle Zunftgenossen herzustellen, den Differenzierungsprozeß in Schranken zu halten und die Entstehung von »Kapitalmacht« (Max Weber) zu unterbinden.³⁴

Als besonders gravierend mußte es das Verlagskapital empfinden, wenn die Zünfte versuchten, den technischen Fortschritt zu unterbinden – zu erinnern wäre hier an ihren Widerstand gegen die Einführung des Strumpfwirkstuhls und der Bandmühle – und den jeweils erreichten Stand der Arbeitsteilung festzuschreiben. Die in den Feintuchproduktionsgebieten im 18. Jahrhundert überaus häufigen Schererunruhen entzündeten sich unter anderem daran, daß die Scherer auf die überlieferte Form der Arbeitsteilung pochten, die

³² Dazu u. a. H. Medick, in: *Kriedte / Medick / Schlumbohm, Industrialisierung* (s. A 2), S. 105 f., 112–116.

³³ W. Sombart, *Verlagssystem* (s. A 4), S. 234.

³⁴ M. Weber, *Wirtschaftsgesch. Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgesch.*, München usw. 1923, S. 127–133, zit. S. 129; E. Schremmer, *Die Wirtschaft Bayerns. Vom hohen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung. Bergbau, Gewerbe, Handel*, München 1970, S. 33–36, 236–247; R. Ennen, *Zünfte und Wettbewerb. Möglichkeiten und Grenzen zünftlerischer Wettbewerbsbeschränkungen im städt. Handwerk und Gewerbe des Spätmittelalters*, Köln usw. 1971; zu den speziellen Verhältnissen in Frankreich s. E. Coornaert, *Les corporations en France avant 1789*, Paris 1968, S. 125–176; zu England – allerdings zum Teil überholt – G. Unwin, *Industrial Organization in the Sixteenth and Seventeenth Centuries*, Oxford 1904.

ihnen nicht nur das Scheren, sondern auch das Rauhen der Tuche zuwies.³⁵ 1790 erklärte die Feine Gewandtschaft von Monschau, die Organisation der dortigen Feintuchfabrikanten, auf Ersuchen der Tuchfabrikanten von Lennep: »Die ehemals ansehnlichen Tuchfabriken zu Cölln, Maastricht und Lüttich, welche denen Zunftgesetzen der Tuchscherer untergeordnet waren, haben unter diesem Zwang erliegen müssen. Auch der Stadt Aachen drohet dieses Schicksal, und selbst die dortige Zunftgenossenschaft, welche noch nicht mit denen Fabriken in Abnahme gekommen, würde theils brodlos seyn, wenn nicht das freyere Bourdscheid und Vaels bey dem starken Betrieb seiner Fabriken sich deren Baaßen zu Aachen mit bedienten. Wie Aachen, wenigstens so viel die feine Waare betrifft, herunter sinkt, so steigen hingegen die vom zunftmäßigen Zwange befreiten Fabriken in Eupen, so daß sie erstere an Menge und Güter der fabricirenden Tücher bereits übertreffen.«³⁶

Letztlich entscheidend war, daß dort, wo es Zünfte gab, die Freiheit des Arbeitsmarktes erheblichen Beschränkungen unterlag. Demgemäß pries der Vaalser Tuchfabrikant Johann Arnold Clermont 1788 die »Freyheit«, die im Gegensatz zu den Verhältnissen in Aachen »rings umher in Burtscheid, Monjoie, Verviers, Vaals und dem ganzen fabrikreichen Limburger Lande herrscht...; der Tuch-Kaufmann ...läßt seiner Industrie freyen Lauf, und wählt sich seine Arbeiter und die Zahl derselben nach Gutbefinden.«³⁷ Um der Einengung seiner Bewegungsmöglichkeiten durch die Zünfte in den Städten zu entgehen, wich das Handelskapital auf das Land aus und nutzte die dort gegebenen Produktionsmöglichkeiten.³⁸ Ähnlich wie der Zunftzwang konnten sich Produktionsmonopole auswir-

³⁵ E. Barkhausen, Die Tuchindustrie in Montjoie, ihr Aufstieg und Niedergang, Aachen 1925, S. 80–96; P. Lebrun, L'industrie de la laine à Verviers pendant le XVIIIe et le début du XIXe siècle. Contribution à l'étude des origines de la révolution industrielle, Liège 1948, S. 259–263; L. Dechesne, Industrie drapière de la Vesdre avant 1800, Paris usw. 1926, S. 202–216; G. Gayot, La longue insolence des tondeurs de draps dans la manufacture de Sedan au XVIIIème siècle, in: Revue du Nord 63 (1981), S. 105–134 sowie J. Schlumbohm, Arbeitsteilung und technischer Fortschritt in ländl. Gewerben, in: Technologie und Politik 16 (1980), S. 250–285, hier S. 261 f. Es ist dabei allerdings zu berücksichtigen, daß die Scherer meist in zentralisierten Werkstätten beschäftigt und ihre »Zünfte« eine Vorform von gewerkschaftsähnlichen Zusammenschlüssen waren; der Widerstand der Verleger richtete sich also nicht so sehr gegen das zünftische Organisationsprinzip, sondern gegen die Koalitionsfreiheit der von ihnen abhängigen Arbeiter.

³⁶ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Jülich-Berg II Nr. 1821, S. 9 f. sowie E. Barkhausen, Tuchindustrie (s. A 35), S. 115 f.

³⁷ J. A. von Clermont, Freymüthige Betrachtungen eines Weltbürgers zum Wohle von Aachen, bey Gelegenheit der bevorstehenden Constitutions-Verbesserung dieser Reichsstadt, Frankfurt usw. 1788, S. 10 f.; s. auch H. Kisch, Das Erbe des Mittelalters, ein Hemmnis wirtschaftlicher Entwicklung: Aachens Tuchgewerbe vor 1790, in: Rhein. Vierteljahrsbl. 30 (1965), S. 253–308, hier S. 306 und M. Henkel / R. Taubert, Maschinenstürmer. Ein Kapitel aus der Sozialgesch. des technischen Fortschritts, Frankfurt 1979, S. 85 f.

³⁸ Einschränkung zur Bedeutung der Zünfte J. Craeybeckx, Les industries d'exportation dans les villes flamandes au XVIIIe siècle, particulièrement à Gand et à Bruges, in: Studi in onore di A. Fanfani, Bd. 4, Milano 1962, S. 411–468, hier S. 445, 447, 468; ders., L'industrie de la laine

ken. So blieb zum Beispiel angesichts des Monopols, das die Firma Friedrich und Heinrich von der Leyen für die Herstellung von Seidenwaren in Krefeld durchgesetzt hatte, ihren Konkurrenzfirmen kein anderer Ausweg als der, Webstühle in dem zum Erzbistum Köln gehörenden Umland von Krefeld aufzustellen.³⁹

3. Der Funktionsverlust der Exportgewerbestädte

Die Folgen der Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion für die Stadt lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Sehen wir von dem überaus seltenen Sonderfall ab, wo sich ein dynamischer Verbund zwischen städtischem und ländlichem Gewerbe herausbildete, so standen sich diejenigen Städte am besten, die ihren Produktionsapparat stabilisieren oder leicht erweitern konnten, ohne jedoch mit der gewerblichen Produktion auf dem Land Schritt halten zu können.⁴⁰ Zumeist ging indessen die Produktion in der Stadt zurück, während sie auf dem Lande expandierte. In vielen alten Gewerbestädten, für die Zahlen vorliegen, sank die Produktion in der Tat seit dem Ausgang des 16. Jahrhunderts (s. dazu Abb. 1).

Dieser Vorgang steht erst in zweiter Linie in Zusammenhang mit der Krise des 17. Jahrhunderts; er verweist vielmehr auf fundamentale Veränderungen im Stadt-Land-Verhältnis.⁴¹ Im Falle der Herstellung von Batist und feinem Leinen in Valenciennes und Cambrai hat man von einer »exurbanisation« (Ph. Guignet) des Gewerbes gesprochen.

dans les anciens Pays-Bas méridionaux de la fin du XVIe au début du XVIIIe siècle, in: M. Spallanzani (Hrsg.), Produzione, commercio e consumo dei panni di lana (nei secoli XII–XVIII), Firenze 1976, S. 21–43, hier S. 40–43. Zu Zünften in verdichteten ländlichen Produktionsgebieten s. u. A 79.

³⁹ Vgl. vor allem die Auseinandersetzungen mit der Firma Gerhard Lingen und Co. (Gebr. von Beckerath), die um 1760 im kölnischen Anrath Seidenbandstühle in Gang gesetzt hatte; s. G. Schmoller / O. Hintze, Die preußische Seidenindustrie im 18. Jh. und ihre Begründung durch Friedrich den Großen (Acta Borussica. Seidenindustrie, Bd. 2), Bd. 2, Berlin 1892, S. 599–612 Nr. 1156.

⁴⁰ In Chemnitz stieg z. B. nach dem Tiefstand während des Dreißigjährigen Krieges und der 2. H. des 17. Jhs. die Zahl der Meister des Zeug- und Leineweberhandwerks bis 1778 auf 789 (1648–1700 unter 100); in seinem Einzugsbereich expandierte die Produktion jedoch allem Anschein nach noch stärker, insbesondere, was die Strumpfwirkerei anlangt; s. A. Kunze, Der Frühkapitalismus in Chemnitz, Karl-Marx-Stadt 1958, S. 113–117; ders., Vom Frühkapitalismus zur industriellen Revolution, in: Beitr. zur Heimatgesch. von Karl-Marx-Stadt 13 (1965), S. 7–51, hier S. 14, 22, 48 f.; A. König, Die sächs. Baumwollenindustrie am Ende des vorigen Jhs. und während der Kontinentalsperre, Leipzig 1899, S. 68–80. Die Einordnung von Chemnitz ist nicht einfach; ich habe den Eindruck, daß es zwischen den alten Gewerbestädten und den neuen proto-industriellen Agglomerationszentren steht.

⁴¹ E. J. Hobsbawm, The Crisis of the Seventeenth Century, in: T. Aston (Hrsg.), Crisis in Europe, 1560–1660. Essays from Past and Present, London 1965, S. 1–58, hier S. 38; B. H. Slicher van Bath, The Agrarian History of Western Europe A.D. 500–1850, London 1963, S. 217 f.;

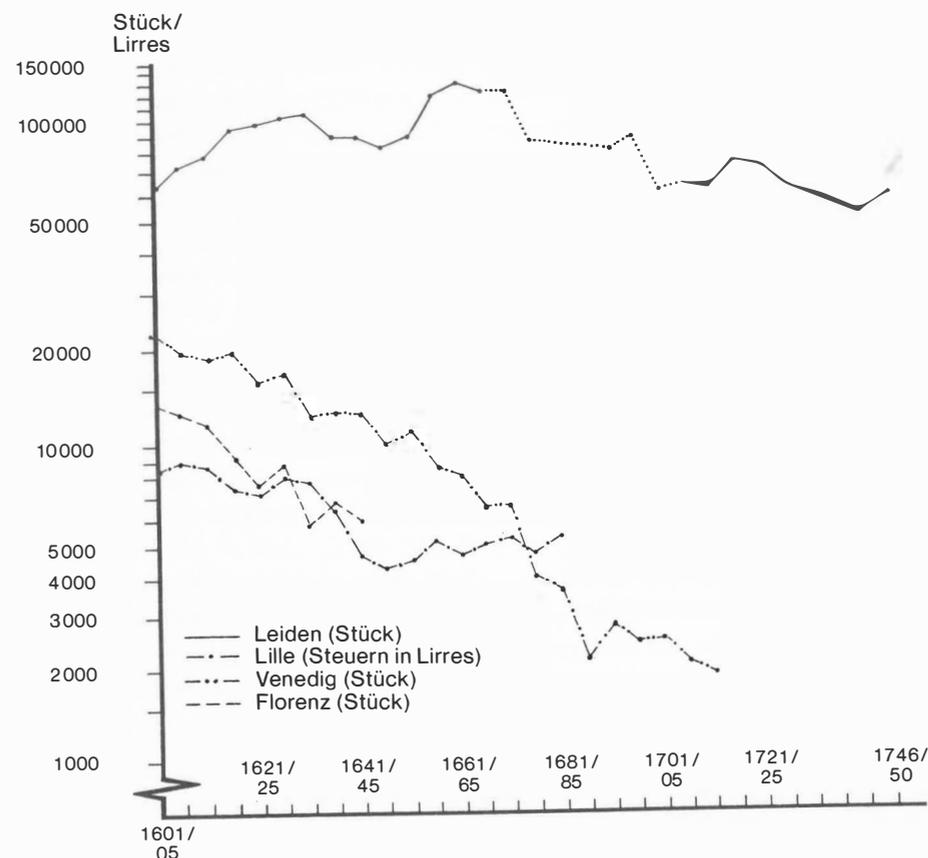


Abb. 1: Die Entwicklung des städtischen Wollgewerbes 1601–1750 (Fünfjahresdurchschnitte)
 Quellen: Posthumus, *Geschiedenis* (s. u. A 52), S. 129, 930f., 1098; P. Deyon und A. Lottin, in: *Revue du Nord* 49, 1967, S. 30–33; D. Sella, in: *Annales E.S.C.* 12, 1957, S. 30f.; R. Romano, in: *ebda.* 7, 1952, S. 512.

1789 übertraf die Zahl der Webstühle in den Dörfern Avesnes-les-Aubert (433) und Haussy (428) die in Valenciennes (389). 1670 soll es hier noch 700 Meister bei insgesamt 3000 Arbeitern gegeben haben.⁴²

P. Kriedte, *Spätfeudalismus und Handelskapital. Grundlinien der europäischen Wirtschaftsgesch. vom 16. bis zum Ausgang des 18. Jhs.*, Göttingen 1980, S. 91–98, 119–121; s. auch P. Goubert, *Beauvais et le Beauvaisis de 1600 à 1730. Contribution à l'histoire sociale de la France du XVIIIe siècle*, Paris 1960, S. 127–132, 585–597 und P. Deyon, *Amiens* (s. A 26), S. 205–215.

⁴² Ph. Guignet, *Mines, manufactures et ouvriers du Valenciennois au XVIIIe siècle*, New York 1977, S. 126–225; *ders.*, *Adaptions, mutations et survivances proto-industrielles dans le textile du Cambrésis et du Valenciennois du XVIIIe au début du XXe siècle*, in: *Revue du Nord* 61 (1979), S. 27–59, hier S. 29–32.

Die Stadt wurde nicht selten auf die Kommerzialisierung der in ihrem Einzugsbereich hergestellten Waren beschränkt. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß sich zwar die Produktion zu großen Teilen auf dem Land ansiedelte, daß aber ihre Fäden weiterhin in der Stadt zusammenliefen. Hier begann der Zirkulationsprozeß; zugleich wurde von hier aus der Produktionsprozeß gelenkt. Dessen Zielpunkt war zunächst die Stadt; Kaufleute und Verleger hatten hier wie zuvor ihren Sitz. Der Weber nahm im Kontor des Verlegers das Garn in Empfang; hier lieferte er die fertige Ware ab, sofern nicht zwischen Weber und Verleger Faktoren traten. Waren die Produktionsverhältnisse beim Kaufsystem stehen geblieben wie in großen Teilen des europäischen Leinengewerbes, mußte der Weber versuchen, seine Ware in der Stadt an einen Händler, der sich ihrer Vermarktung annahm, zu verkaufen. Dem entsprach, daß mit Zwangsgewalt ausgestattete Schauanstalten im allgemeinen in der Stadt angesiedelt waren.

Auch die manufakturartig organisierten Arbeitsgänge – neben den Eingangs- vor allem die Endphasen des Produktionsprozesses – verblieben meist in der Stadt; hingen doch von ihnen die Verkaufschancen des betreffenden Produkts ab.⁴³ So wurde in Sedan im 18. Jahrhundert die Wolle gereinigt, die Ketten geschert und die Tuche der Endbehandlung unterworfen. Während das Tuch in den Vororten von Sedan gewalkt und zum Teil auch gewebt wurde, war die Garnherstellung ausschließlich und die Gewebeerstellung zum größten Teil auf dem Land angesiedelt, jene in der weiteren, diese in der näheren Umgebung von Sedan.⁴⁴ Valenciennes fand in dem gewinnträchtigen, im 18. Jahrhundert rasch expandierenden Bleichgeschäft einen partiellen Ausgleich für die Verlagerung der Weberei auf das Land.⁴⁵ Auch der Kattundruck, eines der Gewerbe, die sich im 18. Jahrhundert am schnellsten entwickelten, hatte seinen Standort meist in der Stadt. Erinnert sei hier an die Kattundruckereien in Manchester, Rouen, Mühlhausen, Augsburg und Chemnitz. Daneben gab es allerdings wichtige Ausnahmen wie etwa die Kattundruckerei in Cortaillood oder die von Oberkampf in Jouy.⁴⁶

Die Stadt gab also besonders arbeitsintensive Teile des Produktionsprozesses wie Spinnerei und Weberei an das Land ab, behielt sich aber neben der Lenkung der Produktion solche vor, die weniger arbeitsintensiv waren, sich folglich zentralisieren ließen

⁴³ Zu den proto-industriellen Produktionsverhältnissen s. J. Schlumbohm, in: Kriedte / Medick / Schlumbohm, *Industrialisierung* (s. A 2), S. 202–232 und P. Kriedte, *Spätfeudalismus* (s. A 41), S. 166–170; speziell zu den Schauanstalten H. Potthoff, *Die Leinenlegen in der Grafschaft Ravensberg*, in: *Jahresberichte des Hist. Vereins f. die Grafschaft Ravensberg* 15 (1901), S. 1–140, hier S. 15–26, 36–52.

⁴⁴ G. Gayot, *Dispersion et concentration de la draperie sedanaise au XVIIIe siècle: L'entreprise des Poupart de Neuflyze*, in: *Revue du Nord* 61 (1979), S. 127–148, hier S. 136, 139, 142–144.

⁴⁵ Ph. Guignet, *Mines* (s. A 42), S. 179–196.

⁴⁶ Zum Kattundruck s. P. Caspard, *L'accumulation du capital dans l'indiennage au XVIIIe siècle*, in: *Revue du Nord* 61 (1979), S. 115–124; *ders.*, *La Fabrique-Neuve de Cortaillood 1752–1854. Entreprise et profit pendant la Révolution industrielle*, Paris 1979; S. Chassagne, *Oberkampf. Un entrepreneur capitaliste au Siècle des Lumières*, Paris 1980, S. 226–263.

und von denen in entscheidender Weise die Güte der Ware abhing. Bisweilen entwickelte sich der partielle Funktionsverlust der Stadt zu einem vollständigen weiter, wenn mit dem Gewerbe auch der Handel die Stadt verließ, diese also nicht nur ihre Funktion als Produktions-, sondern auch als Organisations- und Distributionszentrum einbüßte. Das war vor allem dort der Fall, wo im Umkreis der betreffenden Stadt stadtdähnliche Produktionszentren entstanden, die sich von dieser in jeder Hinsicht unabhängig machten. York, das im Mittelalter das bedeutendste Wolltuchproduktionszentrum in Yorkshire war und im 15. Jahrhundert diese Stellung an das aufstrebende, ländlich bestimmte Tuchgewerbe in West Riding verlor, konnte zwar zunächst seine kommerziellen Funktionen behaupten, aber um 1700 war es auch damit vorbei.⁴⁷ Im Umkreis von Köln entstanden mit Solingen und Remscheid einerseits (Kleineisen) und dem Wuppertal, Lennep, Krefeld und Mülheim am Rhein andererseits (Leinen, Tuch und Seide) von der einstigen gewerblichen Metropole des Rheinlandes völlig unabhängige gewerbliche Zentren.⁴⁸ Nicht anders war es im Einzugsbereich von Aachen, wo Burtscheid, Stolberg, Monschau, Vaals, Eupen und Verviers zu dessen Tuchgewerbe in Konkurrenz traten. Hier galt im Gegensatz zu dem in Aachen herrschenden »Handwerksdespotismus« (G. Forster) die von J. A. Clermont beschworene »Freyheit«.⁴⁹ Wenn sich auf dem Lande wie etwa in der Oberlausitz ein regsamer und unternehmender Dorfhandel etablierte und dieser versuchte, in direkten Kontakt mit ausländischen Kaufleuten zu kommen, konnte das dem Handel der Stadt sehr abträglich werden, wie die Proteste von Zittau vermuten lassen. Zu Beginn des 19. Jahr-

hunderts gelang es dem Dorfhandel sogar, den städtischen Handel in dem Geschäft mit Oberlausitzer Leinwand auf den zweiten Platz zu verweisen.⁵⁰

Der geschilderte Vorgang wiederholte sich in gewisser Weise im internationalen Zusammenhang. Die großen italienischen Exportgewerbestädte zeigten sich im 17. Jahrhundert der Konkurrenz des weitgehend proto-industriell organisierten nordwesteuropäischen Tuchgewerbes immer weniger gewachsen; die Produktion ging zurück, die Produktionskapazitäten schrumpften. Die zünftische Organisation des Gewerbes, die sich seit dem Ausgang des Mittelalters unter Zurückdrängung ihrer hausindustriellen Einbindung verstärkt hatte, verhinderte, daß es sich elastisch den neuen Gegebenheiten auf den internationalen Märkten anpassen konnte.⁵¹ Leiden, dem größten gewerblichen Zentrum in Europa des 17. Jahrhunderts, erging es ähnlich. Zunächst wurde seine »nieuwe draperie« von der englischen Konkurrenz in Bedrängnis gebracht, sodann seine »oude draperie« von dem proto-industriell verfaßten Feintuchgewerbe im Umkreis von Aachen (Verviers, Eupen, Monschau). Die Produktion fiel auf weniger als 30 000 Tuche zu Beginn des 19. Jahrhunderts.⁵²

⁴⁷ D. M. Palliser, *Tudor York*, Oxford 1979, S. 162, 208–211, 271; H. Heaton, *The Yorkshire Woolen and Worst Industries. From the Earliest Times up to the Industrial Revolution*, Oxford 1920, S. 47–84; P. Clark / P. Slack, *English Towns in Transition, 1500–1700*, Oxford usw. 1976, S. 47–54; M. J. Daunton, *Towns and Economic Growth in Eighteenth-Century England*, in: Ph. Abrams / E. A. Wrigley (Hrsg.), *Towns in Societies. Essays in Economic History and Historical Sociology*, Cambridge 1978, S. 245–277, hier S. 261, 269; zum Niedergang der Städte im spätmittelalterl. England s. die Kontroverse zwischen Ch. Phythian-Adams, *Urban Decay in Late Medieval England*, in: ebd., S. 159–185; ders., *Desolation of a City. Coventry and the Urban Crisis of the Late Middle Ages*, Cambridge 1979 und A. R. Bridbury, *English Provincial Towns in the Later Middle Ages*, in: *Economic History Review* 2nd Ser. 34 (1981), S. 1–24.

⁴⁸ H. Kisch, *From Monopoly to Laissez-faire: The Early Growth of the Wupper Valley Textile Trades*, in: *Journal of European Economic History* 1 (1972), S. 298–407, hier S. 298–306 und passim; F. Petri, *Das bergische Land in der älteren dt. Siedlungs- und Wirtschaftsgesch.*, in: *Rhein. Vierteljahrsbll.* 20 (1955), S. 61–79, hier S. 71–75; H. Kisch, *Prussian Mercantilism and the Rise of the Krefeld Silk Industry: Variations upon an Eighteenth-Century Theme*, Philadelphia 1968; W. Schumacher, *Untersuchungen über die Entwicklung der bergischen Seidenindustrie*, Diss. phil. Heidelberg 1915; H. Koch, *Gesch. des Seidengewerbes in Köln vom 13. bis zum 18. Jh.*, Leipzig Heidelberg 1907, S. 88–92; H. Pohl, in: H. Kellenbenz / K. van Eyll (Hrsg.), *Zwei Jahrtausende Kölner Wirtschaft*, Bd. 1–2, Köln 1975, hier Bd. 2, S. 45–53.

⁴⁹ H. Kisch, *Erbe des Mittelalters* (s. A 37), S. 270–290; G. Forster, *Ansichten vom Niederrhein*, von Brabant, Flandern, Holland, England und Frankreich im April, Mai und Junius 1790, hrsg. von G. Steiner, Berlin 1958, S. 88f.; J. A. v. Clermont, *Betrachtungen* (s. A 37), S. 11.

⁵⁰ W. v. Westernhagen, *Leinwandmanufaktur und Leinwandhandel der Oberlausitz in der 2. H. des 18. Jhs. und während der Kontinentalsperre*, Diss. phil. Leipzig 1932, S. 29–37; s. auch E. Wauer, *Gesch. der Industriedörfer Eibau und Neueibau. Eine Studie über die wirtschaftl. Bedeutung der Südlasitzer Industriedörfer*, Bd. 2, Dresden 1915, S. 433–462. Im Einzugsbereich von Reichenbach machten sich die Dörfer Peterswaldau und Langenbielau im 18. Jh. von den dortigen Kaufleuten unabhängig, was die Vermarktung der hier erzeugten Textilprodukte anlangt; s. G. Croon, *Zunftzwang und Industrie im Kreise Reichenbach*, in: *Zeitschr. des Vereins f. Gesch. Schlesiens* 43 (1909), S. 98–130, hier S. 114–116, 129f.; ferner T. Bieda, *Z życia cechu płócienników w Dzierżonowie w latach 1742–1800* [Aus dem Leben der Leineweberzunft in Reichenbach in den Jahren 1742–1800], in: *Uniwersitet Wrocławski im. B. Bieruta. Zeszyty Naukowe A* 30 = *Historia* 5 (1961), S. 53–80, hier S. 76–78.

⁵¹ C. M. Cipolla, *The Economic Decline of Italy*, in: ders. (Hrsg.), *The Economic Decline of Empires*, London 1970, S. 196–214; ders., *Before the Industrial Revolution. European Economy and Society, 1000–1700*, London 1976, S. 236–244; D. Sella, *Crisis and Continuity. The Economy of Spanish Lombardy in the Seventeenth Century*, Cambridge, Mass. 1979, S. 83–104; zum Seidengewerbe C. Poni, *Archéologie de la fabrique: La diffusion des moulins à soie »alla bolognese« dans les Etats vénitiens du XVIIe au XVIIIe siècle*, in: *Annales E.S.C.* 27 (1972), S. 1475–1496, hier S. 1496 und ders., *All'origine del sistema di fabbrica: Tecnologia e organizzazione produttiva dei mulini da seta nell'Italia settentrionale (sec. XVII–XVIII)*, in: *Rivista Storica Italiana* 88 (1976), S. 444–497, hier S. 492–496.

⁵² N. W. Posthumus, *De geschiedenis van de leidsche lakenindustrie II. De nieuwe tijd (zestiende tot achttiende eeuw)*. De lakenindustrie en verwante industrieën, Bd. 2–3, 's-Gravenhage 1939, S. 924–964, 1096–1100, 1114–1123; ders., *De industrieële concurrentie tusschen Noord- en Zuid-Nederlandsche nijverheidscentra in de XVIIe en XVIIIe eeuw*, in: *Mélanges d'histoire offerts à H. Pirenne*, Bd. 2, Bruxelles 1926, S. 369–378, hier S. 376–378; Ch. Wilson, *Cloth Production and International Competition in the Seventeenth Century*, in: *Economic History Review* 2nd Ser. 13 (1960/61), S. 209–221, hier S. 213–219; s. jetzt auch H. Diederiks, *Leiden im 18. Jh.*, oder: *Gibt es Grenzen des Niedergangs*, in: W. H. Schröder (Hrsg.), *Moderne Stadtgeschichte*, Stuttgart 1979, S. 145–178.

In Ostmittel- und Osteuropa begünstigten spezifische Bedingungen den Funktionsverlust der Stadt und die Entstehung neuer, unabhängiger Produktionszentren. Die regressiven Tendenzen, die der Übergang zur Gutswirtschaft auslöste, und die Kriegszerstörungen des 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts schalteten die Städte weitgehend aus dem Wirtschaftskreislauf aus. In Rußland trat die generelle Schwäche der städtischen Wirtschaft hinzu. Die exzeptionelle Stellung, zu der die Bauernkaufleute von Andrychów (südliches Klempolen) und die leibeigenen Unternehmer von Ivanovo (nördliches Zentralrußland) aufstiegen, hat hier ihren Ursprung.⁵³

4. Die Entstehung von gewerblichen Agglomerationen

Begünstigte die Proto-Industrialisierung auf der einen Seite die partielle oder totale Involution alter städtischer Mittelpunkte, so wirkte sie auf der anderen Seite agglomerationsfördernd und städtebildend. Dörfer und Flecken, aber auch Klein-, Zwerg- und »Minderstädte« (H. Stoob) des späten Mittelalters entwickelten sich im Verlauf der Proto-Industrialisierung zu machtvollen gewerblichen Zentren, die ihrerseits ihr Umland in den Prozeß der gewerblichen Warenproduktion hineinzogen.⁵⁴ Eines der frühesten Beispiele für diesen Vorgang ist zweifellos der Aufstieg von Hondschoote zum Zentrum der flandrischen »nouvelles draperies«. Noch im 14. Jahrhundert ein »modeste bourg rural« (E. Coornaert), sicherte es sich im 16. Jahrhundert die Vorrechte einer Stadt. Die Zahl

seiner Bewohner erhöhte sich auf mehr als 12000. Seine Wollzeugexporte stiegen bis auf 97705 Stück im Jahre 1568. »Son industrie créa«, wie Emile Coornaert, sein moderner Historiker schrieb, »une Hondschoote nouvelle«. Erst die religiösen und politischen Wirren am Ende des 16. Jahrhunderts und die Kriege des 17. Jahrhunderts setzten diesem beispiellosen Erfolg für immer ein Ende.⁵⁵

Nicht weniger erstaunlich war der Aufstieg der beiden Dörfer Roubaix und Tourcoing im Nordosten von Lille. Nach einer Enquete aus dem Jahre 1693 gab es in den beiden Dörfern jeweils 500 Webstühle; die Zahl der Personen, die im Textilgewerbe beschäftigt waren, wurde für die zwei Dörfer und deren Einzugsbereich auf 44000 geschätzt. Für Lille nannte der Intendant in demselben Jahr nur 20000 Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter.⁵⁶ Während die Wolltuchproduktion von Roubaix zwischen 1720 und 1787 von 10000 auf 50000 Stück stieg, fiel die von Lille beträchtlich. Allerdings konnten sich die Kaufleute von Lille bis zum Ende des Ancien Régime den Absatz der Textilproduktion von Roubaix vorbehalten.⁵⁷ Lille pochte auf seine Privilegien, Roubaix reklamierte für sich wirtschaftliche Freiheit. »Le bien du commerce demande qu'il y ait liberté entière tant à la campagne qu'à la ville de fabriquer toutes sortes d'étoffes de laine, liberté nécessaire pour nourrir une certaine émulation entre les ouvriers de la ville et de la campagne, afin que travaillant à l'envi l'un de l'autre, ils perfectionnent leurs ouvrages et que le débit et la consommation en augmentent«, erklärte Roubaix um 1760.⁵⁸

In England entstanden seit dem 16. Jahrhundert eine ganze Reihe proto-industriell bestimmter »new towns«. Zu ihnen gehören Manchester, Leeds, Halifax, Birmingham und Sheffield.⁵⁹ Wenn vom Birmingham der Tudor-Zeit gesagt worden ist: »...it was still

⁵³ J. Topolski, La régression économique en Pologne du XVIe au XVIIIe siècle, in: Acta Poloniae Historica 7 (1962), S. 28–49; M. Kulczykowski, Andrychowski ośrodek płócienniczy w XVIII i XIX wieku [Das Leinwandzentrum von Andrychów im 18. und 19. Jahrhundert], Wrocław usw. 1972; ders., Chłopskie tkactwo bawełniane w ośrodku andrychowskim w XIX wieku [Bäuerliche Baumwollweberei im Zentrum Andrychów im 19. Jahrhundert], Wrocław 1976; R. Portal, Aux origines d'une bourgeoisie industrielle en Russie, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 8 (1961), S. 35–60, hier S. 44–53 und V. K. Jacunskij, Formation en Russie de la grande industrie textile sur la base de la production rurale, in: Deuxième conférence internationale d'histoire économique. Aix-en-Provence 1962, Bd. 2, Paris usw. 1965, S. 365–376, hier S. 366–373.

⁵⁴ H. Stoob, Kartographische Möglichkeiten zur Darstellung der Stadtentstehung in Mitteleuropa, besonders zwischen 1450 und 1800, in: ders., Forschungen zum Städtewesen in Europa, Bd. 1, Köln usw. 1970, S. 15–42, hier S. 25–28, 33; ders., Minderstädte. Formen der Stadtentstehung im Spätmittelalter, in: ebda., S. 225–245; M. Schaab, Städtlein, Burg-, Amts- und Marktflecken Südwestdeutschlands in Spätmittelalter und früher Neuzeit, in: E. Meynen (Hrsg.), Zentralität (s. A 23), S. 219–271; s. auch M. Terao, Minderstadt in historischer Sicht. Die Entwicklungslinie der Freiheit Altena, in: I. Bog u. a. (Hrsg.), Wirtschaftl. und soziale Strukturen im säkularen Wandel. Festschrift für W. Abel zum 70. Geburtstag, Bd. 2, Hannover 1974, S. 377–398. Generell N. J. G. Pounds, An Historical Geography of Europe, 1500–1840, Cambridge 1979, S. 155–157; zu England s. u. A 59; zu Rheinland G. Adelmann, Die ländl. Textilgewerbe des Rheinlandes vor der Industrialisierung, in: Rhein. Vierteljahrsbl. 43 (1979), S. 260–288, hier S. 269–271. Eine gewisse Parallele sind die Bergstädte des 15. bis 17. Jhs.; s. H. Stoob, Über frühneuzeitliche Städtetypen, in: ders., a.a.O., S. 246–284, hier S. 253–264.

⁵⁵ E. Coornaert, Un centre industriel d'autrefois. La draperie-sayerterie d'Hondschoote (XIVe–XVIIIe siècle), Paris 1930, S. 1–69 und passim, zit. S. 30.

⁵⁶ A. Lottin, Chavatte, ouvrier lillois, un contemporain de Louis XIV, Paris 1979, S. 52–54; s. ferner L. Trenard, in: ders. (Hrsg.), Histoire d'une métropole. Lille, Roubaix, Tourcoing, Toulouse 1977, S. 196–199, 229, 245 f.; G. Teneul, Histoire économique de Roubaix, suivie de réflexions sur notre temps, Roubaix 1962, S. 25–94; L. Trenard, Roubaix, ville drapante entre Lille et Tournai (1469–1776), in: Revue du Nord 51 (1969), S. 175–199, insbesondere zu den Auseinandersetzungen zwischen Lille und Roubaix; P. Deyon, Un modèle à l'épreuve, le développement industriel de Roubaix de 1762 à la fin du XIXème siècle, in: Revue du Nord 63 (1981), S. 59–66, hier S. 59 f.

⁵⁷ P. Deyon, La diffusion rurale des industries textiles en Flandre française à la fin de l'Ancien Régime et au début du XIXème siècle, in: Revue du Nord 61 (1979), S. 83–95, hier S. 92 f., 95 A 33; s. auch die Graphik: ders., Concurrence (s. A 26), S. 30.

⁵⁸ Zit. nach L. Trenard, Roubaix (s. A 56), S. 188. – Elbeuf, das im 18. Jh. zum größten Wollgewerbezentrum der Normandie aufstieg (noch 1762 als »bourg« bezeichnet; 1707: 1400–1800, am Vorabend der Revolution 4800–5800 Einwohner), ließe sich Roubaix an die Seite stellen; s. J. Kaplow, Elbeuf during the Revolutionary Period: History and Social Structure, Baltimore 1964, S. 19–51.

⁵⁹ Clark / Slack, Towns (s. A 47), S. 38–45; T. S. Willan, Elizabethan Manchester, Manchester 1980, S. 51–80, 127–129; W. G. Rimmer, The Evolution of Leeds to 1700, in: Publications of the Thoresby Society 50 (1967), S. 91–129; M. E. François, The Social and Economic Development of

no more than a group of villagers, diversifying their agriculture with other and not always highly remunerative pursuits« (W. H. B. Court), so gilt das mehr oder weniger auch von den anderen »new towns«. ⁶⁰ Sie alle waren Zentren des ländlichen Exportgewerbes. John Leland schrieb bereits 1538 nicht ohne Übertreibung von Birmingham: »A great part of the town is maintained by smiths, who have their iron and sea-cole out of Staffordshire«. ⁶¹ Dem entsprach, daß die gewerbliche Warenproduktion nicht auf sie beschränkt war, sondern auch ihren näheren und weiteren Umkreis erfaßt hatte. 1672 standen nur 38% der 596 Schmieden im südlichen Yorkshire und nördlichen Derbyshire in der »township« von Sheffield, die übrigen 62% verteilten sich über deren Einzugsbereich. ⁶² Zum Teil konzentrierten sich diese neuen Städte wie etwa Manchester und Leeds auf die Endverarbeitung und den Handel. ⁶³ Was ihnen entscheidende Vorteile gegenüber den alten Städten einbrachte, waren ihr »unincorporated« Status und das Fehlen hoher Steuerlasten. Selbst dann, wenn sie wie Leeds (1626) eine »charter of incorporation« erhielten, bewahrten sie sich einen relativ großen Grad von »Freiheit«. ⁶⁴

Proto-industrielle Produktionszentren entstanden auch am Nordrand des Hohen Venns. Während die städtischen Anfänge von Monschau in das späte Mittelalter zurückreichen, wurden Verviers erst 1651 und Eupen gar erst 1808 Stadt. ⁶⁵ Mit der Verleihung des Stadtrechts wurde hier eine Entwicklung sanktioniert, welche die Proto-Industrialisierung in Gang gebracht hatte. In Monschau füllte sie hingegen einen Rahmen aus, der bereits seit 1361 gegeben war. 1764 behaupteten die Monschauer Feintuchfabrikanten, »daß wir ... von unseren alleinigen Fabriken mehr denn 6000 Menschen an Brod erhalten, ... und dies in einem Land, wo wegen Unfruchtbarkeit des Erdreichs, kalten und rauhen climatis die wenigste darinnen wohnende Menschen vom Ackerbau zu leben vermögen, und wo vor

Halifax, 1558–1640, in: Proceedings of the Leeds Philosophical and Literary Society. Literary and Historical Section 11, 8 (1966), S. 217–280, hier S. 258–270; W. H. B. Court, The Rise of the Midland Industries, 1600–1838, Oxford usw. ²1965, S. 33–50; C. Gill, History of Birmingham, Bd. 1, Oxford 1952, S. 32–61; s. auch J. Patten, English Towns, 1500–1700, Dawson 1978, S. 177–180. Für das 18. Jh. C. W. Chalkin, The Provincial Towns of Georgian England. A Study of the Building Process, 1740–1820, London 1974, S. 20–23, 32–47.

⁶⁰ W. H. B. Court, Industries (s. A 59), S. 32.

⁶¹ Zit. nach W. H. B. Court, Industries (s. A 59), S. 37, dort auch S. 37f. zur Relativierung dieser Aussage.

⁶² D. Hey, The Rural Metalworkers of the Sheffield Region. A Study of Rural Industry before the Industrial Revolution, Leicester 1972, S. 11f.

⁶³ Wadsworth / Mann, Cotton Trade (s. A 15), S. 241–260 und R. G. Wilson, Gentlemen Merchants. The Merchant Community of Leeds, 1700–1830, Manchester usw. 1971, S. 194–198.

⁶⁴ Clark / Slack, Towns (s. A 47), S. 39f.; M. J. Daunton, Towns (s. A 47) S. 263f.

⁶⁵ Ch. Orban, in: Verviers »Bonne Ville« a trois cents ans. Petite monographie illustrée publiée par l'administration municipale, Verviers 1951, S. 38f.; M. Barkhausen, Verviers. Die Entstehung einer neuzeitl. Industriestadt im 17. und 18. Jh., in: Vierteljahrsschr. f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. 47 (1960), S. 363–375, hier S. 364–369; P. Lebrun, Industrie (s. A 35), passim; J. E. Heinen, Pfarrgeschichte Eupens. Mit bes. Berücksichtigung der Ortsgeschichte, Eupen 1896, S. 29f.

Anpflanzung unserer Tuchfabriken ein unbeschreiblicher Geldmangel regierte, wessen jetzo Ueberfluß vorhanden, wovon alt und jung, selbst 5 und 6jährige Kinder, nach allerhand Gattung bey solchen fabriken vorfallender großer und kleiner Arbeit, sehr nützlich participiren, ...«. ⁶⁶ Die Zahl der im Textilgewerbe beschäftigten Personen wurde im Limburgischen und im Franchimont für 1789 auf 25 000 geschätzt; von ihnen arbeiteten etwa 7000 für Verviers. ⁶⁷

Das bergische Land, von dem P. A. Nemnich 1809 schrieb, man könnte es, »wie es heut zu Tage beschaffen ist, ein England im Kleinen nennen«, war voll von proto-industriellen Ballungszentren. ⁶⁸ Das heutige Wuppertal geht auf eine solche zurück. Elberfeld erhielt ein Stadtprivileg zwar schon 1610 – die Anfänge städtischer Institutionen lassen sich bis in das späte Mittelalter zurückverfolgen –, aber Barmen wurde das Stadtrecht erst 1808 gewährt, obwohl es bereits an die 16 000 Einwohner hatte und ein textilgewerbliches Zentrum ersten Ranges war. ⁶⁹ Das Amt Barmen »bildet...«, der Lage nach, jetzt ein wirkliches Ganze. Der halbstündige Weg aus dem offenen Elberfeld nach dem offenen Gemarkte läuft zwischen steten Fabrikhäusern und Bleichen an der Wupper hin, so daß man nie eine Heerstraße, sondern nur einen etwas weniger bebauten Theil derselben Stadt zu passiren glauben sollte; und dasselbe Leben, dieselbe Häuser-, Bleichen- und thätige Menschenreihe führt durch das Wupper-Thal aus dem Bergischen in die von Elberfeld gegen zwei Stunden entfernte preussische Grenze hin. Das Ganze bildet eine Manufakturanlage«, berichtete 1803 Justus Gruner. ⁷⁰ Von Remscheid, das Stadtrechte gleichzeitig mit Barmen erhielt, schrieb noch 1879 Alphons Thun: »Da ist nichts Städtisches, keine Planmäßigkeit«. ⁷¹

Ein überaus signifikantes Beispiel für den agglomerationsfördernden Charakter der Proto-Industrialisierung ist das niederrheinische Krefeld. Ihm war zwar 1373 ein Stadtprivileg gewährt worden, aber es war noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts nicht mehr als ein ummauertes Dorf. ⁷² 1716 zählte es erst 1932 Einwohner. Sein steiler Aufstieg begann nach der Zuwanderung mennonitischer Flüchtlinge im 17. Jahrhundert in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts mit dem Übergang vom Leinen- zum Seidengewerbe. Die Bevölke-

⁶⁶ H. Pilgram, Der Landkreis Monschau. Regierungsbezirk Aachen, Bonn 1958, S. 80f.; E. Barkhausen, Tuchindustrie (s. A 35), passim, das Zitat S. 93.

⁶⁷ P. Lebrun, Industrie (s. A 35), S. 270f.

⁶⁸ P. A. Nemnich, Tagebuch einer der Kultur und Industrie gewidmeten Reise, Bd. 2, Tübingen 1809, S. 405.

⁶⁹ H. Kisch, Monopoly (s. A 48), passim; W. Köllmann, Sozialgesch. der Stadt Barmen im 19. Jh., Tübingen 1960, S. 1–13; J. Reulecke, Nachzügler und Pionier zugleich: das Bergische Land und der Beginn der Industrialisierung in Deutschland, in: S. Pollard (Hrsg.), Region und Industrialisierung. Studien zur Rolle der Region in der Wirtschaftsgesch. der letzten zwei Jahrhunderte, Göttingen 1980, S. 52–68, hier S. 52–58.

⁷⁰ J. Gruner, Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung oder Schilderung des sittl. und bürgerl. Zustandes Westphalens am Ende des 18. Jhs., Bd. 2, Frankfurt 1803, S. 313f.

⁷¹ A. Thun, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, Bd. 2, Leipzig 1879, S. 4.

⁷² G. Rothhoff, Krefelds Stadterhebung 1373, in: Krefelder Studien 1 (1973), S. 1–37, bes. die Zusammenfassung S. 32.

rung nahm schnell zu. 1798 hatte Krefeld 6497 Einwohner (mit Vororten 8947).⁷³ 1794, am Ende der preußischen Zeit, waren 601 Seidenwebstühle und 16 Zwirnmühlen in Gang. Die Zahl der Arbeiter wurde auf 1286 beziffert.⁷⁴ Inzwischen hatte das Seidengewerbe auch das Umland von Krefeld erfaßt. Als die Landstände des Kölner Stiftes 1784 über Maßnahmen gegen die Einfuhr preußischer Scheidemünzen berieten, wies der Verwalter des Amtes Kempen darauf hin, »daß die kurtz hiebey gelegene stadt Kreveld sehr viele ansehnliche fabriken hatt, wovon hunderte menschen in hiesigen ämteren (Kempen und Oedt) und übrigen angränzenden gegenden ihre nahrung haben« und daß wenn diese »das preussische geld entweder gar nicht oder nicht zu hoch, wie es ihnen angedrungen wird, anzunehmen sich weigeren wollen, selbige alsdan gar keine arbeit mehr bekommen, wodurch also diese, um ihre nahrung nicht zu verlieren, gezwungen werden, sich nach dem willen deren kaufleuthen zu fügen.«⁷⁵

20 Jahre später schrieb der Maire von Krefeld an den Directeur des Douanes in Kleve, die Krefelder Seidenfabriken »occupent un grand nombre d'ouvriers et n'en ayant pas assez dans l'enceinte de la commune, les fabricants employent une grande quantité dans les communes avoisinantes et d'autres éloignées déjà de quelques lieux de Creveld. Ces ouvriers travaillent à gages tant pour dévider les soies que comme tisserands et viennent journellement chez les fabricants pour rapporter leurs ouvrages faits et charger (!) des nouvelles soies, dont ils ont besoin.«⁷⁶ 1810 werden für Krefeld und dessen Umgebung 5890 Seidenwebstühle genannt; von diesen arbeiteten 3890 für Krefelder Verleger, die übrigen 2000 für Verleger in Süchteln, Kaldenkirchen, Gladbach und anderen Orten. Bis 1880, einem Jahr, in dem die Endkrise der Seidenhausindustrie ihrem Höhepunkt zustrebte, stieg die Zahl der Seidenwebstühle bis auf 42 828; von diesen standen nur noch 6497 in Krefeld selbst.⁷⁷ Das sind 15,2%. Unterdessen hatte sich zwischen Krefeld und seinem Umland eine Produktdifferenzierung herausgebildet.⁷⁸

⁷³ G. Rothhoff, Das Münkerhofverzeichnis, in: Die Heimat 36 (1965), S. 65–79, hier S. 66; Stadtarchiv Krefeld 2 Nr. 39; H. Botzet, Die Krefelder Einwohnerzahlen im 17. und 18. Jh. Eine bevölkerungstatistische Untersuchung, in: Die Heimat 36 (1965), S. 80–92; ders., Die Anfänge einer eigenständigen Geschichte der Gewerbestadt Krefeld. Zur Neuorientierung der Krefelder Lokalhistorie, in: ebda., 39 (1968), S. 45–51; H. Kisch, Mercantilism (s. A 48), S. 22 ff. (hier noch die ältere Anschauung, die das Krefelder Seidengewerbe in das 17. Jh. zurückdatiert).

⁷⁴ Stadtarchiv Krefeld 1 A Nr. 60 fol. 191v–192.

⁷⁵ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Kurköln II 1040 fol. 144–144v; s. W. Föhl, Die Träger der Krefelder Wirtschaft im 18. Jh., in: ders., Aufsätze aus zwei Jahrzehnten, Kempen 1976, S. 417–434, hier S. 432–434.

⁷⁶ Stadtarchiv Krefeld 2 Nr. 5 fol. 116v.

⁷⁷ Vgl. dazu Tabelle 1.

⁷⁸ H. van der Upwich, Geschichte und Entwicklung der Rheinischen Samt- und Seidenindustrie, Diss. rer. pol. Köln 1920, S. 102f.; Hae-Bon Chung, Das Krefelder Seidengewerbe im 19. Jh. (ca. 1815–1880), Diss. phil. Bonn 1974, S. 16–29. Ich bereite eine größere Arbeit über die Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsgesch. der (Seiden-)Hausindustrie in Krefeld und seinem Umland (Anfang 18. – Ende 19. Jh.) vor.

Tabelle 1: Seiden-, Samt- und Bandwebstühle in Krefeld und seinem Umland 1794–1880¹⁾

Jahr	Seidenstühle		Samtstühle ²⁾		Bandstühle		Gesamt		Summe	Anteil des Umlandes in %
	Stadt	Umland	Stadt	Umland	Stadt	Umland	Stadt	Umland		
1794	407	?	?	?	194	?	601	?	?	?
1810	?	?	?	?	?	?	?	?	5890 ³⁾	?
1822	1122	719	?	?	104 ⁴⁾	833 ⁴⁾	1226	1552	2778	55,9
1837	2200	2197	?	?	140	397	2340	2594	4934	52,6
1849	6000	6880	?	?	250	1431	6250	8311	14561	57,1
1858	7316	17345	?	?	—	72	7316	17417	24733	70,4
1880	6407	10392	61	25700	29	239	6497	36331	42828	84,8

¹⁾ in den Kreisen Krefeld, Geldern, Gladbach, Grevenbroich, Kempen, Kleve, Moers und Neuß des Regierungsbezirks Düsseldorf und den Kreisen Erkelenz, Geilenkirchen, Heinsberg und Jülich des Regierungsbezirks Aachen

²⁾ bis auf 1880 in der Zahl der Seidenstühle enthalten

³⁾ davon 3890 im Dienste von Krefelder Verlegern

⁴⁾ Gänge

Quellen: Stadtarchiv Krefeld: 1 A Nr. 60; Archives Nationales, Paris: F 12, 1584; Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Reg. Düsseldorf Nr. 2159, 2160, 2166; Reg. Aachen Nr. 365, 367, 369, 372; H. Brauns, Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der niederrheinischen Samt- und Seidenindustrie und die Lage der Arbeiter in dieser Periode, Leipzig 1906, S. 250.

Krefeld hatte sich nahezu ausschließlich auf die Herstellung von seidenen und halbseidenen Stoffen konzentriert, während sich seine weitere Umgebung der Verfertigung von einfacheren Waren, nämlich der von Samt und von Bändern zugewandt hatte. In der näheren Umgebung von Krefeld überwog hingegen die Stoffweberei. Je geringer der Anteil der Rohstoffkosten und je höher der Anteil der Arbeitskosten an den betreffenden Erzeugnissen war, desto weiter entfernte sich der jeweilige Zweig der Seidenweberei von seinem Zentrum Krefeld mit seinen relativ hohen Stücklöhnen. Die Höhe des Lohnes wurde zum wichtigsten standortbildenden Faktor. Krefeld hatte sich innerhalb von 150 Jahren nicht nur zu einem hausindustriell bestimmten Ballungszentrum entwickelt – in ihm wohnten 1880 73 872 Menschen –, sondern es hatte auch mit dem Export der Seidenweberei in sein Umland dieses völlig seinen Reproduktionserfordernissen dienstbar gemacht.

Proto-industrielle Agglomerationen scheinen vor allem dort entstanden zu sein, wo das Gewerbe verlagsmäßig organisiert war und manufakturrell zusammengefaßte Arbeitsgänge eine relativ große Bedeutung hatten, wo also die Kontrolle des Produktionsprozesses durch Verleger-Kaufleute relativ weit fortgeschritten war. Die spezifische Struktur der Produktionsverhältnisse wirkte agglomerationsbildend. Von Bedeutung war in diesem Zusammenhang, daß sich an dem betreffenden Ort eine Gruppe von Kaufleuten und Verlegern

herausbildete, welche die Lenkung der Produktion und den Handel in die Hand nahm. Wenn letzteres wie im Fall von Roubaix nicht gelang und sich die ursprüngliche Metropole die Kommerzialisierung der Produktion vorbehalten konnte, war das eine Ausnahme.

Manche Gewerbe, vor allem diejenigen, die Waren von hoher Qualität herstellten, waren auf die Skalenerträge angewiesen, die eine Konzentration des Produktionsprozesses an einem Ort, wenn auch auf hausindustrieller Basis ermöglichte; sie trugen auf diese Weise zur Agglomerationsbildung bei. Entsprechend ihrem Charakter als Zentren des verdichteten ländlichen Gewerbes bezogen solche Agglomerationen ihr Umland in den Prozeß der gewerblichen Warenproduktion ein. War das nicht von Anfang an der Fall wie zum Beispiel in Krefeld, dauerte es im allgemeinen nicht lange, bis auch hier dieser Prozeß einsetzte. Ein entscheidendes Merkmal fast aller dieser proto-industriellen Zentren war das Fehlen derjenigen Strukturen, die in den alten Gewerbestädten die Freiheit des Arbeitsmarktes einengten und die hausindustrielle Produktionsweise in einen vorgegebenen, relativ starren Rahmen zwängten.⁷⁹ Der Verwertungs- und Akkumulationsprozeß des Handelskapitals konnte hier, ohne auf große Hindernisse zu stoßen, vonstatten gehen.⁸⁰

5. Exportgewerbestädte und Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion

Die Entstehung proto-industrieller Agglomerationen auf dem Lande – zum Teil in Anlehnung an im Spätmittelalter entstandene Kleinstädte – war in gewisser Weise nur die Kehrseite des Funktionsverlustes der großen Exportgewerbestädte. Diese büßten in vielen

⁷⁹ Besonders explizit P. Lebrun, *Industrie* (s. A 35), S. 255–268. In manchen proto-industriellen Agglomerationszentren entstanden freilich ebenfalls zunftähnliche Organisationen; vgl. für die bergische Kleineisenregion A. Thun, *Industrie* (s. A 71), Bd. 2, S. 43–54, 109–117; R. Kaiser, Solingen (s. A 18), S. 9f.; Henkel / Taubert, *Maschinenstürmer* (s. A 37), S. 153–156, 171–178; W. Engels / P. Legers, *Aus der Geschichte der Remscheider und bergischen Werkzeug- und Eisen-Industrie*, Bd. 1, Remscheid 1928, S. 71–79, 131–136, 176–189, 203–220. Zur kurzlebigen Leineweberzunft im Wuppertal (1738–1783) s. H. Kisch, *Monopoly* (s. A 55), S. 107–183, bes. S. 158f. In Frankreich scheinen, meist unter Nachhilfe des Staates, überall in den neuen proto-industriellen Zentren Zünfte entstanden zu sein; s. G. Teneul, Roubaix (s. A 56), S. 81–87 und J. Kaplow, Elbeuf (s. A 58), S. 33–35, 79–84. Allerdings dürfte die zünftische Einbindung des Gewerbes nicht so rigide gewesen sein wie in den alten Gewerbestädten. Vertraten diese Zünfte mehr oder weniger die Interessen der Produzenten, kamen die in manchen Territorien ins Leben gerufenen Landzünfte (in Hessen-Kassel jeweils für ein Amt) einem Ordnungsinteresse des Staates nach.

⁸⁰ Unterhalb der Ebene, auf die hier abgehoben wurde, entstanden im Zusammenhang mit der Proto-Industrialisierung ländliche Mittelpunktorte. Sie waren nicht nur Zentren des ländl. Gewerbes, sondern auch Sammelpunkte für die in ihrem Umkreis hergestellten Waren. Mitunter verhinderten in ihrer Nähe gelegene Städte wie etwa Ulm im Falle des Weberdorfes Langenau ihren weiteren Aufstieg (bis hin zur Stadt); s. M. Schaab, *Städtlein* (s. A 54), S. 247f.

Fällen nicht völlig ihre Bedeutung als Zentren der gewerblichen Warenproduktion ein, aber Städte wie Florenz, Köln oder Nürnberg waren im 18. Jahrhundert nur noch ein Schatten ihrer einstigen Größe. Im späten Mittelalter war es dem Verlagskapital hier gelungen, seinen internen Bewegungsspielraum entscheidend auszuweiten. So hatten es etwa die Florentiner »lanaioli« verstanden, die Wollarbeiter, die »sottoposti« der »Arte della lana«, nahezu vollständig von sich abhängig zu machen.⁸¹ Aber diese Erfolge waren nicht von Dauer. Die kleinen Produzenten konnten sich der Unterordnung unter das Verlagskapital entziehen. Die Zünfte erstarkten. Damit war der gewerbliche Expansionsprozeß beendet.⁸² Nur wenigen alten Gewerbestädten gelang es, an der proto-industriellen Entwicklung teilzuhaben. Diese Teilhabe war freilich immer gefährdet.

Augsburg konnte anders als Nürnberg seine Position als Gewerbestadt relativ gut verteidigen. Die Zahl der Webermeister erreichte freilich nicht mehr den Höchststand zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Gab es 1619 noch 2136 Webermeister, so stieg deren Zahl nach ihrem Tiefstand zu Beginn des 18. Jahrhunderts (1720: 468 Webermeister) nur auf 700 im Jahre 1788.⁸³ Ein kompensatorischer Effekt ging von den seit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts in rascher Folge entstehenden Kattundruckereien aus. Man hat die Zahl der Menschen, die durch sie in den siebziger und achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts direkt oder indirekt, d. h. als Drucker, Weber und Spinner, in Arbeit und Brot gesetzt wurden, auf 6500 geschätzt.⁸⁴ 1786 wurden etwa 209 000 Baumwolltuche bedruckt; von

⁸¹ A. Doren, *Die Florentiner Wollentuchindustrie vom 14. bis zum 16. Jh.* Ein Beitr. z. Gesch. des modernen Kapitalismus, Stuttgart 1901, S. 210–327, 448–481; vorzügliche Zusammenfassung des Forschungsstandes bei V. Hunecke, *Il Tumulto dei Ciompi – 600 Jahre danach. Bemerkungen zum Forschungsstand*, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 58 (1978), S. 360–410, hier S. 372–384; F. Irsigler, Köln (s. A 23), passim; H. Aubin, *Formen und Verbreitung des Verlagswesens in der Altnürnberger Wirtschaft*, in: Beitr. z. Wirtschaftsgesch. Nürnbergs, Bd. 2, Nürnberg 1967, S. 620–668, hier S. 623–641, 662–668; ders., *Die Stückwerker von Nürnberg bis ins 17. Jh.*, in: Beitr. z. Wirtschafts- und Stadtgeschichte. Festschrift für H. Ammann, Wiesbaden 1967, S. 333–352; zu den flandr. Städten s. H. van Werveke, *Industrial Growth in the Middle Ages. The Cloth Industry in Flanders*, in: *Economic History Review*, 2nd Ser. 6 (1953/54), S. 237–245.

⁸² C. M. Cipolla, *Decline* (s. A 51), S. 205–207; S. Gramulla, in: *Kölner Wirtschaft* (s. A 48), Bd. 1, S. 500–505; E. Wiest, *Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806*, Stuttgart 1968, S. 156–162.

⁸³ C.-P. Clasen, *Die Augsburger Weber. Leistungen und Krisen des Textilgewerbes um 1600*, Augsburg 1981, S. 17–22; P. Dirr, *Augsburger Textilindustrie im 18. Jahrhundert*, in: *Zeitschr. des Hist. Vereins f. Schwaben und Neuburg* 37 (1911), S. 1–106, hier S. 9–12; W. Zorn, *Handels- und Industriegesch. Bayer.-Schwabens 1748–1870. Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgesch. des schwäb. Unternehmertums*, Augsburg 1961, S. 42; R. Bettger, *Das Handwerk in Augsburg beim Übergang der Stadt an das Königreich Bayern. Städt. Gewerbe unter dem Einfluß politischer Veränderungen*, Augsburg 1979, S. 179.

⁸⁴ P. Dirr, *Textilindustrie* (s. A 83), S. 28–95; W. Zorn, *Handels- und Industriegesch.* (s. A 83), S. 42–66.

diesen wurden 28% eingeführt. (An der Einfuhr von Kattunen entzündeten sich die Weberunruhen von 1784 und 1794.) Sie stammten allerdings nicht in erster Linie aus dem Augsburger Umland, sondern aus Ostindien, der Schweiz und Sachsen. Es scheint demnach in dieser Hinsicht nicht zu einer engen proto-industriellen Verzahnung zwischen Augsburg und seinem Einzugsbereich gekommen zu sein.⁸⁵ Wenn man von einer solchen sprechen kann, dann insoweit, als die Produktion von einfacheren Waren, vor allem von Leinen und billigeren Baumwollstoffen an das Land übergang, während sich die Augsburger Weber auf feine Kattune spezialisierten. Ihre Proteste gegen die »Hecken- und Staudenwaren« des Landes richteten sich gegen diese Arbeitsteilung.⁸⁶

Dem durch seine zünftische Verfassung eingeengten Tuchgewerbe von Aachen erstanden zwar in Burtscheid, Stolberg, Monschau, Vaals, Eupen und Verviers scharfe Konkurrenten, aber es produzierte noch 1786 18000 bis 20000 Wolltuche im Wert von 5,6 Millionen Livres.⁸⁷ Ohne diese Basis wäre der glänzende Aufschwung des Aachener Tuchgewerbes in der französischen Zeit, in der die zünftischen Wirtschaftsschranken beseitigt wurden, nicht möglich gewesen. Ein großer Teil des Aachener Tuchs wurde allem Anschein nach trotz aller Verbote in den umliegenden Dörfern und kleinen Städten gewebt und gefärbt. Daß das Stadt-Land-Verhältnis im Falle des Tuchgewerbes dennoch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts jedes dynamischen Zuges entbehrte, sich vielmehr krisenhaft zuspitzte, lag primär an den noch immer stark von den Zünften bestimmten Produktionsverhältnissen.⁸⁸ Positiver gestaltete sich das Stadt-Land-Verhältnis im Hinblick auf das Aachener Nähadelgewerbe, das im 18. Jahrhundert in Europa eine führende Stellung einnahm. Es wurde zwar gleichfalls von der Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion erfaßt – mehr als zwei Drittel aller Arbeiter wohnten in den Dörfern vor den Toren von Aachen –, doch nahm diese nach langen Auseinandersetzungen zwischen Verlegern, Zunft und Rat die Form der Spezialisierung an: die feineren Nadeln wurden in der Stadt, die gröberen auf dem Land gefertigt.⁸⁹ Dem Verlagskapital war es in erheblich

⁸⁵ P. Dirr, Textilindustrie (s. A 83), S. 39, 46ff.; W. Zorn, Handels- und Industriegesch. (s. A 83), S. 51–58, 64f.; V. Haertel, Die Augsburger Weberunruhen 1784 und 1794 und die Struktur der Weberschaft Ende des 18. Jhs., in: Zeitschr. des Hist. Vereins f. Schwaben 64/65 (1971), S. 121–268, hier S. 146–169.

⁸⁶ V. Haertel, Weberunruhen (s. A 85), S. 158f., 184f.; zur ländl. Hausindustrie im Einzugsbereich von Augsburg ebda., S. 186–196 und J. L. Kolleffel, Schwäb. Städte und Dörfer um 1750. Geographische und topographische Beschreibung der Markgrafschaft Burgau 1749–1753, Weißenhorn 1974, passim, s. z. B. S. 185f. (Burgau).

⁸⁷ H. Kisch, Erbe des Mittelalters (s. A 37), S. 302 A 269; M. Schultheis-Friebe, Die frz. Wirtschaftspolitik im Roer-Departement 1792–1814, Diss. phil. Bonn 1969, S. 208.

⁸⁸ H. Kisch, Erbe des Mittelalters (s. A 37), S. 267–270, 291–308; H. Kley, Geschichte und Verfassung des Aachener Wollenambachts wie überhaupt der Tuchindustrie der Reichsstadt Aachen, Siegburg 1916, S. 51–54, 218–228.

⁸⁹ J. Koch, Geschichte der Aachener Nähadelzunft und Nähadelindustrie bis zur Aufhebung der

stärkerem Maße als im Tuchgewerbe gelungen, die zünftischen Reglementierungen zu durchbrechen bzw. zu modifizieren, freilich nicht ohne immer wieder zurückstecken zu müssen.

In England gelang es unter den alten Gewerbestädten allein Norwich, seine Position zu sichern und darüber hinaus auszubauen. Erst die Reallokationsprozesse, welche die Industrialisierung in Gang setzten, machten seinem Textilgewerbe ein Ende.⁹⁰ Um 1700 war es mit 30000 Einwohnern nach London die größte Stadt in England. 1723 gab Daniel Defoe von ihm eine eindrucksvolle Schilderung: »If a stranger was only to ride thro' or view the city of Norwich for a day, he would think there was a town without inhabitants...; but on the contrary, if he was to view the city, either on a Sabbathday, or on any publick occasion, he would wonder where all the people could dwell, the multitude is so great: But the case is this; the inhabitants being all busie at their manufactures, dwell in their garrets at their looms, and in their combing shops, so they call them, twisting mills, and other work-houses; almost all the works they are employ'd in, being done within doors.«⁹¹ Obwohl das Umland von Norwich, vor allem der Norden und Osten, keineswegs ohne Bedeutung für den Produktionsprozeß war, scheint sich die Gewebeerstellung im späten 17. Jahrhundert in wachsendem Maße in der Stadt konzentriert zu haben. Gleichzeitig schwand die Regulierung des Wirtschaftslebens, vor allem durch die »Weavers' Company«, dahin. Damit entfiel ein zentraler Grund für die Verlagerung der Produktion auf das Land. Daneben dürfte die relativ hohe Diversifizierung der »Norwich stuffs« im Hinblick auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes der Stadt einen nicht ohne weiteres einholbaren Vorsprung gegenüber dem Land verschafft haben.⁹²

Die großen Gewerbestädte im französischen Norden, Lille, Rouen und Amiens, waren am Ende des Ancien Régime als Zentren der gewerblichen Warenproduktion noch immer von erheblicher Bedeutung. Das Textilgewerbe von Lille mußte freilich zugunsten des flachen Landes beträchtliche Verluste hinnehmen. Der Index der Produktion fiel zwischen 1673/1708 und 1768/75 von 100 auf 21,3. In einem Mémoire aus dem Jahre 1721 hieß es dazu: »Les manufactures de la campagne sont de meilleure qualité que celles de la ville, elles ont un mérite supérieur par les dessins nouveaux que les habitans ingénieux

Zünfte in der frz. Zeit (1798), in: Zeitschr. des Aachener Geschichtsvereins 41 (1920), S. 16–122, hier S. 74–85, 95–119. Den aus der Zeit um 1800 vorliegenden Bevölkerungslisten zufolge saßen Nadler vor allem in den Dörfern Pannesheide, Klinkheide, Kohlscheid und Eilendorf (s. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Roer-Departement Nr. 1663, 1664, 1667).

⁹⁰ P. Corfield, A Provincial Capital in the Late Seventeenth Century: The Case of Norwich, in: P. Clark / P. Slack (Hgg.), Crisis and Order in English Towns, 1500–1700. Essays in Urban History, London 1972, S. 263–310, hier S. 274–287, 295f.; Clark / Slack, Towns (s. A 47), S. 53; M. J. Daunton, Towns (s. A 47), S. 270.

⁹¹ D. Defoe, A Tour through the Whole Island of Great Britain (Everyman's Library), London 1974, Teil 1, S. 63.

⁹² P. Corfield, Norwich (s. A 90), S. 280–286; s. auch die weiteren Literaturhinweise A 90.

inventent, l'étranger, loin de s'en plaindre, les recherche – préalablement à celles de la ville de Lille«. ⁹³

Während sich im Fall von Lille der Zusammenhang zwischen städtischem und ländlichem Gewerbe immer mehr lockerte, war er in der Ostnormandie fest geknüpft. Obwohl auf Rouen, das sich im 18. Jahrhundert an die Spitze des französischen Baumwollgewerbes setzte, 1775 weniger als ein Drittel der in der Ostnormandie hergestellten Baumwollwaren entfiel, sprach man zurecht von der »fabrique de Rouen«. Alle Fäden vereinigten sich in Rouen: ein nicht völlig unbedeutender Teil der Gewebeerstellung, der Druck, die Organisation der Produktion und der Handel. Allerdings spielten neben Rouen die Städte Yvetot und Bolbec als Subzentren des Baumwollgewerbes der Ostnormandie eine nicht zu unterschätzende Rolle. ⁹⁴

Was Amiens und sein Umland anlangt, so standen um 1785 von etwa 7000 Wollwebstühlen 67% in der Stadt und 23% in den Dörfern seines näheren Einzugsbereiches. Rechnet man die Webstühle im weiteren Umkreis, vor allem im Süden und Südwesten hinzu, steigt freilich der Anteil des Landes auf fast 52%. ⁹⁵ Nach langem Hin und Her war es am Ende des 17. Jahrhunderts zu einem »modus vivendi« zwischen Stadt und Land gekommen. Er bestand darin, daß sich die Stadt die Herstellung feinerer und teurerer Stoffe vorbehielt, während sich das Land auf die Verfertigung gröberer und billigerer Stoffe konzentrierte. ⁹⁶ Dieser »modus vivendi« war von Dauer, solange beide Zweige des Wollgewerbes expandierten. Er zerbrach, als seit den dreißiger Jahren zunächst das Land und seit der Mitte des Jahrhunderts die Stadt von einer Absatzkrise erfaßt wurden. Die starre Reglementierung seiner Wirtschaft nahm Amiens die Möglichkeit, elastisch auf die Veränderungen der Nachfrage zu antworten. Um ihr zu entgehen, nutzten die Verleger das ländliche Arbeitskräftepotential in der näheren Umgebung von Amiens. Hier nahm die Zahl der Webstühle seit den sechziger Jahren sprunghaft zu. Da in Stadt und Land dasselbe hergestellt wurde, war damit die Spezialisierung in einem regionalen Teilbereich aufgehoben. Nur in der entfernteren Umgebung von Amiens webte man weiter gröbere Stoffe. Allerdings ging hier die Produktion zurück. ⁹⁷ Aber auch in dieser neuen, konflikt-

⁹³ T. J. Markovitch, *Les industries lainières de Colbert à la Révolution*, Genève 1976, S. 175–180, das Zitat ebda. S. 177; s. auch L. Trenard, in: *Histoire d'une métropole* (s. A 56), S. 247–251.

⁹⁴ S. Chassagne, *Diffusion* (s. A 16), S. 101; J. Sion, *Paysans* (s. A 16), S. 172–186; P. Dardel, *Commerce, industrie et navigation à Rouen et au Havre au XVIIIème siècle. Rivalité croissante entre ces deux ports. La conjoncture*, Rouen 1966, S. 114–124; J. P. Bardet, in: M. Mollat (Hrsg.), *Histoire de Rouen*, Toulouse 1979.

⁹⁵ Ch. Engrand, *Concurrences et complémentarités des villes et des campagnes: les manufactures picardes de 1780 à 1815*, in: *Revue du Nord* 61 (1979), S. 61–81, hier S. 62–66, danach die Tabelle bei P. Kriedte, *Spätfeudalismus* (s. A 41), S. 164.

⁹⁶ P. Deyon, *Amiens* (s. A 26), S. 214f.

⁹⁷ P. Deyon, *Le mouvement de la production textile à Amiens au XVIIIème siècle*, in: *Revue du Nord* 44 (1962), S. 201–211, hier S. 207–211; Ch. Engrand, *Concurrences* (s. A 95), S. 63.

Tabelle 2: Seidenwebstühle in Lyon und seinem Umland 1790–1872

Jahr	Lyon			Land	Summe	Anteil des Landes in %
	Stadt	Vorstädte	zusammen			
1790	16000	500	16500	30	16530	—
1800	5000	100	5100	42	5142	—
1810	16120	1400	17520	696	18216	4
1820	19200	3500	22700	2586	25286	10
1825	18990	3800	22790	6177	28967	21
1830	18000	11278	29278	8265	37543	22
1835	17000	14523	31523	17983	49506	36
1840	—	—	27450	30050	57500	52
1872	—	—	30000	90000	120000	75

Quelle: M. Lévy-Leboyer, *Les banques européennes et l'industrialisation internationale dans la première moitié du XIXe siècle*, Paris 1964, S. 143

reichen Periode der Beziehungen zwischen Stadt und Land blieb Amiens trotz aller Verluste das Zentrum des Wollgewerbes in der Picardie.

Die »grande fabrique« von Lyon unterlag gewiß nicht weniger rigorosen Reglementierungen als das Wollgewerbe von Amiens. ⁹⁸ Trotzdem setzte die Standortausweitung der Seidenweberei erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein. 1810 standen erst 4% der Webstühle auf dem Land. In den folgenden Jahrzehnten schritt der Ausbau des Landes als Produktionsstandort zügig voran. Bis 1872 stieg der Anteil der auf dem Land arbeitenden Seidenwebstühle an der Gesamtzahl auf 75%. ⁹⁹ Den späten Beginn der Standortausweitung der Seidenweberei wird man erst in zweiter Linie darauf zurückführen dürfen, daß es bis zum Ende des Ancien Régime verboten war, Seidenwebstühle außerhalb der Stadt in

⁹⁸ J. Godart, *L'ouvrier en soie. Monographie du tisseur lyonnais. Etude historique, économique et sociale. Première partie: La réglementation du travail, 1466–1791*, Lyon usw. 1899, S. 77–97, 179–204 und passim; E. Pariset, *Histoire de la fabrique lyonnaise. Etude sur le régime social et économique de l'industrie de la soie à Lyon, depuis le XVIe siècle*, Lyon 1901, S. 127–258; P. Cayez, *Métiers jacquard et hauts fourneaux. Aux origines de l'industrie lyonnaise*, Paris 1978, S. 41–60; M. Gardin, *Lyon et les Lyonnais au XVIIIème siècle*, Paris 1970, S. 275–320, 572–592; zusammenfassend R. J. Bezucha, *The Lyon Uprising of 1834. Social and Political Conflict in the Early July Monarchy*, Cambridge, Mass. 1974, S. 1–13.

⁹⁹ M. Lévy-Leboyer, *Les banques européennes et l'industrialisation internationale dans la première moitié du XIXe siècle*, Paris 1964, S. 138–144 (mit Karte); P. Cayez, *Métiers* (s. A 98), S. 152–159; ders., *Crises et croissances de l'industrie lyonnaise 1850–1900*, Paris 1980, S. 56–61; Y. Lequin, *Les ouvriers de la région lyonnaise (1848–1914)*, Bd. 1, Lyon 1977, S. 27–36 und die Karten 2–15 ebda. S. 491–504; s. auch E. Pariset, *Histoire* (s. A 98), S. 306–308. Die Bandherstellung in der Gegend von St. Etienne könnte freilich als Außenposten der »grande fabrique« schon vor 1789 verstanden werden; s. Lévy-Leboyer, a.a.O., S. 131f.

Betrieb zu nehmen. Die Verleger dürften sich vielmehr von der Sorge bestimmt haben lassen, sie könnten auf dem Land die Kontrolle über ein derart kostbares Rohmaterial wie die Seide verlieren. Vor allem bot aber nur die Stadt jenes hochspezialisierte Arbeitskräftereservoir, dessen es bedurfte, um die Lyoner Qualitätsprodukte herzustellen.¹⁰⁰ Daneben wird die Struktur der »grande fabrique« eine Rolle gespielt haben. Obwohl die Seidenwebmeister in ihrem Lenkungsorgan vertreten waren und zahlreiche Vorschriften den Bewegungsspielraum des Gewerbes stark einschränkten, waren die Produktionsverhältnisse im Kern hausindustrieller Natur. Die Zahl der Personen, die im Seidengewerbe beschäftigt waren, wurde 1789 auf mehr als 34 000 beziffert. Ein Großteil von ihnen stand unmittelbar oder mittelbar in Verlagsbeziehungen zu den 308 Verleger-Kaufleuten, die für dasselbe Jahr genannt werden.¹⁰¹ Gegen sie war die »émeute de deux sous« von 1786 gerichtet.¹⁰² Die hausindustrielle Organisation des Lyoner Seidengewerbes entthob die Verleger in gewisser Weise der Notwendigkeit, die Produktion auf das Land zu verlagern. Zudem bot Lyon mit an die 150 000 Einwohnern in den Jahren 1780/85 ein hinreichend großes Arbeitskräftepotential.¹⁰³ Als dann im 19. Jahrhundert unter gänzlich anderen Bedingungen die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion begann, stand sie von vornherein wie in Krefeld im Zeichen der Spezialisierung. Der enge Zusammenhang zwischen der gewerblichen Entwicklung in der Stadt und auf dem Land war damit gesichert.¹⁰⁴

Eine führende Teilhabe der alten Gewerbestädte an der Proto-Industrialisierung scheint, so lassen die herangezogenen Beispiele vermuten, nur dort möglich gewesen zu sein, wo es dem Verlagskapital gelungen war, die zünftische Reglementierung des städtischen Wirtschaftslebens einzuschränken. Der Aufbau eines neuen Gewerbes wie des Kattendrucks hatte mitunter denselben Effekt.¹⁰⁵ Fehlte es an einem von beiden und kam womöglich noch eine Absatzkrise struktureller Natur hinzu, welche die gewerbliche Wirtschaft der Stadt vor schwierige Anpassungsprobleme stellte, war diese auf die Dauer ernsthaft gefährdet. Mitunter waren allerdings mit der Konzentration des Produktionsprozesses in den Städten wie im Fall von Lyon und Norwich derart hohe Skalenerträge verbunden, daß das Land gegenüber der Stadt zunächst ohne Chance war.

¹⁰⁰ Darauf wies mich Carlo Poni hin. Im übrigen spricht dafür, daß sich die Standortausweitung der »grande fabrique« im 19. Jh. im Zusammenhang mit der »vogue des tissus nouveauté« vollzog; s. M. Lévy-Leboyer, *Banques* (s. A 99), S. 144.

¹⁰¹ M. Garden, *Ouvriers et artisans au XVIIIe siècle. L'exemple lyonnais et les problèmes de classification*, in: *Revue d'histoire économique et sociale* 48 (1970), S. 28–54, hier S. 28–32, 53 f. sowie die in A 98 genannte Literatur.

¹⁰² L. Trenard, *La crise sociale lyonnaise à la veille de la Révolution*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 2 (1955), S. 5–45, hier S. 23–34.

¹⁰³ M. Garden, *Lyon* (s. A 98), S. 38 f.

¹⁰⁴ M. Lévy-Leboyer, *Banques* (s. A 99), S. 143 f.

¹⁰⁵ So ähnlich wie in Augsburg in Gent; s. P. Lebrun u. a., *Essai sur la révolution industrielle en Belgique, 1777–1847*, Bruxelles 1979, S. 78–96.

Standortausweitung und Standortverlagerung der gewerblichen Warenproduktion stellten die von ihnen betroffenen Städte vor gravierende soziale Probleme.¹⁰⁶ Sichtbares Kennzeichen für die Schwierigkeiten, in denen sich viele Gewerbestädte befanden, war die Stagnation oder der Rückgang ihrer Bevölkerungszahl. Florenz, das um 1600 ca. 75 000 Einwohner zählte, war am Ende des 18. Jahrhunderts noch immer nicht wesentlich größer. Köln, das am Ende des Mittelalters mit ca. 45 000 Einwohnern die größte deutsche Stadt war, erging es ähnlich; für 1794 schätzt man seine Bevölkerungszahl auf ca. 44 000. Geradezu katastrophal war der Bevölkerungsrückgang in Leiden; zwischen 1670 und 1795 fiel die Zahl seiner Einwohner von 70 000 auf 31 000.¹⁰⁷ Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit waren in den alten Gewerbestädten, sofern sie nicht den Anschluß an die proto-industrielle Entwicklung fanden, weit verbreitet. Als J. A. Clermont 1764 seinen Tuchverlag von Aachen nach Vaals verlagerte, beobachtete ein Zeitgenosse, daß »viele Meisterten, nemlich Weber, Schörer, Spinner und desgleichen müßig gehen, welche sonst vor ihm gearbeitet haben...«¹⁰⁸ In Lille ging die Zahl der im Textilgewerbe Beschäftigten im 18. Jahrhundert rapide zurück. Die Armut nahm erschreckende Ausmaße an.¹⁰⁹ Die Krise des Leidener Tuchgewerbes spitzte sich seit dem Ende des 17. Jahrhunderts derart zu, daß eine große Zahl von Arbeitern die Stadt verließ, um sich anderswo ein Auskommen zu suchen.¹¹⁰ Der Unmut der städtischen Gewerbetreibenden richtete sich nicht zuletzt gegen ihre Konkurrenten auf dem Lande;¹¹¹ er steigerte sich mitunter so, daß sie gewaltsam gegen letztere vorgingen, ihre Webstühle zerstörten und die von ihnen herge-

¹⁰⁶ Sie sind in vielem vergleichbar denjenigen, welche die sich seit einigen Jahren abzeichnende neue internationale Arbeitsteilung und die für sie charakteristische Verlagerung von besonders arbeitsintensiven Teilen der gewerbl. Warenproduktion von den Industrieländern in die unterentwickelte Welt hervorruft; s. dazu F. Fröbel / J. Heinrichs / O. Kreye, *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Reinbek 1977 und M. Fay u. a., *Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft* (Starnberger Studien 4), Frankfurt 1980.

¹⁰⁷ D. Herlihy, *Ch. Klapisch-Zuber*, *Les Toscans et leurs familles. Une étude du catasto de 1427*, Paris 1978, S. 181–188; K. J. Beloch, *Bevölkerungsgesch. Italiens*, Bd. 2, Berlin² 1965, S. 148 f.; F. Irsigler, in: *Kölner Wirtschaft* (s. A 48), Bd. 1, S. 227; H. Pohl, in: ebda., Bd. 2, S. 23; H. Diederiks, *Leiden* (s. A 52), S. 148–152.

¹⁰⁸ J. Janssen, *Die historischen Notizen*, in: H. A. von Fürth, *Beitr. und Material zur Gesch. der Aachener Patrizier-Familien*, Bd. 3, Aachen 1890, S. 1–390, hier S. 321 und dazu H. Kisch, *Erbe des Mittelalters* (s. A 37), S. 297–300, hier auch S. 297 A 247 teilweise das Zitat.

¹⁰⁹ L. Trenard, in: *Histoire d'une métropole* (s. A 56), S. 247–251.

¹¹⁰ H. Diederiks, *Leiden* (s. A 52), S. 150–156; N. W. Posthumus, *Geschiedenis* (s. A 52), Bd. 3, S. 1037–1114. – Auch proto-industrielle Zentren blieben von den geschilderten Problemen nicht verschont, wie der Ausstand der Monschauer Weber von 1769 zeigt, dessen wesentliche Ursache die Verlagerung der Gewebeherstellung in das Limburger Land war; s. E. Barkhausen, *Tuchindustrie* (s. A 35), S. 98–101.

¹¹¹ Vgl. dazu etwa die Bemerkungen des Liller Wollwebers Chavatte in seinem Tagebuch: A. Lottin, *Chavatte* (s. A 56), S. 81 f.

stellten Waren einzogen. »On vit entrer en ville les voitures qui ramenaient les étilles (Webstühle)«, heißt es 1764 von Amiens nach einer solchen Strafexpedition.¹¹²

6. Zusammenfassung

Die Stadt, ihre von zünftischen Reglements bestimmten Produktionsverhältnisse und die überlieferte Stadt-Land-Arbeitsteilung, die zunächst die gewerbliche Warenproduktion stimuliert hatten, wurden in der Formationsperiode des europäischen Kapitalismus zu einem retardierenden Moment. Um es zu neutralisieren, wichen wichtige Teile des Handelskapitals auf das Land und in kleine Städte, in denen es keine Zünfte gab, aus und entwickelten hier die gewerbliche Warenproduktion in einem großen Maßstab.¹¹³ Das »korporative Monopol« der Stadt (J. Merrington), das zunächst die zentrale Voraussetzung für die Verwertung und Akkumulation des Handelskapitals gewesen war, wurde in zunehmendem Maße disfunktional und zwang das Handelskapital, durch die Einbeziehung des flachen Landes seine Verwertungsstrategie auf eine breitere Basis zu stellen.¹¹⁴ Indem dabei die Arbeitskosten externalisiert, d. h. zu großen Teilen auf die bäuerliche Gesellschaft übertragen wurden, verwandelte das Handelskapital diese in einen Akkumulationsfonds, mit dem es seine eigene Akkumulation vorantrieb.¹¹⁵

Zugleich veränderte es die Grenzen der Ausbeutung von Arbeitskraft zu seinen Gunsten. Hier ist der historische Ort für die Krise der Städte als Zentren der gewerblichen Warenproduktion in der frühen Neuzeit. Zwar waren viele alte Städte weiterhin nicht ohne Bedeutung als gewerbliche Produktionsstätten, aber ihre Gewerbe prosperierten und hatten darüber hinaus Anteil an der Proto-Industrialisierung nur dort, wo es dem

¹¹² P. Deyon, *Mouvement* (s. A 97), S. 210. Solche Strafexpeditionen waren bereits im Flandern des 14. Jhs. keine Seltenheit; s. D. Nicholas, *Tensions* (s. A 26), S. 99–115, 188–199, 209 f.

¹¹³ Vorstädten fielen mitunter ähnliche Funktionen zu; nicht selten waren sie im Prozeß der Standortausweitung der gewerbl. Warenproduktion eine Art Zwischenstation. Zur Vorstadtbildung s. u. a. K. Czok, *Die Vorstädte. Zu ihrer Entstehung, Wirtschafts- und Sozialentwicklung in der älteren deutschen Stadtgesch.*, Berlin 1979; B. von der Dollen, *Vorortbildung. Zur Überformung ländlicher Siedlungen durch die Stadt vor der Industrialisierung*, in: *Die alte Stadt* 7 (1980), S. 3–28. Zu Lyon, wo erst nach 1777 das Aufstellen von Seidenwebstühlen in den Vorstädten möglich wurde, und zu Nîmes, wo sich das Seidengewerbe im 18. Jahrhundert von der Stadt in die Vorstädte verlagerte, s. P. Cayez, *Métiers* (s. A 98), S. 45 und Abb. 12 S. 376; J. Bezucha, *Uprising* (s. A 98), S. 24 bzw. L. Teisseyre-Sallmann, *Urbanisme et société: L'exemple de Nîmes aux XVIIe et XVIIIe siècles*, in: *Annales E.S.C.* 35 (1980), S. 965–986, hier S. 966–972, 976–978.

¹¹⁴ J. Merrington, *Town and Country in the Transition to Capitalism*, in: P. Sweezy u. a., *The Transition from Feudalism to Capitalism. Introduction by R. Hilton*, London 1976, S. 170–195, hier S. 177–190, das Zitat S. 180; M. Dobb, *Studies in the Development of Capitalism*, London 1963, S. 151–176.

¹¹⁵ Zum Konzept der Externalisierung s. F. Fröbel u. a., *Arbeitsteilung* (s. A 106), S. 48.

Handelskapital gelang, seine innerstädtische Exploitationssphäre in Auseinandersetzung mit Zünften und Korporationen abzusichern und zu erweitern. Im Gegenzug zur Stagnation vieler alter Gewerbestädte entstanden auf dem Lande proto-industrielle Agglomerationen, die alsbald die Gestalt von Städten annahmen. Das Fehlen von institutionellen Ausbeutungsgrenzen war die entscheidende Voraussetzung nicht nur für ihren Aufstieg, sondern auch dafür, daß sie an der Proto-Industrialisierung maßgeblich beteiligt waren. Mit ihnen wurde der Dekonzentrationsprozeß, den die Proto-Industrialisierung eingeleitet hatte, nicht rückgängig gemacht, zumal sie nicht nur Produkte, sondern auch Agenten der Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion waren, indem sie diese weiter vorantrieben. Sie zeigen aber einen Trend an, der mit dem Beginn kapitalistischer Industrialisierung seine Inkubationsperiode verließ.

Die Proto-Industrialisierung hat somit ein doppeltes Gesicht: alte städtische Zentren wurden partiell entwertet, andere wurden neu gebildet.¹¹⁶ Eben daran erweist sich der zentrale Stellenwert, den sie in der Formationsperiode des europäischen Kapitalismus einnimmt. Sie nahm der Stadt, von Ostmittel- und Osteuropa abgesehen, trotz aller Funktionsverluste nichts von ihrer Bedeutung als Organisationszentrum des volkswirtschaftlichen Produktions- und Zirkulationsprozesses, sondern ermöglichte es ihr, ihre Allgewalt auf neue Weise zur Geltung zu bringen. »... même quand elle ne la (l'expansion) fabrique pas de toutes pièces, elle mène le jeu à son profit« (F. Braudel).¹¹⁷ In der Epoche der Industrialisierung, für welche die Proto-Industrialisierung die Voraussetzungen schuf, sollte sich das, allerdings in einer wesentlich schärferen Form, aufs neue erweisen.¹¹⁸

¹¹⁶ J.-C. Perrot, *Genèse d'une ville moderne. Caen au XVIIIe siècle*, Bd. 1–2, Paris usw. 1975, hier Bd. 1, S. 348–439 (Produktion), 440–531 (Handel), Bd. 2, S. 944–952 (Zusammenfassung) sieht, ausgehend von seinem Beispiel Caen, bei seinen generalisierenden Überlegungen im Handel und nicht in der Produktion »le moteur de l'économie urbaine au XVIIIe siècle« (Bd. 1, S. 440), entsprechend dem Vorgang, der oben als partieller Funktionsverlust der Stadt beschrieben worden ist; er übergeht dabei, daß es daneben proto-industriell bestimmte Agglomerationen und Städte gab, deren Wirtschaft von der Produktion bestimmt wurde. Sie waren zwar auf dem Kontinent im Vergleich mit den alten Gewerbestädten – England ist auch hier eine Ausnahme – relativ klein (im allgemeinen nicht größer als 15 000 Einwohner), aber sie sind als Produktionszentren nicht zu vernachlässigen.

¹¹⁷ F. Braudel, *Civilisation matérielle, économie et capitalisme, XVe–XVIIIe siècle*, Bd. 1, Paris 1979, S. 421.

¹¹⁸ Vgl. dazu P. Kriedte, in: *Kriedte / Medick / Schlumbohm, Industrialisierung* (s. A 2), S. 272–321, dort auch S. 320 f. zur erneuten Konzentration der gewerbl. Warenproduktion in den Städten.

Karl Litz

Theorie einer Raumgeschichte

1. Der Begriff der Geschichtstheorie – 2. Der Gegenstand der Geschichte überhaupt und der Raumgeschichte im besonderen: 2.1 Umschreibung des Begriffs »Geschichte« – 2.2 Die Zeitstufen der Geschichte – 2.3 Die Teilgebiete der Geschichte – 2.4 Begriff und Gegenstand der Raumgeschichte – 2.5 Die Frage der Periodisierung, besonders hinsichtlich der Raumgeschichte – 3. Subjekt und Objekt in der Geschichte: 3.1 Der Vorgang der Objektivation – 3.2 Das Problem der Identität von Subjekt und Objekt in der Geschichte – 3.3 Die Fragestellung als Ausgangspunkt der Forschung – 3.4 Die Interessen als Motivationen und als Fehlerquellen – 3.5 Begründungs- und Konsensobjektivität – 4. Reine und angewandte Geschichte: 4.1 Definition der reinen und der angewandten Geschichte und deren möglicher Gebrauchswert – 4.2 Die Funktionen angewandter Raumgeschichte für die Raumplanung.

1. Der Begriff der Geschichtstheorie

Die Geschichtstheorie ist zu definieren als die spezielle Erkenntnistheorie der Geschichtswissenschaft, das heißt als die kritische und systematische Feststellung der Objekte und Prinzipien, der Arten und Formen, der Möglichkeiten und Grenzen geschichtlicher Wahrheitsfindung. Zu unterscheiden von der Geschichtstheorie ist die Geschichtsphilosophie: sie fragt nach dem Sinn der Geschichte und der Wissenschaft von ihr; diese Frage aber ist metaphysisch und damit außerwissenschaftlich. Sie kann daher, so legitim sie an sich ist, in dieser Arbeit nicht erörtert werden. Zur Diskussion steht hier dagegen das Feld möglicher Aufgaben der Geschichtswissenschaft, welche aus spirituellen und materiellen Interessen der Gesellschaft hervorgehen; es kann aufgrund der Theorie abgegrenzt werden. Zu unterscheiden von der Theorie ist ferner die Methodik, das heißt die Lehre von den geistigen Werkzeugen, deren Gebrauch jeweils zur Lösung bestimmter geschichtlicher Aufgaben – in dem von der Theorie bestimmten Rahmen möglicher Erkenntnis – notwendig ist.¹

¹ Die Unterscheidung von Geschichtstheorie und historischer Methode war bis vor kurzem nicht allgemein geläufig. Die Theorie war in der »Historischen Methode« oder »Historik« implizit enthalten; gegen eine explizite Theorie, welche die Forschungspraxis erkenntniskritischer Reflexion unterzogen hätte, herrschte, besonders in der Geschichtsforschung des deutschen Sprachgebiets, eine kaum verhüllte Abneigung. Dieser Mangel an theoretischer Reflexion bewirkte einerseits eine Verengung des historischen Gesichtsfeldes – das heißt eine einseitige Konzentration auf die Staaten- und Ideengeschichte – und andererseits die Unterstellung der Historie unter inadäquate Zwecke (z. B. zur Legitimierung nationaler Herrschaftsansprüche). Es bedurfte der krassen Fehlleistungen der deutschen Historiographie im Dritten Reich und des Zusammenstoßes zwischen den

Zu beachten ist schließlich, daß der Ausdruck »Theorie« in der Geschichte in einem doppelten Sinne gebraucht wird, einerseits, wie oben festgestellt, als Erkenntnistheorie der Geschichtswissenschaft (bzw. der Raumgeschichte) überhaupt, das heißt als Theorie vom erkennenden Subjekt (in seinem Verhältnis zum Gegenstand) und andererseits als je besondere Theorie von historischen Objekten,² das heißt als jeweilige Zusammenfassung empirisch festgestellter geschichtlicher Phänomene in allgemeinen Sätzen, die als Gesetzmäßigkeiten formuliert werden. Es sind dies »Systeme miteinander verbundener Hypothesen, die Beziehungen von Ursachen und Wirkungen beschreiben und versuchen, solche Zusammenhänge in der Regel als ›Wenn-dann‹- oder ›Je-desto‹-Sätze zu erfassen und damit zu erklären.«³ Die Kriterien für die Wahrheit solcher Sätze sind aus der Theorie der geschichtlichen Erkenntnis herzuleiten, ob diese Sätze nun aus dem Kausalnexus erfolgen, wie oben als Beispiel erwähnt, oder aus einer anderen Denkform.

2. Der Gegenstand der Geschichte überhaupt und der Raumgeschichte im besonderen

2.1 Umschreibung des Begriffs »Geschichte«

Bevor eine Bestimmung (vorläufig: eine Umschreibung) des Begriffs »Geschichte« versucht wird, muß darauf hingewiesen werden, daß er sich auf zwei Bedeutungsfelder bezieht; der Ausdruck bezeichnet »sowohl das Objekt der Darstellung wie die Darstellung des Objekts: Geschichte hat es mit Geschichte zu tun«,⁴ das heißt das Wort »Geschichte« kann sowohl in einem realen wie in einem theoretischen Sinne⁵ begriffen werden. Diese Koinzidenz ist nun nicht einfach als Mangelerscheinung sprachlichen Ausdrucks wegzu erklären, sie signalisiert, wie wir sehen werden, besondere Schwierigkeiten historischer Erkenntnis, die sich in der Frage komprimieren lassen, ob (und wie weit) denn der Geschichte (im

Forschungskonzepten »bürgerlicher« und »marxistischer« Historiker in den späten sechziger Jahren, damit das Bewußtsein eines Defizits an Geschichtstheorie allgemein aufkam und Wege zu seiner Überwindung gesucht wurden.

² Die traditionelle Geschichtsforschung hat auch diese Weise der Theoriebildung fast völlig vernachlässigt und sich auf ein individualisierendes Vorgehen konzentriert. Die für Gesamtdarstellungen unerlässlichen historischen Theorien waren dementsprechend mangelhaft reflektiert und begrifflich ungenügend bestimmt.

³ D. Frei, Theorieorientierte Geschichtsbetrachtung. Berührungspunkte zwischen Geschichtswiss. u. polit. Wiss., in: Schweiz. Zeitschr. f. Gesch. 21 (1971), S. 322.

⁴ Fischer-Lexikon, Bd. 24, Geschichte, Hrsg. v. W. Besson, Frankfurt a.M. 1961, S. 7.

⁵ K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft, München 1971, S. 23. Um Mißverständnisse, die sich aus der Doppelbedeutung des Wortes »Geschichte« ergeben können, zu vermeiden, verwendet man für Geschichte im theoretischen Sinne in der Regel (so auch Faber) den Ausdruck »Historie«. Weil das etwas zopfige Wort sich wohl für eine vergangenheits-, nicht aber auch für eine zukunftsorientierte Geschichtsauffassung eignet, gebraucht der Verfasser statt dessen – faute de mieux – den Ausdruck »Geschichtswissenschaft«, trotz einem pleonastischen und ambitiösen Beiklang, der damit verbunden sein mag.

theoretischen Sinne, also der Geschichtswissenschaft) überhaupt ein »Gegenstand«, ein vom Erkenntnissubjekt im strengen Sinne losgelöstes Objekt, vorgegeben sei.⁶

Die Beantwortung dieser Frage setzt den Versuch einer Bestimmung jenes Gegenstandes voraus: »Geschichte« kommt von »Geschehen«; sie läßt sich als solches auch umschreiben als die durch menschliche Intentionen ausgelösten Veränderungen in der Zeit... Zum Grundbestand des Begriffsapparates der Geschichtswissenschaft gehören Termini wie »Kontinuität« und »Zäsur«, womit das Existieren historisch entstandener Sachverhalte und ihr Wirken über große Zeiträume hinweg ... oder ihr plötzliches Abbrechen gemeint sind.«⁷

Geschichte ist also eine Zeitwissenschaft, von den zeitorientierten Disziplinen im naturwissenschaftlichen Bereich (z. B. der Paläontologie) klar unterschieden durch die »menschlichen Intentionen« als ihren ausschließlichen Sachbezug. Gerade diesen Sachbezug aber hat sie mit den andern Human- und Sozialwissenschaften (z. B. der Soziologie, Politologie, Sozialökonomie und Sozialpsychologie) gemeinsam. Logischerweise müßte sich nun die Geschichte als *die* Zeitwissenschaft unter ihnen abgrenzen lassen: Erklärt sie ihre Gegenstände genetisch, das heißt aus ihrem Werden (bzw. Gewordensein), so gehen die anderen Human- und Sozialwissenschaften systematisch vor, indem sie ihre Objekte dadurch in ihrem Sein zu erfassen suchen, daß sie dieselben in ihre Elemente zergliedern, um sie danach als logisch geordnete Ganzheiten zu erkennen. Wird also im einen Fall der Gegenstand als eine Funktion der Zeit verstanden, so wird im andern Fall der Zeitfaktor möglichst ausgeklammert. Diese Unterscheidung – ihrerseits systematisch – wird aber unter genetischem Gesichtspunkt dahin relativiert, daß sie heute nicht mehr eine scharfe Abgrenzung, sondern nur noch die je verschiedenen Schwerpunkte des Interesses bezeichnet: die historische Dimension wird in sämtlichen Disziplinen gesehen, und umgekehrt hat die Geschichte sich auch systematische Verfahren angeeignet.⁸

Diese Konvergenzbewegung hat allerdings in der Geschichtswissenschaft (wenigstens des deutschen Sprachgebiets) zuletzt eingesetzt; die anderen Human- und Sozialwissenschaften haben ihre je besondere geschichtliche Dimension schon seit längerer Zeit zu eigentlichen historischen Zweigwissenschaften ausgebaut. Dagegen ist – wie hinsichtlich

⁶ K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5), S. 24.

⁷ K.-G. Faber, *ebda.*, S. 37.

⁸ In der Geschichtswissenschaft wird die Bewegung zur Konvergenz vor allem durch die Schule der »Annales« gefördert, deren Vertreter sich um die gleichnamige, 1929 begründete französische historische Zeitschrift gruppieren. Diese Schule, die, wenigstens auf dem europäischen Kontinent, wohl den Hauptbeitrag zur Erneuerung der Geschichtswissenschaft geleistet hat, vertritt konsequent das Postulat der »Durchbrechung der künstlichen, lebensfremden Fachgrenzen und der Vereinigung aller Beiträge, die so viele Teilwissenschaften unter sozialen, wirtschaftlichen, soziologischen, politischen, philosophischen, psychologischen, ästhetischen Gesichtspunkten sammeln, zur historisch definierten totalité de l'homme«. M. Wüstemeyer, *Die »Annales«*. Grundsätze und Methoden ihrer neuen Geschichtswissenschaft, *Vierteljahrsh. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch.* 54 (1967), S. 24.

jeder organisatorisch unvermeidlichen Spezialisierung – an sich nichts einzuwenden. Theoretisch falsch war jedoch das Konstrukt einer »Allgemeinen Geschichte«, die eben nicht allgemein war, konzentrierte sie sich doch prinzipiell auf die Ideen- und Staatengeschichte, die vornehmlich als das Produkt der »großen Einzelnen« gesehen wurde, wodurch sich der Gesichtswinkel zusätzlich einengte. Nun ist die grundsätzliche Bevorzugung bzw. Vernachlässigung (oder gar Abspaltung) bestimmter Lebensbereiche in der Geschichte theoretisch nicht zu rechtfertigen. Der Fehler wird heute durch einen universalistischen Trend korrigiert, der einer allgemeinen (zuerst außerhalb der Geschichte erkann- ten) Denknöwendigkeit entspricht: der zunehmenden Einsicht in die Vernetzung aller Lebensvorgänge, der Ablösung eines linearen Denkens, das eine Aufspaltung auch der Geschichte in autonome Fachbereiche ermöglichte, durch ein kybernetisches,⁹ welches die lebensfremden Fachgrenzen sprengt.

Der Titel einer Publikation von H.-U. Wehler: »Geschichte als Historische Sozialwissenschaft« bezeichnet bündig deren Konvergenz zu den Nachbarwissenschaften. Vorbereitet wurde diese Wende durch die Schule der »Annales«. »Der Mensch ist insofern »homme social«, wie er in den »Annales« allgemein definiert wird, als er seine maßgebenden Ansichten und Überzeugungen gesellschaftlich vermittelt bekommt und nur so fähig wird, an der sozialen Organisation des Lebens teilzunehmen, also geschichtlich relevant zu werden.«¹⁰ Die Erweiterung, welche das Gesichtsfeld der Geschichte, wenn sie als Sozialwissenschaft verstanden wird, auf der einen Seite erfährt, darf aber nicht erkauft werden durch eine Verengung auf der anderen Seite: durch die völlige Auflösung der je konkreten historischen Persönlichkeit (im feineren Raster: des Individuums) in den sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Strukturzusammenhängen ihrer Epoche. Damit ist bereits angedeutet, daß historische Sozialwissenschaft zwar *eine*, heute besonders fruchtbare Möglichkeit ist, Geschichte zu erforschen, aber nicht *die* Möglichkeit schlechthin.

An den Abschluß der vorläufigen Antwort auf die dem Abschnitt zugrunde liegende Frage, was Geschichte eigentlich sei, gehört die Feststellung, daß das Agens der Geschichte, die »menschlichen Intentionen«, sich seinerseits in Funktion der Zeit verändert. Im allgemeinsten Sinne ist also die Veränderung des Bewußtseins durch die Zeit der zentrale Inhalt der Geschichte, und man kann sie, auf die knappste Formel gebracht, als die Wissenschaft von der bewußten, der menschlichen Zeit bestimmen.¹¹ Die Zeit ist die

⁹ vgl. dazu F. Vester, *Das kybernetische Zeitalter. Neue Dimensionen des Denkens*. Frankfurt a.M. 1974.

¹⁰ M. Wüstemeyer, *Die »Annales«* (s. A 8), S. 15/16.

¹¹ Daß »die Geschichte es letzten Endes genaugenommen mit Bewußtseinsinhalten zu tun« hat, ist eine Präzisierung ihres Gegenstandes, welche die Geschichtswissenschaft ebenfalls der Schule der »Annales« verdankt. Vgl. dazu M. Wüstemeyer, *Die »Annales«* (s. A 8), bes. S. 17. Von zentralem Interesse ist für die Geschichte heute nicht das individuelle, also das empirische Bewußtsein (außer im Grenzfall der Biographie), sondern das Konstrukt des Kollektivbewußtseins, das heißt der Gesamtheit von Bewußtseinsinhalten, in der eine Mehrzahl von Individuen zu einem bestimmten Zeitpunkt übereinstimmt.

primäre Koordinate der Geschichte, sekundär kommt dazu die Koordinate des Raumes, hier noch als Inbegriff der Welt der Dinge und ihrer Verhältnisse zu einander verstanden. Um den Hauptsatz von Marx zu variieren und von der Kategorie der Kausalität in diejenige der Interdependenz zu verschieben: Das sich wandelnde Bewußtsein bestimmt die Veränderung des Raumes (des »Seins«) – und umgekehrt. Daß diese Interdependenz gerade für die Raumgeschichte von zentralem Interesse ist, liegt auf der Hand.

2.2 Die Zeitstufen der Geschichte

Die reale Geschichte ist ein Kontinuum, das keine Zeitstufen (Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft) objektiv in sich enthält; diese Stufen sind Anschauungsformen der theoretischen Geschichte, das heißt sie existieren lediglich im jeweils betrachtenden Subjekt. – »Die den Historiker interessierende Geschichte umfaßt menschliches Tun und Leiden in der Vergangenheit.«¹² Für diese herkömmliche und heute noch vorherrschende Auffassung ist aber die Vergangenheit doch nicht die ausschließliche Zeitstufe der Geschichtswissenschaft, denn sie versteht Geschichte »als die ihr geschichtliche Gewordensein reflektierende Gegenwart«.¹³ Damit ist einerseits die Gegenwart einbezogen, andererseits aber werden die beiden Zeitstufen als wesensverschieden von einander abgegrenzt: sie verhalten sich wie erinnerndes Subjekt zu erinnertem Objekt. Und die dritte Zeitstufe: die Zukunft? Ihr Einbezug wird von Forschern gefordert, welche die reale Geschichte als eine Einheit aller drei Zeitstufen betrachten und die Geschichte im theoretischen Sinn als eine Synthese von Historie und Futurologie.¹⁴ Maßgebende Historiker¹⁵ schließen aber heute noch die Zukunft als möglichen zeitlichen Sektor der Geschichtswissenschaft aus, mit der Argumentation, Vergangenheit und Gegenwart seien durch ihre Faktizität empirisch bestimmt, während je künftiges Geschehen an sich unbestimmt und daher wissenschaftlich auch nicht bestimmbar sei. Dabei wird die Möglichkeit einer Gesamtschau der Geschichte – mit Einschluß der Zukunft – aufgrund einer metaphysischen Erfassung ihres Sinns nicht bestritten. Dieses Vorgehen aber wäre nicht Geschichtswissenschaft, sondern Geschichtsphilosophie. Der Dissens unter den Forschern wäre gar nicht möglich, wenn nicht alle drei Zeitstufen in geschichtlicher Perspektive tatsächlich unter sich wesensverschieden wären. Diese Annahme deckt sich auch mit der schlichten Alltagserfahrung, wonach Erinnerung, gegenwärtige Perzeption und Voraussicht grundverschiedene Aktivitäten des Bewußtseins sind.

Es gilt nun im folgenden, die Zeitstufen der Geschichte möglichst präzise zu einander in

Beziehung zu setzen. Zunächst sei das Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart anvisiert. Was unterscheidet die in beiden Zeitstufen geschehenden Vorgänge von einander, und was verbindet sie? »Jedes vergangene menschliche Handeln, jedes historische Ereignis hat in *dem* Augenblick, in dem es geschehen ist, die Fülle der Möglichkeiten, die in der jeweiligen Gegenwart bestanden, zugunsten der Realisierung einer einzigen Möglichkeit eliminiert. Was geschehen ist, ist fixiert; es ist unwiderruflich...«¹⁶ Damit aber wird die Vergangenheit für die jeweilige Gegenwart zur Gegebenheit, von der sie determiniert wird, soweit die in der Vergangenheit geschaffenen Tatbestände noch wirksam sind. »Chaque ›actualité‹ rassemble des mouvements d'origine, de rythme différent: le temps d'aujourd'hui date à la fois d'hier, d'avant-hier, de jadis.«¹⁷ Daraus ist eine der Hauptfunktionen der Historiographie herzuleiten: die »Identitätspräsentation«.¹⁸ »Identität – das ist die richtige Antwort auf die Frage, wer wir sind.«¹⁹ Die Geschichtswissenschaft versucht, den Institutionen und Sozialverbänden, welche diese Frage stellen, die Antwort aus der ihr eigentümlichen genetischen Perspektive zu geben. Ist also die Gegenwart von der Vergangenheit abhängig, so läßt sich dieser Satz auf folgende Weise auch umkehren: Die Vergangenheit ist – für unser Bewußtsein – nicht unabhängig von der Gegenwart vorhanden, denn sie kann ja nicht unmittelbar beobachtet, sondern nur mittelbar über die der Gegenwart hinterlassenen Spuren (die »Quellen«) erschlossen und rekonstruiert werden, und auch das niemals als Ganzes, sondern lediglich soweit sie für die jeweilige Gegenwart relevant ist.

Die Gegenwart kann hier nicht im streng zeitlichen Sinne des je gegenwärtigen Augenblicks verstanden werden: Dieser »winzige Durchgangspunkt der geschichtlichen Dauer«²⁰ existiert für die Geschichte als Wissenschaft eigentlich gar nicht, denn er ist ja – wenn reflektiert – schon vergangen; die »Gegenwart« ist hier vielmehr zu bestimmen als der zeitliche »Horizont«,²¹ den ein Bewußtsein umblickt; sie umfaßt also einen Zeitabschnitt jüngster Vergangenheit und nächster Zukunft. Dieser Zeitabschnitt ist zu definieren als die Zeit der für ein Bewußtsein (gesamthaft gesehen) konstanten Determinanten. Die Dauer dieser Zeit ist nicht generell, sondern nur von Fall zu Fall bestimmbar; sie verhält sich umgekehrt proportional zur Geschwindigkeit der geschichtlichen Entwicklung und bemißt sich bei langsamem Tempo nach Jahren, bei schnellem nach Tagen.

Wenn sich nun für Vergangenheit und Gegenwart bestimmte Determinanten des Geschehens feststellen lassen, ohne daß dabei im jeweiligen Augenblick gegenwärtiger

¹⁶ K.-G. Faber, ebda., S. 38.

¹⁷ F. Braudel, *Historie et Sciences sociales: la longue durée*, Annales XIII (1958), S. 735.

¹⁸ vgl. dazu H. Lübke, *Wer kann sich Aufklärung leisten? Objektivität in der Geschichtswissenschaft*, NZZ Nr. 237 v. 9./10. Oktober 1976.

¹⁹ H. Lübke, ebda.

²⁰ M. Wüstemeyer, *Die »Annales«* (s. A 8), S. 13.

²¹ J. Oelkers, *Rekonstruktion und Theorie: Probleme der historischen Methodologie*, in: *Ansichten einer künftigen Geschichtswiss.*, 1. Teil, hrsg. v. I. Geiss u. R. Tamchina, München 1974, S. 136, A 46.

¹² K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5), S. 35.

¹³ Fischer-Lexikon, Bd. *Geschichte* (s. A 4), S. 80.

¹⁴ Als Repräsentanten dieser Geschichtsauffassung sind Fourastié und Habermas zu nennen, und ihr Grundmuster läßt sich über Marx und Hegel bis zur mittelalterlichen Konzeption der Heilsgeschichte zurückverfolgen.

¹⁵ so z. B. K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5).

Entscheidung die menschliche Wahlfreiheit²² auszuschließen ist, so gilt die Zukunft der heute noch vorherrschenden Lehre als schlechthin indeterminiert und offen und damit dem Zugriff der Wissenschaft (auch der Geschichte) entzogen. Es gibt gewichtige Argumente für diese Annahme, so besonders bei K.-G. Faber: »Was möglich ist, das ist mit Notwendigkeit bestimmt, – wenn nämlich das Mögliche der gesetzmäßig abgesteckte Rahmen ist, in dem sich das wirkliche Geschehen abspielen muß. *Notwendig* ist also die Realisierung des Möglichen, insofern sie sich in dem durch das Mögliche gesetzten Rahmen bewegt; und sie ist *zufällig*, weil ihr Ort im Rahmen des Möglichen nicht vorausgesagt werden kann.«²³ Faber begründet die Unmöglichkeit der Voraussage eines bestimmten geschichtlichen Ereignisses mit der Feststellung, daß jedes solche Ereignis unendlich viele Determinanten als Ursachen habe und konkretes künftiges Geschehen sich also jeder Berechnung und damit jeder wissenschaftlichen Erfassung entziehen müsse. Ist ein Ereignis aber eingetreten, dann lassen sich – nach Faber – seine Determinanten bestimmen, weil ja nun sein Ort im gesetzmäßig gegebenen Bezugssystem des Möglichen feststehe. Darum sei »Geschichtswissenschaft ... weiterhin nur als Rückschau möglich, in der Form der Beschäftigung mit der fixierten Vergangenheit, mit dem vollendeten Sein; sie kann nur über *den* Teil der Geschichte, der als Vergangenheit fixiert und damit dem rationalen Erkennen zugänglich ist, Aussagen von relativer Objektivität liefern.«²⁴

In Bezug auf je konkrete geschichtliche Ereignisse ist diese Argumentation nicht zu widerlegen. Wenn Geschichte aber auch in der Form von generalisierenden, abstrakten Modellen mit gesetzmäßigen Verläufen gedacht werden kann, dann ist – mit der Vergangenheit als empirischer Basis – auch der Einbezug der Zukunft in die Geschichtswissenschaft nicht auszuschließen. Die Möglichkeit von Geschichte als Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – im wissenschaftlichen Sinne und nicht lediglich als Geschichtsphilosophie – hängt also ab von der erkenntnistheoretischen Zulässigkeit solcher Modelle. Ist schon im Rahmen und Geltungsbereich der herkömmlichen Logik eine Geschichte auch der Zukunft – mit der gemachten Einschränkung – wenigstens nicht a priori auszuschließen, so eröffnen sich ihr aufgrund neuer Entwicklungen des Denkens noch weitere Perspektiven. Bahnbrechend für diese neue Denkweise ist die Kybernetik, die ja nicht nur die Sachbezüge, sondern auch die Zeitstufen vernetzt; denn im Regelkreis, der grundlegenden Kategorie der Kybernetik, verschmelzen – im Gegensatz zur herkömmlichen linearen Logik – Ursache und Wirkung.²⁵

²² Aus der Feststellung von Determinanten folgt für die Geschichte kein Bekenntnis zum Determinismus, der metaphysisch und daher wissenschaftlich weder beweisbar noch widerlegbar ist. Sicher ist aber das Bewußtsein die unabdingbare Voraussetzung für mögliche Freiheit, denn soweit Determinanten unbewußt sind, ist ein Verhalten im Gegensatz a priori unmöglich.

²³ K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5), S. 86.

²⁴ K.-G. Faber, ebda., S. 196/197.

²⁵ vgl. dazu F. Vester, *Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen*. ISAL Rund um den Bau. Aesch. CH, Februar 1978, Nr. 8, S. 2.

Damit aber kann die Zukunft in der Vergangenheit enthalten sein, und umgekehrt. Für die erste Relation bietet F. Vester, ein Hauptvertreter der Kybernetik, ein Beispiel aus der Biologie, mit der Feststellung, es liege »die Zukunft der Entwicklung eines Lebewesens zum großen Teil in der in seinen Genen einprogrammierten – und in Äonen zurückreichenden – Vergangenheit.«²⁶ Als Beispiel für die zweite Relation (Vergangenheit in der Zukunft) führt Vester die kybernetisch operierende Raumplanung (mit Umweltschutz) an, die sich ja nicht nur von vorgefundenen Ursachen bewirken läßt, sondern ihre Maßnahmen auch auf prospektive Probleme ausrichtet, womit jeweils in der Zukunft gesehene Ursachen ihre Aktivitäten mitbestimmen. Die kybernetische Denkweise, in technologischen und naturwissenschaftlichen Bezugssystemen entwickelt, darf nun nicht unbesehen in die Geisteswissenschaft Geschichte übernommen werden. Daß sie aber, entsprechend modifiziert, der Geschichte neue Horizonte und Arbeitsgebiete eröffnen könnte, steht wohl außer Zweifel. Daß die Zukunft weitgehend von der Vergangenheit determiniert ist – und damit zum Teil aus der Vergangenheit erschlossen werden kann – dürfte heute zumindest als brauchbare Hypothese anzuerkennen sein.²⁷

Spekulativ erscheint dagegen in der Geschichte noch die Annahme einer Determination von Vergangenheit durch die Zukunft. Immerhin können nicht nur bewußte Zukunftsprojektionen von Entscheidungsträgern in einer Gesellschaft Abfolgen von zeitlich zurückliegenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten bewirken, es ist auch nicht auszuschließen, daß ein künftiger Soll-Zustand, der in wenig oder überhaupt nicht artikulierten Leitvorstellungen breiter Bevölkerungsschichten enthalten ist, gegenwärtiges Geschehen bewirkt oder vergangenes bereits bewirkt hat. Daß die Erklärung von Vergangenheit aus Zukunft die Entwicklung neuartiger historischer bzw. futurologischer Methoden erfordert, liegt auf der Hand. – Selbstverständlich kann eine Geschichte, die Vergangenheit *und* Zukunft erfassen will, auch mittels der neuen vernetzenden Logik sich lediglich in abstrakten, generalisierenden Modellen formulieren.

2.3 Die Teilgebiete der Geschichte

Die Geschichte wird nach Sachgebieten sowie nach zeitlich-räumlichen Kriterien aufgegliedert. Hinsichtlich der sachlichen Zerlegung geht aus Abschnitt 2.1 hervor, daß sie vom

²⁶ F. Vester, ebda., S. 2.

²⁷ Mit der geschichtlichen Verflechtung der gesamten Menschheit scheinen die Zukünfte der verschiedenen Sozialverbände (und Individuen) in zunehmendem Maße sogar von zeitlich und räumlich weit entlegenen Vergangenheiten mitbestimmt zu werden. A. Toffler (*Future Shock*, New York, 1970; dt. *Der Zukunfts-Schock*, Bern, 1971) bezeichnet es als »Zeitsprung«, wenn vergangene Ereignisse, die seinerzeit außerhalb der eng begrenzten Regionen, in denen sie stattfanden, wirkungslos waren, nach Jahrtausenden die geschichtliche Entwicklung ganzer Kontinente, ja schließlich des gesamten Planeten beeinflussen. »Die Vergangenheit fällt auf uns zurück« (S. 21) und »die Geschichte holt uns ein« (S. 22).

Objekt her theoretisch nicht begründet werden kann, und die neuere Geschichtstheorie fordert dementsprechend, daß die verschiedenen Teilgebiete der Geschichte (bzw. die historischen Zweigwissenschaften) stets als Aspekte der *einen* Geschichtswissenschaft bearbeitet werden, da ja die reale Geschichte sowohl zeitlich wie materiell ein Kontinuum ist.²⁸ Es gibt also z. B. keine je besondere Wirtschafts- oder Sozial- oder Staatengeschichte, sondern legitimer Weise immer nur Arbeiten zur Allgemeinen Geschichte mit dem jeweiligen Schwerpunkt Wirtschaft oder Gesellschaft oder Staat. Ist eine Zerlegung der Geschichte in Teilgebiete vom Gegenstand her lediglich praktisch-organisatorisch zu begründen, so ist deren Aufgliederung vom forschenden Subjekt her gesehen auch im theoretischen Sinne notwendig, da ja jede geschichtliche Darstellung nur aufgrund bestimmter Auswahlkriterien, ausgehend von je besonderen Fragestellungen, möglich ist. Das Ergebnis kann dann »die monographische Behandlung eines sachlich begrenzten Wirkungszusammenhanges innerhalb der geschichtlichen Welt«²⁹ sein. So viele solche Monographien möglich sind, so viele historische Teilgebiete gibt es potentiell, – das heißt beliebig viele, und es wäre sinnlos, sie aufzählen zu wollen.

Anders verhält es sich mit der zeitlich-räumlichen Aufgliederung der Geschichte. Sie ist in der Theorie auch vom Gegenstand her gegeben. In dem Schlagwort, das um die Mitte dieses Jahrhunderts aufkam, die Weltgeschichte habe eben begonnen, lag ein Kern von Wahrheit. Eigentlich gab es vor der Durchdringung des gesamten Planeten durch die europäisch-nordamerikanische wissenschaftlich-technische Zivilisation nur die Geschichten der verschiedenen zivilisatorisch und kulturell kohärenten Regionen. Von Interesse besonders für die Raumgeschichte ist nun die Möglichkeit, auch innerhalb dieser Regionen kleinere raum-zeitliche Kontinuen zu isolieren, sofern jeweilige exogene Faktoren unter bestimmten Fragestellungen und in entsprechenden Sachzusammenhängen als quantités négligeables auszuklammern sind. Diese Möglichkeit eröffnet sich im Prinzip auch für die Zeit nach der wissenschaftlich-technischen Revolution.

2.4 Begriff und Gegenstand der Raumgeschichte

Die Raumgeschichte stellt in der Geschichtswissenschaft einen Sonderfall dar: sie ist das Gebiet der Grenzgänger unter den Historikern und den Geographen. Bewirkt wird diese Sonderstellung durch die Vertauschung der Schwerpunkte: ist der Ausgangspunkt der Geschichtsforschung im allgemeinen die Veränderung des Bewußtseins durch die Zeit in Interdependenz mit dem Raum, so geht umgekehrt die Raumgeschichte vom geographischen Raum aus, der in Wechselwirkung mit dem sich wandelnden Bewußtsein gesehen und damit entwicklungsgeschichtlich erklärt wird. Daraus ergeben sich für die Raumgeschichte besondere theoretische und methodische Problemstellungen.

²⁸ vgl. dazu K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5), bes. S. 42.

²⁹ K.-G. Faber, *ebda.*, S. 42.

Das zentrale Arbeitsgebiet der Raumgeschichte ist die Entwicklung der Kulturlandschaft, worunter jene Sektoren der Erdoberfläche zu verstehen sind, die sich infolge menschlicher Aktivitäten verändern, also die Siedlungen,³⁰ die Verkehrswege, die Agrarflächen (inklusive bewirtschafteter Wald) sowie die korrigierten Gewässer. Zur Kulturlandschaftsgeschichte gesellt sich peripher als Objekt der Raumgeschichte die Entwicklung der Naturlandschaft, soweit diese mittelbar durch menschliche Einwirkung beeinflußt erscheint. Wenn auch die Raumgeschichte die oben festgestellte Sonderstellung unter den historischen Wissenschaften einnimmt, so wäre sie doch, isoliert, der Gefahr falscher Schlußfolgerungen und damit unbrauchbarer Ergebnisse ausgesetzt; sie muß also stets als Allgemeine Geschichte mit der Interdependenz Mensch-Raum als Schwerpunkt betrieben werden. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für Teilgebiete der Raumgeschichte ihrerseits. Es gibt keine isolierbare Siedlungs- oder Agrarlandschafts- oder Verkehrsgeschichte, sondern immer nur die Raumgeschichte überhaupt, mit dem jeweiligen Schwerpunkt Siedlung, Agrarlandschaft, Verkehr.

Paradox zur Feststellung, daß die Raumgeschichte als ein Spezialfall der Allgemeinen Geschichte zu verstehen sei, scheint sich die Tatsache zu verhalten, daß sie bisher weit überwiegend von Geographen und nicht etwa von Historikern erarbeitet wurde, wenn auch die Geschichtswissenschaft immer wieder Beiträge zu ihrer Entwicklung geleistet hat.³¹ Geographen haben auch für die Theorie der Raumgeschichte bahnbrechend gewirkt. »Das umfassendste theoretische Gebäude einer Disziplin ›Kulturlandschaftsgeschichte‹ hat der Schweizer Geograph Ernst Winkler errichtet...«³² – Daß die Raumge-

³⁰ Der im 3. Band des Planungsatlas des Kantons Bern von G. Grosjean u. a., *Historische Planungsgrundlagen*, Bern, 1973, verwendete Begriff »Siedlung« deckt sich annähernd mit dem Begriff »Kulturlandschaft« in der vorliegenden Arbeit: »Siedlung« wird in jener Publikation verstanden »als ein System der Aufteilung und Organisation der vom Menschen zum Wirtschaften und Wohnen beanspruchten und umgestalteten Erdoberfläche, umfassend die Wohnplätze (Dörfer, Weiler, Einzelhöfe) wie auch die Flur, Weide, Wirtschaftswald und die sie verbindenden und erschließenden Wege« (S. 51). Diese Definition steht im Gegensatz zu älteren Begriffsbestimmungen, in denen unter Siedlungen lediglich Wohnstätten verstanden wurden. Eine Mittelstellung nimmt die Definition ein, die der Vf. seinem Aufsatz »Projekt einer Siedlungsgeschichte des Kantons Zürich«, *Geographica Helvetica*, 3 (1977) zugrunde gelegt hat. Danach ist eine Siedlung »eine Gesamtheit von Gebäuden (im Grenzfall ein *einziges* Gebäude), deren horizontale und vertikale Abstände von einander ein bestimmtes Maximum nicht übersteigen und die nicht durch unüberschreitbare Hindernisse (z. B. Gewässer, Eisenbahntrassen) von einander getrennt sind« (S. 156). Damit umfaßt dieser Siedlungsbegriff nicht nur alle, auch die nicht dem Wohnen dienenden Gebäude einer solchen Gesamtheit, sondern den ganzen von ihr umbauten Raum überhaupt, inklusive die darin liegenden nicht überbauten Flächen. – Der so bestimmte Begriff wird auch für die vorliegende Arbeit verwendet.

³¹ vgl. dazu H. Jäger, *Historische Geographie*, Braunschweig 1969, S. 10f.

³² H. Jäger, *ebda.*, S. 9/10. – Zum theoretischen Beitrag von E. Winkler selbst siehe dessen Arbeit »Fünzig Jahre schweizerische Kulturlandschaftsgeschichtsforschung. Ein Rückblick und ein Programm.«

schichte vorwiegend von der Geographie betreut wurde, liegt nicht bloß im Umstand begründet, daß die Geschichtswissenschaft sich bis vor kurzem einseitig auf politische Geschichte konzentriert hat; eine ausschließliche Erfassung der Raumgeschichte durch Historiker wäre gar nicht erwünscht, bestünde doch in diesem Fall die Gefahr nicht nur einer unscharfen Deskription der Landschaftsentwicklung, sondern auch einer mangelhaften Erfassung der Naturfaktoren (schon aus arbeitstechnischen Gründen). Ebenso unerwünscht ist aber auf die Dauer die Bearbeitung des Gegenstandes lediglich durch die Geographie, dürfte doch vor allem die Geisteswissenschaft Geschichte in der Lage sein, die spezifisch humanen (politischen, wirtschaftlichen, kulturellen) Faktoren der räumlichen Entwicklung nach ihrem wahren Gewichte abzuwägen. Die Raumgeschichte ist also ein Musterbeispiel für die Notwendigkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit.

2.5 Die Frage der Periodisierung, besonders hinsichtlich der Raumgeschichte

Die Aufteilung geschichtlicher Abläufe in Zeitabschnitte (Perioden) erfolgt aus zwei Gründen. Einmal erfordern langfristige und komplexe geschichtliche Entwicklungen nicht nur eine Faktorenanalyse, sondern auch eine Gliederung in der Zeit, damit sie gedanklich überhaupt faßbar werden. Neben diesem vom Subjekt her bedingten Grund gibt es auch einen objektiven: Geschichtliche Verläufe erfolgen nach den gegensätzlichen Prinzipien »Kontinuität« und »Zäsur« (vgl. 2.1). »Die Gliederung des historischen Prozesses ist nicht nur eine künstliche, aber notwendige Aktion, um das riesige Arsenal geschichtlichen Wissens in handliche und überschaubare Abschnitte zu zerlegen. Sie entspricht vielmehr einer Grundgegebenheit, die der Geschichte ebenso eignet wie die Kontinuität: Es gibt in ihrem Ablauf zwar keine Lücken, aber deutlich erkennbare Zäsuren. Zwischen diesen Zäsuren ist – bei aller vielleicht möglichen Reduktion auf durchgehende »Grundtendenzen« – die unreduzierte geschichtliche Wirklichkeit nach Wesen, Erscheinung und Wirkkräften verschieden.«³³

Die Gliederung der Geschichte nach Perioden bzw. Epochen³⁴ ist so alt wie die Historiographie überhaupt. Nach dem Zerfall des mittelalterlichen Weltbildes mit seiner Periodisierung der Geschichte nach einer biblisch-theologischen Konzeption setzte sich die im 17. Jahrhundert aufgekommene Dreigliederung in Altertum, Mittelalter und Neuzeit durch. Dazu gesellte sich später die Zweiteilung in Geschichte (beginnend mit dem Entstehen der Phänomene Schrift und Staat im Vorderen Orient) und Vorgeschichte (Prähistorie). Wenn Geschichte bestimmt wurde »als die durch menschliche Intentionen ausgelösten Veränderungen in der Zeit« (vgl. 2.1), so beginnt sie dementsprechend mit der

³³ Fischer-Lexikon, Bd. Geschichte (s. A 4), S. 246.

³⁴ Die Ausdrücke »Periode« und »Epoche« werden heute synonym verwendet. In der historischen Grundwissenschaft der Chronologie allerdings bedeutet »Epoche« – im Gegensatz zu »Periode« – nicht einen *Zeitabschnitt*, sondern einen *Zeitpunkt*.

menschlichen Spezies überhaupt. Die erwähnte Zweiteilung ist also nicht theoretisch, sondern lediglich praktisch-organisatorisch begründbar.

Dasselbe gilt auch von der Zerlegung der Geschichte (im engeren Sinn) in die Perioden Altertum, Mittelalter und Neuzeit. Sie beruht nicht auf einem Sach-, sondern auf einem Werturteil des frühneuzeitlichen Humanismus hinsichtlich der europäischen Geistesgeschichte, das heute überdies obsolet geworden ist. Trotzdem werden die genannten Termini für die intersubjektive Kommunikation so lange unentbehrlich bleiben, bis sie durch ein anderes – objektiv begründbares – Gesamtepochemschema³⁵ ersetzt werden, was in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Es scheint heute vielmehr, daß jede auf langfristige Entwicklungen ausgerichtete historische Forschung sich aufgrund ihrer speziellen Perspektive und Fragestellung eine je besondere Periodisierung erarbeiten muß.

Wie gelangt man nun unter raumgeschichtlichem Gesichtspunkt zu brauchbaren Epochengliederungen? Es ist naheliegend, dabei von der Landschaftsentwicklung selbst auszugehen, wie das E. Winkler für das Gesamtgebiet der Schweiz erstmals versucht hat.³⁶ Eine solche Periodisierung ist jedenfalls die einzig angemessene für Arbeiten, deren Schwerpunkt in der möglichst exakten und umfassenden Deskription der Landschaftsentwicklung liegt. Gilt das Hauptinteresse der Faktorenanalyse, so empfiehlt sich eine Epochengliederung nach Determinanten. Man kann sich dabei auf sozial- und/oder wirtschaftsgeschichtliche Kategorien stützen, wie zum Beispiel H. Jäger³⁷ oder, nach dem Vorgang von

³⁵ »Wir müssen uns vom Geist einer Geschichtsphilosophie befreien, die die Geschichte als Abfolge von Epochen sieht.« (Th. Leuenberger / R. Schilling, Die Ohnmacht des Bürgers. Plädoyer für eine nachmoderne Gesellschaft. Frankfurt am Main 1977, S. 236.) Gerade universelle Epochenschemata sind daraufhin zu prüfen, ob sie durch Sinn- und Werturteile bestimmt und damit geschichtsphilosophisch, nicht geschichtstheoretisch begründet sind. In der Forschungspraxis bewirken philosophisch hergeleitete Periodisierungen nur allzuleicht eine einseitige Berücksichtigung der jeweils dominanten Tendenzen (nach denen eine Epoche legitimerweise bezeichnet werden darf), unter Vernachlässigung parallel wirkender rezessiver Gegenkräfte. Darauf weisen die Verfasser der genannten Studie dankenswerter Weise hin. Andererseits wäre aber eine Ablehnung jeglicher Periodisierung wiederum Ausdruck einer subjektiven Philosophie und nicht einer objektiv-wissenschaftlichen Haltung.

³⁶ vgl. dazu E. Winkler, Fünfzig Jahre schweizerische Kulturlandschaftsgeschichtsforschung. Ein Rückblick und ein Programm, Zeitschr. f. Schweizer. Gesch. 24 (1944), S. 116/117. Winkler unterteilt die Entwicklung der schweizerischen Kulturlandschaft von den Anfängen der Besiedlung im Paläolithikum bis zur damaligen Gegenwart (1942/43) und sogar mit einem Ausblick in die Zukunft, in 13 Epochen. Wenn die damalige Periodisierung Winklers heute auch zum Teil überholt scheinen mag, behält sie als Diskussionsgrundlage für Periodisierungen gemäß dem gleichen Prinzip doch ihren Wert.

³⁷ vgl. dazu H. Jäger, Historische Geographie (s. A 31), S. 51ff. Die dortige Epochenstufung ist ebenfalls als Diskussionsgrundlage brauchbar. Als kategoriales Gerüst im Rahmen der Allgemeinen Historischen Geographie konzipiert, bedarf sie jeweils der Modifikation, um für einen bestimmten Landschaftsraum (z. B. die Schweiz oder Teile davon) praktikabel zu sein.

L. Mumford,³⁸ auf solche der technologischen Entwicklung. Allerdings handelt es sich bei Mumford nicht um eine Gliederung des Verlaufs in Epochen, sondern in Phasen, die im Gegensatz zu Epochen auf der Zeitachse ineinander verschoben sein können. Den Versuch einer Zerlegung der Raumgeschichte in Epochen, aufgrund der Entwicklung der Technologie – in Korrelation zur Theorie von Fourastié über die Entwicklung der Wirtschaftssektoren – hat der Verfasser unternommen.³⁹

Mit den erwähnten Beispielen dürften die gängigsten Arten des Einstiegs in die Periodisierung der Raumgeschichte bezeichnet sein. Selbstverständlich sind – je nach Thema und Fragestellung – anderweitige Möglichkeiten (etwa in geistes- und kulturgeschichtlicher Richtung) nicht auszuschließen. Man kann sogar, mit aller gebotenen kritischen Vorsicht, Epochengliederungen übernehmen, die nicht auf dem Felde der Geschichtswissenschaft bzw. der Historischen Geographie gewachsen sind. Als ein Beispiel, das gerade für eine zukunftsorientierte Raumgeschichte von Interesse ist, bietet sich die Periodisierung von F. Vester⁴⁰ an, welche die ganze Menschheitsgeschichte umgreift, soweit sie retrospektiv

³⁸ vgl. dazu L. Mumford, *Technics and Civilization*; London 1967. Die in dieser Veröffentlichung erläuterten Phasenbegriffe werden in *The City in History*, dt. Die Stadt, Geschichte und Ausblick; Teufen AR, 1963, S. 727/728 zu Kurzdefinitionen zusammengefaßt. Mumford unterscheidet vier Phasen der technischen Entwicklung: 1. die eotechnische Phase (ca. 1000 – ca. 1750; Frühzeit der modernen Technik), 2. die paläotechnische Phase (heute noch rezessiv im Gange; auf der Verwendung von Kohle und Eisen basierend), 3. die neotechnische Phase (ca. 1880 einsetzend, heute dominant; auf der Verwendung von Elektrizität und Leichtmetallen basierend), 4. die biotechnische Phase (heute im Entstehen begriffen und für die Zukunft prognostiziert; basierend auf der Anwendung der biologischen Wissenschaften auf die Technologie).

³⁹ vgl. dazu K. Litz, Projekt einer Siedlungsgeschichte des Kantons Zürich (s. A 30). Als Hauptepochen werden darin unterschieden: 1. das paläotechnische Zeitalter (Neolithikum bis 1800 n. Chr.; die Epoche des fast ausschließlichen Werkzeuggebrauchs), 2. das mesotechnische Zeitalter (1800–1920; die Epoche der Wasserkraftmaschine sowie der Dampfmaschine als Kraftmaschine für Industrie und Verkehr), 3. das neotechnische Zeitalter (seit 1920; die Epoche des Elektromotors und des Explosionsmotors als Kraftmaschinen für Industrie und Verkehr sowie der Elektronik für die Nachrichtenübermittlung und für die Automation). Diese Periodisierung hat sich für das betreffende Untersuchungsobjekt in einem ersten Durchgang als für die Vergangenheit praktikabel erwiesen. Für eine Siedlungs- bzw. Raumgeschichte, welche auch die Gegenwart sowie Varianten zukünftiger Entwicklung einbeziehen will, ist ihre Brauchbarkeit hingegen fraglich, scheint sich doch die Technik als siedlungsgeschichtliche Hauptdeterminante im Verlauf des neotechnischen Zeitalters selbst aufzuheben.

⁴⁰ vgl. dazu F. Vester, *Das kybernetische Zeitalter* (s. A 9), bes. S. 309 ff. Vester unterteilt die geschichtliche Entwicklung der Menschheit in folgende Hauptepochen: 1. (quasi)-stationärer Zustand I mit niedriger Bevölkerungsdichte und entsprechender Bewußtseinslage sowie Denkweise (Neolithikum bis ca. Mitte 17. Jh.), 2. die Epoche exponentieller Bevölkerungszunahme (+ Wirtschaftswachstums) und entsprechend rapider Bewußtseinsveränderung (ca. Mitte 17.–ca. Mitte 21. Jh.), mit dem Inflexionspunkt (Beginn der Abflachung der Verdichtungskurve) etwa in der Gegenwart, als Übergangsstadium zur 3. Epoche des (quasi)-stationären Zustands II mit hoher Bevölkerungsdichte und entsprechender Bewußtseinslage (ca. Mitte 21. Jh.–beliebig). Der bei Vester der hier ersten Epoche vorgelagerte paläolithische Dichte- und Bewußtseinszustand kann im

und prospektiv überhaupt faßbar ist. Mit den beiden korrelativen Hauptdeterminanten Bevölkerungsdichte – Bewußtseinszustand eignet sich diese Periodisierung besonders für theorieorientierte, quantifizierende Darstellungen, nicht zuletzt im Dienste der Raumplanung. Daß sie gegebenenfalls der Feinteilung bedarf und daß ihre Brauchbarkeit umso geringer wird, je enger das jeweilige Untersuchungsgebiet räumlich und/oder zeitlich ist, liegt auf der Hand.

3. Subjekt und Objekt in der Geschichte

3.1 Der Vorgang der Objektivation

Objektivität ist keine ursprüngliche Eigenschaft des menschlichen Bewußtseins, sondern das stets, auch heute angefochtene Ergebnis einer jahrtausendlangen Entwicklung. Das gilt zumal für die Objektivität im strengen, das heißt im wissenschaftlichen Sinne. Die theoretische »Welterkenntnis« bestand in den archaischen Jahrzehntausenden der Menschheit nicht aus distanzierter und rationaler Erfassung von Natur und Geschichte, sondern aus unmittelbarer, magischer und mythischer »participation mystique« des erkennenden Subjektes mit seiner natürlichen und sozialen Umwelt. Es gab somit überhaupt keine klare Grenze zwischen Subjekt und Objekt. Dieser Zustand wurde nur langsam überwunden, definitiv (vorläufig definitiv) erst seit Beginn der abendländischen Neuzeit, nämlich im Vorgang der »Objektivation« vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, der sämtliche modernen Wissenschaften – sowohl die Natur- wie die Geisteswissenschaften – aufgrund der selben Prinzipien hervorgebracht hat: Distanzierung des Erkenntnisobjektes vom erkennenden Subjekt und methodischer Vernunftgebrauch.⁴¹ »Damals trat in der Historie an die Stelle des Umgangs mit der verpflichtenden Tradition – das heißt an die Stelle der Einheit von Subjekt und Objekt, von Gegenwart und Vergangenheit – die Beschäftigung mit den vom Erkenntnisobjekt und damit auch von der Gegenwart distanzierten beliebigen Vergangenheiten.«⁴²

Somit wäre also für die »Historie« »... die Vergangenheit ... eine feste Größe, der immer näher zu kommen der Geschichtswissenschaft aufgegeben ist und ihren Fortschritt ausmacht«,⁴³ wie das Marc Bloch, Mitbegründer der »Annales«, gesehen hat? Dieser Optimismus, den Bloch mit der klassischen deutschen Historiographie eines Leopold von

Zusammenhang der vorliegenden Arbeit vernachlässigt werden. Die für das Überleben des Systems notwendige Inflexion tritt nun nicht – wie im biologischen Bereich, aus dem die Periodisierung hergeleitet ist – automatisch ein, sondern hängt von einer entsprechenden Aktivität des menschlichen Bewußtseins ab. Durch diese Modifikation wird die Übernahme der Periodisierung aus einer naturwissenschaftlichen Theorie in eine geisteswissenschaftliche ermöglicht.

⁴¹ vgl. dazu K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5), bes. S. 27.

⁴² K.-G. Faber, *ebda.*, S. 190.

⁴³ M. Wüstemeyer, *Die »Annales«* (s. A 8), S. 11.

Ranke sowie mit der positivistischen Schule des 19. Jahrhunderts teilt, hat in der Gegenwart einer Skepsis Platz gemacht, die aus einer differenzierten Auffassung vom Gegenstandscharakter der Geschichte erwachsen ist und keinen naiven historischen Objektivismus mehr zuläßt. Kontrovers ist dabei lediglich der Zeitsektor Vergangenheit; für den Einbezug der Zukunft stellt sich die Frage nach der »festen Größe« schon gar nicht, da diese Zeitstufe sich ohnehin in einem anderen Aggregatzustand befindet (vgl. 2.2). Zumal wenn Geschichte als Einheit aller drei Zeitstufen betrachtet wird, erscheint der Satz richtig: »Der Gegenstand der Geschichtswissenschaft ist nicht als ein unabhängig vom Betrachter existierendes ›Gegenüber‹ objektivierbar, sondern unterliegt der Verwandlung, indem er der analytischen Forschung und Interpretation unterzogen wird.«⁴⁴ Der Gegenstand »Geschichte« wandelt sich zwangsläufig mit dem »...Geschichte betrachtenden Menschen, der selbst dem geschichtlichen Werden unterworfen ist«.⁴⁵ Am prägnantesten hat H. Lübke die Grenzsituation der Objektivation formuliert, nämlich »...daß es natürlich ein absurder Vorschlag wäre, eine Darstellung der Geschichte, durch die jemand einer ist, ›objektiv‹ dann nennen zu sollen, wenn sie aus irgendeinem Jenseits derjenigen Geschichte erfolgt, durch die ich selber einer bin.«⁴⁶

Die festgestellte Grenzsituation stellt nun die Geschichtstheorie vor ein Paradox: einerseits ist Objektivität eine *conditio sine qua non* für jede Wissenschaft, und andererseits scheint die Geschichtswissenschaft a priori der Subjektivität unterworfen. Es gilt im folgenden, dieses Paradox zu klären und aufzulösen. Es hat übrigens den Anschein, daß heute sämtliche Wissenschaften ebenso gemeinsam in diese Grenzsituation gelangt sind, wie sie seinerzeit aus der Objektivation hervorgingen.⁴⁷

3.2 Das Problem der Identität von Subjekt und Objekt in der Geschichte

Wenn Objektivität eine unabdingbare Forderung an die Geschichtswissenschaft ist, so muß gefragt werden, ob nicht Weisen einer Identität von Subjekt und Objekt möglich sind, die sich mit dieser Forderung vereinbaren lassen. Fürs erste ist festzustellen, daß ohne jede Identität von Subjekt und Objekt Geschichtsforschung gar nicht statthaben könnte. Der Historiker kann seine Gegenstände ja nur soweit erkennen und verstehen, als sie den Strukturen seines eigenen Denkens und Erlebens entsprechen, und die Geschichtswissenschaft ist daher auf das »Apriori von der durchgehenden relativen Einheitlichkeit des Menschengeschlechts«⁴⁸ unbedingt angewiesen. Diese Identität von Subjekt und Objekt ist

⁴⁴ Fischer-Lexikon, Bd. Geschichte (s. A 4), S. 80.

⁴⁵ ebda., S. 80.

⁴⁶ H. Lübke, Wer kann sich Aufklärung leisten? (s. A 18).

⁴⁷ vgl. dazu beispielsweise F. Vester, Das kybernetische Zeitalter (s. A 9), mit den Ausführungen über die Variabilität der physikalischen Größen und Begriffe in Korrelation zur Entwicklung der theoretischen Physik (S. 320/321).

⁴⁸ D. Frei, Theorieorientierte Geschichtsbetrachtung (s. A 3), S. 333.

zudem die Grundvoraussetzung für das den Geisteswissenschaften (und damit der Geschichte) spezifisch eigene Erkenntnisprinzip des hinterfragten »Verstehens«: Der Mensch ist ja »...Subjekt und Objekt des geschichtlichen Erkennens zugleich: Subjekt, indem er als Erkennender selbst geschichtlich bedingt ist und sich nicht anders als in seinem geschichtlichen Gewordensein begreifen kann; Objekt, indem die Geschichte Produkt des menschlichen Geistes, Bewegung des menschlichen Strebens ist. Dadurch, daß Subjekt und Objekt in denselben Werdestrom des geschichtlichen Lebens getaucht sind, ergibt sich die Möglichkeit eines tiefgreifenden historischen Verstehens; denn für den Historiker ist ›sein Objekt Fleisch von seinem Fleische, es ist ihm homogen‹ (Meinecke). Deshalb vermag er die geschichtliche Welt von innen her, in ihrer Totalität, zu begreifen, nicht nur in Einzelzügen zu erklären und zu beschreiben.«⁴⁹ Falls der letzte Satz so verstanden würde, als ob es realiter je ein (individuelles oder kollektives) Bewußtsein geben könnte, das imstande wäre, die Geschichte (auch nur des je eigenen Kulturkreises) als Ganzes umfassend zu begreifen, so wäre das Ergebnis dieser Verschmelzung von Subjekt und Objekt die absolute Objektivität. Ein solches Bewußtsein ist selbstverständlich eine reine Utopie; sie läßt sich niemals realisieren, kann aber als Hilfsvorstellung wegweisend dienlich sein. Tatsächlich wandeln sich mit dem geschichtsforschenden Menschen die geschichtlichen Perspektiven von Epoche zu Epoche, so daß stets nur spezifische Aspekte der realen Geschichte ins Blickfeld des Bewußtseins treten, niemals die Geschichte an sich. Auch eine synoptische Darstellung (z. B. der Gesamtentwicklung eines bestimmten Volkes) vermag immer nur je eine relative Totale zu erfassen (in Relation zur jeweiligen Perspektive des Historiographen). Um es mit einer Analogie zu verdeutlichen: Ein Turm, der als Ganzes sichtbar in einer Ebene steht, kann von einem Betrachter, der ihn in stets gleichem Abstand umschreitet, nur in unendlich vielen verschiedenen Ausschnitten der Totalen gesehen werden, deren Summe die Totale an sich ist. Befindet sich ein bestimmter Teil einer geschichtlichen Ganzheit (z. B. die wirtschaftliche Entwicklung eines bestimmten Volkes) im Zentrum der historischen Wahrnehmung, so sei dies eine relative Partiale genannt.

Aus der Bewegung der Geschichtswissenschaft durch die Zeit (in unserer Analogie: der Kreis) kann sich eine Annäherung an die jeweilige absolute Totale (bzw. Partiale) ergeben, ohne daß die Totale an sich je apperzipiert würde, da ja die Summe der möglichen Standpunkte unendlich ist. Dabei resultiert nicht nur eine Ergänzung der verschiedenen Perspektiven, sondern aus der ständigen Verschiebung der Optik geht auch die Möglichkeit von Fehlerkorrekturen hervor. Zum zweiten erfolgt der Fortschritt der Geschichtswissenschaft dadurch, daß ihre Objekte (über die Quellen im weitesten Sinne) auf das menschliche Bewußtsein zurückwirken und seinen Denk- und Erlebnisstrukturen neue Horizonte eröffnen (übrigens ein Hauptgrund für das Interesse an der Geschichte überhaupt).

⁴⁹ Fischer-Lexikon, Bd. Geschichte (s. A 4), S. 85.

Aus den Erörterungen dieses Abschnitts geht hervor, daß sich Subjektivität und Objektivität in der Geschichte zwar nicht kongruent (im Sinne der utopischen Verschmelzung von Subjekt und Objekt), aber auch nicht exklusiv, sondern komplementär zu einander verhalten. Dieses Verhältnis ist im folgenden zu bestimmen und gegen mögliche Deviationsfaktoren abzusichern.

3.3 Die Fragestellung als Ausgangspunkt der Forschung

Der knappste Generalnenner, auf den Geschichtsforschung gebracht werden kann, ist der Bewußtseinsvorgang: Frage – Antwort, wobei die jeweilige Frage vom Subjekt, die Antwort dagegen vom Objekt bestimmt wird. Auf diese Weise lassen sich nun die Anteile Subjektivität und Objektivität in der Geschichtswissenschaft deutlich auseinanderlegen. Grundsätzlich ist das Subjekt völlig frei, beliebige Fragen an die Geschichte zu richten, soweit deren Beantwortung überhaupt im Kompetenzbereich dieser Wissenschaft liegt.⁵⁰ Auch ist die Fragestellung keineswegs den Historikern reserviert, das gilt besonders für die angewandte Geschichte (in unserem Falle die Raumgeschichte im Zusammenhang mit der Raumplanung).

Durch die jeweilige Fragestellung wird im unendlich komplexen Kontinuum der Geschichte ein je bestimmter Kontext perspektivisch ausgegrenzt. Da die Zahl der möglichen Fragen an die Geschichte beliebig groß ist, ist auch die Zahl der dadurch eröffneten Perspektiven mit den ihnen entsprechenden historischen Kontexten an sich unbegrenzt.⁵¹ Die Zahl der tatsächlich gestellten Fragen ist aber notwendigerweise endlich. Da sich nun das Urteil über die Relevanz historischer Phänomene aus der Relation zwischen den zu beurteilenden Fakten und ihrem jeweiligen Kontext ergibt, ist de facto »...der Bedeutungsgehalt eines historischen Phänomens unausschöpfbar.«⁵²

»Geschichtsschreibung findet statt in einer Gegenwart für diese.«⁵³ Die tatsächlich erfolgenden Fragestellungen sind also zusätzlich limitiert durch den jeweiligen Bewußtseinshorizont einer bestimmten Gesellschaft in einer bestimmten Epoche, und ihre Veränderung im Laufe der Zeit ergibt sich aus der allgemeinen Veränderung dieses Bewußtseins. Exemplarisch für diesen Wandel ist die Schwerpunktsverlagerung geschichtlichen Fragens aus dem politischen und dem ideellen Bereich in die Sektoren Wirtschaft, Gesellschaft und

⁵⁰ Fragen, welche dieses Feld verfehlen, erhalten entweder keine Antwort oder dann zwangsläufig eine falsche. Es handelt sich dabei um Fragen, für die entweder eine andere Wissenschaft (z. B. die Soziologie oder die Psychologie) ausschließlich zuständig ist oder um außerwissenschaftliche Fragestellungen, z. B. normative (nach der rechten Moral) oder metaphysische (etwa nach dem wahren Glauben). Gerade in säkularisierter, scheinwissenschaftlicher Umformung dürften heute solche Fragen so beliebt wie häufig sein.

⁵¹ vgl. dazu K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5), bes. S. 169.

⁵² K.-G. Faber, *ebda.*, S. 169.

⁵³ J. Ölkens, *Rekonstruktion und Theorie: Probleme der historischen Methodologie* (s. A 21), S. 136.

neuerdings – was hier besonders interessiert – in die Bereiche der Demographie, der Bodennutzung und der Ökologie.

Aber nicht nur die gleichsam exogenen Faktoren aus dem allgemeinen Zivilisations- und Kulturprozeß bestimmen die geschichtlichen Fragestellungen in einer bestimmten Epoche; es wirken auch wissenschaftsimmanente Bestimmungsgründe. Nicht bloß vergrößert sich der »Gegenstand« Geschichte ständig; er verändert simultan auch seine Form und kann daher nur mit ständig neuen Fragestellungen erfaßt werden. Zugleich jedoch verändern sich die Fragen an die Geschichte nicht nur inhaltlich, sondern auch formal. Zum Beispiel verband sich mit der Schwerpunktsverlagerung des Interesses von der National- zur Sozialgeschichte eine Präzisierung geschichtlichen Fragens, als Voraussetzung für die hinsichtlich dieses Gegenstandes unerläßliche Theorienbildung von gesellschaftlichen Entwicklungen. »The change, basically, is that historians – or, it would be more true to say, a growing number of historians – are prepared to ask scientific questions about historical facts, that they have decided that historical data are as capable as (for example) the data of botany of scientific study.«⁵⁴

Wenn auch selbstverständlich jede geschichtliche Darstellung von je besonderen Fragen ausgeht, so unterstehen doch die verschiedenen Teilgebiete der Geschichte (soweit solche nach 2.3 überhaupt eingegrenzt werden können) je spezifischen Fragestellungen, die systematisiert werden können, wie das E. Winkler für die Kulturlandschaftsgeschichte getan hat.⁵⁵ Wenn die Fragestellungen Winklers in seinen hier angezogenen Arbeiten in erster Linie aus wissenschaftsimmanenten Bestimmungsgründen hervorgehen, so lassen sich exogene Fragen an die Raumgeschichte (besonders hinsichtlich ihrer Anwendung auf Raumplanung und Umweltschutz) aus Publikationen ableiten, welche aktuelle Zeitprobleme erörtern. In erster Linie ist hier der NAWU-Report⁵⁶ zu nennen. Wie relativ die Autonomie auch der Raumgeschichte im Rahmen der Allgemeinen Geschichte ist, geht gerade aus solchen exogenen Fragestellungen deutlich hervor. Wenn – wie im NAWU-Report behauptet – eine Lösung der Raumordnungs- und Umweltprobleme ohne tiefgrei-

⁵⁴ G. Barraclough, *History*, in: *Main Trends of Research in the Social and Human Sciences*. 2. Teil, Bd. 1, Unesco, Paris 1978, S. 435.

⁵⁵ In seiner Arbeit »Fünfzig Jahre schweizerische Kulturlandschaftsgeschichtsforschung« hat E. Winkler eine umfassende Systematik kulturlandschaftsgeschichtlicher Fragestellungen (unter besonderer Berücksichtigung schweizerischer Belange) entwickelt, und zwar nach den Hauptgruppen: Deskription, Faktoren- bzw. Bedingungsanalyse und Nomothetik. Die Systematik Winklers dürfte auch für die Gegenwart grundlegend bleiben, wenn auch selbstverständlich aus heutiger Optik im einzelnen Modifikationen und Ergänzungen angebracht sind. – Eine auf die Kulturlandschaftsgeschichte des Kantons Zürich ausgerichtete Abwandlung der oben erwähnten Systematik stellt der in der Arbeit von W. Schnyder / E. Winkler, *Die kulturgeographisch bedeutsamen Quellen des Staatsarchivs Zürich*, in: *Mitt. der Geographisch-Ethnographischen Gesellsch. Zürich*, 42 (1945), enthaltene Fragenkatalog dar.

⁵⁶ H. Ch. Binswanger / W. Geißberger / Th. Ginsburg u. a., *Der NAWU-Report. Wege aus der Wohlstandsfalle*. Frankfurt am Main, 1978.

fende Veränderungen von Lebensform, Sozialbeziehungen und Rechtsordnung gar nicht möglich ist, dann treten generelle geschichtliche Aspekte ins Blickfeld raumgeschichtlichen Fragens. Dasselbe gilt – um ein weiteres aktuelles Beispiel anzuführen – für das Buch von Th. Leuenberger / R. Schilling: *Die Ohnmacht des Bürgers, Plädoyer für eine nachmoderne Gesellschaft* (zit. A 35), aus dem ebenfalls raumgeschichtlich relevante Fragen hergeleitet werden können. Und – last but not least – sind in diesem Zusammenhang die gesamte öffentliche Diskussion auf den Gebieten der Raumplanung, des Umweltschutzes (inkl. Ortsbildschutz), des Bodenrechts und des Wohnungswesens sowie die einschlägige eidgenössische und kantonale Gesetzgebung zu nennen.

3.4 Die Interessen als Motivationen und als Fehlerquellen

Nachdem im vorhergehenden Abschnitt das Verhältnis zwischen Subjektivität und Objektivität in der Geschichtswissenschaft bestimmt und die Subjektivität im Bereich der Fragestellung als *conditio sine qua non* geschichtlicher Erkenntnis legitimiert worden ist, stellt sich nun das Problem illegitimer Subjektivität als einer Fehlerquelle historischer Wahrheitsfindung, denn daß aus diesem Grunde Verzerrung und Verfälschung geschichtlicher Wahrheit erfolgen kann, steht als empirische Tatsache fest. Der Einstieg in die Problemstellung ist durch die einfache Überlegung zu gewinnen, daß keine menschliche Aktivität – und damit auch keine wissenschaftliche Tätigkeit – möglich ist ohne Motivation durch irgendein Interesse, und die Zuordnung von Erkenntnis und Interesse ist in der geschichtstheoretischen Diskussion vorab des letzten Jahrzehnts zur wohl brisantesten Streitfrage geworden. Dabei ist fürs erste zu beachten, daß grundverschiedene Arten von erkenntnisrelevanten Interessen zu unterscheiden sind. Die jüngste Kontroverse (wie sie vor allem zwischen Vertretern der Tradition des Historismus und den Verfechtern eines neomarxistisch ausgerichteten sozialen Engagements ausgetragen wurde) scheint den Blick für die simple Tatsache vernebelt zu haben, daß es ein Interesse für Erkenntnis an sich gibt.⁵⁷ Von diesem Interesse, das Erkenntnis um ihrer selbst willen anstrebt, sind Interessen zu unterscheiden, denen die geschichtliche Erkenntnis lediglich als Hilfsmittel zum Zweck der Erhellung und Verwirklichung sozialemischer, ästhetischer und metaphysischer Wertvorstellungen⁵⁸ oder aber als Werkzeug zur Befriedigung materieller Antriebe⁵⁹

⁵⁷ Diese Tatsache wird schon allein durch die Alltagserfahrung belegt, wie sie beispielsweise Eltern von Kindern im Vorschulalter geläufig ist, welche den endlosen Warum-Fragen ihrer Sprößlinge standhalten müssen.

⁵⁸ Diese Wertvorstellungen müssen hier a priori als außerwissenschaftlich (d. h. als in ihrer Gültigkeit weder beweisbar noch widerlegbar) betrachtet werden. Dementsprechend dürfen auch die aus ihnen hervorgehenden Werturteile in der Geschichtsforschung weder die Hypothesenbildung noch den Beweisgang beeinflussen. In der darstellenden Geschichte dagegen bleibt es dem Historiker unbenommen, Werturteile zu äußern, wenn er sie als solche ausdrücklich kenntlich macht. – Für die Raumgeschichte ist übrigens die Entwicklung von Wertsystemen mit deren jeweiligen Auswirkungen auf die Kulturlandschaft als Objekt der Forschung von besonderem Interesse.

dient. Interessen der letztgenannten Art können als Ideologien auftreten, wenn sie sich als ideelle Interessen oder als reines Erkenntnisinteresse tarnen⁶⁰ oder wenn partikuläre materielle Interessen sich als Bedürfnisse eines gesamten Sozialverbandes ausgeben.

Es liegt nun auf der Hand, daß die Auswirkungen der diversen Interesse-Kategorien, durch die Geschichtsforschung motiviert wird, auf historische Wahrheitsfindung unterschiedlich sind. Das reine Erkenntnisinteresse fällt logischerweise als Fehlerquelle außer Betracht; wenn und soweit diese Motivation waltet, wird die in der jeweiligen Forschungsperspektive angeleuchtete relative Totale bzw. Partiale der realen Geschichte objektiv erfaßt. Zwischen den anderweitigen Interessen und dem Postulat objektiver historischer Erkenntnis können hingegen Kollisionen auftreten. Zur Lösung dieses Problems ist wiederum vom Generalnenner der Geschichtsforschung, dem Vorgang: Frage – Antwort auszugehen. Da die Fragestellung notwendigerweise stets subjektiv ist, ist auch die Art ihrer Motivation geschichtstheoretisch gleichgültig.⁶¹ Wenn und soweit die jeweilige »Antwort« dagegen nicht ausschließlich vom Objekt bestimmt wird, ist das Forschungsergebnis zwangsläufig falsch. Jede Einwirkung von Interessen, die nicht historische Erkenntnis um ihrer selbst willen anstreben, ist daher in diesem Sektor des Forschungsvorgangs als Fehlerquelle zu betrachten. Das Vorgehen zu ihrer Ausschaltung wird im nächsten Abschnitt erörtert.

3.5 Begründungs- und Konsensobjektivität

Um historische Wahrheitsfindung gegen Deviationsfaktoren abzusichern, sind die im Titel aufgeführten Begriffe⁶² als Denkwerkzeuge zu gebrauchen. Die Begründungsobjektivität

⁵⁹ Unter materiellen Antrieben (Interessen) sind hier sämtliche bio-psychologischen Impulse zu verstehen (der individuelle und kollektive Selbsterhaltungstrieb, die Macht-, Besitz- und Aggressionstrieb, der Herdentrieb sowie die Sexualtriebe), wobei für Raumgeschichte im Zusammenhang mit der Raumplanung der kollektive Selbsterhaltungstrieb mit dem Ziel der Erhaltung, Restitution und Entwicklung gesunder natürlicher und sozialer Umwelten sowie die individuellen und kollektiven Macht- und Besitztriebe als Motivationen in erster Linie relevant sind.

⁶⁰ Daß sich materielle Interessen, wenn es ihrer Realisierung im individuellen und im kollektiven Bewußtsein dient, in unechte »geistige« Werte umsetzen können, ist eine heute schon gemeinplätzig psychologisch und historisch gesicherte Erfahrung. Weder bewiesen noch widerlegt ist andererseits die Möglichkeit nichtideologischer ideeller Interessen. Sie wird hier als außerwissenschaftliches Apriori angenommen. Dieses Apriori ist ein Postulat der »praktischen Vernunft«, da wissenschaftliche Wahrheitsfindung nur möglich ist, wenn und soweit Wissenschaftlichkeit, ein Wert, der selber wissenschaftlich nicht begründet werden kann, in einem bestimmten Sozialverband de facto Geltung hat. Dabei ist zu beachten, daß dieser Wert erfahrungsgemäß nie allein auftritt, sondern stets als Bestandteil eines Wertsystems.

⁶¹ Es handelt sich hier um eine innerwissenschaftliche Feststellung, welche weder die »Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft« tangiert noch das Recht des Forschers, die Interessen, denen er dienen *will*, zu bewerten und auszuwählen oder sich die Interessen klarzustellen, denen er aus handfesten Gründen dienen *muß*.

⁶² vgl. dazu H. Lübke, Wer kann sich Aufklärung leisten? (s. A 18).

ergibt sich aus der strengen Beachtung der Kriterien von Geschichtstheorie und historischer Methode sowie der in der Forschungspraxis bewährten Regeln. Auszugehen ist dabei von der Zerlegung des bislang im Ausdruck »Antwort« umschriebenen Forschungsvorgangs in die beiden Abschnitte Hypothesenbildung einerseits sowie Verifikation – Falsifikation der betreffenden Hypothese (Beweisgang) andererseits. Da eine geschichtliche Hypothese aus einer zusammenfassenden und das Forschungsergebnis provisorisch vorwegnehmenden Intuition (unter Einbezug bereits vorhandenen Wissens) hervorgeht, ist es sehr schwierig, deren unbewußte Beeinflussung durch forschungsmotivierende Interessen zu vermeiden. Ideologien – verschleiert schon in sich – dürften hier als besondere Gefährdung wirken. Sie sind daher schon vor der Hypothesenbildung kritisch zu demaskieren und auf die in ihnen enthaltenen eigentlichen Antriebe zurückzuführen.⁶³ Aber auch die nichtideologischen Interessen, welche die Fragestellung motiviert haben, sind auf dieser Stufe der Forschung klarzustellen und offenzulegen. Gelingt es trotz diesen Verfahren nicht, sämtliche Verzerrungen und/oder Einengungen der jeweiligen Hypothese zu vermeiden, so können diese Fehler noch neutralisiert werden im Forschungsabschnitt des Beweisgangs, das heißt der kritischen Konfrontation der Hypothese mit allen von der jeweiligen Fragestellung betroffenen empirischen Daten (den Quellen im weitesten Sinne).

Die oben beschriebene systematische Selbstkontrolle des Forschers (bzw. der Forschergruppe) kann zwar objektive historische Erkenntnis ermöglichen, aber noch nicht gewährleisten. Sie bedarf dazu der Ergänzung durch intersubjektive Kontrolle; erst die daraus hervorgehende Konsensobjektivität darf als historische Objektivität im Sinne der Geschichtstheorie gelten. Dabei kann es – schon allein aus arbeitsökonomischen Gründen – sich empfehlen, nicht erst die Forschungsergebnisse, sondern bereits die betreffende Hypothese und deren Verifikation – Falsifikation intersubjektiver Überprüfung zu unterziehen.⁶⁴ Auch die intersubjektive Kontrolle hat sich nach den Anforderungen der Begründungsobjektivität auszurichten. Wird nicht ausschließlich auf dieser Basis argumentiert, so ist ein Konsens entweder von vornherein unmöglich, oder aber das Ergebnis ist »consensus history«, welche von G. Barraclough⁶⁵ als *fable convenue* aufs Korn genommen wird.

⁶³ Ideologiekritik wird einerseits durch die Geschichtswissenschaft selbst ermöglicht, zu deren wichtigsten Aufgaben sie heute zählt. Andererseits können Umsetzungs- und Projektionsvorgänge (z. B. Freund-Feindbilder) auch durch Verfahren der Psychoanalyse sowie der Analytischen Psychologie aufgedeckt werden. Diese Verfahren (ursprünglich ja für die Medizin entwickelt) sind zur Ausschaltung der hier anvisierten Fehlerquelle geschichtstheoretisch allerdings noch kaum ausgewertet.

⁶⁴ Als ein besonderer Anwendungsfall hiervon darf die Forschungstechnik des »Expertenurteils« gelten, welche D. Frei (Theorieorientierte Geschichtsbetrachtung (s. A 3), S. 329/330) beschreibt. Sie besteht darin, daß die Klassierung bestimmter geschichtlicher Gegebenheiten bzw. Vorgänge – nach einem von vornherein möglichst feinmaschigen und rigoros definierten Kategoriennetz – mehreren voneinander unabhängigen Experten zur Beurteilung vorgelegt wird.

⁶⁵ »Most historians are defenders, often no doubt without deliberate intent, of their own status quo – or, it might perhaps be fairer to say, the dupes or victims of their own environment – and history is

4. Reine und angewandte Geschichte

4.1 Definition der reinen und der angewandten Geschichte und deren möglicher Gebrauchswert

Die Unterscheidung von »reiner« und »angewandter« Wissenschaft, im naturwissenschaftlichen Bereich seit langem gebräuchlich und auch in Human- und Sozialwissenschaften (z. B. der Psychologie) bereits allgemein geläufig, hätte in der Geschichte bis vor kurzem als unsinnig gegolten: »Reine Geschichte« wäre als Pleonasmus erschienen und »angewandte Geschichte« als unmöglich.⁶⁶ Der Grund dafür findet sich im Theoriedefizit, und zwar in einem Mangel an Theorie im doppelten Sinne des Wortes (nach 1.): der je besonderen Theorie von historischen Objekten (Geschichte ist ohne generalisierende Sätze nicht verwendbar) sowie der Theorie vom erkennenden Subjekt, die eine klare Unterscheidung der beiden Arten von Geschichtswissenschaft erst ermöglicht. Sie läßt sich hier aus Abschnitt 3.4 ableiten: Als »reine Geschichte« ist historische Forschung zu bezeichnen, wenn und soweit deren Fragestellung vom Erkenntnisinteresse motiviert ist, während »angewandte Geschichte« von der Motivation ihrer Fragestellungen durch die anderweitigen Interessen bestimmt wird. Damit ist die Definition der beiden Begriffe gegeben.

Es stellt sich nun die Frage nach der Berechtigung sowie nach dem Nutzen der beiden Arten von Geschichtswissenschaft. Die erste Frage ist wissenschaftlich nicht zu beantworten: Wissenschaft als Selbstzweck kann sich nicht ihrerseits wissenschaftlich rechtfertigen (vgl. A 60), und Wissenschaft als Mittel zum Zweck ist jeweils so berechtigt, wie das Interesse, dem sie dient. Wissenschaftlich zu beantworten ist dagegen die Frage nach dem Nutzen: Für eine Wissenschaft können Möglichkeiten ihres Gebrauchs ins Auge gefaßt werden, deren Verwirklichung empirisch nachprüfbar ist. Hinsichtlich Physik und Chemie beispielsweise ist dieser empirische Nachweis seit Generationen erbracht, während er für angewandte Geschichte, die sich ja eben erst bewußt konstituiert hat (von vereinzelt allfälligen Indizien abgesehen) noch nicht geleistet sein kann. Immerhin beginnen Möglichkeiten auch für sie sichtbar zu werden. Daß reine Wissenschaft an sich keinen Gebrauchswert haben kann, versteht sich per definitionem. Indirekt aber kann sie soweit von Nutzen

still the favourite home of the *fable convenue*. For anyone concerned for the future of history, this situation can only be profoundly disturbing. Unless history can emancipate itself from mythology, in the way that sciences such as astronomy or chemistry have done, unless it can break once and for all time with its mythological roots, as astronomy has emancipated itself from astrology and chemistry from alchemy, the chances of history breaking out of the vicious circle in which its past has imprisoned it, are not great.« (G. Barraclough, History [s. A 54], S. 439.)

⁶⁶ Theoretische Ansätze zur Unterscheidung finden sich (avant la lettre) freilich schon früh, beispielsweise in der »Historik« von J.-G. Droysen, wenn etwa der »diskussiven« Form der Darstellung z. T. Ziele gesetzt werden, die eindeutig dem hier verwendeten Begriff der »angewandten Geschichte« entsprechen. In der Praxis historischer Forschung und Darstellung andererseits hat es die beiden in der vorliegenden Arbeit auseinandergehaltenen Arten von Geschichte stets gegeben. Nur begünstigte die unzulängliche, weitgehend im 19. Jh. steckengebliebene theoretische Reflexion den ideologischen Mißbrauch von Historie im Sinne verschleierter »angewandter« Geschichte.

sein, als ihre Erkenntnisse in angewandter Wissenschaft Verwendung finden. Im Beispiel der genannten Naturwissenschaften erscheint auch dieser Gebrauchswert bestätigt, und dasselbe Verhältnis darf in der Geschichte vermutet werden.

Welches sind nun – vorerst allgemein gefragt – die Möglichkeiten angewandter Geschichte? Für die Geschichte im engeren Sinn – die Historie – stehen zwei gegensätzliche Arten von möglichen Funktionen im Vordergrund: Einerseits können Grundmuster aus der Vergangenheit als Modelle für angestrebte Veränderungen mitverwendet werden, wenn bestimmte Zustände in einer Gegenwart gewandelten individuellen und/oder kollektiven Interessen nicht mehr entsprechen. »Frühere Lebensformen ... können (müssen aber nicht) ebenso wertvolle Möglichkeiten enthalten wie heutige, moderne Lebensformen. Lösungen sind nicht unbedingt im Neuen zu finden.«⁶⁷ Andererseits können aber gewisse Lebensformen und Verhaltensweisen, die aus der Vergangenheit in die Gegenwart hineinwirken, auch als Hemmnisse für Problemlösungen diagnostiziert werden. So steht, nach F. Vester, der Änderung unseres Denkens und Handelns, welche heute nötig ist, wenn die menschliche Spezies überhaupt überleben soll, »...weniger der Mangel an geistigen und technischen Möglichkeiten entgegen als vielmehr ein ungeheurer Ballast an Traditionen und Tabus, an Lehrmeinungen und Dogmen, die zwar nicht genetisch verankert sind, jedoch von Generation zu Generation als unverrückbare Wahrheiten weitergegeben wurden. Die erste Aufgabe des neuen Denkens wird es daher sein, die eigentliche Natur jener Normen zu erkennen, nämlich sie als Schein-Konstanten vergangener Epochen zu analysieren, die mit unserer heutigen Realität nicht mehr das Geringste zu tun haben, bis auf die Tatsache, daß sie zum Teil unsere festgefahrene Situation mitverschuldet haben.«⁶⁸ Eine direkte Auflösung solcher Schein-Konstanten ist nur mit Hilfe der historischen Analyse möglich, welche deren Bedingtheit durch andersgeartete Verhältnisse einer vergangenen Epoche nachweisen und sie damit als Variablen klarstellen kann. – Generell lassen sich die Möglichkeiten und Aufgabestellungen angewandter Geschichte als Lebenshilfe für die Gesellschaft mit den Postulaten formulieren: »...geschichtliche Erfahrungen sollen auf aktualisierbare Gehalte durchleuchtet werden, auf Präzedenzfälle für offene Konflikte der Gegenwart und auf Gesetzmäßigkeiten, die Anhaltspunkte für Zukunftspagnosen geben.«⁶⁹ Daß der Einbezug auch der Zukunft – wie ihn die Geschichtswissen-

⁶⁷ Th. Leuenberger / R. Schilling, Die Ohnmacht des Bürgers, Plädoyer für eine nachmoderne Gesellschaft (s. A 35). – Konkrete mögliche Wegweiser aus der Vergangenheit im Sinne der genannten Publikation sind z. B. in Kap. II zu finden oder in den »Traditionslinien« der »nachmodernen Phänomene«, S. 236. – Als ein weiteres Beispiel für eine in der Vergangenheit aufgefundene Leitvorstellung sei der Abschnitt »Die platonische Utopie einer stabilen Wirtschaft« im NAWU-Report (zit. A 56), S. 216–221, aufgeführt. – Aus der Literatur zu Gegenwartsproblemen ließe sich bestimmt noch eine lange Reihe einschlägiger Beispiele anfügen.

⁶⁸ F. Vester, Das kybernetische Zeitalter (s. A 9), S. 315.

⁶⁹ J. Radkau, Aufgaben für die Praxis der Geschichtswissenschaft, in: Ansichten einer künftigen Geschichtswiss., 1. Teil, hrsg. v. I. Geiß u. R. Tamchina, München 1974, S. 175 f.

schaft neustens anstrebt (vgl. 2.2) – für angewandte Geschichte von besonderem Interesse ist, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.

4.2 Die Funktionen angewandter Raumgeschichte für die Raumplanung

Vom letzten Satz des obigen Abschnitts könnte zur Behauptung fortgeschritten werden, Raumplanung sei eigentlich mit angewandter Raumgeschichte der Zukunft identisch. Damit würde der Begriff der Geschichte zweifellos überdehnt (und das in einem Sektor, in dem die Theorie sich erst zu entwickeln beginnt). Aber der Kern von Wahrheit, der in dieser Behauptung enthalten sein dürfte, signalisiert doch ein enges Verhältnis zwischen Planung und der Geschichtswissenschaft, wie sie neustens verstanden wird. Vorläufig wird sich der Praktiker allerdings zur Verbreiterung seiner Entscheidungsgrundlagen noch des empirischen Materials bedienen, welches ihm die Geschichte im engeren Sinn aus der Vergangenheit übermittelt. Daß solche Erfahrungen heute in zunehmendem Maße als zusätzliche Orientierungshilfe ausgewertet werden, ist angesichts der lebensbedrohenden Umweltkrise (im weitesten Sinne des Wortes) verständlich. Nicht umsonst stützt sich beispielsweise der NAWU-Report (zit. A 56) wiederholt darauf. Aber schon vor der gegenwärtigen Krisensituation hat E. Winkler die Raumgeschichte als eine notwendige Grundlage der Planung bezeichnet: »Praktisch gesehen, ist Kulturlandschaftsgeschichtsforschung zwingende Aufgabe, insofern von ihrer möglichst umfassenden Lösung, von der möglichst idealen denkerischen Beherrschung, d. h. von der klaren Erfassung des (ding-raumzeitlichen) Zusammenwirkens der Einzelphänomene der Erdoberfläche: Boden, Klima, Gewässer und Lebewesen (Vegetation, Fauna, Menschheit) auch deren tätige Beherrschung, damit die Planung und planvolle Gestaltung, also die einzel- und gesamtinteressenausgleichende Landschafts- und Kulturformung abhängig ist.«⁷⁰

Tatsächlich ist ja jede Kulturlandschaft in ihrer Struktur historisch vorgeformt, das heißt, sie wird von geschichtlichen Determinanten mitbestimmt, welche aus der – zum Teil weit entfernten – Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft wirken. Eine Raumplanung, welche diese Determinanten außer acht läßt, läuft Gefahr, an der Wirklichkeit vorbeizuplanen und an nicht erkannten Störfaktoren zu scheitern. Der Ortsbild- und Milieuschutz im speziellen wird über keinerlei objektive Leitlinie verfügen und seine Ziele zwangsläufig verfehlen, wenn er nicht die geschichtliche Identität der jeweils von ihm betreuten Ortsteile nach baulicher Gestalt sowie nach Funktion (Nutzung) möglichst umfassend herleitet. Ergiebig – im Sinne einer Ausweitung des Erfahrungshorizontes – kann für die Raumplanung natürlich auch ihre Geschichte selbst sein. Aufschlußreich ist dabei schon allein die Erkenntnis, daß Planung nicht etwa erstmals in unserer Gegenwart praktiziert wird, sondern (mit einer Episode der Permissivität im 19. Jahrhundert bis über

⁷⁰ E. Winkler, Fünfzig Jahre schweizerische Kulturlandschaftsgeschichtsforschung (s. A 36), S. 124.

die 1. Hälfte des 20. hinaus) stets vollzogen wurde, seit die Menschheit mit dem Neolithikum sesshaft zu werden begann.

Da bewußt angewandte Geschichte (nach 4.1) überhaupt ein Novum ist, kann auch die angewandte Raumgeschichte im Dienste der Planung noch nicht über die Anfänge hinaus gelangt sein, und es liegen in der Schweiz erst wenige direkt einschlägige Arbeiten vor.⁷¹ Die Differenz zu den oben aufgewiesenen Möglichkeiten und Aufgabestellungen ist fast hundertprozentig, wobei wahrscheinlich noch nicht einmal sämtliche möglichen Funktionen solcher Raumgeschichte erfaßt sind.

⁷¹ Als Pionierarbeit kann der 3. Band des Planungsatlas des Kantons Bern, »Historische Planungsgrundlagen« (zit. A 30) genannt werden. – Als Prototyp geschichtlich fundierter Herleitung der städtebaulichen Identität einer zu schützenden Ortschaft ist die Untersuchung von *F. Stuber / J. Lang* u. a.: *Stadtbilduntersuchung Altstadt Lenzburg*, Zürich, 1976, zu nennen. – Eine Grundlage für die Geschichte der Raumplanung selbst wurde gelegt durch die Publikation: *Dokumente zur Geschichte der Schweizerischen Landesplanung*; ausgewählt und zusammengestellt von *E. Winkler / G. Winkler / M. Lendi*; Nr. 1 der Schriftenreihe des Instituts für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH-Zürich; Zürich, 1978.

Christoph von Imhoff

Stadt – was sonst

Im August 1946 saß ein kleiner Kreis von Christen in einem Göppinger Pfarrhaus mit Professor Karl Barth, dem Theologen aus Basel, zusammen. Im Herzland des schwäbischen Pietismus sollte – eineinhalb Jahre nach der deutschen Kapitulation – bei jenem Mann Rat eingeholt werden, der das eigentliche geistliche Gehirn des theologischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gewesen war. Wir waren durch seine Broschüre mit dem Titel »Zur Genesung des deutschen Wesens« beunruhigt. Darin lasen wir: »Es scheint ja nicht sehr oft vorzukommen, daß einem ganzen Volk die Gelegenheit geboten wird, noch einmal von vorn anzufangen; anfangen zu dürfen. Was für eine Aufgabe und Möglichkeit, wenn es davon Gebrauch machte! Was für eine Auszeichnung vor den neunundneunzig Gerechten, daß es dazu nun jedenfalls die Gelegenheit bekommt!...«¹

Von Karl Barth wollten wir an diesem Abend wissen, was er darunter verstehe, wo wir anfangen sollten und wie er sich die Hilfe vorstelle, zu der er aufgefordert hatte. Barths Antwort schien uns respektabel für ein Volk, das ja tatsächlich auf dem Nullpunkt angekommen war: »Euer Aufbau, besser: Euer Neubau darf nicht übereilt werden! Ihr müßt nun erst einmal für Euch selbst definieren, was es heißt, die ganze Freiheit oder wenigstens die Grundlagen dazu gewonnen zu haben, und was es heißt, ohne große Monarchen, ohne große Kanzler oder gar Überkanzler einen demokratischen Staat zu bauen. Denn den Deutschen ist es ja nun, soweit ich sehen kann, zum ersten Mal in ihrer Geschichte erlaubt, wenn auch leider noch unter selbstverschuldeten Bedingungen, die Aufgabe zu lösen, wie sie das deutsche Leben am besten aufbauen können und wollen. Euren Beitrag zur Behebung oder Linderung des Schadens, der auch – nicht nur – durch Euch in der übrigen Welt entstanden ist, dürft Ihr dabei nicht vergessen!«²

Ein paar alte württembergische Theologen sprachen von Ludwig Uhland, vom Frankfurter Parlament und definierten eine neue deutsche Volksvertretung. Mit einiger Mühe, manchem Witz und ein wenig Ironie konnte der Initiator der Bekennenden Kirche die sehr eifrige Debatte unterbrechen: »Mit der Wahl eines deutschen Parlaments eilt es gar nicht. Auch nicht mit der Einsetzung einer neuen deutschen Zentralregierung. Ihr solltet auch gar nicht auf sogenannte Staatsgründungen ausgehen. Für die deutsche Gesundheit kommt

¹ *K. Barth*, *Zur Genesung des deutschen Wesens*. Ein Freundeswort von draußen. Stuttgart 1945, S. 29 ff.

² *K. Barth* (s. A 1), vgl. S. 43, 46, 61 ff.

jetzt alles darauf an, daß die Deutschen im kleinen und kleinsten Kreis verantwortlich denken und handeln. Man erzählte mir, daß es in Deutschland so viele kleine Gesprächszirkel gebe, die sich um ihre Dörfer und Städte mühten und dabei Mitverantwortliche, also Bürger würden, nachdem sie so lange Soldaten sein mußten. Ich wage es, Sie hier als ein Schweizer, der zwischen den beiden Prellböcken Pharisäertum und Sentimentalität steht, zu bitten, sich diesen kleinen Spielraum des Eingewöhnens, diese Pause so lange als möglich zu bewahren, Ihren kleinen Kreis zu pflegen, damit Sie Ihre künftige Geschichte als gesunde Menschen eigenverantwortlich ohne große Rückgriffe auf vorgestern und mit dem Rat guter und kritischer Freunde bauen können. Sie brauchen feste Fundamente, und die müssen Sie in den Kommunen, in den Dörfern und in erster Linie in den Städten bauen. Hier beginnt die Tagespolitik, hier lernt man, in ihr verantwortlich zu werden. Hier werden im Gespräch mit dem Nachbarn, im Hören auf ihn, auf seine Meinung, auf seine Kritik, die Grundmauern für politisches Wirken gebaut. Wenn diese Aufgabe erkannt ist und einigermaßen praktiziert wird, kommt – im Abstand vielleicht erst von mehreren Jahren – auch einmal das deutsche Parlament, sicherlich kein gesamtdeutsches. Soviel kann man heute schon sagen.«³

Zwei Jahre später – Ende August, anfangs September 1948 – traten in Bonn die 65 Abgeordneten zusammen, die von den 11 inzwischen aufgebauten Länderparlamenten in den Parlamentarischen Rat gewählt worden waren. Zur gleichen Zeit öffnete der Konzertgebouw in Amsterdam seine Tore für die erste Weltkirchenkonferenz. Dort kreuzte Professor Barth meinen Weg ein zweites Mal. Als er mich sah, zog er »Het Vrije Volk«, die sozialistische Zeitung der Niederlande, aus der Rocktasche, deutete auf eine groß wiedergegebene Nachricht mit dem Titel »Nächstes Jahr: Ein Zentralparlament für Westdeutschland?« und sagte dazu nur: »Erinnern Sie sich noch unserer Unterhaltung an der Fils? Das hier ist leider die Organisation von oben nach unten. Ich hatte es den Deutschen umgekehrt gewünscht. Schade! Aber vergessen Sie den Bürgersinn nicht! Der kommt von unten und ist wichtiger als das Zentralparlament. Er ist dessen Nährboden.« Dann wurde der bisher letzte große Interpret des »Römerbriefes« von den Delegierten aus Afrika und Asien belagert. Geblieben ist bis heute für mich die Frage, ob tatsächlich eine längere Pause den Deutschen von gestern und heute besser zu Buche geschlagen wäre, und geblieben ist außerdem der verkappte Satz: »Der Bürgersinn ist der Nährboden des Parlaments«.

Wie mir scheint, wollte Barth mit diesem, etwas lässig hingeplauderten Satz die Folgen dessen klar machen, was vor rund 2400 Jahren Perikles als das Wesen des von ihm geführten Staates mit einer der heutigen sehr parallelen Begriffswelt gekennzeichnet hat. Da lesen wir von der Freiheit des einzelnen, von Rechtsstaatlichkeit und Lebensqualität,

³ K. Barth (s. A 1), S. 65 und 68 ff. Die hier – dem Abdruck eines zur Eröffnung der VII. Internationalen Städtetagung »Die alte Stadt morgen« am 19. Juni 1981 in Wolfenbüttel gehaltenen Festvortrags – zitierten Wortlaute entstammen Stenogrammnотizen aus der Göppinger Beratung Mitte August 1946.

von Mündigkeit des Staatsbürgers und in folgendem Stil von der Freizeitgestaltung: »Durch unsere Denkweise haben wir die stärksten Erholungen für den arbeitenden Menschen geschaffen: Wettspiele und Opfer, die jährlich bei uns stattfinden, und angenehme häusliche Einrichtungen, deren Freuden tagaus, tagein mögliche Trübsal vertreiben. Die große Stadt zieht Menschen aus allen Ländern an. So wird uns zuteil, daß wir die Güter, die bei uns selbst gedeihen, mit gleichem Genuß ernten wie die der anderen Menschen. Wir unterscheiden uns von unseren Feinden in der Sorge um die Angelegenheiten des Krieges. Jeder hat Zugang zu unserer Stadt. Fremdenvertreibungen kennen wir nicht. Wir vereinigen in uns die Sorge um unser Haus und um unsere Stadt; und obwohl wir verschiedenartigsten Tätigkeiten nachgehen, ist doch kein Athener in Sachen des Staates ohne Urteil. Denn wer daran nicht teilnimmt, heißt bei uns nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter Bürger!«⁴

So steht es in der berühmten Rede des Perikles, die er zu Ehren jener gehalten hat, welche im ersten Kriegsjahr gegen Sparta für die attische Demokratie gefallen waren. Dies sei, so meint der Historiker Thukydides zur Rede des attischen Staatsmannes, der das zerstörte Athen so prachtvoll neu gebaut hat, ein nichtidealisiertes Zeitbild; aber – wenn dies stimmt – dann eben eines, wie man es in der Geschichte nur sehr selten und auch dann immer nur für sehr kurze Zeit antrifft. Der Schweizer Soziologe Edgar Salin hat diese Charakteristik des Atheners von damals, im Griechischen »asteios« genannt, mit Ciceros Wort »Urbanität« gleichgesetzt, ihm damit freilich auch das Wesen eines »Zielbildes«, das einer in Einzelfällen vielleicht zu verwirklichenden Utopie gegeben.⁵

Für uns hier, die wir am geistigen Profil der Stadt interessiert sind, ergibt sich daraus die Frage, ob es sich lohnt, solch einer Utopie nachzueifern oder sie gar zum Ausgangspunkt Ihrer Arbeit hier in Wolfenbüttel zu machen, die – soweit ich sehen kann – Archive, Sanierung, Entwicklung, Erhaltung und Bürgerbewegungen in alten Städten analysieren und daraus Schlüsse für die Praxis ziehen soll. Aus historischen Überlegungen heraus möchte ich die eben gestellte Frage bejahen: zu jeder geistigen Arbeit gehört die Utopie, als Grundlage, als Ansporn. Sie ist für den Politiker Ärgernis und Hilfe in einem. Der andere Grund für mein Ja gegenüber der Utopie von Athen, die sich später – für kurz nur – im Rom des Caius Julius Caesar als Realität wiederholte, kommt aus der Tradition unseres Erdteils. Denn – im Gegensatz zum vorwiegend schwarzen Teil unseres südlichen Nachbarkontinents, dessen Lebensrhythmus bis heute von Dorfkulturen getragen wird und nur von daher richtig verstanden werden kann – war und bleibt Europa seit Beginn seiner Existenz, genau wie der Orient zwischen Nil und Ganges, ein von der Stadtkultur geprägter Erdteil. Das heißt für uns von vornherein: Stadt ja! – im gleichen Atemzug aber auch: Stadt wie? Stadt – wie im alten Rom, wie vorher in Athen, als Civitas, als innerlich

⁴ Ins Deutsche übersetztes Zitat nach C. W. Weber, Die Spartaner. Düsseldorf – Wien 1977, S. 305.

⁵ Edgar Salin hielt zum Gesamtthema Alte und Neue Stadt einen grundlegenden Vortrag auf dem Städtetag 1960 in Augsburg. Er ist erschienen in den Schriften des Deutschen Städtetags 1961.

verpflichtete Bürgerschaft? Oder Stadt als eine beliebige Ansammlung von Einwohnern, die keine Pflichten gegenüber der Stadt zu haben glauben und nebeneinander her leben? Ist das erste erreichbar? Oder reicht das letztere, reicht die Ansammlung aus?

Mir scheint, daß in dem so oft beschworenen Gegensatz zwischen Utopie und Wirklichkeit das Geheimnis für den menschlichen Impuls liegt. Wenn ihn der Afrikaner aus dem Dorf bezieht, so sollten wir diesen Afrikaner nicht verstärken wollen, sondern ihm die Entscheidung überlassen, ob und wie er angesichts der bei ihm sichtbar werdenden riesigen Flucht vom Land in die Stadt das Problem Stadt bei sich und für sich lösen kann und will. Ein afrikanischer Häuptling, dem ich 1960 bei der Unabhängigkeitsfeier Nigerias davon abgeraten habe, seine von Landwirtschaft und Handel lebende kleine Stadt – wie er sagte – »attraktiver« zu machen, indem er sie »nach europäischem Vorbild« industrialisieren wollte – obwohl die Vorbedingungen für solche Industrialisierung fehlten –, sagte mir am Ende einer langen Diskussion: »Ich werde mir Ihren Rat, für den ich sehr danke, lange überlegen. Aber ich werde doch einmal versuchen, mit ein paar großen Handwerksbetrieben den Weg für die Industrialisierung meiner Stadt zu öffnen; nicht nur, weil der weiße Mann bisher unser Vorbild gewesen ist, sondern weil es so schön und so belebend ist, mit diesem Gedanken zu spielen.«

Auch hier einerseits das rapide Wachstum großer Menschenzusammenballungen mit meist 150 Prozent mehr Einwohnern als zu Beginn des Jahrhunderts; dazu eine Verstädterung noch vor der Industrialisierung, d. h. eine Verstädterung angesichts fehlender Arbeitsplätze! Auch hier – und das ist die andere Seite – das Spiel mit der Utopie, freilich verbunden mit der Alternative Dorf oder Stadt.⁶ Dieser Alternative fehlt in Europa, ähnlich wie im asiatischen Orient, der Boden. Uns bleibt nur die Entscheidung für die Stadt. Sie hat die Geschichte unserer beiden Erdteile, wenn auch unter Nöten und Schmerzen, bisher bestimmt und vorwärtsgetrieben und muß sie weiter vorwärtstreiben. Damit aber sind wir auch zum Spiel mit der Utopie gezwungen, wenn wir nicht verspißern wollen. Die Utopie gehört zu unserer Realität, auch wenn sie zu ihr im Gegensatz zu stehen scheint. Gerade in diesem Gegensatz liegt der Anreiz zu spielerisch-sportlicher Kraftprobe verborgen, der dem Leben Freude verleiht und der – als Initialzündler – dazu beiträgt, das Leben für uns alle lebenswert zu machen.

So sehr es nun lohnte, dem Sinn und dem Ertrag dieses geheimnisvollen Spiels solcher Gegensätze weiter nachzugehen – wir müssen uns erst noch eine andere Frage stellen. Sie lautet: Ist unsere Utopie »Civitas plus Urbanität« auch quer durch die Geschichte immer die gleiche geblieben? Zieht sie sich bis auf unsere Tage unverletzt wie ein roter Faden durch die Weltgeschichte? Mir scheint, daß es hier mittel- oder unmittelbare Zusammenhänge zwischen dem Weltbild des Menschen und seinem Ideal der Urbanität gibt. Man

⁶ A. v. Haller, Die Welt des Afrikaners, Düsseldorf 1960, S. 54 ff., S. 79, S. 174 ff.; dazu »Die Letzten wollen die Ersten sein«, Düsseldorf 1963, vom gleichen Autor, der sich hier mit der »Revolution der farbigen Völker« auseinandersetzt und das Wesen der afrikanischen Stadt zeichnet.

hört sehr häufig in wissenschaftlichen Analysen, daß es drei große Geschichtsperioden gebe,⁷ in denen sich das moderne Stadtbild entwickelt habe:

1. Epoche vom Altertum bis zum Untergang des Römischen Reiches, dem Sterben der antiken Welt im 4. Jahrhundert nach Christi Geburt;
2. Epoche von der Karolingerzeit bis zur Französischen Revolution;
3. Epoche von den amerikanischen Freiheitskriegen, von der Gründung der Vereinigten Staaten und vom Auftreten Napoleons an bis heute.

Am Ende der ersten Epoche sei »das Ergebnis einer tausendjährigen Entwicklung des Städtebaus durch die antike Welt von den unverbrauchten germanischen Volksstämmen übernommen und auf Europa übertragen« worden.⁸ Es sei eine »Vermählung junger nordischer mit alten Mittelmeervölkern und deren Kulturen« gewesen. Im Zentrum habe, beginnend mit der ersten Epoche unter den Perserkönigen Kyros und Darius und unter den Hellenen des Perikles, der Sakralbau gestanden, benachbart zum Herrschersitz, zum Marktplatz oder Bazar und den mehr an der Peripherie liegenden menschlichen Siedlungen.⁹ Der Ort sei »durch Sage und Tradition geheiligt« gewesen. Diese großartige Kombination verbinde die beiden Epochen vom Altertum bis zum Bastillesturm. Die dritte Epoche habe dann »die Reste gotischer Städtebaukunst in die Stadt der Eisenbahnen und des Autos übernommen« und von der Peripherie alter Städte aus »ohne schöpferische Idee, ohne verkehrliche Regelungen, ohne Ordnung und Schönheit immer neue Straßen in die Landschaft gebaut und unersetzliche Werte alter Stadtbaukunst sinnlos geopfert«.¹⁰

Das sind so die Zitate aus den Werken zweier berühmter Architekturhistoriker. Sie haben vieles für sich und sind, rein von der Architektur her betrachtet, sicher richtig. Ich zolle ihnen meinen Respekt und wage trotzdem, wenigstens zu einem Teil zu widersprechen. Denn ich meine, daß diesen Darstellungen ganz einfach die naturwissenschaftlichen Forschungen und Erkenntnisse aus drei Jahrtausenden nicht richtig und nicht gewichtig genug eingeordnet sind. Ich bleibe mit meinen Überlegungen zwar auch bei der Dreiteilung der Entwicklung. Ich sehe aber, aufgrund der Entdeckungen und der damit verbundenen geographischen Neuorientierung, andere Zeiteinteilungen, die der Geschichte der Städtebaukunst gerechter werden könnten.

Die erste Epoche reicht nach meinem Empfinden vom Altertum bis ins 15. Jahrhundert und ist vorwiegend höfisch bestimmt. Jedenfalls galt die höfische Welt als offizielle Welt, in der Wolfram von Eschenbachs Tafelrunde zum Symbol der Gemeinschaft wurde. Es ist jener weitgespannte Zeitraum, in dem der Mensch die Erde als eine Scheibe betrachtete.

⁷ Vgl. E. Salin (s. A 5); K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt, München 1952, S. 10 ff., S. 26 ff., S. 46 ff., ferner A. Deneke, Renaissance im Städtebau. Münster 1946; A. Hauser, Sozialgeschichte der Kunst und Literatur. München 1953, S. 87 ff., S. 208 ff., S. 618 ff.

⁸ E. Salin (s. A 5).

⁹ K. Gruber (s. A 7), S. 10 ff.; Chr. v. Imhoff, Persien/Iran. Heroldsberg 1977, S. 57–76; J. Maquet / H. Ganslmayr, Afrika, Essen 1975, u. a. S. 305 ff.

¹⁰ Vgl. A. Deneke (s. A 7), S. 15 ff.; K. Gruber (s. A 7), S. 132 ff.

Ein sehr einprägsamer Stich kennzeichnet diese Epoche: Die Erde breitet sich wie ein langes, unten wohl geschliffenes und oben kunstvoll durch Berge, Täler und Flüsse gegliedertes Tablett aus; am einen Ende des Tablett ein Mensch, der, auf dem Bauch liegend, erschreckt in die gestaltlose schwarze Tiefe der Hölle hineinsieht, am anderen Ende ein bescheidenes Menschlein, das staunend in die Wunderwelt der strahlenden Gestirne schaut. Zwischen diesen beiden Figuren, die von Realität und Utopie gleichsam hin- und hergestoßen sind, stehen auf imponierenden Bergen oder an strategischen Schlüsselpunkten, hochragend gebaut, als markante Stellen dieser Erdscheibe, die Städte mit ihren Heiligtümern, Herrscherbauten und Bazaren. Sie sind – und das ist wohl auch so beabsichtigt – »Tempel-Stadt«, »Heilige Stadt«, »Stadt der ewigen Flamme«, »Stadt des heiligen Steins«, »Stadt Gottes«, »Bischofsstadt«, aber dazu eben auch »die Hure Babylon« als biblischer Contrapunkt, als Monitum.¹¹

Man blättere einmal die Städtebilder in Schedels Weltchronik durch. Darin ist der Mensch noch unmittelbar vor der Wende und bereits mitten in den Jahren der großen Entdeckungen von Amerika und Indien vom Bild der frühmittelalterlichen Stadt fasziniert. Er nimmt die Bilder alle hin, wie sie sind. Er hält sie alle für Realität, weil sie seinem Bild und seiner Vorstellung dort entsprechen, wo er die Holzschnitte – etwa in Prag, Budapest, Aachen, Nürnberg oder Lübeck – überprüfen kann. Dementsprechend gibt er auch sein Votum für die Richtigkeit der Phantasie-Ansichten von Karthago, Jericho, Byzanz, Jerusalem und vielen anderen orientalischen Städten, die außerhalb seiner Reichweite gelegen waren. Noch immer meint er bei Erscheinen der Weltchronik, daß alle diese mehr oder weniger heiligen Plätze auf einer großen Scheibe postiert seien.¹²

Und dann kam ganz plötzlich mit Christoph Columbus und wenig später mit Vasco da Gama greifbar der Beginn der zweiten Epoche. Beide Entdecker nämlich, denen Regiomontan über den Nürnberger Seefahrer Martin Behaim seine Ephemeriden zugespielt hatte, kamen – hier etwas verkürzt dargestellt – aus Amerika und aus Indien mit der Erkenntnis zurück, daß die Erde eben keine Scheibe sei, sondern daß sie rund sei wie eine Kugel – so wie sie Behaim in seinem Globus schon 1492 nachgebildet hatte. Und dann bedurfte es, bereits vier Monate nach dem Erscheinen der lateinischen Ausgabe der Weltchronik des Hartmann Schedel, einer gründlichen Textrevision. Sebald Schreyer und Konrad Celtis in Nürnberg wußten, daß nun ein neues Weltbild gezeichnet werden müsse, daß den Lesern nicht mehr eine »Mischung von korrekter Geschichtswiedergabe mit unglaublichen Kuriosa, biblischen Geschichten, Legenden und entdeckter Wirklichkeit«¹³ zuzumuten sei. Beide Freunde des Hartmann Schedel hatten deshalb einen detaillierten Vertrag über die zu revidierende Neuausgabe abgeschlossen; ein Beschluß, der die Revision des Geschichtsbildes genau an der Wende der ersten zur zweiten Epoche mit

eingeschlossen hätte, obwohl doch in Schedels Chronik die Weltkarte noch nach Vorstellungen und Überlieferungen des Ptolemäus als Scheibe gezeichnet war. Mag dann auch der Vertrag nicht eingelöst, die Weltkarte – entsprechend der eben entdeckten Realität – nicht umgezeichnet worden sein –: wo gab es denn bis dahin solche Bereitschaft, eine Kollision der Pflichten, Ansichten und Gefühle gegenüber dem Weltbild in einer der führenden Städte Europas so rasch einzugestehen!

Das war der Zeitpunkt, da nicht mehr allein die Fürsten, sondern das städtische Bürgertum in Mitteleuropa zum ersten Mal in den 1500 Jahren nach Christi Geburt geschichtsbildende Kraft zeigen konnte und auch gezeigt hat. Denn in dieser Zeit entstanden – sehr konzentriert hier dargestellt – durch die Aktivität der Ministerialen, meist Bürger und Kaufleute, und durch deren Zusammenarbeit mit dem kaiserlichen Hof die Hanse- und die freien Reichsstädte. In ihnen war die bischöfliche Macht ebenso wie jene der Territorialherren erloschen. Bürgertum im damaligen Verständnis und Handelshäuser dieser Städte blieben eng mit dem kaiserlichen Hof verknüpft. Sie zahlten seit langem die Unkosten der Hofhaltung eines nun erst langsam in Städten, anfänglich in Prag, dann in Wien, seßhaft werdenden Kaiserhauses. Als Gegenleistung erhielten sie von den Kaisern, also schon lange vor deren Seßhaftigkeit, die Zoll- und Handelsprivilegien quer durch das ganze Reichsgebiet, später dann noch jene in Frankreich, Spanien und Portugal von den dortigen Königen.¹⁴

Daraus schöpfte z. B. Nürnberg als Zentrum der Montan-Verarbeitungsindustrie, der modernen Rüstung, der Handwerkerkunst und des Warenumschlages seinen Reichtum, der erst den internationalen Territorialhandel und seit 1505 auch den Überseehandel über Antwerpen und Lissabon als den beiden Ausfuhrhäfen ermöglicht hat. Zum Planwagen der Handelszüge, die aus der Stadt kamen und die Stadt ansteuerten, kam das Schiff im Überseehandel quer über den Erdball, das Schiff, das für die Europäer bisher nur im östlichen Mittelmeerhandel von Venedig aus eine Rolle spielte. Die städtische Geldwirtschaft ersetzte Schritt für Schritt den Tauschhandel. Europa erlebte durch das Aufblühen der Städte Mobilität in einem bisher unbekanntem Ausmaß. Jenseits der Gebiete europäischer Territorialfürsten entstand durch das emanzipierte Bürgertum ein modernes Lebensgefühl. Sichtbarstes Zeichen: der Markt wird »eingerahmt« von den Handelshäusern, er liegt hautnah den Siedlungen der Handwerker und dem jeweiligen Heiligtum der Bürgerstadt; in Nürnberg z. B. war es die Sebalduskirche mit dem Grab des Stadtpatrons gegenüber dem Rathaus.¹⁵ Selbst nach der Zerstörung durch den Zweiten Weltkrieg und dem darauffolgenden Aufbau bleibt der Nürnberger Hauptmarkt ein plastisches Beispiel für die innere, die geistige Konstruktion des Marktes, des Stadtherzens, als architektonisches Kunstwerk.

¹¹ K. Gruber (s. A 7), S. 11 ff.

¹² E. Rücker, Die Schedelsche Weltchronik. München 1973, S. 72

¹³ E. Rücker (s. A 12), S. 83

¹⁴ Chr. v. Imhoff, Epochen Fränkischer Wirtschaftsgeschichte, Rundfunkvortrag, Bayerischer Rundfunk 20. Mai 1979 (Sendereihe »Vom Main zur Donau«)

¹⁵ Chr. v. Imhoff, Magnet Sebald, in: Festschrift »600 Jahre Ostchor St. Sebald«, S. 25 f.

Damals, am Ende der Gotik, erwachte in vielen Städten, besonders in den Reichsstädten, jene lyrische Sensibilität, aus der sich der gotische Naturalismus entwickelt hatte und jenen Humanismus herauskristallisierte, ohne den die zur Dürer- und Pirckheimerzeit wieder Wirklichkeit gewordene Urbanität gar nicht denkbar wäre.¹⁶ Das wird zwar bestritten, weil angeblich Reformation und Gegenreformation die zarten Keime der Urbanität zerstört hätten.¹⁷ Genau das Gegenteil scheint mir richtig zu sein. Die Mischung von Reformation und Humanismus hat die Urbanität im Mittelalter erst geschaffen; denn hier entstanden, völlig improvisiert, in Klöstern und Bürgerhäusern jene Gesprächsgruppen aus Künstlern, Humanisten, Theologen, Naturwissenschaftlern, Handwerkern, Staatsmännern, Ratsherren, Soldaten, die sich der Urbanität annahmen und sie durch ihre Arbeit weit über eine Stadt hinausstrugen in andere Landschaften. Ich denke an Albrecht Dürers Schrift über »Unterricht zur Befestigung der Stett, Schloß und Flecken«, ich denke an seine Zeichnung »Schloß«, in der er eine quadratische Königsstadt entwirft, oder an seine Skizze mit dem Titel »Klausen«, in der er sich der Befestigung speziell annimmt, ohne die Stadt in ihrer Funktion für den Bürger zu vergessen. In allen diesen Arbeiten befaßt er sich mit Grundformen der Stadtanlage, die z. B. Nürnberg und Schaffhausen mitgeformt haben. Diese Gedanken und Entwürfe dominieren in der Architekten-literatur der Renaissancezeit. Wissenschaftler der Architektur sagen, er habe damit die Mobilität seiner Zeit erst in rechte künstlerische Formen eingefangen.¹⁸

Wenn ich heute so gerne durch Freiburg, Nürnberg oder Augsburg, durch Rottweil oder Windsheim, durch Basel oder Schwäbisch Hall spazieren gehe, dann deshalb, weil ich auf Proportionen stoße, die das Auge erfreuen und ausruhen lassen, weil ich auf Abwechslungen in der Bauweise stoße, die sich nicht beißen, weil Gotik, Renaissance und gelegentlich auch Barock ineinandergefügt sind, ohne das Stadtbild zu zerstören. Ich bin davon überzeugt, daß hier die Geister von damals gemeinschaftlich darum bemüht gewesen sind, den Menschen ein menschliches Leben und einen geistigen Hintergrund zu schaffen.¹⁹ Auch hier der Markt als Ausweis. Wirklichkeit und Utopie, Vernunft und künstlerisches Gefühl deckten sich in diesen Städten für eine geraume Weile. So wurden aus diesen Städten Kunstwerke, Kunstwerke auch und gerade der Kommunikation, ehe sich der fürstliche Absolutismus des Barock seine geistig völlig andersgearteten Städte baute.

¹⁶ W. P. Eckert / Chr. v. Imhoff, Willibald Pirckheimer. Köln 1971/1981 S. 24 ff., S. 35 ff.

¹⁷ Vgl. E. Salin (s. A 5)

¹⁸ K. Gruber (s. A 7), S. 140 f.

¹⁹ Das Thema gehörte zu den wesentlichen Verhandlungsgegenständen an den humanistischen Tafelrunden in der vorreformatorischen Zeit, in Nürnberg z. B. im Kartäuserkloster, dem heutigen Germanischen Nationalmuseum, und in der Staufitzgesellschaft, die sich im Augustinerkloster zusammengefunden hatte. Die »Sodalitas litteraria Rhenana«, von Conrad Celtis ins Leben gerufen, und die »Sodalitas litteraria Augustana« waren mit dem gleichen Thema befaßt, vgl. W. P. Eckert / Chr. v. Imhoff, Willibald Pirckheimer (s. A 16), S. 25 ff., S. 36

Das war die Zeit des Merkantilismus, des aufblühenden Nationalismus, in der Residenz- und Fürstenstädte wie München, Stuttgart, Bonn, Kassel, Hannover, Karlsruhe, Potsdam oder Berlin die Hanse- und die Reichsstädte und mit ihnen das Bürgertum außer Kurs setzten.²⁰ Theodor Heuss hat vor dreißig Jahren diesem Zusammenstoß zweier Entscheidungsformen der Stadtkultur am Ende des alten Reiches einen bitteren Nachruf gewidmet. Als das Germanische Nationalmuseum seinen hundertsten Geburtstag feierte, erklärte er, der Reichsdeputationshauptschluß von Regensburg habe im Jahre 1803 durch die Privilegierung der deutschen Landesfürsten die wenigen deutschen Ansätze zum demokratischen Lebens- und Baustil vernichtet. Dazu habe das bürgerliche Regiment der Stadtrepubliken gehört, soweit es sich nicht selbst durch den Wandel zur Oligarchie um die Früchte seiner Arbeit gebracht habe. Der Schuldige an der Vernichtung des Restes aber sei – ganz entgegen seinem Herkommen als republikanischer Konsul der Französischen Revolution – Napoleon Bonaparte gewesen, inzwischen freilich selbst Monarch und großer absoluter Fürst, dem – wie allen regierenden Fürsten von damals – auch nur der Gedanke an die Urbanität unerträglich, ja seiner eigenen Sache feindselig erschienen war.²¹

Die 1803 geschaffene Ordnung hat sich – wenn man nach dem geographischen Schema urteilt – im Prinzip bis heute erhalten. Mit oder ohne Länder- und Staatsparlamente sind die Residenzstädte der Fürsten zu den entscheidenden Orientierungspunkten der europäischen Staatenwelt in den Demokratien wie in den sozialistischen Ländern geworden.

Die dritte Periode der Stadtgeschichte begann nach meinem Dafürhalten in unseren Lebenstagen. Wir können sie entweder mit der Atombombe von Hiroshima im Hochsommer 1945 oder mit der Zeit beginnen lassen, seit der sich der Mensch mit dem Flugzeug – kurz nach 1950 – 10 bis 15 Kilometer über dem Erdball von Kontinent zu Kontinent bewegt, also gleichsam Herr über *der* Erde wird. Ich frage mich, ob er vorhatte, auch Herr über *die* Erde zu werden, ob also ein Stück Hybris damit verbunden war. Wir können die dritte Periode mit dem 4. Oktober 1957 beginnen lassen, als der Erdsatellit Sputnik I von der UdSSR mit Erfolg in den Weltraum geschossen worden ist. Wir können als Datum auch den 20. Juli 1969 – die erste Landung des Menschen auf dem Mond – wählen. Wichtig an dem allen ist, daß die Erde, vor fünfhundert Jahren als Kugel entdeckt und in fünf Jahrhunderten weithin erschlossen, in ihr – sagen wir es einmal etwas pathetisch – kosmisches Zeitalter einzutreten scheint. Wahrscheinlich haben wir den kleinen Start einer großen Ära erlebt, an deren Anfang das nukleare Grauen und der erste Mensch auf dem

²⁰ »Der fürstliche Absolutismus unterdrückt die städtische Selbstverwaltung, er macht sich die Kräfte der Zeit dienstbar, stellt die religiösen Fronten in seinen Dienst, setzt an die Stelle des gewachsenen Rechts das römische, das an der Landesuniversität gehört wird, wo der ebenfalls neue Stand der fürstlichen Beamten seine Ausbildung erhält... An die Stelle der Ordnung aus der religio tritt nun die Ordnung aus der Macht.« So K. Gruber (s. A 7), S. 138 ff.

²¹ NORIS. Zwei Reden zur Hundertjahrfeier des Germanischen Nationalmuseums: Th. Heuss, Das Germ. Nat. Mus., C. J. Burckhardt, Städtegeist. Im Selbstverlag des Museums, Nürnberg 1952.

Mond stehen. Aber keiner von uns Heutigen kann sagen, wie diese kühne Tat menschlicher Neugier auf dem Mond oder das Risiko Atombombe enden werden und wie die Folgen einmal in unseren Städten aussehen könnten.

Kurz nach der Mondlandung las ich einen für mich bis heute unvergeßlichen Satz: »Wir suchen zwar nach wie vor das, was Himmel und Erde miteinander verbindet und die Welt im Innersten zusammenhält. Aber die Menschen des Industriezeitalters wissen seit dem Mondflug nicht mehr, wo der Himmel ist, seitdem der Mond für sie greifbar geworden ist.«²² Die Frage wurde laut, ob unser bislang bewährtes geistiges Fundament auch für die Zukunft noch gültig ist oder ob dieser Flug nicht gerade das bestätigt, was die Aufklärung gelehrt hat. Bleibt also das bauliche und das religiöse Wunder noch Mittelpunkt unserer Städte? Bleibt der imaginäre biblische Himmel, in den unsere Astronauten vorgestoßen sind, die letzte, die jenseitige Heimat der Gläubigen? Unsere Kirchtürme zeigen vertikal in den Weltraum hinein. Die ganze Gestik des Menschen ist letztlich auf diese Verbindung eingestellt. Überkommt uns also nun, nach der Desillusionierung durch den Mondflug, nicht ein Heimweh nach unserem alten, guten Himmel? Denn die Leute, die mehr wissen wollen, als die Astronauten mitgebracht haben, fragen ja nun auch: Wo ist er denn nun – der Himmel? Oben? Unten? Mitten drin?

Gewiß, die Erde bleibt rund. Aber die kosmische Komponente der Welt hat sich von ihrem Hintergrund gelöst, weil sich die Dimensionen der Zerstörungsmöglichkeiten und die Betrachtung des Himmels nicht weniger geändert haben als die menschlichen Usancen, als die menschliche Rede- und Denkweise, als die örtliche Bindung des Menschen an seine Stadt, als die Rechts- und Eigentumsvorstellungen des Einwohners und die Schulvorstellungen von Parlamentariern und Ministern, als das Verhältnis der Menschen untereinander. Aus den Pilgern des späten Mittelalters wurden die – wenn auch Geld bringenden, aber oft so störenden – Touristenströme. Sie erinnern mich gelegentlich an leergewordene wandernde Weltbürger, die nach Erlebnissen hungern. Sie machen aus der alten Handelsmetropole einen Kreisel des Fremdenverkehrs. Parallel dazu laufen die Wanderungsbewegungen quer über den Kontinent, von denen fast jede größere europäische Stadt betroffen ist. Das Bürgertum, das wir noch vor dem Zweiten Weltkrieg kannten, schwindet oder verschwindet. Der Kaufmann ist, anders als früher, nicht mehr eine ortsgebundene Größe; die Sprache und ihre Anwendung sind so verschieden geworden, die Toleranz ist so geschrumpft, daß das Verstehen zum Problem wird; die Wolkenkratzer zerschneiden das Stadtbild und vereinsamen deren Einwohner auch untereinander. Früher floh der Bauer in die Stadt, um sich aus dem Untertanenverhältnis zu lösen.²³ Heute fliehen städtische Arbeiter und Angestellte in ihrer Freizeit aufs Land und entvölkern während dieser Zeit die Stadtkerne, um so ihre Abhängigkeit von Maschine und Büro zu vergessen – und dies auf jenen Straßen, die an den Städten, an verbauten Vorstädten und zersiedelten Landschaften

²² D. Greenfield, New York, in DIE WELT, September 1959: »Der Griff nach dem Himmel«.

²³ A. Hauser (s. A 7), S. 202ff., 256ff.

vorbeiführen: Produkte der immer größer und mörderischer werdenden Bodenspekulationen mit oft internationaler Reichweite.²⁴

Sind dies die Krisenerscheinungen der Stadtgeschichte in ihrer dritten Epoche, die für den Menschen wieder etwas völlig Neues mit sich bringt? Die dritte Epoche – es sei kurz hier vermerkt – liefert damit den Beweis, daß es eben keinen durchlaufenden roten Faden in der Geschichte der Stadt gibt; wir sind eben in unserer Geschichte immer wieder neuen Überraschungen ausgeliefert, denen wir uns stellen müssen. Oder ist es nur die Reaktion einer neuen Generation auf allzu forscht und allzu inhuman betriebene, radikale Technisierung und Industrialisierung des europäischen und amerikanischen Daseins? Wir spüren dies in der oft unbequemen, oft modern-romantischen Bewegung der Grünen und der Alternativen, die beide manchmal am liebsten gar nichts mehr an Vergangenen ändern möchten; ein Teil dieser Menschen hat sich die »menschliche Stadt« auf Papier geschrieben. Diesem Streben nach Urbanität sollten wir – wie mir scheint – alle Vorschub leisten. Wir sollten es in die rechten Bahnen bringen, weil uns das Weltraumzeitalter – ich spreche das Wort mit aller gebotenen Vorsicht aus – Sorgen macht, weil es Ängste auslöst: einmal die Angst vor der Zerstörung durch Atomkrieg, vielleicht einen, der über den Weltraum, über die Satelliten gelenkt wird; zum anderen die Angst vor der Verengung unseres Lebensraumes und damit unseres Bewußtseins durch die immer stärker werdenden Medien. Diese Ängste zeigen, wie notwendig in der Zukunft das Gebilde Stadt wird, notwendiger als der Staat; denn die Städte in Europa werden im Ernstfall überleben, wenn es noch ein Überleben gibt, und unsere Zukunft mitbestimmen, wenn Urbanität in ihnen Platz greift. Der Staat ist, da labiler, größeren Gefahren ausgesetzt.

Nun nützen aber die besten alten oder neuen oder auch neuen-alten Städte nichts, wenn die Wohnungen darin unmenschlich teuer werden; wenn der Wille zur Urbanität am Geldbeutel des Bürgers scheitert; wenn für alle Nischen der Menschlichkeit in einer Stadt und für alle Schnörkel im Leben eines Bürgers der finanzielle Boden fehlt und der Bewegungsspielraum des Gemeinwesens weiter verengt wird. Hier hilft ein Beispiel, das uns in dieser Stadt Wolfenbüttel vorgelebt wird. Sie, verehrter, lieber Herr Professor Raabe und Ihr Vorgänger, haben zusammen mit Herrn Bürgermeister Essmann das Zusammenspiel zwischen Stadtverwaltung und Herzog-August-Bibliothek und umgekehrt begonnen, um Geschichte im Interesse der Stadt und ihrer Bürger lebendig zu erhalten und die Stadt mit ihr ständig zu beleben. Das ist ein Stück Kommunalpolitik, das Wolfenbüttel weit über die Bundesrepublik hinaus bekannt und berühmt gemacht hat. Es ist ein Beispiel für viele, eines, das Miß- oder Nichtverstehen der lokalen Gegenwart beseitigen und neue geistige Fundamente schaffen kann.

²⁴ Vgl. K. Gruber (s. A 7), S. 191ff. Er hat sein Buch 1914 bzw. 1937 geschrieben, in der Meinung, das Zeitalter der Bodenspekulation sei zu Ende. Gerade deshalb sind diese Überlegungen Grubers besonders interessant nachzulesen. Vgl. dazu auch A. Deneke (s. A.), S. 15 f.

Wir sollten uns aber auch einmal überlegen, ob wir der überdimensionierten Bodenspekulation von heute weiterhin freien Lauf lassen. Ist die Frage berechtigt, daß wir mit der Methode von heute möglicherweise unseren Reichtum ausverkaufen? Hilft da nur der völlig freie Baumarkt, den wir ja nicht mehr haben? Man weiß im Orient von Israel bis hin nach Indien und Indonesien sehr gut, warum man Grund und Boden häufig als Kommunal- oder Staatseigentum deklariert hat – und man wußte dies auch in unserer frühen Geschichte, als deutsche Kaiser Häuser und Höfe in der Stadt wie auf dem flachen Land als Lehen für befristete Zeit vergeben haben. Sicherlich, das sehr differenzierte Eigentumsrecht in den westeuropäischen Staaten macht Gedanken dieser Art schier zur Utopie, weil dies eine Sozialisierung des Eigentums schlechthin mit sich bringen könnte. Aber das Baurecht in Westeuropa läßt Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten zu.²⁵ Damit könnte man dem Egoismus des Profitopolis-Bürgers einen Riegel vorschieben. Vielleicht ist es vorausblickend nötig, das positive Recht so zu ändern, daß weitere Verletzungen dieses Rechts verhindert werden.

Ganz ähnlich steht es mit der Position des Architekten in der modernen und in der alten Stadt, um die wir uns mühen. Dieser Architekt muß, wenn er Künstler sein will, laut dem römischen Baumeister Vitruv etwas vom Kosmos verstehen. Wenn also unsere Städte Kunstwerke werden sollen, brauchen wir den Architekten als künstlerisches Individuum. Ihn aber wird es bald nicht mehr geben, denn seine Auftraggeber sind heute Kollektive – Bauherrenkollektive – geworden, die den von ihnen engagierten Künstler anweisen. Man braucht aber, wenn moralische Verantwortung geschaffen werden soll, den Künstler als Gesprächspartner und gestaltende Kraft. Das heißt, das Verhältnis zwischen Künstler und Bauherren muß sich ändern, wenn man nicht die Frage herausfordern will, ob Kunst in der Demokratie überhaupt möglich sei.²⁶ Die alten Architekten, besonders der Gotik und auch der Renaissance, wußten etwas von diesem Verhältnis. Nicht umsonst gab es die längst durch die Säkularisierung aufgehobenen Bauhütten mit ihren Baugesetzen und ihrem Wissen um das »rechte Maß«; eines der Schlüsselworte Dürers für die Kunst seiner Zeit.²⁷

Ich will mit meinem Votum für die Architekten keineswegs für eine Verhistorisierung der Stadt eintreten. Sie wäre gleichbedeutend einer Erstarrung der Stadt. Aber ich plädiere

²⁵ Die hier niedergelegten Gedanken wurden auch mit dem Kultur- und dem Wirtschaftsdezernenten der Stadt Nürnberg, Dr. Hermann Glaser und Dr. Wilhelm Doni, durchgesprochen. Für diese Unterhaltungen sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

²⁶ Eine Stimmung von Zweifel, Skepsis und – angesichts der wachsenden Bürokratisierung der Verwaltungen – auch Resignation scheint sich unter Teilen der deutschen Architektenschaft auszubreiten, wie der Vortragende aus vielfältigen Unterhaltungen mit namhaften Vertretern dieses schöpferischen Berufs entnehmen konnte. Die Gründe dafür hat er u. a. mit Architekt Dr. Friedrich Seegy (Nürnberg) besprochen. Ihm an dieser Stelle herzlichen Dank!

²⁷ Vgl. K. Gruber (s. A 7), S. 140f.; P. Raabe, Der alten Stadt eine Zukunft. Wolfenbütteler Hefte 1, Wolfenbüttel 1975; Chr. v. Imhoff, Der Schriftsteller Albrecht Dürer, in: Tutzingener Texte, Sonderband III, Benennen und Bekennen, München 1971, S. 65 ff.

dafür, daß auch unsere Kinder und Kindeskinde, die dann vielleicht in Außenvierteln einer Stadt leben, noch immer sagen können: »Wir gehen in die Stadt« und dabei den Stadtkern meinen, dessen Meister der Architekt sein wird.²⁸ Solange unsere Kinder das noch sagen, ist der Stadtkern noch ein tragendes geistiges Element der Stadt.

Vielleicht sind dies ein paar fruchtbare Gedanken eines Nürnbergers, der ja innerhalb seines Stadtkerns im Kreis von Mauern durch Geschichte und Gegenwart laufen kann, der aber heute noch durch 15 Tore jederzeit nach draußen ausbrechen und wieder zurückgehen kann. Das sind die Poren einer Stadt, Poren, die für pulsierendes Leben, für Wachstum und ständige Erneuerung Sorge tragen. Ich habe dieses (Nürnberger) Stadtbauwerk immer als ein psychologisches Meisterwerk von Stadtarchitektur empfunden. Es wäre schön, wenn Gedanken wie diese dazu beitragen könnten, in der dritten Epoche der Baugeschichte den Bau von Städten der inneren und äußeren Geborgenheit zu beflügeln – und das heißt, Voraussetzungen zu schaffen für ein Stück Heimat, die keine Konsumware sein kann und darf, auch keine Zusammenballung, die man mit großen oder mittleren Einwohnerziffern wertet, etwa so, wie man Flüchtlingslager taxiert. Es ist ein Plädoyer für neue – alte Städte, meine Damen und Herren; neue – alte Städte mit Herz und Geist; mit Urbanität, so Gott will – was sonst?

²⁸ A. Deneke (s. A 7) schreibt über die Zukunft des Städtebaus ab S. 16ff. und entwickelt ab S. 21 aus dem Stadtkern, der alten Stadtmitte heraus ein sehr nüchternes Zukunftsbild, wobei er Verkehr, periphere Stadtteile, Eigen- und Mietshäuser und besonders die jeweilige städtebauliche Wirkung mit einbezieht.

Manfred Bütemann

Altstadtsanierung: zum Beispiel Wolfenbüttel

Topographie Das heutige Bild der Altstadt von Wolfenbüttel ist das Ergebnis eines geschichtlichen Entwicklungsprozesses, der geprägt ist durch die über 300 Jahre währende Funktion der Stadt als Residenz der Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel (Abb. 1). Wolfenbüttel liegt im nördlichen Vorland des Harzes, umgeben von hügeligem, zum Teil auch leicht bergigem Land. Der eigentliche Stadtkern befindet sich im Tal der Oker, die, im Oberharz entspringend, allmählich in einem nach Norden hin abfallenden Tal die Altstadt durchfließt. Der Fluß wird in Wolfenbüttel in vier künstlich angelegte Wasserläufe geteilt, die sich im nördlichen Teil des Stadtgebietes wieder zu einem Flußlauf vereinigen.

Geschichte Unbekannt sind die Anfänge der Besiedlung.

Die Stadt Wolfenbüttel ist mit dem Bau einer befestigten Wasserburg an einer Okerfurt im 12. Jahrhundert urkundlich das erste Mal erwähnt. Nach

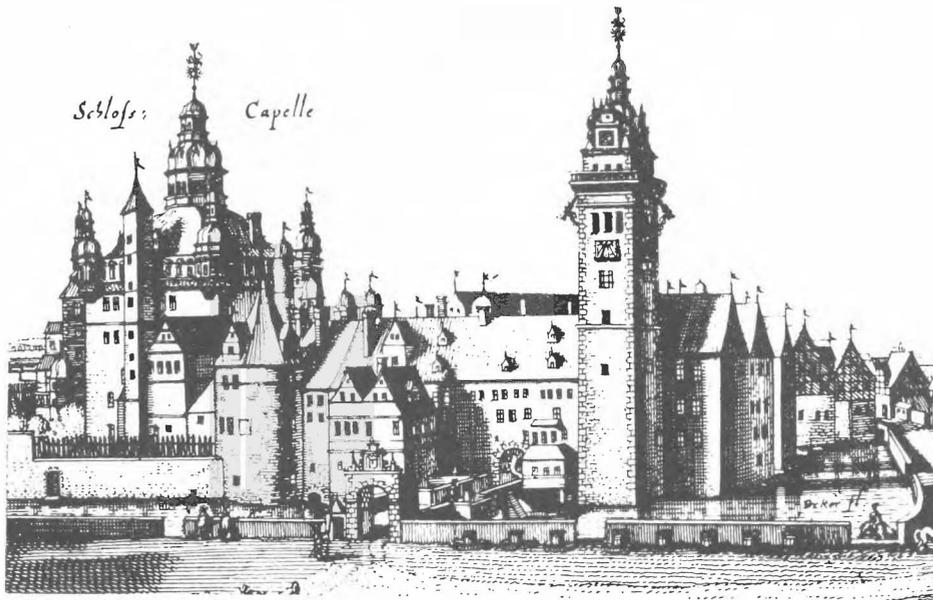


Abb. 1

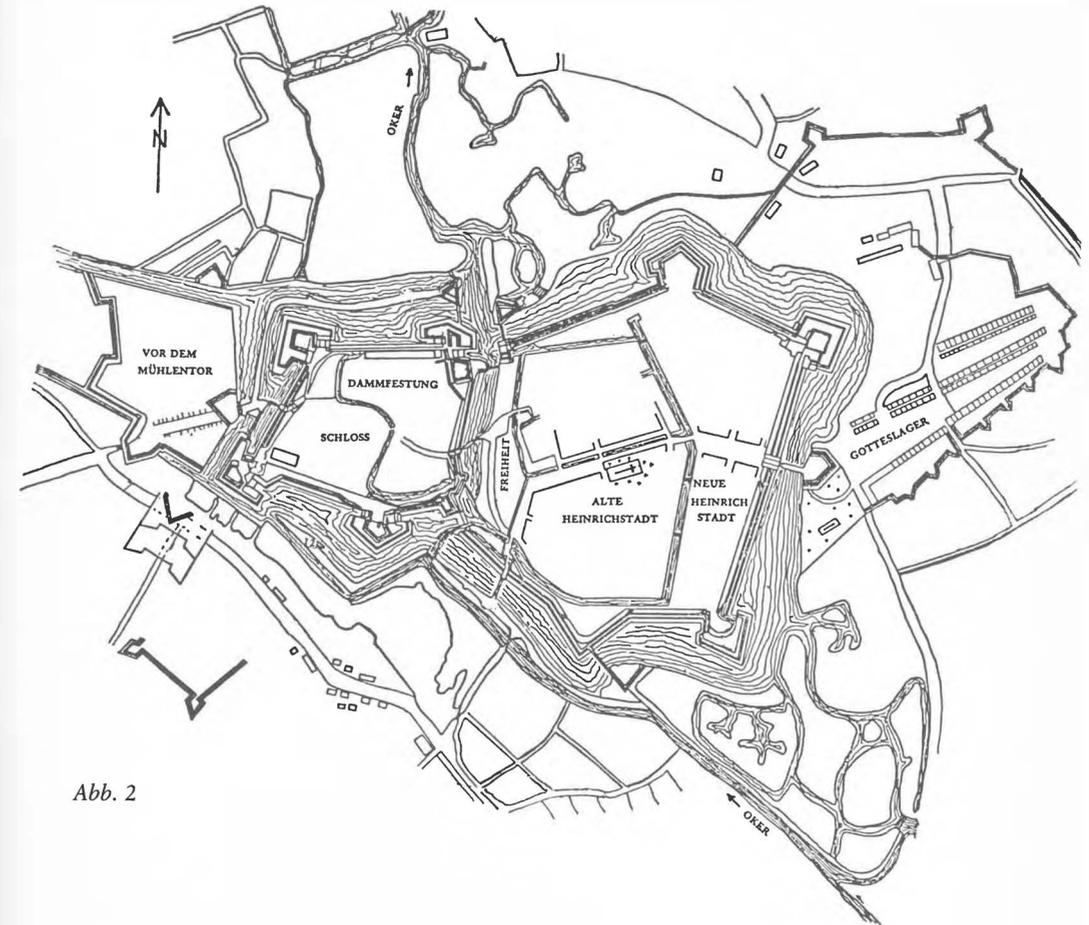


Abb. 2

der Zerstörung der Burg durch Heinrich den Löwen wurde Wolfenbüttel im 13. Jahrhundert zu einer welfischen Residenzburg ausgebaut. Die Auseinandersetzung zwischen den Welfen und der Stadt Braunschweig führte dazu, daß Wolfenbüttel in der Mitte des 15. Jahrhunderts zur Residenz des Herzogtums wurde. Über 300 Jahre, bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, blieb die Stadt die Residenz der Fürsten.

Vor der Burg bildete sich im 15. Jahrhundert eine kleine Siedlung, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts zusammen mit der Burg zur Dammfestung zusammengefaßt wurde (Abb. 2). Um den Vorgängerbau der Marienkirche entstand die Siedlung »Zu unserer lieben Frau«, die unter den Herzögen Heinrich der Jüngere und Julius zur Heinrichstadt ausgebaut wurde. Im Jahre 1570 erhielt Wolfenbüttel das Stadtrecht.



Abb. 3

In der systematisch angelegten, von Gräben umzogenen Heinrichstadt entstand mit der Kanzlei ein neues Verwaltungszentrum des Herzogtums, um das sich stattliche Hofbeamtenhäuser gruppierten. Herzog Julius wurde der entscheidende Bauplaner der Stadt Wolfenbüttel. Sein Stadtbauprogramm stellte eine großzügige Stadtanlage der Renaissance dar. Der Stadtgrundriß trägt noch heute seinen Stempel.

Im frühen 17. Jahrhundert erhielt die Heinrichstadt mit der Hauptkirche, dem ersten großen protestantischen Kirchenbau, ihre Dominante (Abb. 3). Jenseits des östlichen Stadtgrabens wurde im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts die Neue Heinrichstadt angelegt, die durch ein rechtwinkliges Straßensystem gekennzeichnet ist.

Dem »Städtebauer« Herzog Julius folgte der »Künstler« Herzog Heinrich Julius. Er legte den Grundstein des bildnerischen Erbes der Stadt Wolfenbüttel. Im späten 16. Jahrhundert entstand östlich der Heinrichstadt

jenseits der Wallanlagen eine Vorstadt, das sogenannte »Gotteslager«, die heutige Juliusstadt. Westlich des Schloßbezirkes legte Herzog August der Jüngere ab der Mitte des 17. Jahrhunderts planmäßig die Auguststadt an.

Mit der Aufgabe Wolfenbüttels als Residenzstadt und der Verlagerung der Verwaltung nach Braunschweig in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging es mit der Blüte der Kunst zu Ende. Der höfische Staat verschwand. Es entstand die Stadt Wolfenbüttel, als 1747 alle Teile der Residenz mit der Heinrichstadt vereinigt und einem bürgerlichen Rat unterstellt wurden. Allerdings verfiel mit der Abwanderung des Hofes, der Hofbeamten und der Garnison die Bedeutung der Stadt; Wolfenbüttel geriet in den Schatten der neuen Residenz und aufsteigenden Handelsstadt Braunschweig. Die durch die Abwanderung des Hofes entstandene Lücke wurde vom Bürgertum nicht geschlossen. Die Stadt verarmte mehr und mehr; für Handel und Gewerbe gab es keinen Aufstieg. In der Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte der Anschluß an das Eisenbahnnetz, aber der große industrielle Aufschwung fand nicht statt.

Dem Ausbleiben einer industriellen Expansion im vorigen Jahrhundert verdankt Wolfenbüttel sein Altstadtbild. Das geschlossene Straßenbild mit seinen schlichten Fachwerkhäusern blieb zum großen Teil bis heute erhalten; nur in Einzelfällen wurden in den Gründerjahren und in der Wilhelminischen Ära alte Fachwerkhäuser abgerissen und das Straßenbild mit Gebäuden des Klassizismus und Historismus vielfältiger. Das Stadtbild spiegelt somit größtenteils noch unverfälscht eine längst versunkene Epoche wider.

Der Aufschwung der Stadt Wolfenbüttel als moderner Wohn- und Industriestandort begann nach dem letzten Weltkrieg und wurde mit der kommunalen Neugliederung im Jahre 1974 vorerst abgeschlossen. Wolfenbüttel ist heute eine Stadt mit rund 50 000 Einwohnern, davon wohnen noch etwa 5 500 Einwohner in der historischen Altstadt. Das Stadtzentrum nimmt noch heute die zentrale Versorgungsfunktion für die gesamte Region war.

Eine überragende historische Bedeutung liegt im Stadtgrundriß Wolfenbüttels. Die städtebaulichen Konzeptionen des 16. und 17. Jahrhunderts, die noch heute die Stadtstruktur mit ihren Zäsuren und Plätzen prägt, gehört zu den eindrucksvollsten städtebaulichen Leistungen des frühen Absolutismus in Deutschland. Neben den profanen und sakralen Staatsbauten (Schloß, Zeughaus, Kanzlei, Marienkirche, Trinitatiskirche) bestimmen geschlossene Straßenzüge von Fachwerkhäusern das Stadtbild

Stadtbild

Stadt-
grundriß

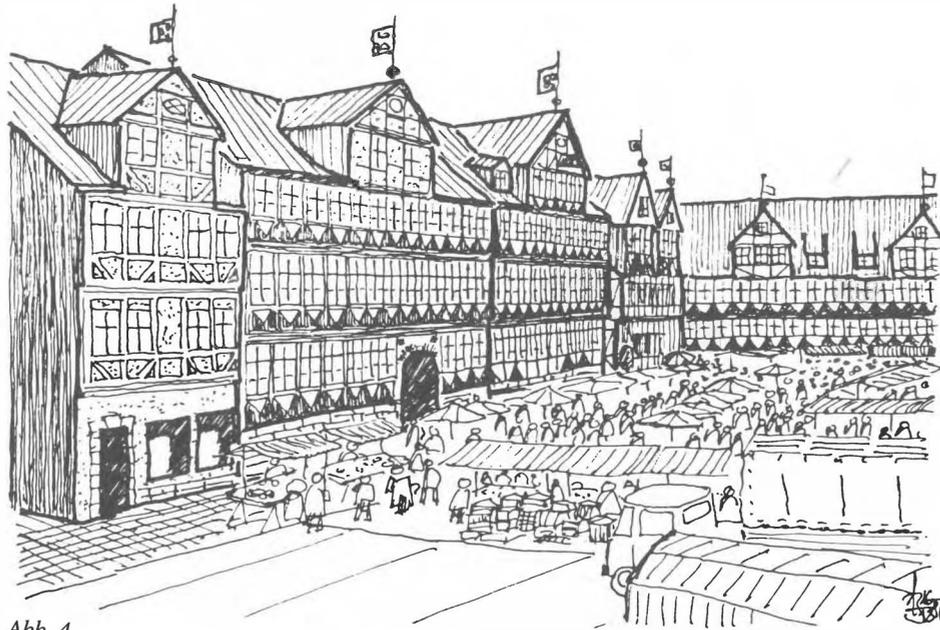


Abb. 4

(Abb. 4). Besonders hervorzuheben sind die schon genannten Hofbeamtenhäuser am Kornmarkt, an der Reichsstraße und am Stadtmarkt.

Wolfenbüttel ist eine historische Stadt in europäischer Tradition. Sie gilt als erste planmäßig angelegte Stadt der Renaissance auf deutschem Boden, obwohl die Grundrißausbildung auf eine Tradition von mehreren Jahrhunderten zurückgreifen kann. Zwei Ordnungsprinzipien bestimmen die Grundrißgestaltung geplanter Städte, das orthogonale und das konzentrische Prinzip.

Während das orthogonale Prinzip vorwiegend bei bürgerlichen Stadtgründungen angewendet wurde, ist das konzentrische Prinzip Ausdruck absolutistischer, von einer Person oder Institution ausgehender Macht. Am Stadtgrundriß von Wolfenbüttel ist die Entwicklung des idealtypischen Stadtgrundrisses vom Ausgang des Mittelalters bis in die Barockzeit zu sehen. In ihm gelangt hier das konzentrische Prinzip zum ersten Male zur Anwendung, in Teilen wirkt jedoch noch das orthogonale Prinzip nach.

Sanierungsgebiet

Der Rat der Stadt Wolfenbüttel beschloß im Oktober 1973 den Beginn der vorbereitenden Untersuchung zur Sanierung der Innenstadt nach dem Städtebauförderungsgesetz. Hiermit wurde die Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft (NILEG) im September 1974 beauftragt. Im

August 1977 ist sie mit der Vorlage des Berichtes über das Ergebnis abgeschlossen worden. Am 7. November 1977 hat der Rat die Satzung der Stadt Wolfenbüttel über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes »Historische Innenstadt« beschlossen. Sie ist im April des Jahres 1978 in Kraft getreten.

Da die Erhaltung der einmaligen Stadtstruktur, die Fortentwicklung städtischen Lebens und die Anpassung an zeitgemäße Anforderungen nur durch eine einheitliche Planung für den gesamten historischen Bereich erreicht werden kann, umfaßt das Sanierungsgebiet eine Größe von rd. 52,5 ha (Abb. 5). Es umschließt die Heinrichstadt als die eigentliche Innenstadt und die beiden historischen Vorstädte, die Juliusstadt und die Auguststadt.

Mit den Maßnahmen, die zur Erneuerung des Sanierungsgebietes erforderlich sind, ist Ende 1978 die NEUE HEIMAT BREMEN als Sanierungsträger beauftragt worden. Die Stadt richtete eine Sanierungsstelle ein. Damit waren die Grundlagen zur Durchführung der Stadtsanierung in Wolfenbüttel geschaffen.

Eine derart komplexe Sanierungsmaßnahme bedingt viele kleine Planungs- und Durchführungsabschnitte. Um für diese Maßnahmen eine Leitvorstellung zu haben, beauftragte die Stadt Wolfenbüttel im Dezember 1978 das Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung der Universi-

Städtebaulicher
Rahmenplan

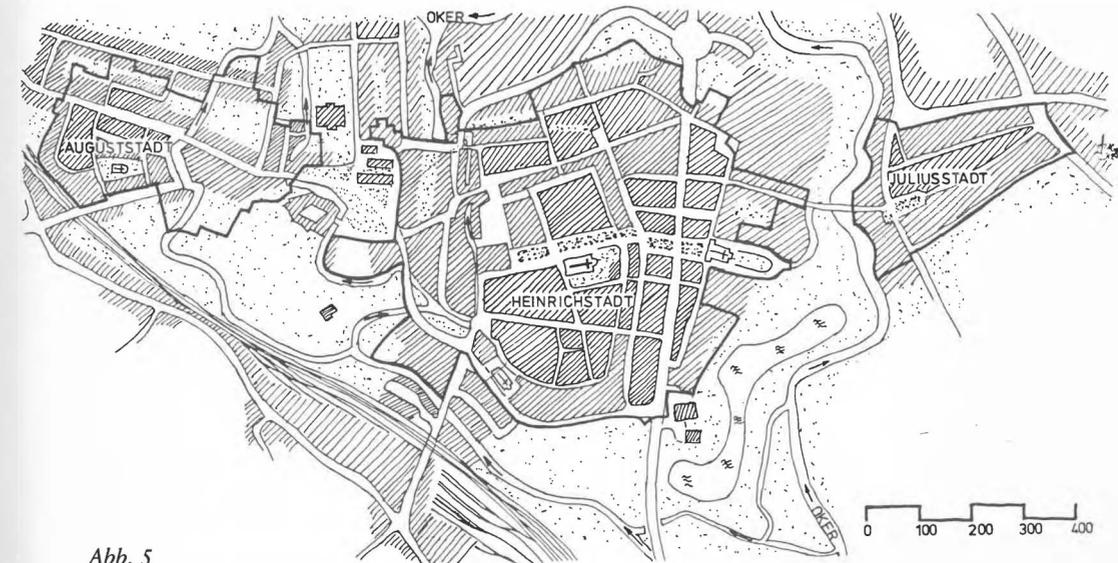


Abb. 5

tät Hannover, einen städtebaulichen Rahmenplan zu erarbeiten. Die Leitbilder zum städtebaulichen Sanierungsrahmenplan hat der Rat der Stadt Wolfenbüttel im Jahre 1981 als Grundlage der Sanierungsplanung und Sanierungsdurchführung beschlossen.

Somit bildet dieser städtebauliche Rahmenplan auch die Grundlage für die Beurteilung von Maßnahmen im Sanierungsgebiet, solange Bebauungspläne nicht vorliegen. Er ist Grundlage für die nach und nach aufzustellenden Bebauungspläne.

Der städtebauliche Rahmenplan bildet eine Zwischenstufe zwischen dem Flächennutzungsplan, der die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung des gesamten Stadtgebietes darstellt und den Bebauungsplänen, die die konkrete städtebauliche Ordnung kleinerer Gebiete rechtsverbindlich festsetzen. Die Notwendigkeit dieser zwischengeschalteten Planungsstufe ergibt sich aus dem Bedürfnis, ein Instrument für die laufende Anpassung der Planungsvorstellung an die sich ständig weiter entwickelnden Planungs- und Durchführungsbedingungen für ein Stadtgebiet zu erhalten, solange noch keine Bebauungspläne vorliegen. Vor allem bei Sanierungsmaßnahmen, die sich erfahrungsgemäß über größere Zeiträume erstrecken und in vielen kleinen Schritten durchgeführt werden, ist eine vorausgehende umfassende Darstellung der größeren planerischen Zusammenhänge erforderlich.

Bürgerbeteiligung

Für die Bürger sollen anhand des städtebaulichen Rahmenplans die Durchführung der Planung und ihre gestalterischen und nutzungsmäßigen Zielsetzungen durchschaubar gemacht werden. Eine Beteiligung am Erneuerungsprozeß soll dem Bürger hierdurch erleichtert werden. Der städtebauliche Rahmenplan ist deshalb ein wesentlicher Beitrag für eine bürgernahe Sanierungsplanung.

Um die Belange der Betroffenen im Sanierungsgebiet weitgehend berücksichtigen zu können, beschloß der Rat der Stadt Wolfenbüttel im Jahre 1979 die Bildung eines Sanierungsbeirates, dem zur Zeit 17 Mitglieder verschiedener Interessen- und Bevölkerungsgruppen angehören. Bis zum Ende des Jahres 1981 hielt der Sanierungsbeirat 25 öffentliche Sitzungen ab. Gemeinsam mit dem Sanierungsträger gab die Sanierungsstelle der Stadt Wolfenbüttel bisher drei Informationsbroschüren heraus.

Sanierungsziele

Sanierung: ein Kunstwort, das aus dem lateinischen »sanitas« abgeleitet ist. Es bedeutet soviel wie Gesundheit, Vernunft, Besonnenheit, Vollständigkeit. Auf die Stadtsanierung übertragen bedeutet dies, die Leistungsfähigkeit des »Organismus Stadt« wiederherzustellen. Stadtsanierung bedeutet

deshalb in der Praxis: Arbeit am lebenden Objekt. Stadtsanierung ist keine neue oder einmalige Aufgabe. Stadterneuerung hat es in der Geschichte der Städte immer gegeben. Dennoch stehen wir heute vor einer ganz besonderen Aufgabe. Das freie Spiel der Kräfte funktioniert nicht immer zum Wohl des Ganzen.

Wo die Atmosphäre einer Stadt sich gegen die Rendite oder gegen eine erzielbare Rendite behaupten will, muß eine öffentliche Unterstützung, d. h. Förderung und auch Lenkung erfolgen.

Als Ziel einer Stadterneuerung nennt das Städtebauförderungsgesetz die Behebung städtebaulicher Mißstände. Dieser Begriff umfaßt die Beseitigung ungesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Beseitigung der Funktions- und Strukturschwächen eines Gebietes.

Im Rahmen der Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen wurden erste Ziele zur Sanierung Wolfenbüttels formuliert und abgestimmt. Darauf aufbauend sind in der Erarbeitungsphase des städtebaulichen Rahmenplanes »Sanierung historische Innenstadt Wolfenbüttel« diese Grobziele durch Sanierungs- und Entwicklungsleitlinien verfeinert worden. Das Oberziel der Sanierung in Wolfenbüttel ist die Erhaltung der historischen Stadtgestalt, genauer: langfristige Sicherung und punktuelle Wiederherstellung der alten Stadtgestalt.

Dieses Oberziel sollte die Leitlinie der Beurteilung von allen Sanierungsmaßnahmen sein. Im einzelnen bedeutet das:

Die städtebauliche Entwicklung der Stadt Wolfenbüttel ist unter anderem durch das Freihalten der ehemaligen Befestigungsanlagen bleibend deutlich zu machen. Das Herausstellen der historischen Zäsuren zwischen den Altstadtteilen sowie der bis in die Gründerzeit gegebenen Stadtbegrenzung gehört ebenso dazu wie das Aufdecken der stadtteilumfassenden Wasserläufe. Raumbeziehungen und Raumabschlüsse sind, soweit dies realisierbar ist, wiederherzustellen. Der Mensch muß das Stadtbild wieder individuell erleben können; die Stadt muß wieder »begebar« sein.

Der Fußgänger hat wieder seinen Raum zu bekommen: durch eine behutsame Erweiterung der Fußgängerzone, durch die Schaffung von Wohnbereichsstraßen, durch eine Verminderung des Ziel- und Quellverkehrs, durch eine Auslagerung des Durchgangsverkehrs sowie durch eine Verringerung des Stellplatzangebotes in den Straßen- und Platzräumen (Abb. 6).

Neben der Bewahrung der historischen Stadtgestalt ist die Stärkung des Zentrums, d. h., die Sicherung der Primärfunktion der Heinrichstadt als Versorgungs-, Kultur- und Kommunikationszentrum der Stadt Wolfenbüttel anzustreben. Die Konkurrenzfähigkeit des ansässigen Einzelhandel soll



Abb. 6

durch maßvolle Entwicklungsmöglichkeiten und die Aufwertung und Steigerung der Anziehungskraft des Stadtzentrums gewährleistet werden. Darüber hinaus ist hier der Ausbau des Schloßplatzbereiches zu einem Schwerpunkt von Kultur- und Bildungseinrichtungen internationaler Bedeutung am historischen Ort zu sichern.

Neben der Stärkung des Zentrums (der Heinrichstadt) hat eine Sicherung der Lebensfähigkeit der Nebenzentren, der Auguststadt und der Juliusstadt, zu erfolgen. Die Erscheinung dieser beiden historischen Vorstädte als eigenständige Nebenzentren ist zu bewahren. Die Erhaltung und Verbesserung der Wohnverhältnisse hat hier oberste Priorität.

Die Lebensfähigkeit der alten Stadt wird langfristig nur dann möglich sein, wenn die ansässige Bevölkerung an ihrem Wohnort gebunden werden kann. Deshalb ist es notwendig, günstige Lebensbedingungen für junge Familien und ältere Bürger zu schaffen. Die Gebäudemodernisierung unter der Berücksichtigung der größtmöglichen Erhaltung der Bausubstanz ist ein wesentliches Sanierungsziel in Wolfenbüttel.

Hier gibt es sicherlich keine allgemein gültig anwendbaren Formeln für die Erneuerung. Schon deshalb nicht, weil jedes Objekt seine Eigenart, sein Gesicht hat. Typische individuelle Verschiedenheiten sollten nicht verwischt werden. Die Modernisierung läßt sich nur schwer mit formalen Gesetzen durchführen. Es ist vielmehr die Aufgabe eines verständigen,



Abb. 7

einfühlenden, kreativen Architekten, mit dem Objekt »Gebäude« behutsam umzugehen.

Die Sicherung des Erscheinungsbildes der historischen Altstadtfassaden in ihrem individuellen Gepräge gehört ebenso dazu wie die Erhaltung der alten, differenzierten Dachlandschaften (Abb. 7). Darüber hinaus ist das Wohnumfeld zu verbessern. Spielmöglichkeiten sind zu schaffen. Die Straße darf nicht nur ihre Verkehrsfunktion behalten. Sie muß wieder ein Ort der Begegnung werden. Auf die Erhaltung axialer Sichtbeziehungen, insbesondere zu den städtebaulichen Dominanten, ist zu achten. Die räumliche Fassung des Straßenraumes durch eine beidseitige Randbebauung muß erhalten bleiben. Nach Gebäudeabrissen ist die ursprüngliche städtebauliche Raumsituation wiederherzustellen.

Als ein besonderes Kapitel bei der Stadterneuerung stellen sich die sozialen Mißstände dar. Durch die baulichen Eingriffe wird es zu Änderungen in den bestehenden sozialen Strukturen im Sanierungsgebiet und in den persönlichen Verhältnissen der betroffenen Bürger kommen. Eine intensive und frühzeitige Beteiligung der Betroffenen an der Planung muß sicherstellen, daß die Planungsergebnisse von dem Betroffenen akzeptiert und angenommen werden. Eine erfolgreiche Sanierung gegen die Bedürfnisse, Wünsche und Möglichkeiten der betroffenen Bürger wird nicht möglich sein.

Maßnahmen Mit dem erfolgreichen Abschluß der ersten Modernisierungsmaßnahmen ist die Stadtsanierung in Wolfenbüttel in die Durchführungsphase der Stadtsanierung eingetreten. Ihr Interesse an der Durchführung der Sanierung an ihrem eigenen Haus haben bis Ende des Jahres 1981 rund 85 Eigentümer bekundet. Bisher sind 62 Aufträge zur Durchführung einer Modernisierungsuntersuchung vergeben worden. Auf diesen Untersuchungsergebnissen aufbauend, wurden bis zum Ende des Jahres 1981 31 Modernisierungsvereinbarungen abgeschlossen.

Neben den Modernisierungsmaßnahmen am bestehenden Bauobjekt sind bisher der weitere Ausbau der Fußgängerzonen, die Beseitigung baulicher Anlagen (Hof- und Blockentkernung), die Änderung von Versorgungseinrichtungen durchgeführt worden. Hinzu kamen u. a. der Grunderwerb für Maßnahmen zur weiteren Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen sowie die Gewährung von Entschädigungen bei sanierungsbedingtem Wohnungswechsel.

Finanzierung An Förderungsmitteln sind bis Ende des Jahres 1981 rund 20,25 Millionen DM bewilligt worden. Davon entfallen auf den Bund 6,75 Millionen DM, auf das Land Niedersachsen 6,75 Millionen DM. Der städtische Anteil beträgt bisher 6,75 Millionen DM. Von den vorgenannten Mittelbewilligungen wurden bis Ende des Jahres 1981 rund 10,6 Millionen DM ausgegeben. Der Wirtschaftsplan Sanierung sah aufbauend auf den Ansätzen im städtischen Haushaltsplan für das Jahr 1980 ein Finanzvolumen von rund 4,5 Millionen DM vor, für 1981 rund 5,1 Millionen DM und für 1982 wiederum rund 5,1 Millionen DM. Aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage des Bundes und des Landes Niedersachsen ist es erforderlich, die weitere Finanzierung der Stadtsanierung in Wolfenbüttel durch eine Vorfinanzierung der Stadt sicherzustellen.

Ausblick Die Frage nach der Zukunft dieser Stadt ist aktueller denn je. Wolfenbüttel ist eine Stadt, die von Historie umstellt ist, die auch unter ihr leidet, eine Stadt, die sich oft dagegen wehrt, eine historische Stadt zu sein, die sich aber dennoch nicht von ihrer Geschichte lösen kann und darf.

Die Zukunft dieser Stadt kann nur im Einklang mit ihrer Vergangenheit und mit ihren Bürgern gemeistert werden.

Die Erhaltung der Innenstadt in ihrer Bausubstanz und mit ihren Menschen wird in den nächsten Jahren das Hauptproblem der Sanierung in Wolfenbüttel sein (Abb. 8). Die Verantwortung dafür liegt in erster Linie bei dem Rat der Stadt Wolfenbüttel.



Abb. 8

Die bauliche Erneuerung und Entwicklung der Stadt stellt im Hinblick auf die sozialökonomische Bedeutung, den langfristigen Charakter, die Vielfalt und Komplexität besondere Anforderungen an die Qualität der Planung, an die Planungs- und Durchführungsorganisation einschließlich der Arbeitsweisen und Arbeitsmethoden sowie an Umfang und Langfristigkeit der Finanzierung.

Sanierungspolitik und Sanierungsdurchführung sind gekennzeichnet durch den interdisziplinären Charakter der Aufgabe. Für die Zielkonformität der Stadtsanierung sowie für die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme ist es daher entscheidend, daß es gelingt, die verschiedenen öffentlichen und privaten Aktivitäten möglichst weitgehend zu koordinieren. Dazu ist es wichtig, den Bürger am Planungsprozeß von Anfang an zu beteiligen. Planungsentscheidungen sind immer unterschiedlichen Interessen ausgesetzt. Sie folgen keinen wertneutralen

Sachgesetzlichkeiten. Eine Expertokratie, die zwingend richtige Lösungen anbietet, ist nicht denkbar. Eine demokratische, von allen Bürgern annehmbare Lösung, kann deshalb nur darin bestehen, gerade diese Interessen offen darzulegen, gegeneinander abzuwägen, den berechtigten Belangen der übrigen Bürger gegenüberzustellen und dann unter Abwägung aller Faktoren zu entscheiden.

Dazu ist aus allen Betroffenen eines Planungsgebietes die »Planungsöffentlichkeit« zu bilden, um für jede Entscheidung, die auch ein Kompromiß sein kann, einen möglichst breiten und damit demokratischen Rückhalt zu gewinnen.

Literatur

Friedrich Thöne, Wolfenbüttel. Geist und Glanz einer alten Residenz. München 1968 – Joseph König, Beiträge zur Geschichte der Stadt Wolfenbüttel. Wolfenbüttel 1970 – Klaus-Walther Ohnesorge, Wolfenbüttel. Geographie einer ehemaligen Residenzstadt. Braunschweig 1974 – Wolfenbüttel, Altstadt-Sanierung. Bericht über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchung. Durchgeführt von der Niedersächsischen Landesentwicklungs-Gesellschaft mbH (NILEG). Hrsg. Stadt Wolfenbüttel, Hannover 1977 – Sanierung Wolfenbüttel. Bürgerbeteiligung zum Entwurf des städtebaulichen Rahmenplanes. Hrsg. Stadt Wolfenbüttel / Neue Heimat Bremen, 1980 – Wolfenbüttel, Sanierung historische Innenstadt. Grundsätze. Hrsg. Stadt Wolfenbüttel / Neue Heimat Bremen. Wolfenbüttel 1980 – Wolfenbüttel, Unsere Altstadt. Probleme und Hinweise. Hrsg. Stadt Wolfenbüttel / Neue Heimat Bremen. Wolfenbüttel 1980 – Wolfenbüttel, Altstadtsanierung. Städtebaulicher Rahmenplan. Bearb. v. Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landespflege der Universität Hannover. Hrsg. Stadt Wolfenbüttel, Hannover 1981 – Wolfenbüttel, Flächennutzungsplan. Bearb. v. Büro für Stadtplanung, Braunschweig. Hrsg. Stadt Wolfenbüttel. Wolfenbüttel 1981.

Die Autoren

FRITZ BLAICH (1940) ist seit 1970 o. Prof. für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Regensburg. Veröffentlichungen: Die Wirtschaftspolitik des Reichstags im Heiligen Römischen Reich (1970), Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland (1973), Die Epoche des Merkantilismus (1973), Der Trustkampf 1901–1915 (1975), Die Wirtschaftskrise 1925/26 und die Reichsregierung (1977), Grenzlandpolitik im Westen 1926–1936 (1978), Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945 (1979), Die Energiepolitik Bayerns 1900–1921 (1981), zahlreiche Aufsätze zur dt. Wirtschaftsgesch., insbes. zur Wirtschaftspolitik vom 16.–20. Jh.

PETER KRIEDTE (1940) ist wiss. Referent am Max-Planck-Institut für Geschichte, Projekt Proto-Industrialisierung. Wichtigste Veröffentlichungen: Die Herrschaft der Bischöfe von Włocławek in Pommerellen von den Anfängen bis zum Jahre 1409 (1974); Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus (zusammen mit H. Medick und J. Schlumbohm; 1977 und 1978); Spätfeudalismus und Handelskapital. Grundlinien der europäischen Wirtschaftsgesch. vom 16. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts (1980).

KARL LITZ (Promotion 1948 in Allgemeiner Geschichte) veröffentlichte Aufsätze zur Städtebau-, Architektur- und Siedlungsgeschichte. Beratende Tätigkeit für private Planungsbüros sowie 1965/66 für das Amt der Regionalplanung des Kantons Zürich. 1967–1970 war er Leiter der Arbeitsgruppe Dokumentation und Information am Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH Zürich sowie Redakteur der Institutszeitschrift DISP. Der hier vorliegende Aufsatz entspricht einem Teil der theoretischen Vorstudie zu einem Forschungsprojekt, an

dem der Verfasser in Zusammenarbeit mit Herrn Fritz Stuber, Stadtplaner, URBANISTICS, Zürich, beteiligt war.

CHRISTOPH VON IMHOFF (1912): Studium der Rechtswissenschaften, der Volkswirtschaft und der Geschichte – seit 1935 Journalist an Tageszeitungen und Zeitschriften; seit 1948 Reisen durch Europa, Afrika und Asien; leitende Redakteurstellungen an führenden deutschen Tageszeitungen. Seit 1971 freier Schriftsteller in Nürnberg. Publikationen: Israel – Die zweite Generation; Duell im Mittelmeer; Persien – Iran. Eine Geschichte des iranischen Volkes von den Anfängen bis zum Sturz der Pahlawi-Dynastie; Willibald Pirckheimer, Freund Dürers in zwei Auflagen; Krisenquadrat Mittelost; darüber hinaus Zeitschriften- und Tageszeitungs-Aufsätze, vorwiegend über Fragen der orientalischen Politik und Kulturgeschichte sowie über die Reichsstadt Nürnberg.

MANFRED BÜLTMANN (1951) studierte in Hamburg und Hannover Architektur und Stadtplanung. Nach dem Diplom an der Universität Hannover (1976) zwei Jahre Mitarbeit in einem Architekturbüro und einer Baugesellschaft. 1980 Assessor-Examen und Promotion an der Universität Hannover mit einer Arbeit über die Architektur des 19. und 20. Jhs. Lehrtätigkeit und Gastvorlesungen an Volkshochschulen und Hochschulen zum Thema Bürgerbeteiligung an Stadtplanung. Leiter der Stadtsanierung in Wolfenbüttel in den Jahren 1980 und 1981. Derzeit Leiter des Stadtplanungs- und Vermessungsamtes der Stadt Lehrte.

Teil 2 des Aufsatzes von PETER W. SCHMIDT, Kommunalpolitik im Unterricht (S. 243–281, Jg. 8 dieser Zeitschrift) wird in Heft 4/82 dieser Zeitschrift erscheinen.

Niedersächsische Landesausstellung 1985 »Stadt im Wandel«

Je größer die gesellschaftliche Krise, desto stärkere Hinwendung zu Kunst, Kultur und Geschichte? Diesen Eindruck gewinnt man, betrachtet man den zunehmenden Besucherstrom der bundesrepublikanischen und West-Berliner Museen. So konnte, lt. Auskunft des Deutschen Museumsbundes, im Jahre 1980 eine Zunahme von Besuchern von 4,6% verzeichnet werden. Dieser Trend dürfte weiter anhalten. Das gesteigerte Interesse an Museen äußert sich jedoch nicht nur in immer größerem Publikumsandrang, sondern auch in zahlreichen Neugründungen. Ungebrochene Attraktivität üben große Ausstellungen aus. So konnten die beiden Ausstellungen »Preußen. Versuch einer Bilanz« und das »Musée sentimentale de Prusse« zusammen eine Besucherzahl von ca. ½ Million verzeichnen. Auch ein wesentlich weniger umstrittenes und mit geringerem Aufwand angekündigtes Projekt wie die Tilman-Riemenschneider-Ausstellung in Würzburg vermochte innerhalb kurzer Zeit 200000 Besucher anzulocken.

Ein Bedarf für solche Ausstellungen ist offenbar nach wie vor vorhanden. Auch eine heftig und kontrovers geführte Debatte unter den Fachleuten sowie in den Medien über Sinn und Zweck, Möglichkeiten und Gefahren in zunehmend kritischerer Weise konnte den Besucherstrom nicht bremsen. So ist es kein Wunder, daß bereits einige neue Ausstellungsvorhaben in Planung sind, bieten sie doch für die Veranstalter die Möglichkeit, mittels Kultur zu repräsentieren, wobei sie sich einer breiten Beachtung in der Öffentlichkeit sicher sein können. Doch nicht nur die Repräsentationsfunktion, sondern auch die spezifischen Möglichkeiten des Mediums Ausstellung sollten ins Gedächtnis zurückgerufen werden; sind doch sie es, die im Gegensatz zu den ständigen Schausammlungen die Chance haben, Zusammengehöriges, aber durch den Lauf der Geschichte Zerstreutes wieder einmal zusammenzuführen. Im folgenden soll eines der geplanten größeren Ausstellungsprojekte vorgestellt werden: Die Niedersächsische Landesausstellung

1985 »Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland«.

»Stadt im Wandel«

Das Land Niedersachsen plant für das Jahr 1985 eine große kulturhistorisch orientierte Ausstellung mit dem Titel: »Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland«. Der vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst berufene wissenschaftliche Beirat unter Vorsitz von Professor Dr. Cord Meckseper hat bereits eine Ausstellungskonzeption verabschiedet. In Braunschweig, dem späteren Ausstellungsort, wurde ein Ausstellungssekretariat eingerichtet, das mit 4 wissenschaftlichen Mitarbeitern besetzt wurde.

Als Ausstellungsstätten werden das Vieweg-Haus und der obere Saal der Burg Dankwarderode zur Verfügung stehen. Das Vieweg-Haus, eines der bedeutendsten frühklassizistischen Bauwerke Deutschlands, 1805/06 von einem bedeutenden Baumeister, vielleicht David Gilly errichtet, wird bis 1985 ebenso restauriert werden, wie der obere Saal der Burg Dankwarderode, die in ihrer jetzigen Form aus dem 19. Jahrhundert stammt, aber auf Heinrich den Löwen zurückgeht. Beide Baudenkmale werden nach der Ausstellung weiterhin musealen Zwecken dienen: Sie werden vom Braunschweigischen Landesmuseum für Geschichte und Volkstum sowie vom Herzog Anton Ulrich-Museum genutzt werden.

Das Ausstellungsthema

Standen bisher Dynastien wie die Stauer oder Wittelsbacher, Herrschergestalten wie Karl IV. oder die Entwicklung eines Staates wie Preußen im Mittelpunkt großer kulturhistorischer Ausstellungen, so werden in Niedersachsen, in bewußter Abkehr, die Stadt und ihre Bewohner das Ausstellungsthema darstellen. Die Niedersächsi-

sche Landesausstellung hat sich die Aufgabe gestellt, Entstehung und Entwicklung des norddeutschen Städtewesens zu visualisieren.

Räumlich wird sich die Ausstellung auf Norddeutschland beziehen, im Vordergrund sollen dabei die niedersächsischen Städte stehen. Angesichts der Vielzahl von Städten kann jedoch keine Vollständigkeit erreicht werden. Daher wurden sogenannte »Leitstädte« ausgewählt, die unterschiedliche Stadttypen repräsentieren (Braunschweig, Göttingen, Goslar, Hildesheim, Emden, Lüneburg, Osnabrück). Sie werden in der Ausstellung vorrangig präsentiert werden, doch werden andere Städte, wo immer es gilt Besonderheiten aufzuzeigen oder die Überlieferungslage dies geboten erscheinen läßt, repräsentiert sein, sei es Hannover, Stade oder Osterode. Gleichfalls werden überall dort, wo es die historischen Zusammenhänge erfordern, Nachbarräume mit einbezogen, so Teile Westfalens, der Niederlande und der DDR ebenso wie die Hansestädte Lübeck, Hamburg oder Bremen.

Der zeitliche Rahmen umfaßt ein halbes Jahrtausend: vom 12. Jahrhundert, dem Zeitpunkt der verstärkten Entstehung von Städten bis zum 17. Jahrhundert, als die Städte ihre Autonomie verlieren und die Territorialherren zur bestimmenden Kraft werden. Doch diese Grenzen lassen sich nicht immer scharf fassen: Lokale und regionale Unterschiede spielten im Untersuchungszeitraum eine noch wesentlich bedeutendere Rolle als heute.

Dieser zeitliche Rahmen wird in einigen Bereichen überschritten werden, wie auch in einigen Abteilungen immer wieder aktuelle Anknüpfungspunkte geliefert werden sollen. Unter Berücksichtigung der museumsdidaktischen Forderung, der Besucher solle an seinen persönlichen Erfahrungshorizont anknüpfen können, wird der Teilbereich »Entwicklung des Stadtbildes«, in dem anhand von Plänen und Stadtansichten Veränderungen der Stadtsilhouette, der Topographie gezeigt werden, bis in die Gegenwart fortgeführt werden. Ein weiterer Sonderbereich wird sich mit der Rezeptionsgeschichte vorwiegend der »mittelalterlichen« Stadt beschäftigen. Dem Besucher soll die Entstehung des heutigen Mittelalters vom 18. bis 20. Jahrhundert deutlich

gemacht werden, ist dieses Bild doch bis heute in weiten Bevölkerungskreisen von der Dichotomie »finsteres« versus »romantisch verklärtes« Mittelalter gekennzeichnet.

An ein breites, kulturgeschichtlich interessiertes Publikum wendet sich auch die Abteilung »Methoden der historischen Kulturwissenschaften«, wo vermittelt werden soll, wie einzelne Disziplinen (Geschichte, Kunstgeschichte, Volkskunde, Archäologie) zu ihren Ergebnissen gelangen, mit dem Ziel, auch dem Laien wissenschaftliche Arbeit transparent zu machen.

Das Ausstellungsthema im engeren Sinne: Städte und ihre Bewohner in Norddeutschland in Mittelalter und früher Neuzeit wird eingeleitet durch eine Abteilung, die sich mit den Grundlagen und Voraussetzungen des Aufkommens des Städtewesens beschäftigt. Generelle Veränderungen an der Wende vom Früh- zum Hochmittelalter werden ebenso berücksichtigt werden wie die speziellen Entstehungsvoraussetzungen einzelner Städte. Neben der Christianisierung und ihren Folgen soll auch die frühe Siedlungsentwicklung bis zum 12. Jahrhundert spezielle Berücksichtigung erfahren. Die folgende Abteilung wird sich der »Entstehung und Entwicklung« der Städte vor allem in baugeschichtlicher und topographischer Hinsicht widmen, wobei natürlich die rechtlichen Grundlagen nicht vernachlässigt werden dürfen. Im Mittelpunkt soll jedoch die physische Struktur der Stadt stehen.

Einen besonderen Schwerpunkt der Ausstellung soll die Geschichte des alltäglichen Lebens der Stadtbewohner bilden, eine Akzentsetzung, die schon vom Ausstellungsthema selbst nahegelegt wird. Im Gegensatz zu den meisten bisherigen historischen Ausstellungen sollen nicht ausschließlich politische Geschichte, Fortschritte der Technik, bedeutende historische Persönlichkeiten oder große geistige Bewegungen berücksichtigt werden. Statt dessen soll auch gefragt werden: Wie haben die Menschen gewohnt, gegessen, geschlafen? Welche Sorgen und Pläne haben sie bewegt und welche Lösungsmöglichkeiten haben sie gefunden? Wie haben sie ihre Feste gefeiert? Was bedeutete der Tod für sie? Solche Fragen aufzuwerfen bedeutet nicht, daß die Geschichte des täglichen Lebens ausgelöst z. B. von

der politischen Geschichte untersucht werden soll, vielmehr ist es notwendig, die Bedingungen, unter denen sich menschliches Handeln vollzieht, zu untersuchen. Aber die Perspektive soll eine andere sein: Nicht die Geschichte einer Institution an sich, sondern die Bedeutung, die diese Institution und ihre Veränderungen für das Leben der Menschen hatte. Es soll also nicht nur Geschichte von »oben« aus der Sicht der jeweils führenden Schicht, sondern auch Geschichte »von unten«, aus der Warte des kleinen Mannes gezeigt werden; kurz: Der Mensch muß im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

Besondere Ausgestaltung sollen diese Ansätze in der dritten Abteilung »Leben und wohnen« erfahren. Behandelte die vorhergehende Abteilung das Stadtgebilde zwischen Entstehung und Verfall bis hin zu konkreten Einzelheiten des physischen Stadtkörpers, so soll von dem Ganzen der Stadt über die Parzellierung des Stadtgrundrisses weitergegangen werden zur Feinstruktur: dem Haus und seiner Nutzung. Wenngleich das vorindustrielle Zeitalter dadurch gekennzeichnet ist, daß die räumliche Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz in den meisten Bereichen sich noch nicht durchgesetzt hatte, wie auch die moderne Trennung von Privatsphäre und Öffentlichkeit nicht in der heutigen Weise vorhanden war, so sollen, nach der Behandlung dieser Frage, einzelne Aspekte herausgegriffen und näher beleuchtet werden. Neben dem Haus in baugeschichtlicher Hinsicht, wobei auch die Eigentumsformen der Parzelle und deren Bebauung abgehandelt werden, soll eine der Nutzungsfunktionen spezielle Berücksichtigung erfahren: das Wohnen. Angefangen von Raumverhältnissen, Fragen der Innenausstattung und Einrichtung soll übergegangen werden zu Fragen der Belegungszahlen und genereller zu Fragen des Familienlebens und Haushalts. Dabei sollen nicht nur quantitative Erkenntnisse vermittelt werden, sondern es soll auch nach den Inhalten des Zusammenlebens gefragt werden.

Weitere Akzente dieser Abteilung werden auf den Themen Gemeinschaftsleben und Geselligkeit, Bildung und Wissenschaft sowie Bürgerliche Repräsentationsformen liegen. Ohne Zweifel stößt die Darstellung von mittelalterlichem und

frühneuzeitlichem Alltagsleben auf beträchtliche Schwierigkeiten, die zum einen durch die Überlieferungslage bedingt sind, zum anderen aber auch in der Ausrichtung der betroffenen Fachdisziplinen ihre Ursache haben. So hat sich die deutsche Geschichtswissenschaft erst verhältnismäßig spät dem Thema Alltagsgeschichte zugewandt, die Volkskunde widmete sich lange Zeit vorwiegend der Erforschung ländlicher Gegebenheiten mit einem Schwerpunkt auf dem 18. und 19. Jahrhundert, die Kunstgeschichte wiederum untersuchte vor allem Phänomene der sogenannten Hochkultur. Doch gibt es in den genannten Wissenschaften in den letzten Jahren eine Tendenz zu interdisziplinärer Arbeit, wie auch eine Hinwendung zu einer universal verstandenen Kulturgeschichte zu vermerken ist. Für die Darstellung des alltäglichen Lebens in Mittelalter und früher Neuzeit hat darüber hinaus vor allem die noch relativ junge Disziplin der Mittelalterarchäologie eine kaum zu überschätzende Bedeutung erlangt.

In der vierten Abteilung »Die Wirtschaft« werden, ausgehend vom Markt, charakteristische Formen des städtischen Gewerbes, von Handel und Verkehr bis hin zu Geld und Kapital vorgestellt werden, wie auch die landwirtschaftliche Produktion in der Stadt Berücksichtigung erfahren soll. Probleme der Stadtherrschaft und Verwaltung werden im Zentrum des fünften Bereichs stehen: Stadtrecht und Stadtverfassung, Bürgerkämpfe, Stadt- und Landesherrschaft, Stadt und Kirche sowie Struktur und Aufgaben der Verwaltung. Die letzte Abteilung wird sich dem Thema »Kirche und Frömmigkeit« zuwenden. Kirchliche Organisation, soziale Funktionen der Kirche, Charakter und Formen der Frömmigkeit der Bürger, wie auch die Reformation mit ihren Folgen, die den Abschluß dieses Teilbereichs bilden wird, setzen Akzente.

Zielsetzungen

Die Niedersächsische Landesausstellung sieht eines ihrer Ziele in der Förderung der stadtgeschichtlichen Forschung im norddeutschen Raum, die, im Vergleich zum rheinischen oder oberdeutschen Gebiet, in einigen Bereichen gro-

ße Desiderate aufweist. Die Verwirklichung dieses Anspruchs wird auf mehrfache Weise angegangen. So wird zum einen versucht, zur Vorbereitung der Ausstellung bzw. deren wissenschaftlicher Fundierung stadtgeschichtliche Forschungsarbeiten anzuregen. Zum anderen sollen in der Ausstellung selbst durch geschicktes Arrangement der Objekte neue Sichtweisen eröffnet und auch auf weiße Flecken, die z. B. durch neue, pragmatische Fragestellungen zutage treten, aufmerksam gemacht werden. Unabdingbar ist dabei die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Daher wurde eine große Zahl von Spezialisten verschiedener Fachdisziplinen für die Mitarbeit gewonnen. Diese sind z. T. in regionalen Arbeitsgruppen, die in den »Leitstädten« konstituiert wurden, zusammengefaßt. Darüber hinaus werden die Fachleute, deren Arbeitsgebiete sich überschneiden, von Zeit zu Zeit zusammengerufen werden, um eine fächerübergreifende Konzeption für die einzelnen Themen zu diskutieren.

Eine allgemeine Zielsetzung, die ein breites Publikum betrifft, besteht darin, ein Bewußtsein von der Historizität der sozialen Lebenswelt zu fördern. Einzelpunkte sind dabei die Schaffung bzw. Konsolidierung eines historischen Bewußtseins z. B. für die Erhaltungswürdigkeit historischer Bauwerke, die gerade in dem von der Ausstellungskonzeption erfaßten Raum zahlreich vorhanden sind; insbesondere in den Klein- und Mittelstädten, die von den Zerstörungen des letzten Weltkriegs, aber auch danach, weitgehend verschont geblieben sind.

Im Zuge des Unbehagens an zahlreichen Ausprägungen der modernen Industriegesellschaft suchen viele Menschen Antwort in der Vergangenheit. Zwar kann der Rückgriff auf die Geschichte keine konkreten Handlungsanweisungen bieten, doch kann die Besonderheit heutiger Lebensformen bewußter gemacht werden, begreift man ihre historische Bedingtheit, mißt man sie an den Zuständen einer fremden Epoche.

Umsetzung

Das Medium Ausstellung hat vor allem die Aufgabe, an das Gegenständliche der historischen

Überlieferung heranzuführen. Daher müssen die erhaltenen Originale im Vordergrund stehen. Auswahlkriterium kann bei einer kulturhistorisch ausgerichteten Ausstellung wie der Niedersächsischen Landesausstellung »Stadt im Wandel« nicht nur die ästhetische Qualität der Objekte sein, sondern auch Kriterien wie Funktionen, Charakteristika einer spezifischen Lebensform etc.

Ebenso beinhaltet die Konzeption einer kulturhistorischen Ausstellung Konsequenzen für die Art der Präsentation. So kann nicht eine Anordnung nach Gattungen erfolgen, sondern die einzelnen Exponate werden in funktionale, arbeits- und lebensgeschichtliche Zusammenhänge eingebunden, präsentiert werden. Daher werden thematisch bestimmte Ensembles und Arrangements das Bild prägen.

Bloße Betrachtung der originalen Kunstwerke und Dokumente reicht in der Regel jedoch nicht aus. Dies gilt in besonderem Maße für eine Ausstellung wie »Stadt im Wandel«, wo beim Großteil der Besucher nicht allzu umfassende Vorkenntnisse über relativ ferne Epochen wie Mittelalter und frühe Neuzeit vorausgesetzt werden können. Daher ist es notwendig, die einzelnen Ausstellungsgegenstände zu erläutern sowie Einführungen in einzelne Abteilungen und auch in das Gesamtthema der Ausstellung zu geben. Schließlich soll nicht nur der Spezialist, sondern auch der interessierte Laie die Ausstellung mit Gewinn besuchen. Um andererseits die Ausstellung selbst nicht mit allzuviel Text zu überlasten, ist geplant, in einem speziellen Raum eine Besucherinformation einzurichten, die mit Hilfe verschiedener Medien wie Film, Diashow usw. grundlegende Informationen zum Thema vermittelt. Zur inhaltlichen Vertiefung wird ein Katalog erscheinen, der neben Objektbänden auch Aufsatzbände enthält. Darüber hinaus werden für die Schulen Medienpakete erstellt werden, die dem Lehrer Unterrichtsmaterialien an die Hand geben und so eine intensive Vor- und Nachbereitung der Ausstellung ermöglichen.

Braunschweig

Elisabeth Schraut

Notizen

Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt

Seit der letzten Mitteilung im November 1980 sind der *Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt* als 81. bis 87. Mitgliedsstadt beigetreten die Städte Herzogenaurach, Homburg, Stade, Tauberbischofsheim, Freinsheim, Laufenburg und Neustadt a. d. Aisch. Die Anschrift der Arbeitsgemeinschaft: Postfach 269, Marktplatz 16, D-7300 Esslingen am Neckar, Tel.: (0711) 357670.

Denkmalschutz: Aufgaben und Probleme

Der Dom von Speyer und die Würzburger Residenz sind von der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen (UNESCO) als *schützenswerte Kulturgüter der Welt* anerkannt worden. Auf einer Sitzung des zuständigen Ausschusses in Sydney (Australien) wurden 26 Kulturstätten in die Liste aufgenommen. Sie enthält damit 112 »Stätten mit außerordentlichem Wert«. Aus der Bundesrepublik war bisher nur der Aachener Dom aufgeführt.

Das früheste Zeugnis neuzeitlicher Renaissance-Bauten in *Hameln* soll mit Hilfe des Landes restauriert werden. Für den ersten Bauabschnitt der geplanten Restaurierung des 1568 errichteten Hauses »Rattenkrug« stellte das Kabinett in Hannover 50000 Mark zur Verfügung. Die Stadt Hameln und der private Eigentümer wollen sich jeweils mit dem gleichen Betrag beteiligen.

Mit der Erneuerung des Daches begann die Restaurierung des 1595 von Peter Rantzau als Wasserschloß erbauten Schlosses in *Ahrensburg* (Kreis Stormarn). Die Gesamtkosten veranschlagt ein Gutachten auf fünf Millionen Mark, davon entfallen 625000 Mark auf die Dachreparatur.

Eine *denkmalgeschützte Tuchfabrik* aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts hat die Stadt Aachen für sechs Millionen Mark zu einem »Kultur- und Bürgerhaus« umbauen lassen und einer Initiative von acht Künstlergruppen in Selbstverwaltung übertragen. Die sogenannte »Barockfabrik« soll als Kommunikationszentrum für avantgardistische Kunstströmungen und Aachener Traditionen dienen.

Der mittelalterliche Stadtkern von *Gotha* in Thüringen soll saniert werden. Auf dem alten Hauptmarkt wurde jetzt mit der Rekonstruktion von 45 Häusern begonnen, die bis zu 400 Jahre alt sind. Eine Reihe nicht mehr »erhaltungswürdiger« Gebäude soll abgerissen werden. An ihrer Stelle werden Neubauten – auch Hochhäuser – errichtet.

Die *Marienkirche in Rostock*, ein Zeugnis gotischer Backsteinbaukunst, wird in diesem Jahr 750 Jahre alt. Aus diesem Anlaß findet vom 6. bis zum 13. Juni in Rostock eine Festwoche statt. Bis zum Jubiläum soll die Orgel erneuert werden und der Kirchturm ein neues Dach erhalten sowie die 510 Jahre alte astronomische Uhr generalüberholt sein. Ferner wird die Kirche neue Glocken erhalten.

Mit der Restauration des Zimmers, in dem sich *Johann Friedrich Böttger* als Gefangener des sächsischen Kurfürsten August des Starken aufhielt, bereitet sich die Albrechtsburg in Meißen gegenwärtig auf den 300. Geburtstag des Erfinders des europäischen Porzellans vor. Für 1985 ist die Einrichtung einer ständigen Museumsabteilung zur Produktionsgeschichte des Meißner Porzellans im dritten Obergeschoß der Albrechtsburg geplant.

Farben, die in *Weimar* nach historischem Vorbild auf der Grundlage von Quark und Eiern gemischt worden waren, halten heute den starken Umweltbelastungen nicht stand. Das berich-

teten jetzt Restauratoren in der Goethestadt. Sie hatten vor zehn Jahren bei der Wiederherstellung alter Gebäude nach diesen Rezepten hergestellte Farben verwendet. Doch die zum Beispiel am Cranach-Haus mit viel Mühe und Sorgfalt aufgetragenen Kolorierungen seien schnell verblaßt oder abgeblättert, hieß es.

Das »*Abendmahl*« von Leonardo da Vinci wird neu entdeckt. Die Ergebnisse der ersten Restaurierungsarbeiten in der Mailänder Kirche Santa Maria delle Grazie zeigen, daß dieses Werk Leonardos aus der Zeit zwischen 1495 bis 1498 ursprünglich erheblich anders aussah, als es sich bislang darstellte. Auf dem ersten Viertel des Wandbildes, das von den Experten bisher bearbeitet wurde, ist jetzt deutlich erkennbar, daß im Rücken der Jünger nicht – wie bisher angenommen – Türöffnungen sind, sondern Wandteppiche hängen. Auch der Tisch des »Letzten Abendmahls« ist jetzt dank der Arbeit der Restaurateure anders gedeckt. Auf den Zinntellern, die nun sogar die Farbe der Kleidung der Jünger reflektieren, liegen beispielsweise Orangenstücke. Die bisher erstaunlichste Wiederentdeckung betrifft jedoch den Jünger Simon. Ihm war im Verlauf der Jahrhunderte durch Schmutz, Luftfeuchtigkeit und Überarbeitung durch andere Künstler ein langer Bart gewachsen. Leonardo hatte diesen Kopf dagegen nur mit einem leichten Bartschimmer gemalt.

Fünf Köpfe der berühmten Reliefs am *Dom von Orvieto* sind von Unbekannten abgeschlagen und entwendet worden. Die Polizei vermutet, daß die Tat nicht von professionellen Kunstdieben, sondern in einem Akt blinder Zerstörungswut verübt worden ist. Die feingearbeiteten Marmorskulpturen zu biblischen Themen stammen aus dem 14. Jahrhundert.

Kommunaler Denkmalschutz?

Die CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag hat gefordert, den Denkmalschutz weitgehend der Zuständigkeit des Landes zu entziehen und auf die Gemeinden zu übertragen. Im

Gegensatz zu Innenminister Roman Herzog (CDU), der eine allgemeine »Kommunalisierung« des Denkmalschutzes ablehnt, betonte sie, das derzeit übliche Denkmalschutzverfahren führe in ein »verwaltungsmäßiges Chaos« und dürfe in dieser Form nicht weitergeführt werden.

Freiburger Bäume unter Schutz

Der Gemeinderat von Freiburg/Br. befürwortete eine geplante städtische Baumschutzverordnung, in der einleitend festgeschrieben werden soll, daß »Bäume maßgeblich das Kleinklima beeinflussen und für eine Stadt lebensnotwendig sind«. Mit der Verordnung sollen im Stadtkreis Freiburg alle Bäume außerhalb des Waldes mit einem über dem Erdboden gemessenen Stammumfang von mindestens 80 Zentimetern unter Schutz gestellt werden. Die derartig klassifizierten Grün- und Schattenspendler dürfen danach ohne Genehmigung weder gefällt noch zurechtgestutzt werden.

Grabungen

Zur Förderung der archäologischen Ausgrabungen in *Ladenburg* – Mitgliedsstadt der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt – hat die Daimler-Benz AG 10000 Mark zur Verfügung gestellt. In der Stadt am Neckar, wo sich die Grabstätte von Carl Benz, dem einen Namensgeber des Untertürkheimer Automobilkonzerns befindet, sind in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Stadtarchäologie vorbildliche Leistungen erzielt worden.

Bei Forschungsgrabungen im Zusammenhang mit der Sanierung des *Tübinger Pflegbofs* in der Oberstadt wurden erstmals östlich der Stiftskirche eine hochmittelalterliche Besiedlung nachgewiesen und eine Straßenführung aus früherer Zeit entdeckt. Bisher war hier eine wesentlich spätere Bebauung angenommen worden. Damit muß nach Auswertung der Ergebnisse die frühe Ortsgeschichte in Teilbereichen neu geschrieben und ergänzt werden.

Eine umfangreiche römische Siedlung ist in der Nähe von *Bregenz* freigelegt worden. Funde aus der römischen Zeit gab es in der Vorarlberger Landeshauptstadt zwar schon mehrfach, doch die nun entdeckte »Römische Villa« soll erstmals nicht wieder verschwinden, sondern konserviert erhalten bleiben. Prof. Elmar Vonbank, Direktor des Vorarlberger Landesmuseums, hofft, daß die fast 2000 Jahre alten Mauern von den mehr als zwei Dutzend meist zusammenhängenden Gebäuden bald ein überdachtes Freilichtmuseum werden können.

Preise und Auszeichnungen

Für seine historischen Forschungen, insbesondere für das Buch »Die jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven«, erhielt Archivdirektor *Burcharde Schepel*/Bremerhaven den Hermann-Allmers-Preis. Die Stifter des Preises, der mit 4000 DM dotiert ist, sind die Städte Bremerhaven und Cuxhaven zusammen mit dem Landkreis Cuxhaven, unter Mitwirkung des Heimatbundes der »Männer vom Morgenstern«. Die Verleihung fand im Deutschen Schiffahrtsmuseum zu Bremerhaven statt, wobei Prof. Dr. Erich Hoffmann/Kiel die Laudatio hielt.

Der deutsche *Denkmalschutzpreis* 1981 wurde an den Architekten Julius Posener vergeben.

Mit dem »*Deutschen Architekturpreis* 1981«, dotiert mit 30000 Mark, wurden Joachim und Margot Schürmann für die Gestaltung des Quartiers um Groß-St. Martin im Martinsviertel in Köln ausgezeichnet. In der Begründung heißt es, es sei ihnen gelungen, historische Bausubstanz und neue Architektur sinnvoll und harmonisch miteinander zu verbinden.

Namen

Die Mitgliederversammlung des Vereins für Kommunalwissenschaften hat den ehemaligen Berliner Kultursenator *Dr. Dieter Sauberzweig* zum neuen Leiter des Deutschen Instituts für

Urbanistik (Difu) gewählt. Dr. Sauberzweig ist Nachfolger von Frau Prof. Dr. Erika Spiegel, die im Sommer 1981 einem Ruf an die Technische Universität Hamburg-Harburg folgte.

Forschungsprojekt »Stadt«

2,4 Millionen Mark hat die Robert-Bosch-Stiftung jetzt für ein Stadtforschungs-Projekt im Stuttgarter Raum zur Verfügung gestellt. Am Beispiel der Region Stuttgart sollen die Wohnungsprobleme privater Haushalte, das Investitions- und Standort-Verhalten von Industrie und Gewerbe sowie die staatliche und kommunale Wohnungs- und Gewerbepolitik untersucht werden. Die Stiftung will mit dem Forschungsprogramm außerdem einer wirksamen wissenschaftlichen Politiker-Beratung neue Wege ebnen. Die Forscher sollen mit Bürgermeistern und Verwaltungspraktikern in einem mehrjährigen Veranstaltungszyklus einen intensiven Dialog führen.

Neuerscheinungen

Das Heft 1981 der »*Gengenbacher Blätter*« bringt unter anderem einen Beitrag über »Barock in Gengenbach«.

Als Vorform einer *documenta urbana* soll auf der Kasseler *documenta* 1982 ein unter Prof. Dr. Lucius Burckhardt und Prof. Vladimir Nikolic entwickeltes Stationenkonzept vorgestellt werden. Dazu werden in einem Katalog 15 Problemorte der Kasseler Innenstadt gezeigt, die auch für andere Städte als typisch gelten können.

Unter dem Motto »*Freiheit macht Stadt*« ist im Rahmen der Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung vom 1.–3. Oktober 1981 in Darmstadt vom Fachbereich Architektur der Technischen Hochschule ein Seminar mit 350 Teilnehmern vor allem aus der Bundesrepublik durchgeführt worden. Jetzt liegt ein 212seitiges, in DIN-A-4-Format gehaltenes, mit vielen Abbildungen, Zeichnungen, Rissen und Graphiken illustriertes und von der Gruppe Architektur und Stadtpla-

nung GRAS in Darmstadt höchst originell redigiertes Buch vor, in dem die Referate und Diskussionen der Tagung in der chronologischen Reihenfolge des Tagungsablaufs wiedergegeben sind. Die Lektüre zeigt, daß kaum ein aktuelles Thema der gegenwärtigen Stadtproblematik ausgelassen worden ist. Das Spektrum geht von den stadtgeschichtlichen Dimensionen bis zu den architektonischen und städtebaulichen Fragen der Stadterneuerung, von der Praktik und den Möglichkeiten einer »Stadtkultur« bis zu Detailfragen der Stadtplanung und der Stadtpolitik. Unter Berufung auf Franz Karaseks, des Generalsekretärs des Europarats vorgebrachte Forderung nach Bürgerbeteiligung bei der Planung (»Auch

von der Bevölkerung sollen Vorschläge kommen«) hat sich die Tagung als ein Gespräch mit und zwischen den Betroffenen, den Stadtbürgern verstanden. Der Untertitel dieser Großbroschur: »Der Anspruch auf Selbstorganisation des Alltags«. Explizit kommt die Stimme des Stadtbewohners auch in diesem Band, soweit wir sehen, freilich nicht zu Wort: er gibt im wesentlichen die Akzentuierungen der ausgewiesenen Fachleute und die Gefechte zwischen den Experten wieder. Das Buch kann beim Deutschen Ausschuss für Europäische Kampagne, Geschäftsstelle beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Deichmanns Aue, 5300 Bonn 2 angefordert werden.

Besprechungen

HERTHA LADENBAUER-OREL, *Der Berghof. Archäologischer Beitrag zur frühesten Stadtgeschichte (Wiener Geschichtsbücher Bd. 15)*. Wien: Zsolnay 1974. 94 S., 16 Abb., DM 28,-; öS 198,-; sF 28,-.

Der vorliegende Band der Wiener Geschichtsbücher ist der innerhalb der römischen Kastellmauern gelegenen »Keimzelle« der Stadt Wien gewidmet, deren bauliches Zentrum von dem seit 1280 quellenmäßig belegten »Berghof« gebildet wird. Hier gelang es auf der Grundlage archäologischer Beobachtungen, die beim Abbruch der in gotische Zeit zurückgehenden Bebauung durchgeführt wurden, und anhand von räumlich beschränkten Grabungen sowie von archäologischen Befundaufnahmen seit kurz nach 1900, die Siedlungskontinuität vom Römerkastell Vindobona zur frühmittelalterlichen Siedlung nachzuweisen und die Entwicklung der »Restsiedlung« innerhalb der Kastellmauern nachzuzeichnen. Die wissenschaftliche Grundlage des Buches wird nicht nur durch – im engen Sinne – archäologische Resultate gebildet, sondern gleichermaßen durch die analytische Auswertung des für Wien reichhaltigen, bis in das 13. Jahrhundert

zurückreichenden Quellenmaterials. Durch diesen für die Mittelalterarchäologie bezeichnenden methodischen Ansatz gelingt die unmittelbare Anbindung der archäologischen Einzelergebnisse an die einem breiten Leserkreis greifbare Vergangenheit.

Ausgehend von den baulichen Resten des um 400 zerstörten Römerkastells entstand eine Ansiedlung, deren Mittelpunkt – Verwaltungs- und Herrschaftszentrum zugleich – der Berghof war. Zwischen ihm und der Nordostecke der bis weit ins Mittelalter erhalten gebliebenen Kastellmauer bildete sich, römische Tradition übernehmend, ein Markt heraus, der, vom Berghof gleichermaßen geschützt und kontrolliert, wohl auch als Refugium in Zeiten der Gefahr diente. Dieser Markt, im Laufe der Zeit von Häusern begrenzt und zum Teil überbaut, verliert mit der Verlegung der Residenz der Babenberger von Klosterneuburg nach Wien (1155) ebenso an Bedeutung wie der Berghof: das frühmittelalterliche Zentrum der Siedlung wird zu einem Stadtbezirk.

Ein abschließendes Kapitel ist der Kirche St. Ruprecht gewidmet, die bisher noch keine systematische archäologische Untersuchung er-

fahren hat. Aus dem siedlungsgeschichtlichen Gesamtzusammenhang heraus dürfte es sich jedoch um die älteste, bis in frühmittelalterliche Zeit zurückreichende Kirche handeln, die römische Gebäudereste wiederverwendet, wie aus Befunden auf dem Ruprechtplatz geschlossen werden kann.

Das Buch macht jedoch auch klar, wie hoch der Preis für die wiedergewonnene Kenntnis der Frühgeschichte Wiens war. Ohne daß die Autorin ausdrücklich darauf hinweist und berechtigt Klage führt, hat die Stadt Wien die dinglichen Reste ihrer Vergangenheit moderner Bebauung geopfert – geblieben sind Museumsstücke, römische Riesenquader an einer Stiege, die Erinnerungstafel – ein überall beliebtes Trostpflaster für eine historisch bewußte Öffentlichkeit. Das Lesen der »Bodenurkunden« blieb durch die Dringlichkeit der Bauvorhaben auf eine rasche Durchsicht des archäologischen Quellenmaterials, auf Notgrabungen und Befundaufnahmen mit all ihren Zufälligkeiten und ihrer Bruchstückhaftigkeit beschränkt. So konnte dank der unverdrossenen Einsatzbereitschaft von Archäologen zwar der Berghof als historischer Siedlungsfaktor erfaßt und in seiner Bedeutung begriffen werden; seine individuelle Geschichte, seine bauliche Entwicklung als Herrensitz und befestigter Siedlungsmittelpunkt ist jedoch nicht mehr erforschbar.

Stuttgart

Hartmut Schäfer

BERENT SCHWINEKÖPER, *Königtum und Städte bis zum Ende des Investiturstreites. Die Politik der Ottonen und Salier gegenüber den werdenden Städten im östlichen Sachsen und in Nordthüringen (Vorträge und Forschungen, Sonderband 11, herausgegeben vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte). Sigmaringen: Thorbecke 1977. 167 S., DM 45,-.*

Das vorliegende Werk geht der Frage nach, ob die ottonischen und salischen Kaiser und Könige, die am Rhein die Stadtentwicklung besonders förderten, eine ähnliche Politik auch im Nord-

osten des Reiches betrieben, wo der Aufstieg zahlreicher Städte von der modernen Forschung oft mit dem Eingreifen des Königtums erklärt wird. Nach einer anregenden und inhaltsreichen Einleitung, die die Vielfalt der Probleme der Stadtwerdung berührt, wie die Bedeutung der sakralen Zentren, des Bergbaus, des Fernverkehrs, aber auch auf das hohe Alter dieser Mittelpunkte hinweist, entschließt sich Vf. dann doch, den engeren Bereich schriftlicher Nachrichten eher zu verfolgen und streicht mit Berufung auf Schlesinger die Märkte als Grundlage für die urbane Entwicklung heraus. Demnach ist seine Beweisführung im weiteren Verlauf wirtschafts- und rechtsgeschichtlich orientiert, vertritt demnach eine Richtung, die seit der Mitte unseres Jahrhunderts dominiert. Dabei wird zwischen den Möglichkeiten, nur wenige Beispiele aufzugreifen und diese gründlich zu behandeln oder aber möglichst alle Orte anzuführen, dafür aber deren Geschick knapp darzulegen, der Mittelweg gewählt. Von den ungefähr 60 Siedlungen, die Vf. zu nennen wüßte (vgl. die Karte auf S. 13), greift er dreizehn Städte heraus, die gründlich beschrieben werden.

Vf. kann nun schlagend beweisen, daß die von den Königen vergebene Rechte weder für die eine oder andere Stadt besonders hervorstachen, noch insgesamt allzu hoch eingeschätzt werden dürfen. Die Interpretation der Quellen, wie sie zum Beispiel Schlesinger vorgetragen hat, der auf die »dicio« der Herrscher verwies, wird vom Vf. in dieser Art nicht übernommen. Wichtig war jedoch, sofern ich Schwinekörper recht verstehe, die persönliche Anwesenheit des Herrschers, die als wesentliches Element in den Vordergrund gerückt wird. Gleichzeitig wird weiter gefragt, ob nicht auch die königliche Stadtpolitik am Rhein unter diesen Vorzeichen neu überdacht werden müßte.

Sofern ich also Schwinekörper richtig wiedergebe – und das ist nicht ganz leicht, da er mit größter Zurückhaltung seine Thesen aufstellt –, würde ich aber dieser seiner Ansicht voll zustimmen. Damit sei nicht gegen die traditionelle Rechtsgeschichte polemisiert, im Mittelalter war das Recht gewiß ein ausschlaggebender Faktor. Doch war es – und das wird noch immer gele-

entlich übersehen – in seiner Verwirklichung an die Präsenz des Machthabers gebunden, wofür wir in der Gegenwart unsere Hilfsausdrücke verwenden. Mir scheint jedoch in dem vorliegenden Werk besonders deutlich gemacht zu sein, daß eben nicht das Königsgut, aber auch nicht »Gefolgschaftssysteme« oder »Personalitätsprinzipien«, sondern oft einfach die Anwesenheit des Herrschers ausschlaggebend war. Dabei waren, wie Vf. es darlegt, selbstverständlich auch die Rechte des Königs wichtig. Aber sie traten erst sekundär in Erscheinung, das primäre Geschehen war die Ankunft des Kaisers selbst. Dieser Gedanke Schwineköpers scheint mir für weitere Forschungen so wichtig zu sein, daß ich darauf doch mit Nachdruck verweisen will. Es ist jedenfalls sehr zu wünschen, daß das Werk trotz seines eher knappen Umfangs wegen seines Inhaltsreichtums und seiner zahlreichen Anregungen in Zukunft gebührend berücksichtigt wird.

Salzburg

Heinrich Koller

ERDMANN WEYRAUCH, *Konfessionelle Krise und soziale Stabilität. Das Interim in Straßburg (1548–1562). (Spätmittelalter und Frühe Neuzeit. Tübinger Beiträge zur Geschichtsforschung, hrsg. v. J. Engel und E. W. Zeeden, Bd. 7) Stuttgart, Klett-Cotta, 1978, XVI + 331 S., DM 94,-.*

Das ausgehende 15. Jh. und erst recht das 16. Jh. sind in den letzten drei Jahrzehnten zu bevorzugten Forschungsepochen der Geschichte Straßburgs geworden, zweifelsohne weil Straßburg zu jener Zeit sozusagen im Brennpunkt reichsstädtischer Geschichte stand. In einer vielbeachteten Habilitationsschrift hat F. Rapp im Jahre 1974 die wichtigen Zusammenhänge zwischen Kirche und Gesellschaft am Vorabend der Reformation analysiert. Anton Schindling würdigte seinerseits in seinem 1977 erschienenen Buch »Das Straßburger Gymnasium« und die aus ihm hervorgegangene Akademie als eine beispielhafte Lehranstalt, Frucht einer engen Zusammenarbeit zwischen Theologen, Humanisten und Stadtpolitikern. Die prosopographischen Untersuchungen

Thomas A. Brady's, 1978, ergaben ein neues Bild der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Oberschicht Straßburgs und erklären weitläufig das Verhalten des Rates in den Krisenjahren 1524/25 und 1547/48. »Strasbourg au coeur religieux du XVIe s.«, 1977 erschienen, ergänzt durch »Horizons européens de la Réforme en Alsace«, 1980, bilden eine Zusammenfassung der neuesten Forschungsergebnisse über Straßburgs führende Rolle während des Reformationsjahrhunderts.

Weyrauch, der ursprünglich am Beispiel der Stadt Straßburg der Frage, »warum evangelische Reichsstädte sich während der Reformationszeit oft genug kaiser- und reichstreu verhalten haben, obschon gerade Kaiser und Reich den neuen Glauben bedrohten« nachgehen wollte, änderte im Laufe der Forschungsarbeiten seinen Plan etwas ab zugunsten des Studiums »der Systematik der Wechselbeziehungen zwischen den Binnen- und Außenverhältnissen der freien Reichstadt«. Es kam dann zu »einem Versuch, geschichtswissenschaftliche Interessen soweit möglich mit Methoden und Ansätzen der theoretischen Soziologie zu konfrontieren«.

Das Ergebnis ist allerdings, wie der Autor selbst bekennt, »nicht voll befriedigend«. Schuld daran dürfte nicht zuletzt sein, daß die Anstrengungen des Autors zuweilen »sich weitgehend auf einer vergleichsweise abstraktionslosen Ebene« bewegten. Auf jeden Fall führte der Versuch öfters zu langen theoretischen Analysen, die durch den Gebrauch eines Überflusses von Fremdwörtern die Lektüre erschweren und schwerverständlich machen. Als Beispiel sei folgender Satz unter vielen andern angeführt: »Wenn wir die funktional-strukturelle Dichotomie von normativ und kognitiv heranziehen, zeigt sich, daß Amtsauffassung, Glaube und »Befehl Gottes« (Bucer) die Strassburger Prediger auf die kontrafaktische Verteidigung ihres konfessionellen Sinnhorizontes verpflichteten, sie somit funktional einer Rollentension ausgesetzt waren, der sie normkonform nachgaben...«

Das Buch ist in 8 Kapitel mit jeweils mehreren Unterabteilungen aufgeteilt. Wir klammern von der Besprechung das erste Kapitel (50 Seiten), das hauptsächlich der »Systemtheorie« Niklaus

Luhmanns gewidmet ist, aus. Das 2. Kapitel befaßt sich mit der Beschreibung und der Erklärung der Umwelt, in der sich die Einführung des Interims vollzog. Dabei geht Weyrauch von der Problematik der durch die Entstehung zweier verschiedener Konfessionen geschaffenen Lage, die beide um ihre »Daseinsberechtigung und Wahrheitslegimität« kämpften, aus. Die Parität beider Konfessionen wurde dann im Religionsfrieden von 1555 und später durch den westfälischen Frieden von 1648 bestätigt. Die durch den Kaiser erzwungene Einführung des Interims löste unter allen Schichten der Bevölkerung eine schwere Krise aus (3. Kapitel). Rat, Prediger und Bürger protestierten gegen den sich wieder ausbreitenden »neuen alten Glauben«, den sie »als öffentliche Störung des allgemeinen städtischen Friedens« betrachteten. Die Kampfansage der Prediger galt besonders jenen »vielen frommen Altgläubigen und namhaften, ehrlichen Leut«, die dem neu eingeführten katholischen Kultus im Münster beiwohnten und als »Pfaffenknechte« (Büheler) beschimpft wurden (4. Kapitel). Über die wirkliche Zahl dieser »vielen frommen Altgläubigen« gehen die Berichte weitgehend auseinander (siehe S. 162 Anmerkung 163). Der Verlauf der langjährigen Krise ist durch wiederholte Predigerproteste gekennzeichnet, bis es 1559 zu Verhandlungen zwischen Bischof und Rat kam anlässlich des Ablaufens des 1549 für 10 Jahre den Katholiken zugesicherten Schirmvertrags. Der Rat weigerte sich diesen zu verlängern, solange nicht die Ausübung der nur interimistisch zugelassenen katholischen Religion geklärt war (Kapitel 5). Es kam dann kurz vor Ablauf der Frist zu dem »Münstertumult«, auf den die faktische Einstellung des katholischen Gottesdienstes im Münster und in den beiden Stiftskirchen Alt und Jung St. Peter folgte.

Weyrauch berichtet ausführlich im 6. Kapitel über diese bis jetzt in der Historiographie etwas vernachlässigten Vorgänge, die zur Abschaffung des Interims führten: die soziale Zusammensetzung der Unruhestifter im Münster, ihre Beweggründe, die Rolle der Zünfte, die Maßnahmen des Rats, die auf den Tumult erfolgte Klage des Bischofs beim Kaiser, die Rechtfertigung des Rats, die Wiedereinnahme der Interimskirchen,

das komplexe Verhältnis zwischen Stadt und Kirche, die »Kompetenzerweiterung« des Rats gegenüber der institutionalisierten Kirche, der neue Schirmvertrag mit den Klerikern, der jedoch das Recht der freien Religionsausübung für die Katholiken nicht garantierte (»doch alles ausserhalb irer Religion und Gottes dienst«). Weyrauch kommt zur Schlußfolgerung, daß beim »Münstertumult« zwar kein »Nachweis einer manipulativen Beeinflussung durch die politische Führung erbracht werden kann«, jedoch »diese seit längerem mit einer derartigen Lösung des Problems befasst war«. Bestimmend war dabei zweifelsohne »der massive Einfluß der evangelischen Prediger«.

Zahlreiche Anmerkungen belegen die Ausführungen des Verfassers. Ein Verzeichnis der ungedruckten und gedruckten Quellen sowie eine weitausholende Bibliographie (18 Seiten) verschaffen dem Leser einen guten Überblick über die verwendete Literatur. Ein Sachregister (7 Seiten) und ein Namens- und Ortsregister (6 Seiten) ergänzen das Werk, welches sich ehrenvoll an die eingangs angeführten Veröffentlichungen anreihen kann.

Strasbourg

F. J. Fuchs

PETER LANG, *Die Ulmer Katholiken im Zeitalter der Glaubenskämpfe: Lebensbedingungen einer konfessionellen Minderheit.* (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXIII, Bd. 89) Frankfurt/M.: Peter Lang/Bern: Herbert Lang 1977. 222 S. sF 48,-.

Die Tübinger Dissertation untersucht am Beispiel Ulms die Lebensbedingungen der katholischen Minderheit in der Reichsstadt. Die Arbeit will einen Beitrag zu der bislang noch nicht hinreichend erforschten Frage leisten, wie sich die Konfessionsbildung vollzogen hat. Der Autor untersucht systematisch die Lebensbedingungen der Ulmer Katholiken und stellt die politische Teilhabe der Katholiken im Rat und an den städtischen Ämtern dar. Bis 1590 waren die Katholiken, die im 16. Jahrhundert zwei bis drei

Prozent der Bürger Ulms ausmachten, im Rat und in den städtischen Ämtern überrepräsentiert. Durch umfangreiche sozialstatistische Auswertungen der Ulmer Quellen kann der Autor zeigen, daß der Ausschluß der Katholiken von Ämtern in Ulm erst nach 1648 einsetzt. Im Gegensatz zu den katholischen Institutionen wurden die katholischen Laien in Ulm weitgehend akzeptiert, wobei die Toleranz gegenüber den katholischen Angehörigen der Oberschicht größer war als gegenüber den Katholiken aus der städtischen Unterschicht. Offene Feindseligkeiten gegenüber Katholiken brachte erst der 30jährige Krieg.

Wer weniger an der Themafrage dieser Dissertation interessiert ist, findet in der sorgfältig gearbeiteten Darstellung eine Fülle von Informationen über den Alltag der Bürger in einer Reichsstadt im Zeitalter der Glaubenskämpfe.

Göttingen

Thomas Berger

HANS EUGEN SPECKER, HERMANN TÜCHLE (Hrsg.), *Kirchen und Klöster in Ulm, Ein Beitrag zum katholischen Leben in Ulm und Neu-Ulm von den Anfängen bis zur Gegenwart, Ulm: Süddeutsche Verlagsgesellschaft 1979. 597 S., zahlr. Abb., DM 36,-.*

Einen recht bemerkenswerten Band gilt es hier anzuzeigen: Man könnte ihn auch mit dem Titel »Beiträge zur Seelsorge in der Stadt« überschreiben, denn die meisten Autoren haben sich darum bemüht, den Anteil der geschilderten Institution am katholischen geistlichen Leben der Stadt Ulm der Jahrhunderte darzustellen, während wirtschafts- und besitzgeschichtliche Probleme deutlich zurücktreten. Das beginnt mit dem knappen, die Forschung resümierenden Aufsatz Hermann Tüchles über die Ulmer Pfarrei und endet mit Hinweisen zum kirchlichen Leben im Neubaugebiet Neu-Ulm/Ludwigsfeld. Der Band macht kirchengeschichtliche Kontinuität, die Veränderung der Verkündigungs- und Lebensformen, auch in ihrer Gefährdung und Reformbedürftigkeit deutlich. Die Kirchengeschichte endet also nicht mit

Reformation oder Säkularisierung; und die kirchliche Zeitgeschichte wird nicht in gesonderter, schwer erreichbarer Broschüren verbannt, sondern sie wird sehr ausführlich (fast die Hälfte des Bandes) mitbehandelt, den gründlichen Wandel kirchlichen Lebens in der Gegenwart aufzeigend.

Gewiß, zu vielem Gegenwärtigen fehlt die kritische Distanz, denn teilweise schreiben die Akteure selbst noch die Geschichte. Aber ein Anfang wurde gemacht – man bedauert eigentlich nur, daß sich niemand an einen zusammenfassenden, eben die Geschichte der Seelsorge allgemein, besonders der katholischen, darstellenden Aufsatz gewagt hat. Besonders eindrucksvoll gelang diese Darstellung der Kontinuität – die sich teilweise sogar auf die Autoren erstreckt – am Beispiel der Wengenkirche. Der Klosterneuburger Augustinerchorherr Karl Rehberger schildert in kurzen Strichen die Entwicklung seines hiesigen fast vergessenen Ordens, ehe Hans Eugen Specker die Geschichte des Augustinerchorherrenstifts St. Michael zu den Wengen bis 1549 aufzeigt. Peter Lang setzt diese Darstellung fort als Teil einer Beschreibung des katholischen Lebens innerhalb der evangelischen Reichsstadt, während Peter Rummel den Weg der Wengengemeinde zur Muttergemeinde aller Ulmer katholischen Pfarreien aufzeigt. Karl Suso Frank, selbst Franziskaner, steuert die Geschichte franziskanischer Niederlassungen innerhalb und außerhalb der Stadt bei, nämlich die der Terziarinnen in der Sammlung, der Klarissen in Söflingen und des seit 1919 bestehenden kleinen Ulmer Franziskanerkonvents. Bei ihm, wie bei Isnar W. Frank OP, der die Franziskaner- und Dominikanerniederlassung behandelt, spürt man deutlich die Vertrautheit der Ordenshistoriker mit der Historiographie ihrer Gemeinschaften, die sie befähigt, dem Lokalforscher schwer erreichbares Material in die Ortsgeschichte einzubringen und örtliche Gründungsüberlieferungen von Klöstern recht kritisch zu betrachten.

Als geistlich und kulturell wenig interessante Institution erscheint die von Hans Eugen Specker beschriebene Deutschordenskommende. Die Versorgungsinteressen des Niederadels dominieren über seelsorgerliche Belange, garantieren aber gleichzeitig die Existenz dieser im Grunde

stadtfremden Einrichtung. Besondere Erwähnung in diesem gut ausgestatteten Buch verdienen außerdem der zeitlich geordnete Überblick über alle Ulmer Kirchen und Kapellen von Reinhard Wortmann sowie das von Irene Specker sorgfältig erstellte Register.

Esslingen

Rainer Jooß

JÜRGEN KRAUS, *Das Militärwesen der Reichsstadt Augsburg 1548 bis 1806. Vergleichende Untersuchungen über städtische Militäreinrichtungen in Deutschland vom 16.–18. Jahrhundert. (Abhandlungen zur Geschichte der Stadt Augsburg, Bd. 26) Augsburg: Verlag Hieronymus Mühlberger 1980. 492 S. DM 74,50.*

Vf. integriert in seinem Buch, einer Münsteraner Dissertation, Komponenten der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie der Technikgeschichte in die Militärgeschichte einer Reichsstadt. Die zeitliche Eingrenzung ergibt sich sinnvoll aus der Tatsache weitgehender verfassungsmäßiger Kontinuität von der Installation der Patrizierherrschaft durch Karl V. bis zu deren Ende, das gleichzeitig das Ende der Stadtfreiheit markiert.

Die zwei Komponenten städtischer Wehrverfassung, das Bürgermilitär und das sich in Richtung auf eine stehende Truppe entwickelnde Söldnerwesen, werden in ihrer unterschiedlichen Funktion und zeitlich veränderten Gewichtung deutlich. Hervorzuheben ist die Rolle des Bürgermilitärs in dessen Abhängigkeit von der Binnenstruktur der Stadt. So ist etwa bis in den Dreißigjährigen Krieg die Furcht des Rates vor militärischer Rüstung der Bürger als potentiell den inneren Frieden gefährdendem Faktor evident. Ab 1670 werden die Bürgerkompanien vornehmlich zum Instrument der Repräsentation stadtbürgerlichen Selbstbewußtseins. Den Kern des Stadtmilitärs bildet zunehmend die professionalisierte Stadtgarde in ihrer Sicherheitsfunktion für die innerstädtische Ordnung. Sie löst die im Bedarfsfall geworbenen Söldnerfähnlein ab. Territorial- und reichsgeschichtlich bedeutsam

ist der Anteil der Stadt am stehenden Militärkontingent des Schwäbischen Kreises.

Einen wesentlichen Beitrag zur städtischen Sozialgeschichte bilden die mit reichem Tabellenmaterial untermauerten Analysen der Lebensbedingungen der Stadtsoldaten und der Rekrutierungsmuster hinsichtlich geographischer und sozialer Herkunft. Das umfassende Bild, zu dem auch die Darstellung der stadtobrigkeitlichen Militärverwaltung gehört, wird durch Kapitel über das Zeugwesen, die Stadtbefestigung und den Stellenwert der Militärausgaben im Stadthaushalt vervollständigt.

Daß Vf. sich in jedem dieser Aspekte um äußerste Detailtreue bemüht, geht mitunter zu Lasten leichtverständlicher Lesbarkeit. Angesichts dessen, daß er einen bislang kaum erforschten Bereich städtischen Lebens in der Frühneuzeit untersucht und mit den Militaria des Augsburger Stadtarchivs weitgehend unbearbeitete Quellen erschließt, rechtfertigt sich aber die Kombination von ausholender Gesamt- und akribischer Detaildarstellung.

Da es an vergleichbaren Studien fehlt, beschränkt sich der im Untertitel betonte vergleichende Charakter auf sporadische Verweise. Als Gesichtspunkt zur allgemeinen Einordnung des Entwicklungsprozesses auf den städtischen miles perpetuus hin hätte sich aber etwa die auch für die Stadtgeschichtsschreibung wesentliche Modernisierungsdebatte angeboten. Durch das Fehlen der ausdrücklichen Erarbeitung dieses oder ähnlicher übergeordneter Gesichtspunkte und eines systematischen Vergleichs wird der paradigmatische Wert der Studie jedoch kaum geschmälert.

Tübingen

Olaf Mörke

HERMANN LUPPE, *Mein Leben. In Zusammenarbeit mit Mella Heinsen-Luppe aus dem Nachlaß herausgegeben vom Stadtarchiv Nürnberg (Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg 10). Nürnberg: Stadtarchiv 1977, XIV, 371 S., 1 Abb., DM 33,-.*

In den Jahren zwischen seiner Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beschrieb Hermann Luppe, Nürnbergs Oberbürgermeister der Weimarer Zeit, in einem umfangreichen Manuskript sein bisheriges Leben, seinen beruflichen Werdegang und seine Leistungen. Er hielt das Manuskript nicht für den Druck geeignet, hoffte aber, daß sein Freund Theodor Heuss es einst redigieren und druckfähig machen würde. Dazu ist es nie gekommen.

Dennoch – und trotz wohlbegründeter Bedenken – haben die Erben Luppes sowie der Leiter des Stadtarchivs von Nürnberg, Gerhard Hirschmann, diesen unfertigen Text mit größter Behutsamkeit bearbeitet und veröffentlicht. Dafür verdienen sie Dank. Es wurden lediglich einige sprachliche Versehen Luppes korrigiert, Zwischentitel eingefügt und eindeutig gekennzeichnete Kürzungen vorgenommen. Man wird Hirschmann glauben, daß er nur Unwesentliches wegließ, selbst wo er eine längere Passage über die Revolution von 1918 strich (S. 28).

Das Buch ergänzt sich mit der ebenfalls 1977 in Nürnberg erschienenen Dissertation von Hermann Hunschel über Luppe aufs glücklichste (vgl. die Rezension in: *Die alte Stadt* 4/1978). Es ist eine wertvolle Quelle zu den verschiedensten Themen, zunächst und vor allem zu Luppes Leben und zur Geschichte der Stadt Nürnberg in diesem Jahrhundert sowie zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, des Spannungsverhältnisses zwischen Föderalismus und Unitarismus im Reich und der deutschen Sozial- und Kommunalpolitik. Es erhält seine besondere Note von der Entstehungsgeschichte her: Ein Mann, den die Nazis – sein Antipode und zähester Feind war der »Frankenführer« Julius Streicher – aufs schäbigste verfolgten und schikanierten, gab sich, nachdem er eine Menge grundloser Straf- und Disziplinarverfahren überstanden hatte, im Bewußtsein gekränkter Unschuld Rechenschaft über sein bisheriges Leben. Ohne die geringste Konzession an die Machthaber beharrt er voll selbstgerechtem Stolz auf seiner überlegenen Leistung, und er hält trotz Hitlers Führerstaat und seiner persönlichen Gefährdung unerschütterlich an den demokratischen Idealen fest, denen er

zeitlebens anhing: Viele derartige Selbstzeugnisse gibt es aus der Zeit der Tyrannis nicht.

Luppe selbst hat seiner Autobiographie zwei Texte aus der Kriegszeit beigegeben. Der eine setzt den Lebensbericht bis in die Kriegsjahre fort und beschreibt ein Leben im inneren Exil, der andere – »Gedanken zum Zweiten Weltkrieg« – ist ein erschütterndes Zeugnis einsamer menschlicher Vernunft, Erschütterung und sachlicher Nüchternheit. Der Text bricht mitten im Satz ab. Luppe starb Wochen vor der Kapitulation bei einem Bombenangriff auf Kiel.

München

Karl-Ludwig Ay

Augsburg – Geschichte in Bilddokumenten. Hrsg. v. Friedrich Blendinger und Wolfgang Zorn. München (C.H. Beck) 1976, 204 S., 401 Abb., DM 78,-.

Nach dem bereits 1970 erschienenen opulenten Band über die »Geschichte Nürnbergs in Bilddokumenten« ist nun im selben Verlag ein entsprechender Band über Augsburg herausgekommen, dem wie für Nürnberg ein Textband folgen soll. Für die Auswahl der Bilddokumente zeichnen Friedrich Blendinger und Wolfgang Zorn verantwortlich, jener für die Zeit bis 1806, dieser für die Zeit danach. Zahlreiche weitere Autoren haben an dem die Abbildungen beschreibenden Katalog mitgewirkt. Eröffnet wird der Band mit einer brillanten Einführung von Zorn, die vor allem einen Überblick über die Geschichte der wissenschaftlichen Bemühungen um die Erforschung der Augsburger Stadtgeschichte und die Erschließung ihrer Quellen vermittelt.

Bei der nach Epochen aufgegliederten Beschreibung der 401 Abbildungen wäre zuweilen eine ausführlichere kritische Deutung der abgebildeten Zeugnisse wünschenswert gewesen. Zuzugeben ist allerdings, daß dadurch der Textteil, der ohnedies bereits die Hälfte des Buches einnimmt, vielleicht über Gebühr ausgeweitet worden wäre. Leider umfaßt die von Blendinger verfaßte Chronik nur die Zeit bis 1806. Abgesehen von diesen kleinen Mängeln darf der vorliegende Band jedoch als hervorragend gelungen

und ungemein anregend bezeichnet werden. Am Beispiel einer einzigen Stadt werden hier wesentliche Aspekte der mitteleuropäischen Stadt- und Kulturgeschichte von der Römerzeit bis zur Gegenwart, vielleicht mit einer etwas zu starken Vernachlässigung des 20. Jh., dargestellt. Die Auswahl verdeutlicht auf eindrucksvolle Weise, welche Spitzenstellung Augsburg in der europäischen Kunst- und Kulturgeschichte eingenommen hat und wie überwältigend reich die Überlieferung in allen einschlägigen Quellenbereichen trotz Kriegen und Katastrophen noch immer ist.

Ravensburg

Peter Eitel

BURCHARD SCHEPER, *Die jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Bremerhaven 1977, 515 S., 52 S. Anhang, 5 Tafeln, Ln., illustriert.*

Die »Scheu, heiße Eisen anzupacken« hat Helmut Croon, der Nestor der modernen Stadtgeschichte, für die geringe Zahl wissenschaftlicher und populärer Darstellungen der Stadtgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht. Überdies war moderne Stadtgeschichte unnötig: »Die Zeit nach 1870 war für die meisten noch Vergangenheit.« (Bll. f. dt. LG. 105, 1969, S. 14). Das Interesse an der modernen Alltagsgeschichte auf lokaler Grundlage, das sich im Zuge nachwachsender Generationen durch die Zeit inzwischen auch auf die moderne Kommunalgeschichte auswirkt, hat inzwischen für die Ausbildung eines kräftigen Zweiges städtischer Zeitgeschichte gesorgt, der in der breiten Öffentlichkeit eine beachtliche Resonanz findet.

Die Geschichte der Stadt Bremerhaven, aus den Stadtteilen Mitte, Geestemünde und Lehe erst 1947 hervorgegangen – 1924 war allerdings der Vorläufer Wesermünde gegründet worden –, setzt für die moderne Stadtgeschichte Maßstäbe: Gut geschrieben, klug und angemessen bebildert, unbelastet durch einen aufgeblähten wissenschaftlichen Apparat und dennoch im wissenschaftlichen Sinne zuverlässig, führt sie in die kommunale Zeitgeschichte Bremerhavens ein.

Vf. greift zwar in die vor- und frühgeschichtlichen »Anfänge und Strukturen« aus, schildert auch knapp die frühneuzeitlichen Entwicklungen und sozialgeschichtlichen Besonderheiten des 19. Jahrhunderts; der Schwerpunkt (mit 80% der Seiten) liegt jedoch auf dem 20. Jahrhundert. Scheper gliedert die Stadtgeschichte nach übergreifenden Epochen: Weimarer Republik, Drittes Reich und Neuanfang – jedes Kapitel wird jedoch stark differenziert. Dabei werden Besonderheiten politischer und kultureller Entwicklung herausgearbeitet, die zeittypisch scheinen, eine den Rahmen der Stadt überschreitende Bedeutung haben und gleichsam von exemplarischer oder gar paradigmatischer Wichtigkeit sind. So fällt im Abschnitt über die Jahre vor 1933 ein Kapitel über »Schule, Kultur, Wissenschaft und Kunst«, ein anderes über »Vereine, Verbände und politische Parteien« ins Auge, in dem die Ausbildung eines städtischen Parteiensystems detailliert dargestellt wird. Hier wird die Grundlage für eine eindringliche Schilderung der städtischen Entwicklung, aber auch der Geschichte von Terror, Gleichschaltung und Widerstand im Dritten Reich gelegt. Derartige Darstellungen findet man in vergleichbaren Geschichten anderer Städte außerordentlich selten. Eine Geschichte des Krieges, der Luftangriffe und schließlich des »Zusammenbruchs« runden die Geschichte dieses Zeitraumes ab. Die Befreiung vom Nationalsozialismus ist die Voraussetzung für einen Neuanfang – zwar aus der Not der unmittelbaren Nachkriegszeit, aber doch in eine glanzvolle Wachstumsperiode, die erst heute durch strukturelle Anpassungsschwierigkeiten der Fischereindustrie verdunkelt wird. Bremerhaven als Anlegeplatz für Luxusfahrzeuge – wer erinnert sich da noch an Entnazifizierung (S. 363 ff.), Trümmerräumung (371 ff.), an die Neugliederungsdiskussion? Scheper schreibt jedoch keine Hochglanzgeschichte zum Ruhme der Stadtverwaltung und der kommunalen Parteien. Er bleibt auch seinem wissenschaftlichen und nüchternen Stil treu, wenn er sich der Gegenwart mit ihren »Verwertungsinteressen« nähert.

Die »Jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven« ist eine beachtliche Leistung, die jeder mo-

deren Stadtgeschichte Maßstäbe setzt. Sie ist gut zu lesen, dabei von allgemeinem Interesse, weil sie Vergleiche herausfordert, und widerlegt alle jene Bemühungen, die »moderne Stadtgeschichte« vor allem als quantifizierende historische Sozialforschung begreifen. Diese Darstellung ist modern, weil sie den jüngeren Stadtbewohnern die Orientierung in ihrer räumlichen, sozialen und politischen Umgebung erleichtert. Sie schärft das Bewußtsein für stadthistorische Strukturen, aber auch für die Lebenslagen und Befindlichkeiten ihrer Bewohner in verwir-

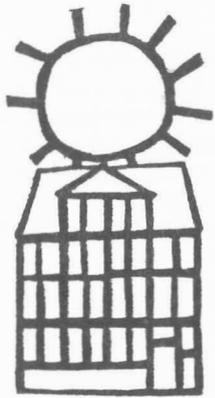
renden Zeitläufen. Ohne modische Verbrämungen hat Scheper viele Forderungen der modernen, ihres pädagogischen Auftrags bewußten Stadt-, Landes- und Alltagsgeschichte aufgenommen; seine Studie ist ein Beweis dafür, daß auch der sensible Einzelforscher und aufgeschlossene Archivar Trends der Forschung voraussehen und substantiell konkretisieren kann. Die Stadt Bremerhaven ist um diese Stadtgeschichte zu beneiden.

Berlin

Peter Steinbach



WG-Info: *Gästebüro des Luftkurortes
7988 Wangen im Allgäu ·
Rathaus · Tel. (0 75 22) 40 81*



»KULTUR – ZUM ANFASSEN!«

Rund 300 Veranstaltungen zwischen Walpurgisnacht und Erntedankfest:

- Folklore
- Konzerte
- Straßen- und Volksfeste
- Kunstaktionen
- Führungen und Besichtigungen
- Volkssport
- Jugend- und Seniorenveranstaltungen

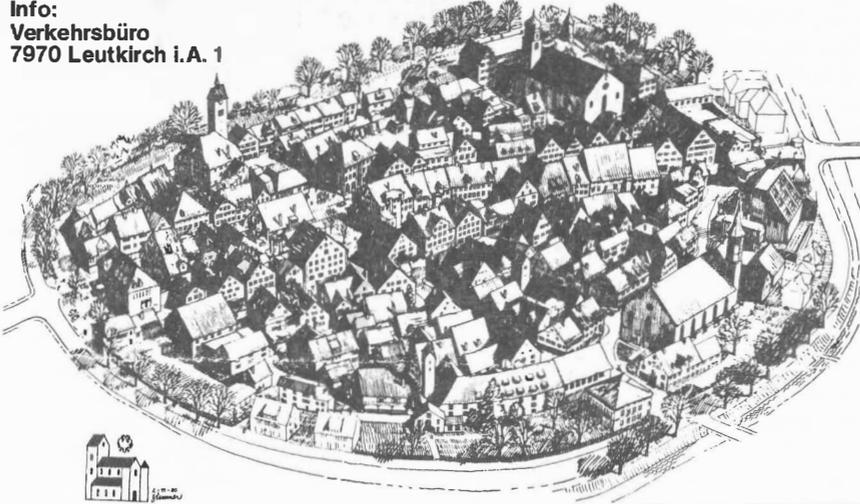
Auskünfte:
Informations- und Pressestelle
der Stadt Wolfenbüttel,
Postfach 1540, 3340 Wolfenbüttel

**SOMMER 82 IN
WOLFENBÜTTEL
DABEISEIN
MITMACHEN**

LEUTKIRCH IM ALLGÄU

Leutkirch, ein liebenswertes Stückchen Allgäu. Zu jeder Jahreszeit. Ehemals Freie Reichstadt, heute Große Kreisstadt. Historischer Stadtkern mit sehenswertem Barockrathaus. Heimatmuseum. Regelmäßige Theater- und Konzertveranstaltungen. Gästebetten in Hotels, Gasthöfen und Ferienwohnungen.

Info:
Verkehrsbüro
7970 Leutkirch i.A. 1



INHALTSVERZEICHNIS ABHANDLUNGEN

FRITZ BLAICH Die oberdeutsche Reichsstadt als Arbeitgeber vom 13. bis zum 18. Jahrhundert . . .	1	Die Politik der Ottonen und Salier gegenüber den werdenden Städten (H. Koller) . . .	112
PETER KRIEDTE Die Stadt im Prozeß der europäischen Proto-Industrialisierung	19	<i>Städtische Kirchen- und Religionsgeschichte</i> Erdmann Weyrauch, Konfessionelle Krise und soziale Stabilität. Das Interim in Straßburg (F. J. Fuchs)	113
KARL LITZ Theorie einer Raumesgeschichte	52	Peter Lang, Die Ulmer Katholiken im Zeitalter der Glaubenskämpfe: Lebensbedingungen einer konfessionellen Minderheit (Th. Berger)	114
CHRISTOPH VON IMHOFF Stadt – Was sonst	77	Hans Eugen Specker / Hermann Tüchle (Hrsg.), Kirchen und Klöster in Ulm (R. Joos)	115
MANFRED BÜLTEMANN Altstadtsanierung: zum Beispiel Wolfenbüttel	90	<i>Städtische Militärgeschichte</i> Jürgen Kraus, Das Militärwesen der Reichsstadt Augsburg 1548–1806 (O. Mörke)	116
DIE AUTOREN	103	<i>Oberbürgermeister-Biographien</i> Hermann Luppe, Mein Leben (K.-L. Ay)	116
BERICHTE Niedersächsische Landesausstellung 1985 »Stadt im Wandel«	104	<i>Stadtbild-Geschichte</i> Friedrich Blendinger / Wolfgang Zorn (Hrsg.), Augsburg. Geschichte in Bilddokumenten (P. Eitel)	117
NOTIZEN	108	<i>Neuere Stadtgeschichte</i> Burchard Scheper, Die jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven (P. Steinbach)	118
REZENSIONEN ZUR STADTGESCHICHTE <i>Stadtarchäologie</i> Hertha Ladenbauer-Orel, Der Berghof. Archäologischer Beitrag zur frühesten [Wiener] Stadtgeschichte (H. Schäfer)	111		
<i>Mittelalterliche Stadtgeschichte</i> Berent Schwineköper, Königtum und Städte bis zum Ende des Investiturstreites.			

Vorschau

Für die nächsten 4 Bände sind u. a. folgende Beiträge vorgesehen:

2/82 PETER BREITLING, Graz Beton: oder von der Zeitlichkeit eines ewigen Baustoffes	
ECKART LEIPPRAND, Trier Das Verhältnis der Stadtbildpflege zur Stadtplanung	
CARSTEN JONAS, Bamberg Stadtgründung, Stadterweiterung, Stadtbau	
GÜNTER NUFER, Bad Säckingen Erfahrungen mit der Unterschutzstellung eines altstädtischen Gesamtbereichs	
GERHARD HENKEL, Essen Genetische Siedlungsforschung und Dorferneuerung	
HANS-HERMANN LINDLOFF, Wertheim am Main Altstadterneuerung: zum Beispiel Wertheim	

3/82 CLEMENS GEISSLER, Hannover Siedlungsstruktur und Daseinsvorsorge in Stadt und Land	
ANDREAS MIELCK, Hamburg Stadtdichte, Kriminalität und Krankheit	
HARTMUT GROSSHANS, Köln Bürgerinitiativen und Stadtteilplanung	
ERNST-RAINER HÖNES, Mainz Kulturdenkmal und öffentliches Interesse	
INGRID BROCK, Rom Altstadtsanierung: zum Beispiel Urbino	

4/82

KARL LITZ, Zürich Raumesgeschichte und ihre Arten historischer Erkenntnis	
KLAUS-JÖRG SIEGFRIED, Wolfsburg Stadtentwicklung und lokale Geschichtsdokumentation	
PETER PIASECKI, Herne Welche Einstellung haben Berufsschüler zu Fragen der Denkmalpflege?	
MARC POULAIN, Kassel Historische Bestattungsstätten. Zur Kasseler Semiologie des Lebenskreises	
ULRICH MAYER, Gießen Die evangelische Stadt und die historisch-politische Bildung	
JOCHEN WILKE, Würzburg Altstadterneuerung: zum Beispiel Karlstadt	

1/83

GREGOR LECHNER, Göttweig Die Madonna als Hauszeichen	
HANS-PETER OSWALD, Offenburg Die Anwendung des Klassenbegriffs auf die feudalistische Gesellschaft	
WOLFGANG R. KRABBE, Münster Der Primat des Bürgermeisters in der preußischen Magistratsverfassung	
NICHOLAS BULLOCK, Cambridge Berliner Wohnungspolitik am Ausgang der zwanziger Jahre	
GERT GRÖNING / JOCHEN WOLSCHE, Hannover Naturschutz und Ökologie im Dritten Reich	
BRUNO JALASS, Stade Altstadtsanierung: zum Beispiel Stade	

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Jonas Verlages in 3550 Marburg bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.